

Universität Erfurt  
Philosophische Fakultät  
Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft

Projektstudienphase 2019/20  
Kommunikationswissenschaft, 6. Semester  
Gutachter: Prof. Dr. Kai Hafez



# *Die Deutschlandagenda*

Zur Darstellung innerdeutscher Themen im  
Ost-West-Medienvergleich

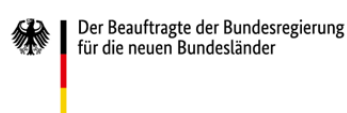
---

Julia Beierle / Jakob Gierth / Till Kleindiek /  
Lea-Katharina Krause / Nils Otto / Alexandra Savitskaia /  
Konstantin Weidt / Charlotte Wiemer

---



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Danksagung

Nach dieser besonders langen Zeit unserer Projektstudienphase 2019/2020, möchten wir uns nun bei all denjenigen bedanken, die zum letztlichen Erfolg dieses Projekts beigetragen haben.

Ein Forschungsprojekt ohne funktionierende Universitätsbibliothek wäre undenkbar. Daher danke an Frau Werner und KollegInnen, dass Sie uns bei der Beschaffung unseres Erhebungsmaterials geholfen und uns den sogenannten Mikrofilm im Jahre 2020 nähergebracht haben. Genauso muss an dieser Stelle Frau Psurek und Frau Grube gedankt werden, es war stets ein beruhigendes Gefühl Sie an unserer Seite zu wissen. Ein weiterer Dank gilt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie dem Ostbeauftragten der Bundesregierung Marco Wanderwitz, die von Anfang an an das Potential unserer Forschung geglaubt haben. Weiterhin wurde uns, dank der großzügigen finanziellen Unterstützung, eine ausführliche methodische Umsetzung des Forschungsprojekts ermöglicht. Nicht zu vergessen sind natürlich Sarah Eitze und Irmgard Gierth, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen oder aber akribisch dabei halfen, die Kommas im Text an die richtigen Stellen zu setzen. Für die Zweitbetreuung danken wir zudem Prof. Dr. Patrick Rössler, der sich stets die Zeit genommen hat, uns durch den SPSS-Funktionen-Dschungel in die richtige Richtung zu leiten. Ein besonderer Dank gilt außerdem unseren hilfreichen GesprächspartnerInnen Daniel Kubiak und Dr. Mandy Tröger, die sich Zeit genommen haben und uns, mit einem tieferen Einblick in die Sozialwissenschaft und ihrem kommunikationswissenschaftlichen ExpertInnen-Wissen, wichtigen Input für unsere Forschungsarbeit gegeben haben.

Zu guter Letzt gilt ein ganz besonderer Dank unserem Projektbetreuer Prof. Dr. Kai Hafez. Ob in Persona oder digital vertreten, Sie waren der Kapitän der MS Deutschland*trennt* und haben uns mit Ihrem Input und insbesondere Ihrer Ruhe und Gelassenheit durch sämtliche Gewässer einer Forschungsarbeit gesteuert. So sind die acht MatrosInnen nun bereit für weitere Abenteuer der Wissenschaft.

Merci!

## **Abstract**

„So isser, der Ossi“ titelte *Der Spiegel* am 25.8.2019. Nur vier Tage später erschien in der *New York Times* ein Artikel von Anna Sauerbrey mit dem Titel „30 Years After Reunification, Germany Is Still Two Countries“. Hierdurch wird beispielhaft dargestellt, dass im dreißigsten Jahr nach dem Mauerfall deutsche BürgerInnen weiterhin in Ossi und Wessi unterteilt werden und die anscheinend mangelhafte deutsche Einheit internationale Beachtung erfährt. Doch ist Deutschland wirklich noch so gespalten? Zahlreiche Studien zeigen, dass sich der Graben zwischen Ost und West verringert. Beispielsweise nähern sich die Arbeitslosenquoten einander immer weiter an und es herrscht eine positive Grundstimmung im Land. Nach wie vor scheinen sich die beiden Teile jedoch voneinander zu unterscheiden; weiterhin ist die Rede von einer „Mauer in den Köpfen“. Bei Wahlumfragen wird herausgestellt, dass Ost- und Westdeutsche ein unterschiedliches Wahlverhalten zeigen und auch die Differenz der Löhne zwischen den neuen und alten Bundesländern ist weiterhin Grundlage der Debatte, wenn es um die Frage der deutschen Einigkeit geht. Die Frage, ob Divergenzen auch medial existieren, ist Grundlage des vorliegenden Forschungsprojekts. Hierbei wird versucht eine Forschungslücke in der Kommunikationswissenschaft zu schließen. Zwar wurden bereits zahlreiche Untersuchungen zur deutschen Medienlandschaft durchgeführt, diese fokussieren sich jedoch meist auf die 1990er Jahre oder liegen bereits zehn Jahre oder länger zurück.

Ziel ist es die deutsche Presselandschaft auf Konvergenzen und Divergenzen hin zu untersuchen, wobei einerseits betrachtet wird welche Themen behandelt und andererseits, wie diese dargestellt werden. Mit der Annahme der Existenz medialer Teilöffentlichkeiten und strukturgleich abgebildeter heterogener Kommunikationsräume in Deutschland, wurde der Medienraum auf Grundlage des *arenatheoretischen Modells der Öffentlichkeit* von Tobler (2010) in drei Teilöffentlichkeiten geteilt um festzustellen, wie sehr sich diese thematisch ähneln. So wurde unterschieden zwischen der medialen Teilöffentlichkeit West, bestehend aus *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, der *Rheinischen Post* und der *Neuen Westfälischen*, der medialen Teilöffentlichkeit Ost, bestehend aus der *Thüringer Allgemeinen*, der *Sächsischen Zeitung* und der *Mitteldeutschen Zeitung* und der medialen Teilöffentlichkeit national, aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung*.

Diese acht Tageszeitungen wurden mittels eines Zwei-Methoden-Designs empirisch untersucht. Zuerst wurde eine quantitative Themenfrequenzanalyse durchgeführt, im Anschluss eine qualitative Analyse von Frames. Durch das Prinzip der künstlichen Woche ist eine Cluster-Stichprobe gezogen worden. Es ergab sich ein Sample von  $N = 3.934$  Artikeln. Die Ergebnisse wurden hypothesengeleitet ausgewertet, nach welchen davon ausgegangen wurde, dass Divergenzen zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten messbar sind. Zwischen den drei Medienagenden konnte jedoch eine Themenkonvergenz von 71,9% festgestellt werden. Die Rangkorrelationskoeffizienten der behandelten Themen in den drei Teilöffentlichkeiten bestätigen eine Angleichung: Ost und West  $r_s = .744$  ( $p < .001$ ), National und Ost  $r_s = .603$  ( $p < .001$ ), National und West  $r_s = .658$  ( $p < .001$ ). Es liegt demnach eine sehr ähnliche Themensetzung und Presseberichterstattung zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten vor. Auch wurde darauf eingegangen, ob sich die Medienagenda-West der nationalen Medienagenda eher angleicht als Letztere der Medienagenda-Ost. Diese Hypothesen lassen sich nicht bestätigen, da sich die Ränge der Teilöffentlichkeiten West und National zwar eher gleichen, Ost und National sich jedoch in Hinblick auf die Häufigkeiten der behandelten Themen ähnlicher sind.

In einer zweiten vertiefenden Inhaltsanalyse wurden exemplarisch ein wirtschaftliches und ein politisches Thema (der Diesel-Skandal und Rechtsextremismus, anhand des NSU-Prozesses und der Ereignisse in Chemnitz) herangezogen und auf Medienframes hin untersucht. Die Ergebnisse der Frame-Analyse weisen darauf hin, dass Aussagen zu Divergenzen und Konvergenzen in der Darstellung nur themenabhängig möglich sind und sich nicht verallgemeinern lassen. So wird deutlich, dass in Bezug auf den Dieselskandal starke Divergenzen zwischen den erhobenen Deutungsmustern zu erkennen sind. Zwischen den Teilöffentlichkeiten liegen hierbei überwiegend unterschiedliche Medienframes vor. Entgegen der Annahmen verhalten sich die Medienframes zwischen nationaler und Ost-Ebene eher konvergent, während die zwischen nationaler und West-Ebene eher divergieren. Im Gegensatz dazu kann, bei den Fallbeispielen zum Rechtsextremismus, von größtenteils konvergent existierenden Medienframes zwischen den Ebenen gesprochen werden.

Insgesamt kann eine positive Bilanz zur deutschen Presseberichterstattung gezogen werden. Es können zwar einige Divergenzen zwischen den konvergent verlaufenden Medienagenden festgemacht werden, jedoch sind diese

weitestgehend regional und strukturell zu begründen. Durch eine hohe inhaltliche Konvergenz zwischen den Teilöffentlichkeiten liegt eine einheitliche Pressebeichterstattung in Deutschland vor und es kann nicht von ost- beziehungsweise westspezifischen Medien gesprochen werden.

### **English Abstract**

“So isses, der Ossi” was the title of the German magazine *Der Spiegel* on the 25<sup>th</sup> of August, meaning “So he is, the East German”. Only four days later, the *New York Times* published an article by Anna Sauerbrey titled “30 Years After Reunification, Germany Is Still Two Countries“. This example shows that in the thirtieth year after the fall of the Berlin Wall, German citizens are still divided based on whether they come from Eastern or Western Germany, and the seemingly inadequate German unity is receiving international attention. But is Germany still that divided? Various studies show, that both parts of Germany are converging constantly. For instance, the unemployment rates in both are nearly identical, and there is an optimistic mood present within the country. Nevertheless, there seem to be differences; there still is talk of an existing *wall within the heads*. Citizens of Eastern and Western Germany often show different electoral behaviour in the voting booths and polls. Similarly, the wage gap between the new and old states is often referred to when talking about the question of the German unification. In addition, this research project questions whether such divergences also exist in the media. In this way, the study aims to fill a gap within the literature in this field which has previously been underresearched. Although the German media has been looked at several times in previous investigations, these works are almost all more than a decade old.

The ambition of the project is to find out how the German press system is shaped by convergences and divergences nowadays. On the one hand, it tries expose which issues are discussed and on the other how they are referred to. Predicated on the assumption that there are differing communication spaces in Germany that are incongruently made up of public arenas portrayed by the mass media, the study differed between three public spheres using the *Arenatheoretical Model of Public Sphere* by Tobler (2010). The aim was to find out to what point they

resemble each other. This study distinguishes the media-agenda-west, made up of the newspapers *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, *Rheinische Post* and *Neue Westfälische*, the media-agenda-east, including the *Thüringer Allgemeine*, *Sächsische Zeitung* and *Mitteldeutsche Zeitung* and the national media-agenda, containing the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* and the *Süddeutsche Zeitung*.

These eight daily newspapers have been examined through the use of a multiple-method design. First a quantitative issue-frequency-analysis was conducted. Secondly, two inner-German issues were selected to analyse existing convergent and divergent media-frames in a qualitative matter. Following the principle of an artificial week a cluster-sample of  $N=3.934$  was drawn. The results were evaluated through several hypotheses to be able to interpret the media agendas. Between all three of them a convergence of issues of 71.9% was determined. Using a rank correlation coefficient by Spearman, the issues were compared by their order of ranks, showing that they are rather similar: media agendas East and West  $r_s=.704$  ( $p < .001$ ), media agendas National and East  $r_s=.603$  ( $p < .001$ ), media agendas National and West  $r_s=.658$  ( $p < .001$ ), the perfect convergence being one. Thus, the data indicate that there is a unified news coverage within the German press system. It has also been surveyed if the western media agenda is more similar to the national media agenda than the eastern one. This could not be confirmed since the rankings of issues between media agendas in the west and national in Germany equal one another, but a comparison of issues between east and national media agendas show that they are more similar.

Following a more deepened content analysis, the framing of two topics were specifically analysed, one concerning the economy and the other politics (on the one hand far-right extremism, represented by the court case of the *NSU* and the incidents in Chemnitz of summer 2018, and on the other the emissions scandal). The results of the frame-analysis suggest that generalizing statements about divergences and convergences within the portrayal of issues are only possible separately. Furthermore, it is apparent that in terms of the emissions scandal, there are many clearly recognizable divergences between the interpretive patterns. As a whole, there appears to be largely juxtapositional content in the media from different public spheres. Unexpectedly, the media frames of the eastern public sphere are more convergent to the national one, while the western public sphere is more divergent

to it. Contrastively, the two case examples on far-right extremism show mostly convergent media frames.

In conclusion, a positive picture of the German press system seems apparent. While there are some divergences within the convergent media agendas, these can to a great extent be explained through regional and structural differences. Due to a high media convergence between the three separate public spheres analysed in this project, a unified reporting within the German press system appears to exist. To differ between specifically Eastern or Western German media is not possible.

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1. Relevanz und Forschungsziele .....	3
1.2 Aufbau der Arbeit.....	8
2. Gesellschaftlich-historischer Hintergrund der Ost-West-Thematik .....	9
2.1 Bilanzen zum heutigen Ost-West-Verhältnis .....	9
2.2 Die deutsche Medienlandschaft.....	13
3. Theorie.....	16
3.1 Demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Grundlagen.....	17
3.1.1 Öffentlichkeit - Eine begriffliche Einführung .....	17
3.1.2 Das diskurstheoretische und systemtheoretische Modell von Öffentlichkeit.....	19
3.2 Arenatheoretische Modellierung von Öffentlichkeit.....	24
3.2.1 Arenatheoretisches Modell von Öffentlichkeit nach Tobler .....	25
3.2.2 Kommunikative Auseinandersetzungen in den Teilöffentlichkeiten ...	29
3.3 Instrumente der medialen Repräsentation kommunikativer Leistungen .....	32
3.3.1 Der Agenda-Setting-Ansatz.....	32
3.3.2 Dimension zur Bestimmung von Themen- und Deutungsähnlichkeiten zwischen den Medienagenden .....	35
3.3.3 Der Frame-Begriff in der Kommunikationswissenschaft.....	40
3.3.4 Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen .....	46
4. Methodisches Vorgehen .....	50
4.1 Inhaltsanalyse I: Themenfrequenzanalyse.....	50
4.1.1 Bildung der Stichprobe.....	52
4.1.2 Erhebungsinstrument und Durchführung .....	59
4.2 Inhaltsanalyse II: Frame-Analyse.....	63
4.2.1 Bildung der Stichprobe.....	64
4.2.2 Identifizierung von Frames.....	64
5. Empirische Befunde Inhaltsanalyse I: Themenfrequenzanalyse.....	69



5.1. Datenbeschreibung .....	69
5.2 Vertiefende Interpretation innerdeutscher Themen.....	73
5.3 Auswertung der Hypothesen .....	123
5.4 Dekonstruktion II.....	129
6. Empirische Befunde Inhaltsanalyse II: Frame-Analyse .....	132
6.1 Fallbeispiel I: NSU-Prozess.....	133
6.1.1 Fallbeschreibung und Faktizität.....	133
6.1.2 Teilöffentlichkeits-übergreifende Frames .....	135
6.1.3 Teilöffentlichkeits-spezifische Frames .....	139
6.1.4 Auswertung der Hypothesen .....	143
6.2 Fallbeispiel II: Chemnitz .....	147
6.2.1 Fallbeschreibung und Faktizität.....	147
6.2.2 Teilöffentlichkeits-übergreifende Frames .....	149
6.2.3 Teilöffentlichkeits-spezifische Frames.....	153
6.2.4 Auswertung der Hypothesen .....	159
6.2.5 Dekonstruktion II: NSU-Prozess und Chemnitz .....	161
6.3 Fallbeispiel III: Dieselskandal .....	164
6.3.1 Fallbeschreibung und Faktizität.....	164
6.3.2 Teilöffentlichkeits-übergreifende Frames .....	167
6.3.3 Teilöffentlichkeits-spezifische Frames.....	168
6.3.4 Auswertung der Hypothesen .....	179
6.3.5 Dekonstruktion II: Dieselskandal .....	182
7. Limitationen der Studie .....	186
8. Fazit und Ausblick.....	189
Literaturverzeichnis .....	195
Anhang.....	221

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Reichweitenforschung überregionaler Abonnementzeitungen.....	15
Tabelle 2: Übersicht der zu analysierenden medialen Teilöffentlichkeiten .....	56
Tabelle 3: Formale und inhaltliche Codierkategorien .....	61
Tabelle 4: Reliabilitätskoeffizienten nach Holsti .....	62
Tabelle 5: Zehn meist behandelten Themen auf den jeweiligen Medienagenden.	72
Tabelle 6: Rangverteilung der zehn meist behandelten Themen auf der jeweiligen Medienagenda.....	125
Tabelle 7: Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman ( $r_s$ ).....	126
Tabelle 8: Thematische Subkategorien im NSU Prozess .....	135
Tabelle 9: Frame-Namen im NSU-Prozess .....	142
Tabelle 10: Thematische Subkategorien im Fall Chemnitz.....	149
Tabelle 11: Frame-Namen im Fall Chemnitz .....	158
Tabelle 12: Thematische Subkategorien im Dieselskandal .....	167
Tabelle 13: Frame-Namen im Dieselskandal .....	178

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Öffentlichkeitsstruktureller Grundriss demokratischer Nationalstaaten .....	26
Abbildung 2: Medienöffentlichkeitsstruktureller Grundriss in Deutschland .....	31
Abbildung 3: Medienöffentlichkeitsstruktureller Grundriss in Deutschland mit eigenständigen Medienagenden.....	40
Abbildung 4: Unterschiedliche Medienframes nach dem Selektionsprinzip .....	43
Abbildung 5: Untersuchung der innerdeutschen Themen anhand der Identifizierung von Frames.....	46
Abbildung 6: Identifizierung von Frames .....	67
Abbildung 7: Bildung von Makroframes.....	68
Abbildung 8: Prozentuale Anteile der Oberkategorien Politik, Wirtschaft und Gesellschaft .....	70
Abbildung 9: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Unternehmen und Unternehmensbelange .....	74

Abbildung 10: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Unternehmen und Unternehmensbelange .....	76
Abbildung 11: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Automobilbranche .....	79
Abbildung 12: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	81
Abbildung 13: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	83
Abbildung 14: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Wirtschaftslage und Standortpolitik .....	83
Abbildung 15: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Wissenschaft und Innovation.....	86
Abbildung 16: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Wissenschaft und Innovation.....	87
Abbildung 17: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Arbeitswelt.....	89
Abbildung 18: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Arbeitswelt .....	90
Abbildung 19: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Technische Infrastruktur .....	93
Abbildung 20: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Technische Infrastruktur.....	95
Abbildung 21: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Soziale Infrastruktur ..	97
Abbildung 22: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Umwelt .....	99
Abbildung 23: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Umwelt .....	100
Abbildung 24: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Sozialpolitik.....	102
Abbildung 25: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Sozialpolitik.....	103
Abbildung 26: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Parteien auf Bundesebene.....	107
Abbildung 27: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Parteien auf Landesebene .....	107
Abbildung 28: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Parteien im Bundestag .....	108
Abbildung 29: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Parteien auf Landesebene .....	110
Abbildung 30: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Migrationsdebatten ..	112
Abbildung 31: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Rechtsextremismus..	115
Abbildung 32: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Justiz .....	117

Abbildung 33: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Individuelle Straftaten .....	118
Abbildung 34: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Geteiltes Deutschland .....	120
Abbildung 35: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Geschichte .....	122

## 1. Einleitung

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“

Willy Brandt, 10. November 1989

30 Jahre grenzenlos? 2019 feierte Deutschland das dreißigjährige Jubiläum eines der bedeutendsten historischen Ereignisse in seiner jüngsten Geschichte: den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Dieses Jahr, am 03. Oktober 2020, jährt sich der Tag der deutschen Einheit zum dreißigsten Mal. Mit dem Fall der Mauer ging gleichzeitig eine hohe Erwartungshaltung auf eine möglichst schnelle Angleichung der materiellen Lebensbedingungen, Mentalitäten und Einstellungen beider einst getrennten Gesellschaften einher – mit dem Hauptziel der sozialen Gerechtigkeit. Jubiläumsjahre bieten für viele ForscherInnen immer wieder Anlass, den Stand der deutschen Einheit auf den Prüfstand zu stellen: Vereint oder immer noch gespalten? Neueste Untersuchungen ergeben, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse vorangekommen und eine positive Stimmungslage in der Gesellschaft zu verzeichnen ist, während sich der Graben zwischen Ost und West verkleinert. Jedoch bestehen noch immer große Unterschiede in vielen Lebensbereichen – die „Mauer in den Köpfen“ ist bei vielen Menschen unterschiedlicher Generationen weiterhin vorhanden (u.a. Arzheimer, 2016; Belok & Faus, 2017; BMWi, 2019; Destatis & WZB, 2018; Faus & Storcks, 2019; Köcher et al., 2019; MDR, 2018a; Krause, 2019; Rainer et al. 2018; ROLAND IfD Allensbach, 2020). Die Hauptvergleichspunkte der AutorInnen sind meist die Einstellung zu Politik und Gesellschaft, der soziodemografische Wandel in Deutschland, Differenzen im Einkommen, ein Vergleich der Arbeitslosenzahlen und eine unterschiedliche Mediennutzung zwischen den neuen und alten Bundesländern.

Die differente Ausgangslage zwischen der ehemaligen DDR und ehemaligen BRD, maßgeblich geprägt durch die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Wertevorstellungen, erschwerte das Zusammenwachsen beider Gesellschaften von Beginn an. Mit dem Ende der friedlichen Revolution, dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der SED-Diktatur begann der Einigungsprozess zunächst mit großer Euphorie. Bald jedoch folgte im Osten Deutschlands die Deindustrialisierung und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit, Verdrossenheit und Ungeduld der Menschen sowie Zukunftsängste. Mit den Verkäufen von

Industrie- und Produktionsstandorten durch die Treuhandanstalt, der Besetzung wichtiger Führungspositionen beispielsweise in Wirtschaft, Politik und Chefredaktionen durch Westdeutsche und der „Überstülpung“ des westdeutschen politischen Systems auf das des Ostens, setzte endgültig das Gefühl der Machtlosigkeit, Unerwünschtheit, Desillusionierung und Resignation ein (Wuschig, 2005). Auch der ostdeutsche Medienmarkt wurde umfassend dem des Westens angepasst – heute dominieren in der deutschen Medienlandschaft fast ausschließlich westdeutsche Presseverlage (Bösch & Classen, 2015). Um dem komplexen Weg einer Neugestaltung der deutschen Medienlandschaft zu entfliehen, lag der Fokus auf der Integration der neuen Bundesländer in die bereits funktionierenden und als richtig empfundenen medialen Strukturen des Westens (u.a. Bösch & Classen, 2015; Frey-Vohr & Mohr, 2015). Wie folgt bringt es Wuschig (2005) auf den Punkt: „Die Erwartung, das Überstülpeln dem Westen nachgebildeter Strukturen würde Alles schon irgendwie zurechtschütteln, eine für die neuen Bundesländer geeignete Kommunikation würde sich schon ergeben, war naiv. Wie naiv, zeigt sich erst jetzt“ (S. 60).

Die Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland ist vorrangig ein innerdeutsches Phänomen (Flack, 2016). Stereotype, Pauschalisierungen und gegenseitige Klischees bestimmen weiterhin den Alltag der Deutschen. „Jammer-Ossi“ und „Besser-Wessi“ – zwei hartnäckige und populäre Klischees, welche sich in den 1990ern etablierten und noch immer, wenn auch nicht mehr so stark ausgeprägt, existieren (Hübscher, 2019). Oftmals werden Ostdeutsche von Westdeutschen – bewusst oder unbewusst - immer noch als „monolithischen Block“ (M. Träger, persönliche Kommunikation, 05.06.2020), also als eine nicht trennbare Gemeinschaft angesehen oder auch als das „eigene Andere“ wahrgenommen (u.a. Naika et al., 2019; Bösch, 2015). Auch eine Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung kommt zu dem Ergebnis, dass Westdeutsche das Deprivationsgefühl der Ostdeutschen kaum ernst nehmen: So gab ein Drittel (35,5%) der befragten Ostdeutschen an, sich selbst als Bürger zweiter Klasse zu sehen, doch nur 18,2% der Westdeutschen sind der Meinung, dass Ostdeutsche als solche behandelt werden (Naika et al., 2019). Selbst in der Nachwendegeneration, haben sich diese Vorbehalte durch indirekte Sozialisation, sprich durch Erzählungen im Elternhaus, verfestigt und werden häufig unbewusst kommuniziert (Faus & Storks, 2019). Jana Hensel, gebürtige Leipzigerin, Autorin und Journalistin fasst in ihrem gemeinsam mit Wolfgang Engler verfassten Buch zusammen: „[V]on

Gelassenheit oder gar von zwei gleichberechtigt nebeneinander existierenden deutschen Identitätserzählungen kann nicht die Rede sein. Die ostdeutsche bleibt die defizitäre, die nachrangige, die marginalisierte und oft auch einfach jene, die schlicht übersehen wird“ (Hensel & Engler, 2018, S.57). Wiederholt wird auch den Medien vorgeworfen, nicht unbeteiligt am Prozess der Hervorhebung von Stereotypen und Pauschalisierungen sowie fortbestehenden kulturellen und sozialen Grenzen zwischen Ost- und Westdeutschen zu sein (u.a. Bösch & Classen, 2015; Hanf et al., 2011; M. Tröger, persönliche Kommunikation, 05.06.2020). Demnach bedarf es einer gemeinsamen Aufarbeitung, Berücksichtigung und gegenseitiger Achtung der Erfahrungen und Erlebnisse, die die Menschen während der Teilung und im Wiedervereinigungsprozess gemacht haben, um die einst getrennten Gesellschaften zusammenzuführen und Missverständnisse aufzuheben. In einem persönlichen Gespräch bestätigte auch Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Mandy Tröger diese Ansicht: Durch eigene Forschungen erfährt Tröger immer wieder, dass thematische Erklärungsarbeit geleistet werden muss und Selbstverständlichkeiten angesprochen werden müssen, da ihrer Leserschaft Vorwissen hinsichtlich des ostdeutschen Transformationsprozesses fehlt. Umbruchserfahrungen, die die Menschen in Ostdeutschland seit dem Mauerfall durchleben mussten, sind der Bevölkerung in weiten Teilen Deutschlands oft unbekannt und fremd. Was vorliegt, ist eine unaufgearbeitete Wendegeschichte, in der auch die Medien von Beginn an ihrer Rolle als „Brücke“ und Bindeglied beider Teilgesellschaften nicht nachgekommen sind (M. Tröger, persönliche Kommunikation, 05.06.2020).

### **1.1. Relevanz und Forschungsziele**

Die deutsche Einheit sowie Ostdeutschland und dessen BewohnerInnen galten in den Wendejahren als wichtiger Untersuchungsgegenstand, vor allem in den Sozialwissenschaften (Kollmorgen et al., 2011a). WissenschaftlerInnen beschäftigten sich verstärkt mit Einstellungen sowie strukturellen Lebensverhältnissen von Ost- und Westdeutschen (u.a. Braun, 1993; Glatzer & Noll, 1995; Lehmsbruch, 1995; Pickel, 2002) und fokussierten sich mitunter auf die deutsche Medienlandschaft: Haller (1995) stellte sich unter anderem die Frage, inwiefern der deutsche Pressemarkt zusammengewachsen ist und kam ferner zu dem Schluss, dass die Massenmedien „insgesamt ein für Deutschland repräsentatives Ganzes“ (ebd., S.246)

abbilden, jedoch eine von „West-Chefredakteuren dirigierte Monokommunikation“ herrscht (ebd., S. 247). Nach einem regelrechten „Boom“ der Untersuchungen zur deutschen Medienlandschaft nach dem Mauerfall, ließ das Interesse in der Wissenschaft ab Ende der 1990er zunehmend nach. In den darauffolgenden Jahren wurde sich vermehrt auf Bilanzen zu 20 beziehungsweise 30 Jahren deutsche Einheit fokussiert<sup>1</sup> und gewisse Themenbereiche, wie Arbeitsmarkt, Wahlverhalten, politische Einstellungen und Mediennutzungsverhalten näher analysiert (siehe Kapitel 2.1).<sup>2</sup> Inhaltsanalytische Studien zur deutschen Presselandschaft mit einem Ost-West-Vergleich hingegen wurden in der Wissenschaft vernachlässigt. Dennoch bieten die Sammelbände von Ahbe et al. (2009), Kollmorgen et al. (2011b) sowie die Publikation von Kleinen-von Königslöw (2010) Anknüpfungspunkte für die vorliegende Forschungsarbeit: In einer Diskursanalyse vier deutscher überregionaler Zeitungen<sup>3</sup> untersuchte Ahbe (2009), welches Wissen über die Ostdeutschen und Ostdeutschland im Jahr 1989 beziehungsweise 1990 und 1995 vermittelt wurde. Seine Ergebnisse zeigen eine Bandbreite unterschiedlicher Bilder: Ostdeutsche wurden als „Helden der friedlichen Revolution“ (ebd., S. 108) bis hin zu einem „nationalistisch aufgeheizte[n] Mob, der nach Wiedervereinigung schreit und Ausländer jagt“ dargestellt (ebd., S.108). Kolmer (2009) untersuchte indes das Bild Ostdeutschlands und der DDR in den Medien von 1994 bis 2007 und attestierte den Leitmedien ein sinkendes Interesse an Ostdeutschland. Der Osten war vorrangig dann interessant, wenn es um Verbrechen, Unfälle und politische Konflikte ging. Eine weitere Diskursanalyse überregionaler Tageszeitungen von Kollmorgen & Hans (2011)<sup>4</sup> untersuchte, in welchem quantitativen Umfang über Ostdeutschland berichtet wird und stellte ebenfalls einen Rückgang der Berichterstattung über Ostdeutschland fest – insbesondere im Bereich ostdeutscher Wirtschaftsthemen. Aufgrund der gegebenen Medienstruktur in Deutschland sowie der unterschiedlichen Mediennutzungsverhalten in den alten und neuen Bundesländern kommen die

---

<sup>1</sup> *Studien zu 20 Jahre Deutsche Einheit*: u.a. Cassens et al., 2009; Falter, 2006; Ragnitz et al., 2010; Klein & Heitmeyer, 2009

*Studien zu 30 Jahre Deutsche Einheit*: u.a. Arzheimer, 2016; Belok & Faus, 2017; BMWi, 2019; Destatis & WZB, 2018; Faus & Storks, 2019; Köcher et al., 2019; MDR, 2018a; Krause, 2019; Rainer et al., 2018; ROLAND & IfD Allensbach, 2020

<sup>2</sup> z.B. Arbeitsmarkt (z.B. Jansen et al., 2009), Wahlverhalten (u.a. Arzheimer, 2016; Rohrschneider et al., 2013), politische Einstellungen (u.a. Decker & Brähler, 2018; Decker et al., 2016a), Kinderbetreuung (u.a. Wenzel, 2010; Schoeber & Stahl, 2014) Mediennutzungsverhalten (u.a. Jandura & Meyen, 2010; Döbler, 2012; Frey-Vohr & Mohr, 2015; Pürer, 2015)

<sup>3</sup> FAZ, SZ, taz und Der Spiegel

<sup>4</sup> Untersuchungszeitraum: 2004-2008



Autoren ferner zu dem Schluss, dass es sich „keineswegs um eine homogene massmediale Teilöffentlichkeit handelt, sondern um eine [...] selbst mehrfach differenzierte“ (Kollmorgen & Hans, 2011, S. 158).

Als Öffentlichkeit wird der Ort bezeichnet, an dem öffentliche Kommunikation stattfindet und an deren Ende öffentliche Meinungen generiert werden (Kollmorgen & Hans, 2011). Der Kommunikationsraum ist dabei keinesfalls homogen, sondern bildet sich aus einer Vielzahl von Kommunikationsgemeinschaften respektive Teilöffentlichkeiten (Tobler, 2010), die sich in den alten und neuen Bundesländern aufgrund unterschiedlicher „sozialstruktureller sowie sozio-kultureller Entwicklungsdynamiken“ (Kollmorgen & Hans, 2011, S.109) heterogen entwickelten. Zentral ist, dass in heutigen demokratischen Gesellschaften Öffentlichkeit weitgehend durch Massenmedien hergestellt wird und BürgerInnen überwiegend durch die rezipierten Medienangebote an ihr teilnehmen (Kleinen-von Königslöw, 2010). Daran anknüpfend stellt sich Kleinen-von Königslöw (ebd.) in ihrer umfassenden Studie zur deutschen Öffentlichkeit die Frage, ob es sich um eine einzige, gemeinsame Öffentlichkeit handelt oder ob BürgerInnen, aufgrund der Heterogenität der Massenmedien, an verschiedenen Teilöffentlichkeiten partizipieren. Im Gegensatz zu den oben genannten Studien untersuchte sie regionale sowie nationale Medien und analysierte weniger die Art und Weise der Berichterstattung über Ost- beziehungsweise Westdeutschland, sondern zunächst welche Themen in den unterschiedlichen Medien der neuen und alten Bundesländer behandelt werden und inwiefern diese sich überschneiden.<sup>5</sup> Kleinen-von Königslöw (ebd.) prognostizierte unter anderem, dass sofern RezipientInnen einer ostdeutschen regionalen Zeitung auf LeserInnen einer überregionalen Tageszeitung treffen würden, durchschnittlich ein Drittel der rezipierten Themen auch dem jeweiligen Gegenüber bekannt wären. Dabei stellt sie indes einen höheren Überschneidungsgrad an Themen zwischen Ost und National anstatt West und National fest. In einer zweiten Teilstudie analysierte die Forscherin Frame-Elemente spezifischer Themen und bilanzierte, dass Unterschiede in der Art und Weise der Berichterstattung zwischen Ost- und

---

<sup>5</sup> Auf regionaler Ebene untersuchte Kleinen-von Königslöw (2010) die Zeitungen WAZ und LVZ sowie mdr Aktuell und BR Rundschau. Auf nationaler Ebene die SZ, FAZ und Bild sowie ARD tagesschau und RTL aktuell. Der Untersuchungszeitraum lag bei zwei natürlichen Wochen im September 2006.

Westdeutschland themenabhängig sind und demnach keine themenübergreifende Aussage getroffen werden kann.

Der subjektiven Wahrnehmung nach steht die Ost-West Thematik mit Blick auf unterschiedliche Kulturen seit den letzten Jahren wieder verstärkt im öffentlichen Diskurs: Die Jubiläumsjahre zu 30 Jahren deutscher Einheit, das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen, wie PEGIDA in Dresden, der prozentual höhere Wahlerfolg der Partei AfD in den neuen Bundesländern sowie gewalttätige und tödliche Ausschreitungen, beispielsweise 2018 in Chemnitz, beflügeln das Thema in der Öffentlichkeit. Massenmedien spielen dabei eine zentrale Rolle und erfüllen zahlreiche Funktionen und Leistungen für die Gesellschaft, die sich allgemein in vier Gruppen einordnen lassen: Die Hauptfunktion ist zum einen die *Informationsfunktion*, zum anderen übernehmen sie eine *soziale Funktion* mit einer bedeutenden Sozialisations- und Integrationsfunktion, bieten soziale Orientierung und Lebenshilfe und Gratifikation beziehungsweise Rekreation (Burkart, 2019). Folglich ist es üblich, dass jede Region, die für sie ausgerichteten Medien nutzt womit die Identifikationserwartungen erfüllt werden (Gries, 2009). Indes wird ihnen eine *politische Funktion* zuteil, indem sie wesentlicher Bestandteil im Prozess der Herstellung von Öffentlichkeit sind, eine Artikulations-, Kritik- und Kontrollfunktion erfüllen sowie politische Bildung gewährleisten. Außerdem besitzen Medien eine *ökonomische Funktion*, welche primär in Hinblick auf das Wirtschaftssystem relevant ist. Zudem können Medien Motor beziehungsweise Antrieb der öffentlichen Kommunikation sein sowie als ausübende Kraft einem Wirkungsprinzip nachgehen: Durch eine unterschiedliche Häufigkeit der Thematisierung bestimmter Bereiche und Probleme, schaffen sie ein differenziertes Bewusstsein und Wissen derselben in der Gesellschaft. Auf der anderen Seite dienen Medien als Spiegel der öffentlichen Meinung (Rössler, 1997) und berichten über in der Gesellschaft als wichtig erachtete Themen. Heutzutage stellen die klassischen Massenmedien jedoch nicht das einzige Medienangebot, durch welches BürgerInnen an der Öffentlichkeit teilhaben können: Das Internet, die sozialen Medien und die damit verbundenen „kommunikationstechnischen Innovationen“ (Burkart, 2019, S.130) wirken ergänzend und bieten attraktive Möglichkeiten, um vor allem der Eigenschaft der Einseitigkeit entgegenzuwirken (ebd.). Dennoch befasst sich die vorliegende Arbeit bewusst mit klassischen Tageszeitungen. Diese sind – auch in digitaler Ausgabe – in ihrem Platz begrenzt, was eine gesteigerte journalistische Arbeit verlangt. Zudem geben

Tageszeitungen ihren RezipientInnen die Chance, jeden Tag denselben Wissensstand zu tagesaktuellen Themen zu erhalten, was eine stabile Grundlage für die Anschlusskommunikation bedeutet. Eine algorithmisch selektierte wurde somit ausgeschlossen.

Mit den genannten Funktionen der Massenmedien, einem heterogenen Kommunikationsraum und einer differenzierten Medienlandschaft in Deutschland sowie weiterhin bestehenden Unterschieden in den Einstellungen und Lebensverhältnissen der Deutschen, kommt folgende Frage auf: Haben Massenmedien ihre soziale Funktion im Prozess der Wiedervereinigung erfüllt sowie das Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands gefördert? Dabei ist es von besonderer Relevanz die Berichterstattung deutscher Massenmedien zu untersuchen und zu prüfen, ob eine gewisse Einheitlichkeit gewährleistet wird. Naheliegend ist, dass bei einer stark differierten Berichterstattung und damit fehlender gemeinsamer Diskussions- und Verständnisbasis, kein diskursiver Austausch in der Öffentlichkeit entstehen kann und folglich das Zusammenwachsen beider Gesellschaften gehemmt wird. Ausgangslage für dieses Forschungsprojekt ist daher eine heterogene massenmediale Öffentlichkeit in Deutschland, wobei diese in eine nationale Teilöffentlichkeit sowie eine Teilöffentlichkeit in Ost- und Westdeutschland aufgeteilt wird. Mit dem Ziel, Konvergenzen und Divergenzen zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten festzustellen wird überprüft, ob eine einheitliche Presseberichterstattung in Deutschland vorliegt oder ob eigenständige Diskurse auf nationaler Ebene sowie in Ost und West geführt werden. Folgende Forschungsfragen lassen sich daher der vorliegenden Studie überordnen:

F1: Welche innerdeutschen Themen herrschen in der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten vor und existiert eine einheitliche Presseberichterstattung in Deutschland?

F2: Wie werden innerdeutsche Themen in der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten in der Presse dargestellt?

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Nach Darlegung der Relevanz und der Forschungsziele der Arbeit, bilanziert das zweite Kapitel zunächst das heutige gesellschaftlich- und historisch-geprägte Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland anhand zahlreicher Faktoren. Gleichzeitig wird ein näherer Blick auf die deutsche Medien- und Presselandschaft geworfen, da diese als Untersuchungsgegenstand der Arbeit von besonderer Relevanz ist.

Im Zentrum des dritten Kapitels steht folgend die (öffentlichkeits-)theoretische Fundierung der Arbeit, in welchem die demokratie- und öffentlichkeitstheoretischen Grundlagen geschaffen werden. Nach einer begrifflichen Einführung werden zwei Öffentlichkeitstheoretische Modelle vorgestellt und diskutiert sowie deren Erkenntnisse anschließend praktisch in ein Arenatheoretisches Modell von Öffentlichkeit integriert. Das Modell wird in einen medientheoretischen Kontext eingebettet, welches letztlich als Forschungsgrundlage für die Arbeit dient. Schlussendlich kristallisiert sich die bedeutende Rolle der Massenmedien im Prozess der Herstellung von Öffentlichkeit heraus. In einem zweiten Schritt wird daher auf die Thematisierungsfunktion der Medien in Form des Agenda-Setting-Ansatzes eingegangen und anhand der Framing-Theorie die Art und Weise der Berichterstattung geschildert, wobei beide Ansätze die zuvor theoretisch eingeführte kommunikative Leistung der Medienöffentlichkeit operationalisieren. Beide kommunikationswissenschaftliche Ansätze schließen mit den theoretisch hergeleiteten Forschungshypothesen ab, die sich übergeordnet auf die anfangs gestellten Forschungsfragen beziehen und die Einheitlichkeit der deutschen Presseberichterstattung sowie deren Themenfrequentierung und Deutungsinhalte untersuchen. Ergänzend wird auch auf das Konzept der Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen in der Medienberichterstattung eingegangen, welches als weiterer Erklärungsansatz für die gewonnenen Erkenntnisse dient.

Im vierten Kapitel wird das methodische Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfragen sowie der empirischen Belegung beziehungsweise Widerlegung der Hypothesen aufgeführt. Zur Erhebung der Themen- und Deutungsinhalte der medialen Teilöffentlichkeiten wird eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse angewandt. Dafür wird jeweils die verwendete Stichprobe vorgestellt sowie die Durchführung der jeweiligen Forschungsteile beschrieben.

Kapitel fünf und sechs umfassen schließlich die Darlegungen der empirischen Befunde aus der Inhaltsanalyse I und II. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt dabei stetig in einem Vergleich zwischen den drei erhobenen medialen Teilöffentlichkeiten. In der Inhaltsanalyse I wird vertieft auf die erhobenen Themen und deren Frequentierung in der deutschen Presseberichterstattung eingegangen sowie erste Hypothesen ausgewertet. Die Beschreibung der Ergebnisse der Inhaltsanalyse II richtet sich auf die Art und Weise der Berichterstattung anhand dreier Fallbeispiele: dem NSU-Prozess, der Ausschreitungen in Chemnitz und dem Dieselskandal. Nach einer kurzen Fallbeschreibung werden jeweils die erhobenen Frames beschrieben und anschließend zur Beantwortung der Hypothesen genutzt. Nach jeder Deskription der empirischen Befunde, werden diese jeweils in einen theoretischen Kontext eingebettet und mit den öffentlichkeits- und medientheoretischen Überlegungen der Arbeit verknüpft. Die Arbeit schließt mit einer Reflexion der inhaltsanalytischen Gütekriterien und Limitationen der Forschung sowie einem Fazit und Ausblick ab.

## **2. Gesellschaftlich-historischer Hintergrund der Ost-West-Thematik**

Das folgende Kapitel zeigt zunächst das heutige gesellschaftlich- und historisch-geprägte Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland auf. Weiterhin wird ein näherer Blick auf die deutsche Medien- und Presselandschaft geworfen, die als Untersuchungsgegenstand für die folgende Arbeit dient.

### **2.1 Bilanzen zum heutigen Ost-West-Verhältnis**

Wie bereits in der Einleitung angedeutet, gleichen sich die Lebensverhältnisse der einst getrennten Gesellschaften immer weiter an, die Lebenszufriedenheit im Osten Deutschlands wächst und allgemein ist eine positive Grundstimmung in der Republik zu verzeichnen (u.a. Belok & Faus, 2017; BMWi, 2019; Faus & Storcks, 2019). Dennoch zeigen jüngste wissenschaftliche Studien und Statistiken auf, dass weiterhin unterschiedliche soziale Lagen und Lebensrealitäten das Leben der Deutschen bestimmen: In nahezu allen Lebensbereichen, beispielsweise in der demografischen und wirtschaftlichen Lage sowie der politischen und gesellschaftlichen

Einstellungen, bestehen weiterhin Differenzen zwischen den neuen und alten Bundesländern. Zur weiteren thematischen Herleitung werden folglich die neusten Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen dargelegt.

*Demografische Lage* – Nach dem Fall der Mauer suchten vor allem viele junge, gut ausgebildete Menschen ihr Glück im Westen, was für eine große Abwanderungsbilanz im Osten sorgte. Insgesamt verließen 1,2 Millionen Menschen von 1990 bis heute die neuen Bundesländer; im Jahre 2017 fiel die Wanderungsbilanz für Ostdeutschland jedoch erstmals wieder anders aus: mehr Menschen zogen von West nach Ost als umgekehrt (BMWi, 2019). Der Bevölkerungs- und Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern nach 1990 führte zu einer unterschiedlichen Altersstruktur und ungleichen Verhältnissen von Menschen im erwerbsfähigen Alter. 2017 lag das Durchschnittsalter in den neuen Ländern (exkl. Berlin) bei 47 Jahren, im Westen bei 44. Waren im selben Jahr rund 25% der Bevölkerung in den neuen Ländern 65 Jahre und älter, lagen alle Durchschnittswerte in den alten Bundesländern unter 23%, wobei über 7,5% im Westen und unter 5,5% im Osten 18 bis 24 Jahre alt waren (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2020a). Der Trend zeigt, dass diese Kluft zwischen Ost und West in den kommenden Jahren noch größer werden wird (Destatis & WZB, 2018).

*Wirtschaftliche Lage* – Generell ist eine positive Grundstimmung mit einer wachsenden Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, der allgemeinen Lage Deutschlands sowie den wirtschaftlichen Entwicklungen in den neuen Bundesländern zu vermerken (u.a. Belok & Faus, 2017; BMWi, 2019; Faus & Storks, 2019). Situative Einflussfaktoren wie Einkommen oder Arbeitslosigkeit nehmen dabei erheblichen Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Westdeutschland 2018 42.971€ pro Kopf, lag es in Ostdeutschland mit 32.108€ deutlich darunter (BMWi, 2019). Betrachtet man die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern, ist jedoch ein bemerkenswerter Rückgang zu sehen: Waren 2005 noch 18,82% der Ostdeutschen arbeitslos (mit einer Differenz von über 8% zu Westdeutschland) ist der Anteil 2018 auf 6,68% gesunken (exkl. Berlin) (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2020b). Anders als beim Einkommen ist hier der Graben zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich geringer geworden.

*Politische Einstellungen* – Im Allgemeinen ist die Unzufriedenheit der Deutschen spürbar, wenn es um politische Belange geht. In beiden Teilen

Deutschlands ist das allgemeine politische Interesse zwar ähnlich hoch (u.a. Arzheimer, 2016; Faus & Storcks, 2019; Arnold et al., 2015; Rainer et al., 2018, doch die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland weitgehend gering. So bestätigen diverse Studien, dass knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung eher unzufrieden mit dieser ist, im Osten des Landes fallen die Prozentwerte dabei höher aus: Decker et al. (2018) verzeichnen beispielsweise eine Zufriedenheit mit 46,9% im Osten und 54,9% im Westen; Faus & Storcks (2019) 51% im Osten und 58% im Westen. Zudem zeigen Jugendstudien auf, dass westdeutsche Jugendliche eine weltoffeneren Perspektive einnehmen, während gleichaltrige Ostdeutsche traditionelle Werte präferieren (Hurrelmann et al., 2019; Faus & Storcks, 2019). Laut einer Studie von Decker et al. (2016b) befürworten 13,8% der Befragten Ostdeutschen eine rechtsautoritäre Diktatur, im Westen Deutschlands liegt dieser Wert bei gerade einmal 4,8%. Unterschiede sind außerdem bei der Wahlbeteiligung und Parteienpräferenz zu erkennen (u.a. Arnold et al., 2015; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2020c; Arzheimer, 2016). Lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2017 insgesamt bei 76,2%, gaben im Westen 76,8% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin-Ost) nur 73,2%. Hinzuzufügen ist jedoch, dass sich die Differenz im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2013 verringert hat: Lag diese im Westen bei 72,4%, wählten in den neuen Ländern nur 67,6% (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2020c). Die niedrigere Wahlbeteiligung ist dahingehend als beunruhigend aufzufassen, da diese eine ungleiche Repräsentation gesellschaftlicher Interessen mit sich führt (Arzheimer, 2016). Durch das Aufkommen und den Wahlerfolg der AfD in den letzten Jahren steht zudem eine unterschiedliche Parteienpräferenz im öffentlichen Diskurs: Im Schnitt erreicht die AfD in den neuen Bundesländern (inkl. Ost-Berlin) doppelt so viele Stimmanteile wie in den alten Bundesländern, wobei auch letztere bei den Bundestagswahlen 2017 enormen Zuwachs bekommen haben (Decker, 2018). Dennoch bekräftigt Tröger (persönliche Kommunikation, 05.06.2020), dass die häufige mediale Darstellung der AfD als „Ost-Problem“ keinesfalls ein solches ist – es gestaltet sich jedoch einfacher, auf andere zu schauen, tiefgreifende, ganz Deutschland betreffende Fragen von sich wegzuschieben und auf „den Osten“ zu projizieren. Ein weiterer Vergleichspunkt ist das Vertrauen in Institutionen: Dieses ist in den neuen sowie alten Bundesländern generell gering, wobei das Misstrauen bei Ostdeutschen meist höher ist (u.a. Faus &

Storks, 2019; Köcher et al., 2019; ROLAND & IfD Allensbach, 2020). Einer Studie nach vertrauen 77% der Befragten aus Westdeutschland und 68% der Ostdeutschen der Polizei und 51% beziehungsweise 27% der Zeitung (ROLAND & IfD Allensbach, 2020).

*Gesellschaftliche Fragen* – Geht es um die gemeinsam geteilten Werte und Sorgen der Deutschen, so wird beispielsweise einheitlich der Zusammenhalt in der Gesellschaft vermisst, die Zunahme von Ungleichheit und Hektik bemängelt und die Angst vor wachsender Feindseligkeit zwischen den Menschen mit unterschiedlichen Meinungen wächst (u.a. Belok & Faus, 2017; Köcher et al., 2019; Hurrelmann et al., 2019). Gemein haben beide Teile der Republik außerdem eine hohe und stetig zunehmende Ausländerfeindlichkeit. Laut der Shell Jugendstudie-Studie von 2019 sprach sich jede/r zweite dafür aus, weniger ZuwanderInnen als bisher aufnehmen zu wollen.<sup>6</sup> Prozentwerte von Decker & Brähler (2018) bestätigen diese Aussage: 2016 lag die Ablehnung gegenüber Ausländern bei 20,4%, innerhalb der folgenden zwei Jahre ist dieser Wert auf 24,1% gestiegen. Dennoch unterscheiden sich die West- und Ostdeutschen auffallend hinsichtlich ausländerfeindlicher Aussagen. In den neuen Bundesländern ist die Ablehnung gegenüber Ausländern größer und gefestigter (u.a. Arzheimer, 2016; Bertelsmann Stiftung & IfD Allensbach, 2018; Decker et al., 2018; Hurrelmann et al., 2019).<sup>7</sup> Der Aussage, dass Ausländer nach Deutschland kämen, um den Sozialstaat auszunutzen, stimmen 40% im Osten und 30,4% im Westen zu (Decker et al., 2016b). Geht es um Verbundenheit und Identität, herrscht in Ostdeutschland ein stärkeres Kollektiv-Gefühl (Reinke de Buitrago, 2003). Junge Ostdeutsche fühlen sich mit Ostdeutschland ähnlich stark verbunden wie mit Deutschland, gleichaltrige Westdeutsche nehmen Westdeutschland hingegen wenig bis gar nicht als Identifikationsobjekt wahr (Faus & Storks, 2019).

Die Ergebnisse sind ein Beleg für differente historische Erfahrungen in zwei kontrastierenden politischen Systemen und zeigen auf, dass sich die Lebensverhältnisse in vielen Bereichen zwischen Ost- und Westdeutschland angeglichen haben, jedoch weiterhin große strukturelle Unterschiede und divergente Einstellungen

---

<sup>6</sup> Zustimmung zur Aussage „Deutschland soll weniger Zuwanderer aufnehmen als bisher“; 2015: 49% Ost, 55% West; 2019: 55% Ost, 47% West (Hurrelmann et al., 2019)

<sup>7</sup> Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen 2014: 22% Ost, 17% West; 2016: 22,7% Ost, 19,8% West; 2018: 30,9% Ost, 24,1% West (Decker et al., 2018)



vorherrschen<sup>8</sup>. Zur Erklärung dieser Phänomene dienen zwei Thesen: die Sozialisations- und Situationsthese (u.a. Arzheimer 2016; Faus & Storcks 2019; Wegener & Liebig 2010). Letztere bezeichnet situative Einflüsse der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen, wie zum Beispiel Wirtschaftsentwicklung, Demografie und Arbeitsmarktsituation. Die Sozialisationsthese beschreibt die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen und vermittelten Werte, Normen und Einstellungen durch die 40-jährige Teilung Deutschlands in unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme. Beispiele hierfür sind Einstellungen zu Politik und Familie, die Wahrnehmung der eigenen sozialen Position sowie der Umgang mit Medien (Wegener & Liebig, 2010). Nicht nur die Familie und das Umfeld, in dem man aufwächst, ist eine wesentliche Sozialisationsinstanz, auch den Medien kommt eine ganz entscheidende Rolle zu.

Um ein besseres Verständnis für die heutige Medienlandschaft in Deutschland zu generieren, widmet sich folgender Abschnitt den medienstrukturellen Entwicklungen seit der Wende sowie der Mediennutzung und den entsprechenden Erwartungshaltungen. Der Fokus liegt dabei auf dem deutschen Pressewesen, da ausgewählte Tageszeitungen Untersuchungsgegenstand der Forschung sind.

## **2.2 Die deutsche Medienlandschaft**

In nahezu keinem anderen Bereich waren die Unterschiede zwischen BRD und DDR so groß, wie im Mediensystem. Schaut man sich die Funktionen der Medien in der ehemaligen DDR an, stellten diese vor allem eine „tragende Säule der SED-Herrschaft“ (Pürer & Raabe, 2007, S. 173) mit einer Steuerungs- und Repräsentationsfunktion des Staates dar (ebd.). Politik und Mediensystem waren eng miteinander verwoben und die Medienprodukte lagen alle auf derselben ideologisch-politischen Linie. Somit war eine wettbewerbsfähige, individuelle Meinungs- und Willensbildung fast unmöglich (Wuschig, 2005). Pressefreiheit sowie ein vielfältiges und diverses Angebot auf dem Medienmarkt mit einer großen Anzahl an regionalen und lokalen Zeitungen, wie in der BRD, gab es nicht (Pürer & Raabe, 2007). Mit dem Fall der Mauer folgte ein rascher Umbruch in der deutschen

---

<sup>8</sup> Nicht zu unterschätzen sind in Bezug auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten auch andere Faktoren, wie ein großes Stadt-Land-Gefälle innerhalb Ost- und Westdeutschlands sowie einzelner Regionen, Geschlecht, Alter, Bildung und politische Einstellung (u.a. Arzheimer, 2016; Belok & Faus, 2017; Faus & Storcks, 2019).

Medienlandschaft: Aufgrund der Verkaufspolitik der Treuhand und Zeitungsfusionen mit westdeutschen Großverlagen waren viele Betriebe im Osten gezwungen zu schließen (Pürer, 2015). Westdeutsche Zeitungen wurden in die neuen Bundesländer importiert und die Konkurrenz für noch bestehende ostdeutsche Verlage wuchs rasant, was schließlich zu einer Konzentration des Pressemarktes führte (Schneider, 2004). Strukturell bedingt folgte eine problematische Entwicklung, so äußert sich Dr. Mandy Tröger in einem Interview: „Auf den Osten bezogen heißt das, es gibt beispielsweise keine oder kaum ostdeutsche Stimmen in den Medien. Über Ostdeutsche wird gesprochen, sie sprechen selten selbst, es sei denn, sie bedienen bereits bekannte Stereotypen.“ (Herke, 2019, S. 11).

Alle der zehn größten Zeitungsverlage in Deutschland, bis auf *Axel Springer SE* (Berlin), haben heute ihren Sitz in den alten Bundesländern<sup>9</sup>. Auch die in der vorliegenden Studie zu untersuchenden Regionalzeitungen der neuen Bundesländer gehören fast ausschließlich westdeutschen Verlagsgruppen an: Die *Thüringer Allgemeine (TA)* mit Redaktionssitz in Erfurt (Thüringen) ist Teil der Verlagsgruppe *Funke Mediengruppe* mit Sitz in Essen (Nordrhein-Westfalen), die *Mitteldeutsche Zeitung* mit Sitz in Halle (Sachsen-Anhalt) ist Teil der *Verlagsgruppe DuMont* in Köln (Nordrhein-Westfalen) und die *Sächsische Zeitung (SäZ)* mit Redaktionssitz in Dresden (Sachsen) gehört zu 40% der *Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg)* mit Sitz in Hamburg. Ein zusätzlicher Blick auf die gemeldeten Titel der Abonnementszeitungen der Tageszeitungen von 2017 zeigt große Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland: Liegt die Anzahl in Westdeutschland bei 167 Titeln, hat Ostdeutschland (inklusive Berlin) lediglich 16 Abonnementszeitungen zu verzeichnen (Krupp & ARD-Werbung, 2019). Auch die strukturellen Bedingungen innerhalb der Medienbranche sprechen für sich: Wie auch in der Politik und Wirtschaft werden Redaktionen und Führungspositionen weiterhin von westdeutschen JournalistInnen dominiert (Döbler, 2012). Betrachtet man den Anteil Ostdeutscher in den Leitungspositionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den neuen Bundesländern (MDR, RBB, NDR), so lag dieser 2016 lediglich bei 27% (Bluhm & Jacobs, 2016).

---

<sup>9</sup> u.a. *Verlagsgruppe Stuttgarter Zeitung/Die Rheinpfalz/Südwest Presse*, Ulm; *Funke Mediengruppe*, Essen; *Verlagsgruppe Ippen*, München; *Verlagsgruppe Madsack*, Hannover (Krupp & ARD-Werbung, 2019)

Ferner wurde das Ziel eines einheitlichen Pressemarkts, sprich einer homogenen Mediennutzung in den neuen und alten Bundesländern, nicht erreicht. Medien sowie Medieninhalte unterscheiden sich weiterhin, Ost- und Westdeutsche konsumieren verschiedene Medien (u.a. Bösch & Classen, 2015; Jandura & Meyen, 2010; Reinke de Buitrago, 2003; Wuschig, 2005). Überregionale Qualitätszeitungen (ausgenommen *neues deutschland*, mit Leserschwerpunkt in Ostdeutschland) werden überwiegend in Westdeutschland rezipiert: Aktuellen Daten der „ma 2020 Pressemedien I“ zufolge (siehe Tabelle 1), hat die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) eine nationale Reichweite von 1,2%, in den alten Bundesländern liegt diese bei 1,3% und in den Neuen bei gerade einmal 0,4%. Bezüglich der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) mit einer größeren gesamtdeutschen Reichweite von 1,6% ist die ungleiche Verteilung noch stärker ausgeprägt: 2% versus 0,2%. Die Reichweitenübersicht für *DIE WELT*, *taz* und *Handelsblatt* zeigen ähnliche Ergebnisse:

	Gesamt	Alte Bundesländer (exkl. Berlin)	Neue Bundesländer (exkl. Berlin)
<b>Basis</b> (Grundgesamtheit in Mio.)	70,6	56,72	10,86
FAZ*	1,2	1,3	0,4
Süddeutsche Zeitung*	1,6	2,0	0,2
Handelsblatt*	0,6	0,7	0,4
taz*	0,3	0,3	0,6
DIE WELT (print)*	1,0	1,0	0,6

\*Reichweite in %

Basis: Deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland  
Erhebungszeitraum: 16.09.2018 bis 09.02.2019 und 10.03.2019 bis 20.07.2019

Tabelle 1: *Reichweitenforschung überregionaler Abonnementzeitungen*  
Quelle: Marktforschung Axel Springer SE (2020)

Im Bereich der regionalen Tageszeitungen ist das Leseverhalten differenziert nach Ost und West jedoch ähnlich: Werden im Osten 47,7% der Bevölkerung erreicht, liegt der Wert im Westen mit 49,4% nur leicht höher (BDVZ, 2016). Als weiteres Beispiel für die existierenden Mediennutzungsunterschiede gilt die Illustrierte *SUPERillu*, welche über ein Fünftel der Ostdeutschen erreicht - das sind mehr LeserInnen als *Der Spiegel*, *Fokus*, *Stern* und *Bunte* gemein haben (Bösch & Classen, 2015). Mit einer aktuellen gesamtdeutschen Reichweite der *SUPERillu* von 2,4%, liegt diese in den alten Bundesländern bei 0,7% und in den neuen bei 1,1%

(Marktforschung Axel Springer SE, 2020). Die engere Bindung an die eigene Region und eine größere Beliebtheit der regionalen Angebote (u.a. Jandura & Meyen 2010; Döbler 2012; Stiehler, 2012) lässt sich durch die Marktanteile der Dritten Programme der ARD belegen: Erreichen das ZDF und die ARD im Westen zwar allgemein größere Anteile,<sup>10</sup> verzeichnen die Dritten jedoch 14,1% in den neuen und nur 12,2% in den alten Bundesländern (Krupp & ARD-Werbung, 2019). Weiterhin zeigen Ostdeutsche ein größeres Interesse an Unterhaltungs- anstatt Informationsangeboten und weisen eine längere Fernsehnutzung auf (u.a. Jandura & Meyen, 2010; Döbler 2012; Frey-Vohr & Mohr, 2015). So lag die durchschnittliche Sehdauer 2018 im Westen Deutschlands bei 205 Minuten pro Tag, im Osten Deutschlands bei 266 Minuten (Zubayr & Gerhard, 2019). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in den neuen und alten Bundesländern unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnislagen hinsichtlich der Mediennutzung vorliegen. Ausschlaggebende Ursachen sind unter anderem andere Erfahrungen, Sozialisation und unterschiedliche Medienkompetenzen in beiden Teilen Deutschlands sowie soziodemografische Unterschiede und die soziale Position (u.a. Jandura & Meyen, 2010; Wuschig, 2005).

### **3. Theorie**

Im Folgenden werden die (öffentlichkeits-)theoretischen Grundlagen der Arbeit geschaffen. Nach einer begrifflichen Einführung wird das Diskurstheoretische Öffentlichkeitsmodell von Habermas (1990; 1992) sowie das Systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell von Luhmann (1990), weitergeführt von Gerhards (1994, 1998a) vorgestellt und diskutiert (Kapitel 3.1). Die theoretischen Grundlagen werden anschließend praktisch in das Arenatheoretische Modell von Öffentlichkeit nach Tobler (2010) integriert sowie medientheoretisch weitergeführt und für die vorliegende Forschung modifiziert (Kapitel 3.2 und 3.3). In einem nächsten Schritt wird auf die Thematisierungsfunktion der Medien eingegangen und anhand des Frame-Begriffs die Art und Weise der Berichterstattung geschildert, wobei beide Ansätze die zuvor theoretisch eingeführte kommunikative Leistung der

---

<sup>10</sup> Marktanteile ZDF: West 14,3%; Ost 12,5%; Marktanteile ARD: West 11,9%; Ost 10%

Medienöffentlichkeit operationalisieren. Ergänzt werden die beiden kommunikationswissenschaftlichen Ansätze mittels des Konzepts der Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen (Kapitel 3.4). Die theoretischen Zusammenhänge, verbunden mit den Darlegungen zum soziokulturellen Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland und der aktuellen Medienlandschaft, münden schließlich in der Herleitung der Forschungshypothesen.

### **3.1 Demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Grundlagen**

Ziel der Arbeit ist es, zu überprüfen, ob in Deutschland eine Deutschlandagenda existiert sowie die Art und Weise der Verhandlung zweier innerdeutscher Themen zu analysieren, um Rückschlüsse auf die Leistung der Medien in Hinblick auf die Herstellung von öffentlicher Kommunikation in Ost- und Westdeutschland ziehen zu können. Anfangs ist es daher notwendig, die Bedeutung öffentlicher Kommunikation sowie kommunikativer Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen System zu erläutern und die dafür notwendigen demokratie- und öffentlichkeitstheoretischen Überlegungen systematisch aufzuzeigen.

#### **3.1.1 Öffentlichkeit - Eine begriffliche Einführung**

Der Begriff der *Öffentlichkeit* ist allgegenwärtig und taucht sowohl im Alltag der Menschen als auch in zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen auf: Medien berichten von Personen des öffentlichen Lebens, die sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen; Unternehmen bilden Öffentlichkeitsabteilungen aus, um die öffentliche Kommunikation nach außen für die eigenen Interessen erfolgreich zu gestalten und implizit ist der Begriff Teil von Gesetzen und politischen Äußerungen. Gleichzeitig ist er Bestandteil zahlreicher wissenschaftlicher Auseinandersetzungen in Bereichen der Sozial-, Politik- und Kommunikationswissenschaft und bewegt sich somit in einem breiten semantischen Feld von Bedeutungen, weshalb eine eindeutige begriffliche Klärung bis heute nicht existiert (Peters, 1994). Bereits hier zeichnet sich allmählich die Schwierigkeit der konzeptionellen Auseinandersetzungen mit diesem Begriff ab.

Trotz dessen ambivalenten Bedeutungen existiert seit dem 18. Jahrhundert ein struktureller Rahmen, der sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat, grundsätzlich stabil geblieben ist (Peters, 2007) und an dem sich die vorliegende Arbeit im

Weiteren orientiert<sup>11</sup>. Öffentlichkeit wird als ein „offenes Kommunikationsforum“ (Neidhardt, 1994, S.7) verstanden, in dem Meinungen und Anliegen kommuniziert werden können und welches bestimmte normative Merkmale und Funktionen erfüllt. Die Anfänge der Formung eines solchen Kommunikationsraumes sind bis in das antike Griechenland zurückzuführen und begannen bereits auf der Agora – einem Versammlungsort, auf dem die Polis wichtige politische und gesellschaftliche Themen diskutierte. Um eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung einnehmen zu können, entwickelte die Gesellschaft die Forderung, dass jegliche Art von Parlamentsarbeit öffentlich und für Gesellschaftsmitglieder transparent und nachvollziehbar zu sein habe (Jarren & Donges, 2011). In demokratisch organisierten Gesellschaften dient Öffentlichkeit demnach in erster Linie der Legitimation demokratischer Herrschaft (Kleinsteuber, 2000) und bewegt sich stetig zwischen den Bereichen der Privatsphäre und dem Staat.

In der deutschsprachigen Medien- und Kommunikationswissenschaft wird die Theoriegeschichte von Öffentlichkeit weitgehend von dem *diskurstheoretischen Öffentlichkeitsmodell* nach Jürgen Habermas (1990, 1992) und von dem *systemtheoretischen Öffentlichkeitsmodell*<sup>12</sup> nach Niklas Luhmann (1990) getragen. Beide Konzepte enthalten normative Eigenschaften darüber, wie Öffentlichkeit beschaffen sein soll und welche Kriterien sie für das Funktionieren erfüllen muss. Sie treffen außerdem Aussagen darüber, wie der Austausch öffentlicher Kommunikation in demokratischen Staaten ausgestaltet werden muss, um kommunikative Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen System zu gewährleisten. Die Modelle unterscheiden sich jedoch maßgeblich in den Ansprüchen, die sie an eine öffentliche Kommunikation stellen (Gerhards, 1998a).

Betrachtet man Öffentlichkeit in Hinblick auf moderne gesellschaftliche Strukturen, ist auch die bedeutende Rolle der Massenmedien im Prozess der Herstellung dieser nicht mehr ohne weiteres zu vernachlässigen. Während der von Habermas und Luhmann anfangs beschriebene Öffentlichkeitsbegriff eine politische Öffentlichkeit meint, erfährt er in modernen pluralistischen Gesellschaften durch den medialen Wandel eine neue Bedeutung und schafft neue Formen. Heutzutage

---

<sup>11</sup> Für eine ausführliche begriffsgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Konzept Öffentlichkeit siehe Hölscher (1979).

<sup>12</sup> In verschiedener Literatur wird das systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell auch liberales Öffentlichkeitsmodell oder Spiegelmodell genannt. Beide Bezeichnungen meinen jedoch das systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell (Gerhards, 1998a).

begrenzt er sich nicht mehr nur auf den traditionellen politischen Bereich, sondern umfasst auch andere vielfältige Bereiche wie Kultur und gesellschaftliches Zusammenleben (Hickethier, 2000). Dabei sind Massenmedien von großer Bedeutung: Sie sind als einzige Instanz in der Lage, durch Selektions- und Aufbereitungsleistung die Komplexität eines solchen Raumes zu reduzieren und übernehmen eine Vermittlungsfunktion von Angelegenheiten allgemeinen Interesses (Polownikow, 2017). Neidhardt (1994) schlussfolgert daraus: „Über die Massenmedien wird Öffentlichkeit zu einer dauerhaft bestimmenden gesellschaftlichen und politischen Größe, und es ist deshalb unvermeidlich, dass Öffentlichkeitsforschung sich auch und ganz wesentlich als Massenmedienforschung verstehen muss [...]“ (S.10).

Klassische Konzepte wie die von Habermas und Luhmann erodieren gegenwärtig und gelangten daher auch in die Kritik zahlreicher Autoren (u.a. Peters, 2007; Wimmer, 2007). Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle normativen Gehalte gänzlich hinfällig seien – einige Inhalte erweisen sich als äußerst sinnvoll und finden sich heute in Institutionen und sozialen Praktiken demokratischer Staaten, wenn auch modifiziert, wieder (Peters, 2007). Sie bilden heute noch die Grundlage für Diskussionen über Struktur und Inhalt von Öffentlichkeit und sollen daher in Teilen erläutert werden.

### **3.1.2 Das diskurstheoretische und systemtheoretische Modell von Öffentlichkeit**

#### *Diskurstheoretisches Modell*

Der Philosoph Jürgen Habermas entfachte mit seinen Ausführungen zur deliberativen Demokratie eine rege Diskussion über den aktuellen Stand der Öffentlichkeit und gilt bis heute als einer der wichtigsten Begründer dieses Konzepts. In seiner 1962 publizierten Habilitationsschrift über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ stellte er einen Idealtypus der bürgerlichen Öffentlichkeit auf, welcher auf dem Leitbild der im 18. Jahrhundert und zur Zeit der Aufklärung entstandenen Form der Öffentlichkeit fußt. BürgerInnen und Adlige trafen sich in Salons und Kaffeehäusern, um sich, unabhängig vom sozialen Status und der staatlichen Macht, über Meinungen zu gesellschaftlich relevanten Themen auszutauschen. Die öffentlichen und kritischen (Gegen-)Meinungen, die zu dieser Zeit entstanden, waren nicht nur ein Instrument der „demokratische[n] Selbstbestimmung des Publikums“ (Habermas, 1990, S.11) sondern beeinflussten auch politische Entscheidungen, indem sie

die Lücke zwischen politischem System und der individuellen Privatsphäre füllten und direkt an EntscheidungsträgerInnen appellierten. Im Folgenden soll in gebotener Kürze das Diskursmodell erläutert werden, wie Habermas es 30 Jahre später in seinem Werk „Faktizität und Geltung“ (1992) modellierte.

Habermas (1992) beschreibt die Öffentlichkeit als ein „Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“, die sich durch Kommunikationsflüsse zu „themenspezifischen gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten“ (S.436). Es sei ein sozialer Raum, der nicht per se existiere, sondern erst durch kommunikatives Handeln und ein interessiertes Publikum erzeugt werde. Die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse eines rechtsstaatlich verfassten politischen Systems verortet er strukturell in einem intermediären Bereich zwischen Zentrum und Peripherie (Gerhards, 1998a). Das Zentrum bildet den Kernbereich des politischen Systems und besteht aus institutionellen Komplexen der Legislative, Exekutive und Judikative. Die Peripherie umfasst verschiedene *individuelle und kollektive Akteursgruppen* der Zivilgesellschaft. Zum einen sind dies BürgerInnen, die durch demokratische Wahlen Herrschaftsträger legitimieren, zum anderen sowohl spontan als auch professionell organisierte Vereinigungen und Organisationen, die universelle und Partikularinteressen der BürgerInnen vertreten (Habermas, 1992; Gerhards, 1998a). Sie nehmen die Resonanz gesellschaftlicher Problemlagen in privaten Lebensbereichen auf, fassen diese zusammen und leiten sie an die politische Öffentlichkeit weiter (Jandura & Kösters, 2018). Die kollektiven Akteursgruppen unterteilt er nochmals in zwei Arten: spontane und bürgernahen Vereinigungen beschreibt er als *autochtone Akteure* der Peripherie, die professionell organisierten als *vermachtete Akteure*. Die Legitimität politischer Entscheidungen beruht letztlich immer auf der Anbindung an öffentlich artikulierte, in einem Diskurs entstandene Meinungen in der Peripherie (Habermas, 1992). In diesem Prozess lässt Habermas die Massenmedien nicht aus dem Blick und gliedert sie in das Zentrum-Peripherie-Modell als Schleuse zwischen Zivilgesellschaft und politischen Kern ein. Ihre Aufgabe besteht darin, sich unparteiisch den Anliegen und Anregungen des Publikums zu widmen und politische Prozesse im Licht dieser Themen einem Legitimationszwang sowie verstärkter Kritik auszusetzen (ebd.). Erst über eine kontroverse Behandlung in den Massenmedien gelangen die Themen auf die „öffentliche Agenda“ und werden von einem breiten Publikum wahrgenommen.



Neidhardt (1994) formuliert, angelehnt an Habermas, drei Funktionen und Prinzipien, die an eine Öffentlichkeit gestellt werden müssen:

1. *Transparenzfunktion*: Öffentlichkeit soll für alle Gesellschaftsmitglieder sowie für alle Meinungen und Themen kollektiver Bedeutung prinzipiell offen sein. Die Kommunikation kann sowohl face-to-face als auch massenmedial erfolgen (Gerhards & Neidhardt, 1990).

2. *Validierungsfunktion*: Öffentlichkeit soll das Prinzip der Diskursivität beinhalten, das bedeutet, Themen und Meinungen der jeweiligen Öffentlichkeitsakteure sollen argumentativ behandelt und begründet werden, gegebenenfalls gegeneinander aufgewogen und revidiert werden (Neidhardt, 1994).

3. *Orientierungsfunktion*: Am Ende einer diskursiven öffentlichen Kommunikation soll ein Konsens entstehen, der sich in der „öffentliche Meinung“ widerspiegelt. Sie gilt dann als rational, wenn sie aus der demokratischen Meinungs- und Willensbildung hervorgeht (Peters, 2007). Wird die öffentliche Meinung dann vom Publikum einer Bewertung unterzogen, indem sie als überzeugend oder nicht überzeugend empfunden wird, gewinnt sie Einfluss auf politische Entscheidungen der Bürger (Gerhards & Neidhardt, 1990)

Öffentlichkeit kann in Bezug auf diese drei Funktionen als *ein Input-, Throughput-, und Output-System* verstanden werden, in dem Meinungen und Themen zunächst (1) gesammelt (*Input*), (2) verarbeitet (*Throughput*) und anschließend (3) veröffentlicht (*Output*) werden (Gerhards & Neidhardt, 1990). Während in der Input-Dimension Kriterien des Zugangs und der Repräsentanz gesellschaftlicher Akteure in der Öffentlichkeit untersucht werden können, beinhaltet die Throughput-Dimension die jeweiligen Inhalte sowie die Art und Weise der Präsentation politischer Ideen und Themen. Die Output-Dimension beschreibt schließlich die Effekte öffentlicher Kommunikation (Wimmer, 2007). Für Habermas liegt die idealisierte Grundvoraussetzung für die Erfüllung der drei oben genannten Funktionen in einer autochthonen Öffentlichkeit, also einem Raum, der von BürgerInnen und bürgernah organisierten kollektiven AkteurInnen dominiert wird. Dies bedeutet, dass hauptsächlich BürgerInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus der Peripherie den

öffentlichen Diskurs bestreiten sollten. Ihre Meinungs- und Willensbildung ist frei von Herrschaftsinteressen und führt somit zu einem Diskurs, der ein höheres Rationalitätsniveau besitzt (Gerhards, 1998a). Durch die öffentlichen Auseinandersetzungen entsteht eine von der Peripherie erzeugte *kommunikative Macht*, von der das politische Zentrum in Abhängigkeit bleiben muss, um politische Entscheidungen und Handlungen legitimieren zu können. Habermas selbst sieht in dieser Abhängigkeit anfangs eine Gefahr der Verschiebung der Abhängigkeit zugunsten des politischen Zentrums (Burkart & Lang, 2014) und beleuchtet die Vorstellung eines gänzlich herrschaftsfreien und *nichtvermachteten* Diskurses in der Realität kritisch: Einerseits kämen herrschende Ideen von den vermachteten AkteurInnen (beispielsweise Interessengruppen) und nicht vom Publikum der potenziell betroffenen BürgerInnen, andererseits würden Massenmedien dazu eingesetzt, um die Herrschaftsinteressen des politischen Zentrums zu verwirklichen (Habermas, 1990; Peters, 1994). Die anfangs pessimistischen Sichtweisen hinsichtlich einer vollkommenen Passivität des Publikums und der Machtfunktion der Massenmedien, revidiert er 1992 zum Teil wieder. Er spricht der Öffentlichkeit eine dynamische Komponente zu, indem sich Öffentlichkeit in Krisenphasen „aktiviert“ und, durch den Druck öffentlicher Kommunikation, neue Problemlösungsprozesse des politischen Systems unter öffentlicher Kontrolle und Aufmerksamkeit auslöst (Habermas, 1992).

### *Systemtheoretisches Modell*

Normativ anspruchsloser, jedoch nicht vollkommen frei von Forderungen an die Funktionsweise öffentlicher Kommunikation, ist das systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell von Luhmann (1990), welches Gerhards (1994, 1998a) maßgeblich weiterführte und an moderne Gesellschaften anpasste. Es unterscheidet sich von dem diskursiven Modell in dessen Anforderung an die Validierungsfunktion der Öffentlichkeit, bezieht jedoch die Massenmedien systematisch mit in die Überlegungen ein und konzipiert sie als eigenes Subsystem. In der liberalen Vorstellung soll Öffentlichkeit die „Beobachtung der Gesellschaft durch die Gesellschaft“ (Gerhards, 1994, S.87) ermöglichen. Genauer soll sich die Gesellschaft in einem Modus der Selbstbeobachtung eigenständig betrachten und reflektieren können. Dies geschieht in erster Linie durch die Veröffentlichung von Themen durch die Massenmedien, indem sie die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beobachten, diese Themen anschließend filtern und ein selektiertes Abbild der Gesellschaft

erzeugen. Themen werden in dem systemtheoretischen Öffentlichkeitsmodell institutionalisiert (siehe Agenda-Setting Kapitel 3.4.1) und fokussieren damit bestimmte Angelegenheiten (Jarren & Donges, 2011). BeobachterInnen der Öffentlichkeit sehen hier einerseits, wie sie selbst in der öffentlichen Meinung abgebildet werden, andererseits sehen dies, bezogen auf das politische System, auch politische AkteurInnen, die auf ein breites Publikum und dessen Meinungen und Wünsche angewiesen sind, um ihre Legitimation zu gewährleisten (Neidhardt, 1994). Im Gegensatz zum diskursiven Modell plädiert das systemtheoretische Modell in Hinblick auf die Transparenzfunktion auf keine Dominanz der AkteurInnen der Zivilgesellschaft, stattdessen soll die Öffentlichkeit einen repräsentativen Charakter einnehmen. Die bürgerlichen Interessen sollen lediglich durch repräsentative kollektive AkteurInnen vertreten werden, da eine Repräsentanz aller BürgerInnen in modernen Gesellschaften ohnehin utopisch sei (Gerhards, 1998a). Der diskursive Faktor, der im diskurstheoretischen Modell eine zentrale Bedeutung einnimmt, findet in der systemtheoretischen Sichtweise kaum Beachtung. Zwar sollen alle Meinungen der gesellschaftlichen AkteurInnen abgebildet werden und beobachtbar sein, ob und in welcher Art und Weise diese jedoch behandelt werden sollen wird nicht erläutert (ebd.). Daraus ergibt sich auch der fehlende Anspruch an die Orientierungsfunktion, sprich das Resultat öffentlicher Kommunikationsprozesse, welcher im systemtheoretischen Modell nicht weiter ausgeführt wird. Dadurch, dass kontroverse Themen abgebildet werden, diese jedoch keiner weiteren Diskussion unterzogen werden, dienen lediglich die aggregierten Mehrheitsmeinungen als Entscheidungsgrundlage für politische AkteurInnen (ebd.). Der generelle Anspruch an die Herstellung von Öffentlichkeit fällt in diesem Modell sehr gering aus, denn es genügt, wenn das politische Geschehen transparent gemacht wird und es sich dadurch potenziell gesellschaftlicher Kontrolle unterwirft. Hinsichtlich der Validierungs- und Orientierungsfunktion greift das diskurstheoretische Modell daher weiter und geht funktionell über die bloße Sammlung von Themen und Meinungen hinaus (Neidhardt, 1994).

### *Anwendung*

Beide Konzepte liefern Sichtweisen und normative Ansprüche an die Beschaffenheit und Funktionen von Öffentlichkeit sowie an öffentliche Kommunikation in demokratischen Staaten. Peters (1994) schlägt vor, die normativen Ansprüche als ein

„variables Element der Realität heutiger Gesellschaften“ (S.50) zu sehen, um etwaige Faktoren auf ihre Realisierbarkeit und Existenz in realen Verhältnissen zu überprüfen. In der vorliegenden Arbeit sollen weniger die normativen Ansprüche auf ihre Realisierbarkeit untersucht werden, vielmehr soll die Throughput-Dimension, wie sie aus dem Diskursmodell hervorgeht, analysiert werden: Dies sind folglich Inhalte und Themen in der Öffentlichkeit sowie ihre Präsentation. Spezifiziert werden diese Arbeitsschritte in Kapitel 3.4. In pluralistischen Gesellschaften wie in Deutschland ist das diskursive Aushandeln von Themen weiterhin an eine wichtige Voraussetzung gebunden: BürgerInnen können Themen und Meinungen nur dann argumentativ behandeln und in einen ungehinderten, diskursiven Austausch treten, wenn ein gemeinsames Verständnis über die jeweiligen Beiträge, die in einer Gesellschaft diskutiert werden, herrscht (Peters, 1994). Bedenkt man außerdem, dass BürgerInnen heutzutage weitgehend über Massenmedien an der öffentlichen (politischen) Kommunikation beteiligt sind (Gerhards, 1998b; Kleinen-von Königslöw, 2010) bedarf es der näheren Betrachtung der Rolle der Medien in diesem Prozess sowie ihrer Thematisierungsfunktion, wie sie im systemtheoretischen Modell angedeutet wird. Die systemtheoretische Betrachtung auf Öffentlichkeit hilft dahingehend, den Bereich der Massenmedien von den normativen Ansprüchen abzugrenzen und als einzelnes funktionales Element zu betrachten.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich nicht nur auf das traditionelle Verständnis der Öffentlichkeit als eine politische Öffentlichkeit, wie sie von Habermas und Luhmann beschrieben wird, sondern betrachtet die Öffentlichkeit mit Blick auf ein modernes demokratisch-pluralistisches System, wie es in Deutschland vorherrscht, strukturell vielfältiger. Anhand eines deskriptiven arenatheoretischen Modells von Öffentlichkeit wird dies im Weiteren näher erläutert sowie Ansätze für die empirische Forschung formuliert.

### **3.2 Arenatheoretische Modellierung von Öffentlichkeit**

Mit der Entstehung der Massenmedien entwickelte sich eine neue Form der kommunikativen Teilhabe des Publikums an der Öffentlichkeit (Gerhards, 1998b). Moderne Gesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass BürgerInnen aller Länder über Massenmedien zeitgleich an Ereignissen teilnehmen können und somit an der politischen Kommunikation beteiligt sind (Gerhards, 1998b). Die Veränderung der

gesellschaftlichen Kommunikation durch die Medien führt dazu, dass Strukturen und Bedingungen von Öffentlichkeit auf neue Weise überdacht und modifiziert werden müssen. Die von Habermas beschriebene homogene Sozialstruktur des Publikums, seine strukturelle Verortung der Öffentlichkeit in einem dualen System zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie die vernachlässigte Bedeutung der Massenmedien sind mit Blick auf heutige Gesellschaften kritisch zu betrachten (u.a. Tobler, 2010; Wimmer, 2007). Vielmehr sollen die Strukturen des Gebildes Öffentlichkeit in modernen pluralistischen Gesellschaften heterogener und differenzierter betrachtet werden. Empirisch-klassifikatorische Ansätze enthalten daher die Idee einer durch Teilsysteme oder Kommunikationsforen geprägte Öffentlichkeit, die Massenmedien als eigenständige Instanz in ihre Modelle integrieren (u.a. Gerhards & Neidhardt, 1990; Imhof, 2011; Kleinen-von Königslöw, 2010; Kleinsteuber, 2000; Tobler, 2010; Wessler, 2002). Zwar gibt Habermas 1992 erste Ansätze für eine arenastrukturelle Modellierung von Öffentlichkeit, nimmt jedoch die klassischen und neuen Massenmedien in seine Analyse nicht auf (Wimmer, 2007). Das *Arenatheoretische Modell* von Tobler (2010) unternimmt den Versuch, Öffentlichkeit in die Strukturen moderner Gesellschaften zu integrieren und dient daher als Basis für weiterführende Überlegungen.

### **3.2.1 Arenatheoretisches Modell von Öffentlichkeit nach Tobler**

Im öffentlichkeitsstrukturellen Grundriss demokratischer Nationalstaaten von Tobler (2010) wird Öffentlichkeit nicht mehr als homogener Raum betrachtet, viel mehr besteht sie aus einer „heterogenen Zusammensetzung von verschiedenen meinungsbildenden Kommunikationsgemeinschaften“ (Tobler, 2010, S.34), die weiterhin als *Teilöffentlichkeiten* beziehungsweise *Öffentlichkeitsarenen* bezeichnet werden können. Er bedient sich der Zentrum-Peripherie Anordnung von Habermas (1992), erstellt jedoch ein eigenes strukturell anspruchsvolleres Modell (siehe Abbildung 1).

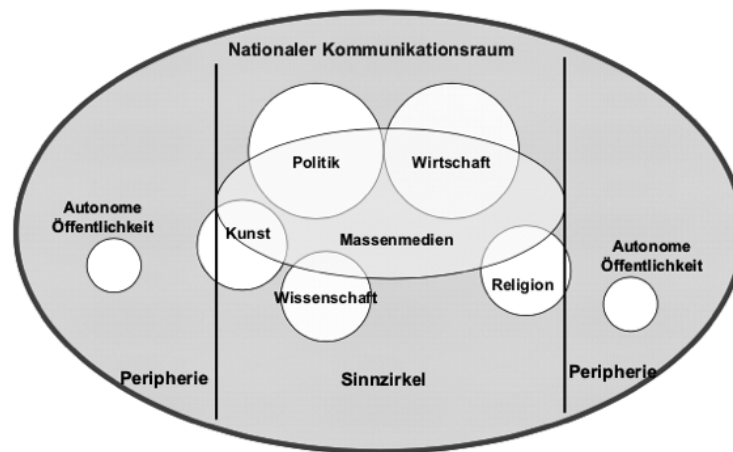


Abbildung 1: *Öffentlichkeitsstruktureller Grundriss demokratischer Nationalstaaten*  
 Quelle: Tobler, 2010, S.523

Die große Menge paralleler Teilöffentlichkeiten bilden sich durch Gespräche und kommunikative Handlungen kollektiver sowie individueller AkteurInnen, die wiederum einen nationalen Kommunikationsraum herstellen (Tobler, 2010). Diese Akteure können staatlicher, intermediärer und (zivil)gesellschaftlicher Natur sein, erzeugen jedoch durch die gemeinsame Kommunikation eine öffentliche Meinung, die zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen sowie der Lebenswelt der Bürger und dem politischen System vermittelt. Der nationale Kommunikationsraum sowie die einzelnen Öffentlichkeitsarenen sind nicht homogen, sondern funktional, segmentär sowie stratifikatorisch differenziert und wiederum in vereinzelte Teil- oder Binnenöffentlichkeiten unterteilt (Wessler, 2002). In funktioneller Hinsicht ist es laut Wessler (ebd.) unumstritten, dass sich in modernen Gesellschaften Subsysteme oder „semiautonome Sphären“ (Imhof, 1996, S.236) wie beispielsweise Wirtschaft, Politik, Wissenschaft oder auch Kunst herausgebildet haben, die durch die Übernahme eigenständiger Primärfunktionen gekennzeichnet sind. Sie sind dahingehend autonom, als dass sie nicht von anderen Teilsystemen abhängig sind und nach systemeigenen Kriterien agieren. Strukturell werden diese Teilöffentlichkeiten, wie Tobler (2010) sie nennt, im Zentrum durch die Massenmedien miteinander verbunden. Ihnen kommt eine besondere Bedeutung zu: Sie bilden das einzige gesellschaftliche Teilsystem, welches alle anderen Öffentlichkeitsarenen sozialräumlich integrieren kann. Dies geschieht über einen Beobachtungsmodus (Wessler, 2002), welcher bereits Teil der oben genannten systemtheoretischen Überlegungen war

(Kapitel 2.1.2). Einerseits machen Massenmedien die in den unterschiedlichen Arenen geführten kommunikativen Auseinandersetzungen sichtbar, indem sie diese in ihrer Medienarena verdichten und über diese berichten. Andererseits stellen sie einen dauerhaften Diskurs „der Gesellschaft über Gesellschaft“ (Tobler, 2010, S.54) her, indem sie überdies Kommunikationsereignisse miteinander verknüpfen und somit Anschlusskommunikation über alle Teilsysteme hinweg ermöglichen. Die segmentäre Differenzierung der Öffentlichkeitsarenen bezieht sich auf soziokulturelle Faktoren der Akteure, wie beispielsweise „politische Weltanschauung, Religion, Ethnie, Sprache oder auch Lebensstilgruppen“ (ebd., S.50). Anhand dieser Kriterien lassen sich die Öffentlichkeitsarenen in Bezug auf Zugehörigkeitsbewusstsein oder kollektiver Identitäten innerhalb des nationalen Kommunikationsraums unterscheiden. Eine nationale Öffentlichkeit, aber auch jede Öffentlichkeitsarena ist zuletzt auch stratifikatorisch geschichtet. Diese Art der Differenzierung bezeichnet die ungleiche Chancenverteilung der AkteurInnen in den einzelnen Öffentlichkeitsarenen, insbesondere in der Medienarena, aktiv aufzutreten und Resonanz zu erzeugen (Tobler, 2010). Aufgrund der sogenannten Definitionsmacht, deren Stärke von sozialen und monetären Stellungen abhängt, bekommt nicht jede/r einzelne/r BürgerIn oder alle kollektiven AkteurInnen die Möglichkeit, ihre Themen und Meinungen in kommunikative Prozesse miteinzubinden. Im „Sinnzirkel“ (Imhof, 1996, S.219ff.) werden durch kommunikative Auseinandersetzungen letztlich die für alle geltenden Werte und Normen der Gesellschaft formuliert. Auch an diesen Kommunikationsprozessen beteiligen sich nicht alle AkteurInnen, sondern nur „etablierte [...] der politischen, ökonomischen und medialen Arena“ (Tobler, 2010, S.52) sowie weitere Teilsysteme im Zentrum, die durch Experten vertreten werden. Sogenannten „autonomen Öffentlichkeiten“ (Imhof, 2011, S.91) in der Peripherie, zu denen beispielsweise ethnische Minderheiten, politisch oder kulturell peripherisierte Gruppierungen gehören, wird der Zugang zu den Arenen der öffentlichen Auseinandersetzungen im Zentrum meistens, außer in Krisen, verwehrt, da sie geringe Resonanzchancen besitzen. Öffentliche Kommunikation erfüllt demnach auch eine sozialintegrative Funktion, indem sie Konstruktionen zu kollektiven Identitäten und Abgrenzungen realisiert (ebd.).

### *Exkurs: Theorie der Öffentlichen Meinung*

Wie bereits im vorigen Kapitel erörtert, ist die *öffentliche Meinung* das Ergebnis von Öffentlichkeit und findet sich im Kommunikationssystem als Output-Dimension wieder. Wie das komplexe Konzept der Öffentlichkeit sorgt auch der Begriff der öffentlichen Meinung für große Verwirrungen in der Forschung, weshalb eine einheitliche Definition bis heute nicht vorliegt. Habermas (1990) argumentiert, dass sich die Auffassungen dieser aufgrund sozialer, politischer und ökonomischer Transformationen mit der Zeit verändern und je nach Darlegung des Begriffs verschieden verstanden werden kann.

Angelehnt an Neidhardt (1994) wird öffentliche Meinung in dieser Forschungsarbeit nicht als „statisches Aggregat“ (S. 26) beziehungsweise Summe aller individuell öffentlich geäußerten Meinungen in der öffentlichen Sphäre verstanden, vielmehr als Zusammensetzung von kollektiven Meinungen der Elite (Kepplinger, 2008). Die öffentliche Meinung stellt jede im öffentlichen Diskurs geäußerten Meinung eines Akteurs dar, die von einem Publikum rezipiert und wahrgenommen werden können (Neidhardt, 1994). Erst durch den öffentlichen Diskurs und die dort entstehenden Auseinandersetzungen entsteht Konsens beziehungsweise Übereinstimmung hinsichtlich eines debattierten Themas (Herbst, 1993). Öffentliche Meinung wird als ein „kollektives Produkt von Kommunikationen, das sich zwischen den Sprechern als „herrschende“ Meinung darstellt“ (ebd., S. 26) verstanden. Somit ist nicht jede Meinung, die öffentlich diskutiert wird, auch gleichzeitig die öffentliche Meinung. Innerhalb der Öffentlichkeit konkurrieren unterschiedliche Sprecher und Meinungen, wobei sich jene als „herrschend“ herauskristalisieren, die „bei einer Mehrzahl anderer Sprecher (und bei den Medien) einen Widerstand auslös[en], der eine Marginalisierung der Abweichung zur Folge hat und für die abweichenden Sprecher Prestigeverlust mit sich bringt“ (Neidhardt, 1994, S. 26). Die öffentliche Meinung hat sich demnach im Meinungskampf innerhalb der öffentlichen Arenen durchgesetzt, womit sie als „*Konsonanz öffentlicher Meinungsäußerungen*“ (ebd., S. 26; Hervorgehoben im Original) verstanden werden kann. Die öffentliche Meinung soll dabei Orientierung und Kontrolle leisten (Gerhards & Neidhardt, 1990) und konstituiert sich in erster Linie durch die Massenmedien (siehe Drei-Ebenen-Modell Kapitel 3.2.2). Jarren & Donges (2011) definieren zudem drei verschiedene Konzepte hinsichtlich der Träger der öffentlichen Meinung: Zum einen identifizieren sie die Medien als Träger der öffentlichen Meinung



(*Medienkonzept*), wobei sich veröffentlichte und öffentliche Meinung gleichsetzen. Zum anderen kategorisieren sie die politische Elite (*Elitenkonzept*) sowie die BürgerInnen (*Demoskopiekonzept*) als Träger der öffentlichen Meinung. In dieser Arbeit wird sich vorrangig dem Medienkonzept bedient, bei der die von den Medien veröffentlichte Meinung inhaltsanalytisch untersucht wird.

### **3.2.2 Kommunikative Auseinandersetzungen in den Teilöffentlichkeiten**

Das Arenatheoretische Modell erklärt, wie Öffentlichkeit strukturell in modernen Gesellschaften verankert werden kann. Dieses Modell dient auch als Grundlage für die weiteren Überlegungen und wird im weiteren Verlauf näher an die Arbeit angepasst. Zuvor bedarf es noch eines weiteren Ansatzes, um genauer verstehen zu können, wie kollektive sowie individuelle AkteurInnen der Gesellschaft in den Öffentlichkeitsarenen miteinander kommunizieren. Für diese Erklärung bietet sich das *Drei-Ebenen-Modell* von Gerhards und Neidhardt (1990) an. Die kommunikativen Auseinandersetzungen finden auf drei hierarchisch gestuften Öffentlichkeitsebenen statt und umfassen öffentliche Veranstaltungen, aber auch „einfache Interaktionen zwischen Menschen und die Massenmedien“ (Gerhards, 1998a, S.28). Alle drei Ebenen variieren hinsichtlich der Publikums- und Kommunikatorrollen, des Grades der Professionalisierung sowie ihrer Auswirkung auf die öffentliche Kommunikation (Imhof, 2011). Auf der ersten Ebene, der sogenannten *Encounter-Ebene*, finden situationsbezogen spontane Dialoge, beispielsweise im Zug oder an Stammtischen statt. Die Entstehung dieser Ebene geschieht mehr oder weniger zufällig und zwischen Menschen heterogener Herkunft, die ein Gespräch führen. Auf der zweiten Ebene, der *Themen- oder Versammlungsöffentlichkeit*, finden solche Kommunikationen im Rahmen spontaner, aber auch organisierter Veranstaltungen, wie beispielsweise Konferenzen oder Konzerten statt (Gerhards & Neidhardt, 1990). Sie unterscheidet sich von der elementareren ersten Ebene darin, dass Veranstaltungen einen thematisch vorher festgelegten Rahmen haben, dem sie folgen. Jedoch gilt auch hier, dass die Interaktionskommunikation lediglich episodischer Natur ist (Tobler, 2010). Um die in Begegnungs- und Versammlungsöffentlichkeiten geführten kommunikativen Auseinandersetzungen auf Dauer stellen zu können, bedarf es der Integration und Aggregation dieser auf der dritten Ebene, der *massenmedialen Öffentlichkeit* (Gerhards & Neidhardt, 1990). In Öffentlichkeiten großer Dimension bedürfen die Kommunikationsabläufe der ersten und zweiten Ebene einer

spezifischen Infrastruktur zur Informationsübertragung und Resonanzzeugung. Diese Funktion übernehmen in modernen Gesellschaften Massenmedien und ihre Angebote, wie Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen oder neuere Kommunikationstechnologien (Ulrich, 2016). Auch verbleibt die dritte Ebene der Massemedien in einer Sonderstellung, da sie Einfluss auf die wahrgenommene Relevanz der Thematiken auf der Encounter- und Versammlungsebene hat. Demnach erhalten oder gewinnen Themen auf diesen Ebenen erst an Relevanz und Beachtung, sofern Massenmedien diese aufgreifen, über diese berichten und an ein breites Publikum streuen (Gerhards & Neidhardt, 1990). Weiterhin finden zwischen den drei Öffentlichkeits-ebenen stetig Selektionsmechanismen statt. Nicht jedes Thema, welches auf der Encounter-Ebene besprochen wird, gelangt in die nächsthöhere Ebene, und nur ein Bruchteil der in den Themen- und Versammlungsöffentlichkeitsebenen behandelten Themen werden letztlich von den Massenmedien aufgegriffen (Jarren & Donges, 2011). Dennoch beeinflussen sich die drei Kommunikationsebenen gegenseitig, denn einerseits brauchen Massenmedien den Informationsinput der unteren Ebenen, um glaubwürdig zu bleiben, andererseits benötigt das Publikum Zugang zu der massenmedialen Öffentlichkeit, um sich über gesellschaftliche und politische Belange informieren zu können. Bei Kommunikationsereignissen, die letztlich auf allen drei Ebenen und in unterschiedlichen Öffentlichkeitsarenen Aufmerksamkeit erhalten, handelt es sich meist um krisenbehaftete und damit gesellschaftlich relevante Ereignisse (Imhof, 1996).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die kommunikative Teilhabe der Bürger an der Öffentlichkeit als Rezeption massenmedialer Öffentlichkeit versteht, die durch die Mediennutzung, zur interpersonalen Anschlusskommunikation in den Begegnungs- und Versammlungsöffentlichkeiten führen kann. Öffentlichkeit wird demnach heutzutage primär durch Massenmedien hergestellt (Kleinen-von KönigsLöw, 2010). Außerdem leisten diese eine „Inklusion der Bürger in die Gesellschaft insgesamt“ (Gerhards, 1994, S.88), indem sie die kommunikativen Auseinandersetzungen aller Teilsysteme sowie Kommunikationsebenen beobachten, sichtbar machen und Anschlusskommunikation erzeugen. In Deutschland sowie in anderen Staaten mit pluralistischem Mediensystem vollzieht sich öffentliche Kommunikation jedoch nicht nur über ein Medium, viel mehr gibt es eine weite Bandbreite an Medienangeboten, in denen Informationen und Themen behandelt werden und denen sich RezipientInnen zuwenden können (Gerhards, 1998b).

Betrachtet man die öffentliche Sphäre als einen in Teilöffentlichkeiten differenzierten Raum, so ist auch die Medienarena an sich nicht homogen (siehe Kapitel 2.2). An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob die Medienöffentlichkeit in Deutschland in ihrer Heterogenität dennoch einen gemeinsamen Verständigungshorizont abbildet und somit eine Grundlage für diskursive Kommunikationsvorgänge schaffen kann. Denn wie bereits herausgearbeitet, ist ein gemeinsames Verständnis über Beiträge und Themen, die in einer Gesellschaft diskutiert werden, notwendig, um einen diskursiven Austausch zu ermöglichen (Peters, 1994). Damit dieses gemeinsame Verständnis jedoch entstehen kann, „muss eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den Inhalten der verschiedenen Öffentlichkeitsarenen bestehen“ (Kleinen-von Königslöw, 2010, S.51). Mithilfe einer Inhaltsanalyse der deutschen Presse soll dieser Problematik nachgegangen werden. Um innerhalb der bundesdeutschen Öffentlichkeit Vergleiche herausarbeiten zu können, wird der Blick auf das Mediensystem gerichtet, welches in seinem medienstrukturellen Grundriss in eine regionale ost- und westdeutsche-Teilöffentlichkeit mit regionalen ost- und westdeutschen Medien sowie eine nationale Teilöffentlichkeit mit Medien nationaler Verbreitung (siehe Abbildung 2) unterteilt wird. In der Forschungsarbeit können daher nur Aussagen über den Medienraum getroffen werden. Die strukturelle Aufteilung basiert auf der historischen und aktuellen Lage der Medienlandschaft Deutschlands, die bereits in Kapitel 2.2 erläutert wurde.

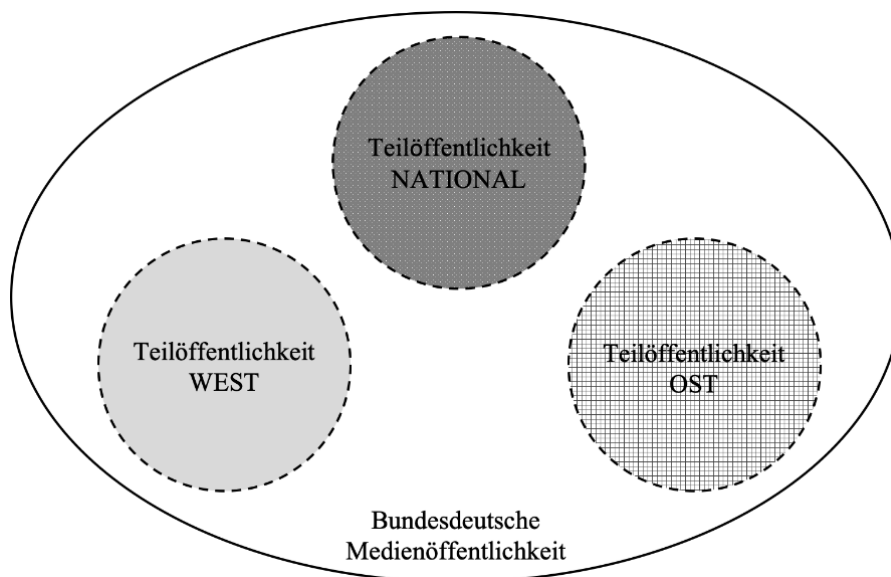


Abbildung 2: *Medienöffentlichkeitsstruktureller Grundriss in Deutschland*  
 Quelle: Eigene Darstellung

### **3.3 Instrumente der medialen Repräsentation kommunikativer Leistungen**

Um die kommunikativen Leistungen der Medienarena zu operationalisieren sowie die Forschungshypothesen theoretisch herzuleiten, werden diverse kommunikationswissenschaftlichen Ansätze herangezogen. Zunächst wird auf den Agenda-Setting-Ansatz eingegangen, der die Thematisierungsfunktion der Massenmedien erläutert und fundamental zur Herleitung relevanter Definitionen ist (siehe Kapitel 3.4.1). Daran anknüpfend werden vier verschiedene Dimensionen erläutert, um die Messung der Ähnlichkeiten unterschiedlicher Medienagenden theoretisch zu fundieren (siehe Kapitel 3.4.2). Um das Verständnis des Frame-Begriffs aufzuarbeiten, der sich mit der Art und Weise der Berichterstattung beschäftigt, folgt dessen detaillierte Ausführung in Kapitel 3.4.4.

#### **3.3.1 Der Agenda-Setting-Ansatz**

Wie in den demokratie- und öffentlichkeitstheoretischen Grundlagen erörtert, soll Öffentlichkeit vor allem die Funktionen der Transparenz, Validierung und Orientierung erfüllen. Letztere mündet in öffentlicher Meinung (siehe Kapitel 3.3), die vom Publikum wahrgenommen und gegebenenfalls angenommen werden kann (Neidhardt, 1994). Damit dies geschehen kann, müssen aus Sicht der BürgerInnen die Themen zunächst gesammelt und zu einer öffentlichen Agenda aggregiert werden. Diese Themenbasis erfolgt vornehmlich auf der massenmedialen Ebene der Öffentlichkeit und bildet in demokratischen Gesellschaften eine Grundlage für einen funktionierenden, gleichwertigen Meinungs Austausch innerhalb einer und zwischen mehreren Teilöffentlichkeiten (Begenat, 2016). Neidhardt (1994) fügt hinzu, dass Öffentlichkeit „Kristallisierung“ (S.9) der öffentlichen Meinung leisten soll, was zu einer „Institutionalisierung von Themen“ (S.9) führt und letztlich als das Konzept des *Agenda-Setting* verstanden werden kann. Ein Thema wird erst dann zu einem Thema der öffentlichen Meinung, wenn Medien dieses aufgreifen und darüber berichten (Roessing, 2013). Dieser Ansatz wird daher als theoretische Grundlage für die Untersuchung eigenständiger Medienagenden in den Teilöffentlichkeiten innerhalb der deutschen Medienarena herangezogen. Im Folgenden werden die Kerngedanken des Agenda-Setting-Ansatzes erläutert und anschließend auf die vorliegende Arbeit angewandt.

### *Kerngedanken des Agenda-Setting*

Der klassische Agenda-Setting-Ansatz folgt einer einfachen Stimulus-Response-Logik: Die *Medienagenda* beeinflusst die *Publikumsagenda* und vice versa (Rössler, 1997). Damit liegt der Ansatz im Bereich der Medienwirkungsforschung, was für die vorliegende Arbeit jedoch weniger relevant ist. Vielmehr dient der Agenda-Setting-Satz als Hilfestellung zur Klärung diverser Begriffe und Operationalisierung einer *Deutschlandagenda* sowie Inspiration hinsichtlich der methodischen Umsetzung.

Die bedeutende Anzahl an veröffentlichten empirischen Studien in der Agenda-Setting Forschung<sup>13</sup> sowie Übersichtswerke (u.a. Dearing & Rogers, 1996; Maurer, 2010) und einschlägige deutschsprachige Literatur (u.a. Rössler, 1997; Eichhorn, 1996) implizieren die Popularität des Ansatzes. Den Kernsatz zur Forschung verfasste bereits Bernard C. Cohen im Jahre 1963: „[The press] may not be successful much of the time in telling people what to think but is stunningly successful in telling its readers what to think about“ (S. 13). Daran anschließend lässt sich die Chapel-Hill-Studie von McCombs und Shaw (1972) nennen, welche die Tagespresse und deren RezipientInnen in North Carolina, USA, während des Präsidentschaftswahlkampfes 1968 analysierte. Die Pioniere nahmen anknüpfend an Cohens (1963) Grundgedanken an, dass Massenmedien die *Agenda*, oder auch „Tagesordnung“ (Rössler, 1997), für politische Kampagnen setzen und dabei zwar wenig Einfluss auf die Richtung oder Intensität der politischen Einstellung eines Wählers haben, jedoch sehr wohl die *Salienz* der Einstellung zu politischen Themen bestimmen (McCombs & Shaw, 1972). Massenmedien beeinflussen demnach durch die Auswahl und Darstellung der von ihnen als wichtig erachteten Themen sowie journalistischen Selektionsleistungen die Agenda der RezipientInnen.

Anfangs ist es vonnöten, den Begriff eines Themas (*Issue*) und dessen Wichtigkeit (*Salience*) zu definieren. Im angloamerikanischen-Raum ist stets von Issues die Rede (u.a. McCombs & Shaw, 1972; Weaver, 1991), wobei die deutsche Übersetzung *Thema* den ursprünglichen Sinn nicht vollständig fasst. Eichhorn (1996) übersetzt Issues als „öffentliche Streitfragen“ (S. 15) und versteht darunter aktuelle Themen von nationaler Relevanz (ebd.). Themen beziehen sich indes immer „auf eine Gruppe zusammengehörender Ereignisse oder auch ein einzelnes

---

<sup>13</sup> McCombs & Reynolds (2009) verweisen auf über 425 Studien.

Ereignis“ (Eichhorn, 1996, S.15) sowie lediglich auf öffentliche Bereiche und zusätzliche, ergänzende Informationen zu einem Ereignis. Schlussendlich sind Themen als „quasi-hierarchische Netzwerke“ (ebd., S.16) zu erfassen: Jedes Thema kann stets mindestens einem anderen höher gestellten und übergreifenden Thema eingeordnet werden (ebd.). Themen können daran anlehnend noch weiter ausdifferenziert werden, etwa in Meta-, Meso- und Mikrothemen (Rössler, 2000), oder in ein einzelnes Ereignis, konkrete sowie abstrakte Themen (Yagde & Dozier, 1990). Daran anschließend unterscheidet Schulz (1976) zwischen langfristigen Themen und kurzfristigen Ereignissen: Eine längerfristige Berichterstattung eines Themas entsteht durch die Verkettung von Einzelereignissen und komplexen sowie mehrdimensionalen Nachrichtenwerten<sup>14</sup>. Nur jene Themen können die „Vieldeutigkeit und Komplexität des realen Geschehens“ abbilden (ebd., S.115). Kurzfristige Ereignisse hingegen sind von überwiegend kurzer Dauer und schnell abgeschlossen. Langfristige Themen erzielen dadurch eine andauernde Medienaufmerksamkeit, kurzfristige Ereignisse nur temporär (Schulz, 1976). Schlussendlich wird für weitere Vorgehensweisen ein Thema als ein „politisches oder soziales Problem, das gesellschaftlich (oder individuell) für lösungsbedürftig erachtet wird“ (Begenat, 2016, S.108) definiert.

Auch bezüglich des Begriffs der Saliency sind in der Literatur unterschiedliche Operationalisierungen zu finden. Eichhorn (1996) bezeichnet Themen als salient, welche für die befragte Person aktuell kognitiv verfügbar sind. Saliency lässt sich zudem in drei Kategorien unterteilen: *percieved issue saliency*, *individual issue saliency* und *community issue saliency* (u.a. Rössler, 1997, 2006; Eichhorn, 1996; Bulkow & Schweiger, 2013). Letztere, die Bedeutung eines Themas für die interpersonale Kommunikation, ist für diese Forschung weniger relevant. Viel wesentlicher ist die persönliche Wichtigkeit eines Themas, die *individual issue saliency* (*intrapersonale Agenda*) und die *percieved issue saliency* (*wahrgenommene Agenda*), also die von einer Person in der Öffentlichkeit bemessene und wahrgenommene Wichtigkeit jener Themen, die letztlich auch die Medienagenda bestimmen (Rössler, 1997).

---

<sup>14</sup> Nachrichtenwerte bemessen sich durch die Kombination und Intensität von Nachrichtenfaktoren. Letztere sind beispielsweise Zeit, Nähe, Status, Dynamik, Valenz und Identifikation (Schulz, 1976).

In der Medienberichterstattung wird die Wichtigkeit von Themen mittels Inhaltsanalysen durch die Messung von Auftretenshäufigkeiten analysiert (Eichhorn, 1996). Die Häufigkeit der auftretenden wichtigen Themen können anschließend in der bereits genannten Agenda nachgewiesen und festgehalten werden. Dabei lassen sich zum einen die *Medienagenda*, respektive die Tagesordnung der Medien, und zum anderen die beeinflusste Tagesordnung jedes Einzelnen in der Gesellschaft, die *Publikumsagenda*, identifizieren (Rössler, 1997). In der Agenda-Setting-Forschung wird meist ein Mehrmethodendesign genutzt, indem die Medienagenda überwiegend durch eine Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung und die Publikumsagenda durch eine Bevölkerungsumfrage erhoben wird (u.a. Begeat, 2016; McCombs & Shaw, 1972; Rössler, 1997, 2000, 2006;).

Auch wenn keine Agenda-Setting-Studie im klassischen Sinne auf dieses Projekt angewandt wird, dient der Ansatz schlussfolgernd in vielerlei Hinsicht als fundamental für die vorliegende Forschung: Relevante Definitionen, wie die eines Themas und dessen Salienz sowie die einer Medienagenda lassen sich aus diesem Konzept ableiten. Zudem ergeben die zahlreichen publizierten Studien Aufschluss über weitere methodische Vorgehensweisen.

### **3.3.2 Dimension zur Bestimmung von Themen- und Deutungsähnlichkeiten zwischen den Medienagenden**

Um Konvergenzen und Divergenzen zwischen Themen- und Deutungsinhalten der Medienagenden empirisch prüfen zu können, bedarf es einer Dimension zur Operationalisierung, die im Weiteren erläutert werden soll.

Kleinen-von Königslöw entwickelte in ihrer Studie aus dem Jahr 2010 ein „Modell der Arenen-Integration nationaler Öffentlichkeit“ (S.76) und untersuchte, inwiefern die nationale Öffentlichkeit Deutschlands in ihrer Heterogenität als zusammenhängend betrachtet werden kann. Um dieses zu analysieren stellt die Forscherin vier empirische Dimensionen auf (*Beobachtung des Regierens, Ähnlichkeit der Diskurse, Vernetzung der Diskurse* und *Kollektive Identität*), die ursprünglich aus der Forschung zur Europäischen Öffentlichkeit stammen,<sup>15</sup> und überträgt sie auf eine nationale Ebene. Die Forschung zur Öffentlichkeit auf europäischer Ebene beschäftigt sich mit der Frage der Existenz einer gemeinsamen Öffentlichkeit der

---

<sup>15</sup> u.a. Brüggemann et al., 2009; Hepp & Wessler, 2009; Langebucher & Latzer, 2006; Tobler, 2010

Europäischen Union, in der ein kommunikativer Austausch zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen aller Mitgliedsstaaten zur Legitimation politischer Entscheidungen auf EU-Ebene stattfinden soll. Da die Staaten jedoch bis heute nur über ihre nationalen Medien miteinander kommunizieren und es keine europäisierten Medien gibt, dienen nationale Öffentlichkeiten meist als Basis und Ideal für die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit (Kleinen-von Königslöw, 2010). Dabei kritisiert sie die blinde Übertragung der idealisierten nationalen Öffentlichkeit auf eine europäische Ebene, da die Forschung meist nicht hinterfragt, inwiefern nationale Öffentlichkeiten eine einheitliche Diskurskultur besitzen. Damit eine nationale Öffentlichkeit arenen-integriert ist, respektive alle Teilöffentlichkeiten miteinander vernetzt sind und eine einheitliche Diskurskultur aufweisen, müssen die Kriterien der vier oben genannten Dimensionen weitgehend erfüllt sein. Je mehr Teilöffentlichkeiten all diese Kriterien erfüllen, desto zusammenhängender ist eine nationale Öffentlichkeit und desto eher kann man von einer integrierten Gesamtöffentlichkeit sprechen.

Zwar untersucht die vorliegende Arbeit nicht, wie zusammenhängend die deutsche Öffentlichkeit ist, richtet jedoch den Blick auf die Einheitlichkeit des medialen Kommunikationsraums. Die zweite Dimension *Ähnlichkeit der Diskurse* enthält Kriterien, die sich zur Operationalisierung von Themen- und Deutungsähnlichkeiten zwischen den Teilöffentlichkeiten in der Medienarena eignen und ist daher grundlegend für diese Forschung. Diese Kriterien lassen sich von der ursprünglichen *Konvergenzdimension* von Tobler (2006, S.114) ableiten. Relevante Untersuchungskriterien stellen zum einen die sogenannte „Themenkonvergenz“ (ebd.), zum anderen die „Deutungskonvergenz“ (ebd., S.115) dar. Bei der Betrachtung von Themen geht es um die „Homogenität [(Konvergenz)] beziehungsweise Heterogenität [(Divergenz)] der in den Massenmedien veröffentliche[n] Beiträge“ (Reinhardt & Jäckel, 2002, S. 80). Eine gewisse Ähnlichkeit von Themen und damit eine gemeinsame Verständnisbasis ist unabdingbar für einen diskursiven Austausch in der Gesellschaft (Peters, 1994) und wäre in einer nationalen Öffentlichkeit, insbesondere im Fall des wiedervereinigten Deutschlands, wünschenswert. Kommunikationsereignisse können jedoch „nicht nur von unterschiedlicher Relevanz“ (Tobler, 2006, S.115) sein, zusätzlich können sie unter „gänzlich verschiedenen Relevanzgesichtspunkten“ (ebd. S.115) thematisiert werden. Das zweite Kriterium der Deutungskonvergenz bezieht sich demnach auf die im Kommunikationsprozess



vorherrschenden Interpretationsrahmen und Deutungsmuster respektive Frames. Peters und Wessler (2006) verlangen keine Ähnlichkeit in der Verteilung der Frames über die Teilöffentlichkeiten hinweg, vielmehr sollten diese vollständig in allen Teilöffentlichkeiten abgebildet werden. Dies bedeutet, dass die Frames einer Teilöffentlichkeit in der anderen ebenfalls erscheinen sollten. Tobler (2006) bemerkt dahingehend, dass „solange Probleme im Horizont völlig unterschiedlicher Deutungskategorien wahrgenommen und diskutiert werden, [...] sich keine anschlussfähige Kommunikation über [ein] strittige[s] Issue realisieren [lässt]“ (S.115).

### *Anwendung*

Verbunden mit der Annahme der arenatheoretischen Modellierung von Öffentlichkeit nach Tobler (2010), in der Öffentlichkeit einen Raum bildet, der heterogen aus zahlreichen Teilöffentlichkeiten respektive Öffentlichkeitsarenen zusammengesetzt ist und es sich in Deutschland laut Kollmorgen & Hans (2011) um eine mehrfach differenzierte massenmediale Öffentlichkeit handelt, wird auch in dieser Forschungsarbeit von getrennten Teilöffentlichkeiten im deutschen Medienraum ausgegangen. Indes stellt sich die Frage, ob und inwiefern Massenmedien die soziale Funktion der Integration und die politische Funktion der Herstellung eines gemeinsamen öffentlichen Diskurses nachgegangen sind – denn Grundlage für diskursive Kommunikationsvorgänge in einer heterogenen (Medien-)Gesellschaft ist eine gemeinsame Verständnisbasis über Beiträge und Themen (Peters, 1994), die jedoch nur durch eine „gewisse Ähnlichkeit zwischen den Inhalten der verschiedenen Öffentlichkeitsarenen bestehen [kann]“ (Kleinen-von Königslöw, 2010, S.51). Die weiterhin bestehenden unterschiedlichen Emotionen, Stimmungen, Einstellungen und Lebensrealitäten in West- und Ostdeutschland, welche vorrangig durch diverse historische Erfahrungen und Wertevorstellungen geprägt sind, lassen jedoch darauf schließen, dass diese gemeinsame Verständnis- und Diskussionsbasis nicht vorhanden ist (siehe Kapitel 2.1). Als mögliche Ursache dessen wird daher eine stark differente Berichterstattung zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten vermutet, welche die weiterhin existierenden diversen Lebensrealitäten stärkt und das Zusammenwachsen beider Gesellschaften hemmt. Um eine mögliche differente Berichterstattung in Deutschland messen zu können, wurden drei getrennte Medienagenden erhoben: eine *Medienagenda West*, eine *Medienagenda Ost* und eine *nationale*

*Medienagenda.* Aufgrund der diversen Struktur sowie den unterschiedlichen Funktionen von Massenmedien in der ehemaligen BRD und DDR und den weiterhin existierenden unterschiedlichen Erwartungshaltungen und Bedürfnislagen hinsichtlich der Mediennutzung in West- und Ostdeutschland, liegt hinzuzufügend eine unterschiedliche Themensetzung und Verschiebung der salienten Themen innerhalb der Medienagenden nahe. Mit Blick auf die Medienstruktur in Deutschland, der Anpassung des ostdeutschen Mediensystems an das des Westens sowie des Sitzes der größten Presseverlage in Westdeutschland könnte man gegenargumentieren, dass zwischen Ost und West eine eher einheitliche anstatt divergierender Berichterstattung vorliegt. Dennoch können die gegebenen medialen „West-Strukturen“ aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen und Medienkompetenzen unterschiedlich interpretiert und ausgefüllt werden (Wuschig, 2005) und somit den diversen Bedürfnislagen in Ost- und Westdeutschland angepasst werden. Zudem liegt es nahe, dass sich Massenmedien mit ihrer Identifikations- und Integrationsfunktion an den Bedürfnislagen der jeweiligen Region orientieren und demnach für jene mediale Teilöffentlichkeit adäquate Inhalte publizieren.

Folgende Hypothese lässt sich aufgrund der vorangegangenen theoretischen Vorüberlegungen für die vorliegende Forschung ableiten:

*H1: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands existieren unterschiedliche Medienagenden in der Presse hinsichtlich innerdeutscher Themen.*

Weiterhin wird aufgrund der vorherigen Überlegungen, der „Überstülpung“ des westdeutschen politischen Systems auf das des Ostens, der westdeutsch geprägten Medienstruktur sowie des Sitzes der zu untersuchenden nationalen Zeitungen in Westdeutschland vermutet, dass die Themensetzung auf nationaler Ebene der auf West-Ebene gleicht und die ostdeutsche Medienagenda von der nationalen abweicht. Indes fungierten die zu untersuchenden überregionalen Zeitungen während der Teilung als Informationsmittel für die BRD und sind daher bereits historisch bedingt möglicherweise auch heute noch auf den Westen Deutschlands fokussiert. Diese Überlegung fußt auch darauf, dass es sich bei der ostdeutschen Teilöffentlichkeit um eine marginalisierte und nachrangig behandelte Region handelt, die in der nationalen Debatte oft übersehen wird (u.a. Hensel & Engler, 2018). Auch

dadurch, dass Ostdeutschland häufig als das „Eigene Andere“ wahrgenommen wird und sich 57% der Ostdeutschen weiterhin als Bürger zweiter Klasse und im nationalen Kontext wenig repräsentiert fühlen (BMW, 2019), liegt die Überlegung nahe, dass die überregionale Debatte eher in einen westlichen Kontext gesetzt wird. Hier scheint also eine Dysfunktionalität vorzuliegen, die daher rührt, dass der deutsche Pressemarkt von westdeutschen Konzernen dominiert wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die räumliche Trennung und die weniger einschneidenden Wendeerfahrungen in Westdeutschland die Konvergenz zwischen der regionalen West-Presse und der nationalen Presse höher ist. Durch die zweite Hypothese soll daher herausgefunden werden, ob sich die westliche und nationale Medienagenda näher sind und zur Medienagenda im ostdeutschen Raum divergieren.

*H2: Die nationale Medienagenda verhält sich konvergent zur westdeutschen und divergent zur ostdeutschen Medienagenda.*

Im Weiteren soll beantwortet werden, ob eine einheitliche Berichterstattung der Tageszeitungen in Deutschland vorliegt. Die einheitliche Presseberichterstattung wird im Weiteren mit dem Begriff der Deutschlandagenda gleichgesetzt: Liegt eine Einheitlichkeit zwischen den Medienagenden vor, so besteht eine Deutschlandagenda, kann jedoch keine einheitliche Berichterstattung gemessen werden, existiert die Deutschlandagenda nicht. Wie bereits der Agenda-Setting-Ansatz erklärte, selektieren Medien (unter anderem durch die Häufigkeit) über welche Themen wie häufig und intensiv berichtet wird und kommunizieren dadurch die Salienz der Themen. Die wichtigsten Thematiken sind demnach auf den obersten Rängen der Medienagenda anzuordnen und gelten als ausschlaggebend für die weitere Definition einer einheitlichen Berichterstattung. Je höher die Salienz des Themas auf der Medienagenda, desto wahrscheinlicher ist die Übernahme jener Thematik auf die jeweilige Publikumsagenda (*Saliency-Modell*) (Rössler, 1997). Daraus wiederum fasst sich der Entschluss, dass zumindest die wichtigsten Themen in allen drei medialen Teilöffentlichkeiten annähernd häufig diskutiert werden müssen, damit von einer gemeinsamen Verständnisbasis die Rede sein kann. Damit von einer einheitlichen Berichterstattung gesprochen werden kann, muss eine vierzigprozentige Themenkonvergenz der zehn wichtigsten Themen zwischen der Medienagenda Ost

und West sowie der nationalen Medienagenda vorliegen. Aufgrund der vorangegangenen Vorüberlegungen zu H1, wird daher nicht von der Existenz einer Deutschlandagenda ausgegangen.

*H3: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands liegt keine einheitliche Presseberichterstattung vor.*

Folgendes Modell gibt Aufschluss über die methodische Vorgehensweise zur Überprüfung der soeben erläuterten Hypothesen (H1-H3):

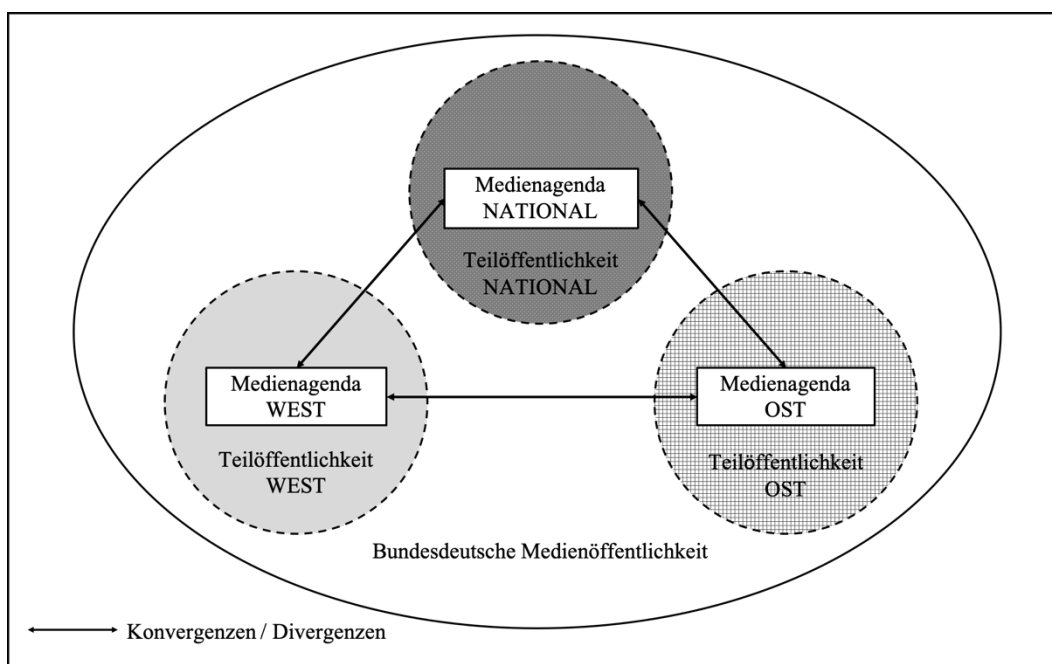


Abbildung 3: *Medienöffentlichkeitsstruktureller Grundriss in Deutschland mit eigenständigen Medienagenden*

Quelle: Eigene Darstellung

### 3.3.3 Der Frame-Begriff in der Kommunikationswissenschaft

Die klassische Framing- und die Agenda-Setting-Forschung in der Kommunikationswissenschaft beschäftigen sich beide mit der Frage, welche Themen die mediale Berichterstattung behandelt beziehungsweise betont und welche Konsequenzen dies für die Urteilsbildung hat (Maurer, 2010). In Abgrenzung zum Agenda-Setting-Ansatz befasst sich die Framing-Forschung jedoch nicht nur mit der reinen Themensetzung in der Berichterstattung, sondern erforscht weiterhin, *wie* die medialen Themen formal sowie inhaltlich dargestellt und behandelt werden. Dieser

kommunikationstheoretische Ansatz ist für die vorliegende Forschungsarbeit relevant, um zu untersuchen, wie durch eine Themenfrequenzanalyse ermittelte Themen in den einzelnen Medienagenden der Teilöffentlichkeit Ost, West und National hinsichtlich seiner Argumentationsstruktur in der Presse verhandelt werden. Das folgende Kapitel legt daher das Frame-Konzept sowie die für das Projekt relevanten Definitionen dar.

Die Framing-Forschung mit ihrem Beginn bei Erving Goffman (1974) und der Hauptannahme, dass *Frames* Erfahrungen strukturieren und diese bei der Einordnung und Verarbeitung der Realität helfen (Badr, 2017), lässt sich in vielen Forschungsdisziplinen wiederfinden. Mit ihren Ursprüngen in der Soziologie und Politikwissenschaft ist sie mittlerweile auch der Psychologie sowie der Medien- und Kommunikationswissenschaft zuzuordnen. Eine reichliche Anzahl an Publikationen, mit diversen theoretischen Ansätzen und empirischen Untersuchungen, sprechen für eine große Popularität des Konzepts in der Forschung (u.a. Badr, 2017; Dahinden, 2006; de Vreese & Boomgaarden, 2003; Entman, 1993; Matthes & Kohring, 2004; Potthoff & Kohring, 2014; Scheufele, 2003; Semetko & Valkenburg, 2000). Mit der Vielfalt an Publikationen geht jedoch auch eine Vielfalt an Definitionen und Operationalisierungen eines Frames einher; eine universal gültige Methode zur Erhebung dessen ist ebenfalls nicht vorhanden. Folglich muss zunächst eine Frame-Definition für die vorliegende Forschung erörtert werden.

Entman (1993) erstellt mit seiner zentralen Begriffsbestimmung eines Frames für viele kommunikationswissenschaftliche Forschungsarbeiten eine leitende Grundlage (u.a. Badr, 2017; Dahinden, 2006; Kohring & Matthes, 2002; Matthes, 2007; Scheufele, 2003):

To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described. (Entman, 1993, S. 52)

Entscheidend bei dieser Definition ist jedoch, dass Entman (1993) von *to frame*, also dem Entstehungsprozess eines Frames, dem *Framing*, spricht. Matthes (2014) fügt hinzu, dass Framing der „aktive Prozess selektiven Hervorhebens von Informationen und Positionen“ (S. 10) ist. Durch die Betonung und Beleuchtung

bestimmter Realitätsausschnitte werden diese Elemente eines Themas salient, andere Aspekte werden automatisch vernachlässigt und rücken in den Hintergrund (Scheufele, 2003). Die Definition von Salienz geht hierbei mit der bereits aufgeführten Begriffserklärung in Kapitel 3.4.1 einher. Jedoch wird in der Framing-Forschung nicht einem Thema als Ganzes Salienz zugeschrieben, sondern nur expliziten Aspekten jenes Themas einen gewissen Bedeutungsgrad: „[I]t means making a piece of information more noticeable, meaningful, or memorable to audiences“ (Entman, 1993, S. 3). Für das vorliegende Forschungsprojekt ist nur das Endprodukt, der Frame, von Bedeutung, während der Entstehungsprozess nicht analysiert wird. Dennoch ist Entmans Begriffsklärung, durch die Benennung der vier zentralen Elemente und Funktionen eines Frames, relevant: Erstens beschreiben Frames eine *Problemdefinition* eines Themas, die zweitens mit einer *Ursachenzuschreibung* verbunden ist. Drittens liefert ein Frame eine *Bewertung* mit anschließender *Handlungsempfehlung* zur Lösung der Probleme (Dahinden, 2006, S. 14; Entman, 1993, S. 52).<sup>16</sup> Laut Matthes & Kohring (2004) muss ein Frame mindestens eines der von Entman definierten Frame-Elemente enthalten, damit von einem Frame gesprochen werden kann. Weitergehend können Frames als „Blickwinkel auf ein Thema“ (Matthes, 2014, S.9) oder „Interpretationsmuster“ (Scheufele, 2003, S.46) beschrieben werden, die eine spezifische Sichtweise zu einem Thema zulassen. Erst durch die Elemente von Entman wird der Frame anschließend als „Argumentationsstruktur“ (Matthes & Kohring, 2004, S.62) sichtbar. Frames helfen weiterhin bei der Reduzierung von Komplexität und Strukturierung sowie Selektion von neuen Informationen (Dahinden, 2006; Scheufele, 2003). So setzen JournalistInnen Frames, um die Medienbotschaft verständlich und einfach zu kommunizieren und bestimmte Aspekte des Themas zu beleuchten; das Publikum wiederum kann sich an den vorhandenen Medienframes orientieren, um den gewonnenen Informationen einen Sinn zuzuweisen (Potthoff, 2012). Weitere Funktionen von Frames lassen sich den Frame-Elementen von Entman (1993) entnehmen, wie beispielsweise einer Handlungs- und Lösungsempfehlung des beschriebenen Ereignisses. Daneben können Frames auch Entscheidungen und Gefühle beeinflussen sowie ethische

---

<sup>16</sup> Eine ausführlichere Darlegung der vier Frame-Elemente folgt in 3.2.2.

Grundsätze definieren (Potthoff, 2012).<sup>17</sup> Ist in dieser Arbeit von Frames die Rede, folgt sie der Arbeitsdefinition von Dahinden (2006), der Frames als „Deutungsmuster“ (S.14) definiert, „welche zur Sinngebung und Bewertung von unterschiedlichen Themen herangezogen werden“ (ebd.) und sich aus den obengenannten vier Elementen von Entman (1993) zusammensetzen.

### *Medienframes*

Verschiedene Arten von Frames können auf unterschiedlichen Ebenen des Kommunikationsprozesses relevant sein. Zum einen sind die *journalistischen Frames* in Bezug auf den Kommunikator zu nennen, der die Themenauswahl und -selektion aufgrund von individuellen, etablierten Frames steuert (Maurer, 2010). Zum anderen existieren *Medienframes*, welche sich „in journalistischen Texten durch ein spezifisches Muster von Problemdefinition, Verantwortungszuschreibungen, Bewertungen und Handlungsanweisungen“ konstituieren (Matthes, 2014, S.18). Darüber hinaus gibt es *RezipientInnenframes*, also individuelle Interpretationsmuster der RezipientInnen (Badr, 2017; Van Gorp, 2007). Folglich kann ein reales Ereignis, beispielsweise die jährliche Neujahrsansprache von Angela Merkel (Realität zu Thema X), in diversen Medien unterschiedlich dargestellt und beleuchtet werden: Demgemäß fasst die Zeitung YZ am darauffolgenden Tag Merckels Ansprache zusammen und macht vorrangig Gebrauch von Frame B, C und D, ein anderes Medium berichtet beispielsweise relativ einseitig und nur Frame A ist zu finden, in einem anderen Presseorgan sind wiederum alle vier Frames zu identifizieren.

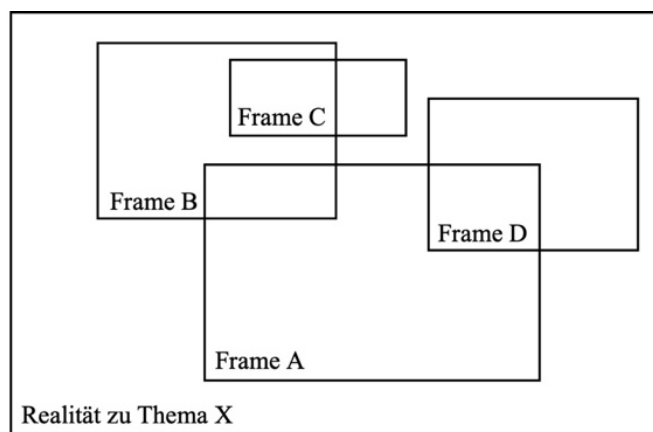


Abbildung 4: *Unterschiedliche Medienframes nach dem Selektionsprinzip*  
Quelle: Badr, 2017, S. 178

<sup>17</sup> Für einen detaillierten Vergleich und eine genauere Untersuchung der unterschiedlichen Operationalisierungen von Frames sowie Charakteristiken und Funktionen dieser siehe Potthoff, 2012, S.49ff.

Da die vorliegende Studie Frames in Zeitungsartikeln fokussiert, respektive Medienframes, werden diese im Folgenden näher demonstriert.

Medienframes lassen sich in formal-stilistisch und inhaltsbezogen differenzieren. Wird die Medienbotschaft bei *formal-stilistischen Frames* auf ihre Struktur sowie formalen Aufbau hin untersucht, konzentrieren sich *inhaltsbezogene Frames* primär auf den Inhalt der Botschaft mit dessen unterschiedlichen inhaltlichen Aspekten zu einem Thema (Matthes, 2007). Die von Matthes (ebd.) aufgeführte Metapher eines Bilderrahmens verdeutlicht diese Differenzierung: Die formal-stilistischen Frames stellen den Bilderrahmen sowie beispielsweise die Größe des Bildes dar und inhaltsbezogene Frames geben den Inhalt wieder – also das, was man im Bild sieht. Letztere lassen sich zudem in *themenspezifische Frames*, welche nur auf ein Thema zutreffen und *themenübergreifende Frames* unterscheiden: „Bei themenübergreifenden Frames wird eine Medienbotschaft immer unter einem gewissen thematischen Leitaspekt behandelt, der aber auf verschiedene Themen zutreffen kann“ (ebd., S.59). Beispiele hierfür sind die von Semetko & Valkenburg (2000) fünf aufgestellten Frames (Wirtschaft, Moral, Konflikt, Human Interest und Verantwortung) oder die Basis-Frames von Dahinden (2006), welche mithilfe einer proportionalen Meta-Analyse der bisher publizierten Framing-Forschungen erstellt wurden (Konflikt-, Wirtschaftlichkeits-, Fortschritts-, Moral- und Personalisierungsframe).

### *Anwendung*

Für die vorliegende Studie ist ein deduktives Vorgehen anhand bestehender Basisframes weniger sinnvoll, da spezifische Frames hinsichtlich innerdeutscher Themen neu identifiziert und keine bereits etablierten Basis-Frames zur Hand genommen werden sollen. Demnach ist ein induktives Vorgehen, bei welchem inhaltsbezogene, themenspezifische Medienframes aus den Artikeln extrahiert werden und spezifisch für jenes zu untersuchende Thema zugeordnet werden können, geeignet. Nach der Erhebung getrennter Medienagenden in den Teilöffentlichkeiten Deutschlands, ist es von besonderem Interesse innerdeutsche Themen hinsichtlich der Argumentationsstruktur in den Tageszeitungen auf Ost-, West- und Bundes-Ebene näher zu untersuchen. Demnach werden alle Artikel der zwei ausgewählten Themen nach vorhandenen beziehungsweise nicht vorhandenen Frames untersucht. Diese



Vorgehensweise begründet sich dadurch, dass selbst wenn jenes Thema in allen drei Medienagenden ähnliche Frequenzen aufweist, die Darstellungsweisen stets variieren können. Um einen ähnlichen Problemdeutungshorizont in der gesamten Gesellschaft gewährleisten zu können, sollten die jeweiligen Frames in allen drei Teilöffentlichkeiten gleichmäßig auftreten.

Jedoch wird angenommen, dass bestimmte Frames gegenüber anderen innerhalb einer Medienagenda dominieren. So wird vermutet, dass sich die Frames in der Medienagenda Ost und West in ihrer Auftretenshäufigkeit unterscheiden. Frames sind Teil eines Prozesses individueller Entscheidungen und gelangen, wie bereits angeführt, durch „einen aktiven Prozess des selektiven Hervorhebens von Informationen und Positionen“ (Matthes, 2014, S.10) in den Medientext hinein. Frames lassen sich beispielsweise in öffentlichen Reden und Pressemitteilungen bei AkteurInnen verschiedener Öffentlichkeitsarenen vorfinden und bieten Grundlage für journalistische Texte. JournalistInnen selbst fügen durch eigene Argumente oder Interpretationen zusätzlich eigene Frames hinzu (ebd.). Auf Grund der unterschiedlichen Lebensrealitäten zwischen Ost- und Westdeutschland, diversen historischen Erfahrungen und Interessenslagen sowie Wertevorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass neben einer unterschiedlichen Schwerpunktsetzung von relevanten Themen zwischen den Teilöffentlichkeiten, auch diverse Deutungsmuster zu jenen Themen existieren. Die Hypothese ist zunächst, dass in allen drei Medienagenden unterschiedliche Frames innerdeutschen Themen vorliegen:

*H4: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands existieren unterschiedliche Medienframes zu innerdeutschen Themen.*

Wie bereits in der zweiten Hypothese vermutet, dass es Unterschiede hinsichtlich der Richtung von Konvergenzen und Divergenzen in Bezug auf die regionalen sowie nationale Medienagenda gibt, wird in Bezug auf Frames ein ähnliches Muster erwartet. Den vorangegangenen Überlegungen sowie vor allem des Sitzes der nationalen Presse in Westdeutschland und somit vermehrt im Westen sozialisierter JournalistInnen, ist davon auszugehen, dass innerhalb der Themen divergierende Frames zwischen National und Ost sowie konvergent verlaufende Frames zwischen National und West vorzufinden sind.



dargelegte Definition eines Themas als ein „politisches oder soziales Problem, das gesellschaftlich (oder individuell) für lösungsbedürftig erachtet wird“ (Begenat, 2016, S.108), formuliert Czerwick (1990) ein Thema im Kontext der Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen ähnlich: „Themen [repräsentieren] also Aufgaben, deren Lösung als problematisch im Sinne der Überwindung von Soll-Ist-Diskrepanzen empfunden wird“ (S. 179). Zusätzlich erfüllen öffentlich diskutierte Themen das Kriterium der *Streitwürdigkeit*, wobei nicht jedes öffentlich diskutierte Thema auch gleichzeitig streitwürdig ist. Eine eindeutige Operationalisierung streitwürdiger, aber zugleich nicht thematisierter Themen stellt sich demnach als schwierig heraus. Nach Czerwick (1990) werden Themen streitwürdig, wenn sie Betroffenheit erzeugen, konfliktträchtig sind, einen hohen Einsatz von Ressourcen erfordern und als besonders dringlich erachtet werden oder deutlich sichtbar sind. Letztere, also die Sichtbarkeit von Themen, gilt als allgemeine Erfahrbarkeit und Erlebbarkeit. Ferner zieht er folgendes Resümee:

Zusammenfassend soll deshalb festgestellt werden, [dass] Merkmale der Nicht-Thematisierung immer dann vorliegen, wenn Themen nicht oder nur am Rande in der Berichterstattung der Medien erwähnt werden, wenn sie weder in den Parlamenten noch in den Regierungen und Parteien erörtert und wenn sie nicht von Interessenverbänden oder von öffentlichen Verwaltungen angesprochen, sondern allenfalls in kleinen, abgeschlossenen Expertenzirkeln diskutiert werden. (ebd., S.179)

Die Streitwürdigkeit sowie die Nicht-Thematisierung eines Themas können sich außerdem (unabhängig voneinander) mit der Zeit verändern. Wenn sich die am öffentlichen Diskurs Beteiligten an die Konfliktlage gewöhnen oder ein Problem gelöst wird, sinkt die Streitwürdigkeit eines Themas und die Nicht-Berichterstattung nimmt zu. Möglich ist das, weil Themen im Kontext zueinanderstehen und sich gegenseitig beeinflussen (Czerwick, 1990). Die von Hackett & Gruneau (2000) definierten Blind-Spots in der Berichterstattung entstehen dadurch, dass Streitfragen beziehungsweise Themen erst gar nicht in die Encounter-Ebene der Öffentlichkeit gelangen oder in dieser Ebene verweilen. Andererseits finden auch Themen der Medienöffentlichkeit keinen Eingang in die Medienagenda aufgrund von Selektionsleistungen der Massenmedien (Vogelgesang & Scharkow, 2011; Hackett &

Gruneau, 2000). Czerwick (1990) macht außerdem darauf aufmerksam, dass je nachdem, welche Teilöffentlichkeiten untersucht werden, „desto verschiedenartiger [...] im Einzelfall die streitwürdigen, aber nicht thematisierten Themen sein“ (S. 179) können.

### *Erklärungsansätze*

Zur detaillierten Erklärung der Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen lassen sich verschiedene Erklärungsansätze heranziehen. Im Gegensatz zur Erklärung der Thematisierung streitwürdiger Themen, die sich in der Regel gut nachvollziehen lässt, spielt sich der Prozess der Nicht-Thematisierung meistens im Verborgenen ab. Czerwick (1990) greift hierbei *medientheoretische, organisations- und machttheoretische, staats- und parteipolitische* sowie *sozialpsychologische Ansätze* auf. Für die vorliegende Forschungsarbeit sind vor allem die medientheoretischen Ansätze von Bedeutung, weshalb diese im Folgenden näher erläutert werden.

Die medientheoretischen Ansätze lassen sich unter anderem in die Selektionsleistungen der JournalistInnen und die innere Organisation von Medien unterteilen. Auf der Ebene der JournalistInnen spielen zum einen die subjektiven Einstellungen, beispielsweise zu Politik und Religion, persönliche Präferenzen, Involvement, die intrapersonale Agenda, ein routinierter Arbeitsstil sowie das journalistische Rollenverständnis eine Rolle. Je größer der persönliche Bezug, desto höher ist der in Kauf genommene Aufwand für Recherche und Ausarbeitung eines Themas (Czerwick, 1990; Hackett & Gruneau, 2000). Außerdem verzeichnet ein Bericht von Reporter ohne Grenzen (2019), dass kritische Themen durch mögliche Offenlegung eigener Quellen ausbleiben. Durch drohende Konsequenzen gegen die Quelle (zum Beispiel für Whistleblower) oder den/die JournalistIn werden relevante und streitwürdige Themen nicht veröffentlicht. Generell ist hier auch die Nachrichtenwert-Theorie von Schulz (1976) sowie der Gatekeeper-Ansatz (White, 1950) zu nennen. Bei Letzterem fungieren JournalistInnen und Medienorganisationen als *Schleusenwärter* und entscheiden, welche Meldungen Nachrichtencharakter haben und welche nicht (Boetzkes, 2008). Zudem beschreibt die Nachrichtenwert-Theorie, dass Ereignisse und Themen bestimmte Nachrichtenwerte besitzen, welche sich wiederum durch Kombination und Intensität von Nachrichtenfaktoren (u.a. Zeit, Nähe, Status, Dynamik, Valenz und Identifikation) bemessen (Schulz, 1976). Je mehr dieser Faktoren auf eine Nachricht zutreffen, desto höher ist der

Nachrichtenwert und die Wahrscheinlichkeit der Veröffentlichung dieser steigt (Kepplinger & Bastian, 2000). Weiterhin sind die Organisationsstrukturen der Medien relevant: Themen werden aufgrund des publizierenden Verlags oder der Redaktion nicht in die Agenda eines Printerzeugnisses aufgenommen. Hierunter fallen zum Beispiel Verlagslinien, Eigentumsverhältnisse, kollegialer Druck innerhalb einer Redaktion sowie die damit einhergehenden hierarchischen Gliederungen und Redaktionslinien (Hackett & Gruneau, 2000). Durch die Einflussnahme der EigentümerInnen und ChefredakteurInnen werden die Publikationen gewisser Themen verhindert. Letztlich mündet dies auf der organisatorischen und strukturellen Ebene zu einer Pressekonzentration, welche sich durch Einschränkungen im Außen- sowie Innenpluralismus zeigt (Möhring, 2015).<sup>18</sup> Ursache und Wirkung der Pressekonzentration ist vorrangig der enorme Konkurrenz- und Zeitdruck, wodurch zunächst Themen, die umfangreich sind (zum Beispiel investigative Recherchen zu Korruption und Doping) seltener auf der Medienagenda zu finden sind und gleichzeitig Personal eingespart wird. Darüber hinaus fokussieren sich manche Zeitungen auf eine bestimmte Zielgruppe, wodurch vermehrt auf diese Leserschaft zugeschnittene Themen behandelt werden (Czerwick, 1990).<sup>19</sup>

Die ausgeführten theoretischen Ansätze bedürfen aufgrund der Digitalisierung jedoch einer altersbedingten Überarbeitung, Medienunternehmen- und Produkte erleben eine radikale Veränderung (u.a. Hass, 2004; Schranz et al., 2017). Aufgrund der unendlichen Informationsmenge heutzutage scheint es nahezu unmöglich, dass über Ereignisse beziehungsweise Themen nicht berichtet wird. Jedoch sind auch Mechanismen der Nicht-Thematisierung im Online-Zeitalter zu finden. Durch Suchmaschinenoptimierungen, (Dis-)Likes, Shares und weiterer Anzeige-Algorithmen können Einträge somit mehr oder weniger Aufmerksamkeit geschenkt bekommen und nur am Rande besprochen werden (u.a. Appel & Roder, 2020; Harcup & O’Neill, 2017).

Sowohl für die Auswertung der Ergebnisse der Themenfrequenzanalyse als auch die der Frame-Analyse wird der Ansatz der Nicht-Thematisierung

---

<sup>18</sup> Außenpluralismus zeigt sich durch die Abnahme unterschiedlicher beziehungsweise eigenständiger Redaktionen; Innenpluralismus durch intermediäre Verschränkungen (multimediales Angebot) und inhaltliche Vielfalt durch geringe Abwechslung der Darstellungsformen, Meinungen und Themen (Möhring, 2015).

<sup>19</sup> Beispiel dafür ist die *Latino Press* in den USA, in der Themen über die Grenzübergänge zu Mexiko sowie Schwarzarbeit präsenter sind als in anderen Presseinhalten (McCombs et. al, 1997)

streitwürdiger Themen herangezogen. Um unter anderem mögliche Verschiebungen in der Frequentierung der Thematisierung sowie der Ranganordnung der Themen zwischen den Medienagenden erklären zu können, dient der Ansatz als theoretische Fundierung. Indes liegt nach Czerwick (1990) ein Merkmal der Nicht-Thematisierung vor, sobald ein Sachverhalt nur am Rande in den Medien berücksichtigt wird. Demnach kann man diese Eigenschaft nachweisen, wenn eine Thematik eine niedrige Frequentierung und Rangplatz in der Medienagenda einnimmt. Daran anschließend lassen sich in Bezug auf die Frame-Analyse, die Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen auf mögliche nicht vorhandene Frames beziehungsweise unterrepräsentierte Frame-Elemente von Entmann (1993) übertragen.

#### **4. Methodisches Vorgehen**

Nach Darlegung der theoretischen Grundlagen werden im Folgenden die methodischen Vorgehensweisen zur Beantwortung der Forschungsfragen sowie der empirischen Belegung beziehungsweise Widerlegung der bereits aufgeführten Hypothesen (siehe Kapitel 3.4) aufgeführt und die Bindung von Theorie und Empirie bestimmt. Da es sich bei dieser Forschung um ein Mehrmethodendesign handelt wird sich dieses Kapitel in die jeweiligen durchgeführten Vorgehensweisen aufteilen: Im ersten Schritt wurde eine *quantitativen Themenfrequenzanalyse* von deutschen Tageszeitungen durchgeführt, um zunächst die Themensetzungen dieser zu analysieren. Der zweite Schritt befasste sich mit einer *qualitativen Frame-Analyse* zur näheren Untersuchung der Darstellungsweise bestimmter Themen in Ost- und Westdeutschland sowie auf nationaler Ebene (siehe Kapitel 4.1 und 4.2).

##### **4.1 Inhaltsanalyse I: Themenfrequenzanalyse**

Zunächst erfolgt eine kurze historische Hinführung der empirischen Methode einer Inhaltsanalyse sowie eine Zielbestimmung dessen für das vorliegende Forschungsprojekt.

Die Methode der Inhaltsanalyse wird als „eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Früh, 2017, S.119) definiert, welche mit

bereits fertigem sprachlichem Material arbeitet (Mayring, 2015). Generell verdichtet die Inhaltsanalyse die journalistische Berichterstattung anhand für die Forschung relevanter Kriterien, um die Komplexität der erhobenen Daten zu reduzieren (Mayring, 2007). Die methodische Vorgehensweise gewann vor allem durch die Etablierung der Massenmedien und der internationalen Politik als eine klassische Form der empirischen Analyse in der Kommunikationswissenschaft an Bedeutung (Titscher et al., 2000). In Bezug auf die vorliegende Arbeit spielt zunächst eine Rolle, welche innerdeutschen Themen in den jeweiligen medialen Teilöffentlichkeiten behandelt werden. Dahingehend wurde eine quantitative Analyse durchgeführt, um große Materialmengen untersuchen zu können und ein breites Themenspektrum zu erfassen.

Die Themenfrequenzanalyse ist eine Form der quantitativen Inhaltsanalyse mit dem Ziel, die Häufigkeit der diskutierten Themen innerhalb eines bestimmten Zeitverlaufes zu ermitteln (Früh et al., 2011). Wie der Name bereits besagt, wird lediglich analysiert, in welcher Frequenz Themen auftreten, um das Themenspektrum zu ermitteln.<sup>20</sup> Um zunächst getrennte Aussagen treffen zu können, *welche* Themen in den Teilöffentlichkeiten allgemein behandelt werden und welche Frequenzen diese in Ost- und Westdeutschland sowie auf Bundesebene aufweisen, wurden drei getrennte Medienagenden mittels einer Aggregatdatenanalyse erhoben. Hierbei wurde das Erhebungsmaterial (Tageszeitungen) im jeweiligen Untersuchungsraum zusammengefasst und zu einer gemeinsamen Agenda aufgelistet. Dieser Schritt formierte die Grundlage für alle weiteren Vorgehensweisen, um anschließend Konvergenzen und Divergenzen hinsichtlich der Frequenz der diskutierten Themen zwischen den jeweiligen Medienagenden zu ermitteln. Fragen, ob in den einzelnen Arenen unterschiedliche Themenkomplexe behandelt werden, ob es typische Themen für die jeweilige Regionen gibt und ob die innerdeutsche Berichterstattung in allen Teilöffentlichkeiten annähernd deckungsgleich ist, können hiermit beantwortet werden.

Im Folgenden wird die Samplingstrategie für die Themenfrequenzanalyse näher erläutert.

---

<sup>20</sup> Als Beispielstudie lässt sich u.a. Plaikner (2013) nennen, welche die Unterschiede in der Themensetzung österreichischer Tageszeitungen anhand einer Themenfrequenzanalyse ermittelte oder Kleinen-von Königslöw (2010), welche diese Methode als „standardisierte themenübergreifende Inhaltsanalyse“ bezeichnet.

#### 4.1.1 Bildung der Stichprobe

Um den inhaltlichen Gütekriterien einer quantitativen Inhaltsanalyse Folge zu leisten, ist unter anderem eine Begründung der Medienauswahl, Stichprobenlage, Untersuchungszeitraum sowie eine nähere Bestimmung der Analyseeinheit essentiell. Dieses Kapitel gibt Aufschluss über die Stichprobenbildung zur Untersuchung der Medienagenden innerhalb der deutschen Berichterstattung.

##### *Auswahl der zu analysierenden Mediengattung*

Die Auswahl der zu analysierenden Mediengattung beschränkt sich auf deutsche Qualitäts-Tageszeitungen. Trotz sinkender Auflagenstärken, steigendem Verlust an Reichweite<sup>21</sup> und Konzentration der Tagespresse (Röper, 2018) gilt Deutschland weiterhin als zeitungreiches Land, in dem Tageszeitungen eine hohe Beachtung zukommen (Pürer, 2015). Insgesamt lesen 56,1 Millionen Deutsche regelmäßig Zeitung, sowohl gedruckt als auch digital (ZMG & BDVZ, 2019).<sup>22</sup> Neben Fernsehen, Radio und Online-Medien gilt die Tageszeitung ferner als reichweitenstarkes sowie häufig rezipiertes Medium zur Informationsbeschaffung (u.a. Kepplinger & Maurer, 2005; Newman et al., 2019; Maier, 2009). „Von allen Medien werden Zeitungen von der Bevölkerung als informativste, sachlichste, sympathischste, glaubwürdigste und wichtigste Quelle für wichtige Neuigkeiten gesehen“ (Schäfer-Hock, 2018, S.39). Vor allem in Krisenzeiten, wie der momentan andauernden Corona-Krise, beweist sich die Zeitung (print und online) immer wieder als Vorreitermedium (ZMG & BDZV, 2020). Neben weiteren Aufgaben, wie die der Orientierungs-, Integrations-, und Identifikationsfunktion (Pürer & Raabe, 2007), ist die Tageszeitung aufgrund ihrer Aktualität, öffentlichen Zugänglichkeit (*Publizität*) und eines prinzipiell unbegrenzten Themenspektrums (*Universalität*) ein favorisiertes Medium für die vorliegende Arbeit (Höke, 2007). Zeitungen unterscheiden sich weiterhin hinsichtlich ihres Verbreitungspotenzials sowie in ihren thematischen Kernelementen. In Hinblick auf das Verbreitungspotenzial unterscheidet man zwischen Medien nationaler und regionaler beziehungsweise lokaler Reichweite. Die nationalen Medien sind nicht an eine spezifische Region gebunden, repräsentieren nationale Interessen und dessen RezipientInnen sind über das gesamte Land

---

<sup>21</sup> Betrug die Reichweite von Printzeitungen 2001 noch 78%, lag sie 2011 lediglich bei 68,4% (Pürer, 2015, S. 91), 2019 nur noch bei 58,1% (ZMG & BDZV, 2019).

<sup>22</sup> Basis: Deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren (70,6 Mio) (ZMG & BDVZ, 2019).



verstreut (Tobler, 2010). Die regionalen beziehungsweise lokalen Medien hingegen, adressieren vorwiegend eine bestimmte Region und ein regionales Publikum beziehungsweise Leserschaft, indem Zeitungen, außerhalb des Mantelteils, vor allem regionale und lokale Themen aufgreifen (Brand et al., 1995). Zudem werden regionale Tageszeitungen als feste Größe in der Region sowie als glaubwürdig und regionales Sprachrohr charakterisiert (ZMG, 2019). Weiterhin ist die Pressestruktur in Deutschland stark regionalisiert, wodurch den regionalen Tageszeitungen eine große Bedeutung hinsichtlich der Mediennutzung zukommt (Kleinen-von Königslöw, 2010) und nicht ohne Grund als „Rückgrat der deutschen Tagespresse“ (Raabe, 2013a, S.296) sowie „tragende Säule der deutschen Zeitungslandschaft“ (ebd., S.296) bezeichnet wird. Medien nationaler Verbreitung verfügen hingegen über die Fähigkeit, Anschlusskommunikation auf nationaler Ebene herzustellen, indem sie die verschiedenen regionalen Lebens- und Sozialräume „in einen nationalen Kommunikationsraum“ (Tobler, 2010, S.55) integrieren können. Tobler (ebd.) unterscheidet Medien weiterhin in sozialer Hinsicht als Leit- und Folgemedien. Leitmedien (beispielsweise FAZ und SZ) besitzen hohes Ansehen, eine starke Definitionsmacht und werden von anderen Medien sowie von einem breiten Publikum aber auch Eliten unterschiedlicher Öffentlichkeitsarenen beobachtet und inhaltlich übernommen. Durch die selektierte Auswahl von gesellschaftsrelevanten Themen und Informationen sowie ihrer Bezugnahme zu Meinungs- und Willensprozessen innerhalb der Gesellschaft, wirken sie auf die Diskursführung ein und können daher als „Leuchttürme“ im gesellschaftlichen Diskurs bezeichnet werden“ (Jarren & Vogel, 2011). In den letzten Jahren haben auch die sozialen Medien (beispielsweise Facebook, Instagram & Twitter) zur Informationsbeschaffung enorm an Reichweite dazugewonnen und nehmen eine feste Größe im öffentlichen Diskurs ein (Newman et al., 2019). Dennoch gewährleisten regionale Tageszeitungen eine bessere Übersicht der für die Region Ost- beziehungsweise Westdeutschlands salienten Themen.<sup>23</sup>

Folgende Tageszeitungen wurden für die Forschung ausgewählt: Um eine Medienagenda auf nationaler Ebene erheben zu können, fiel die Entscheidung auf die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ); für

---

<sup>23</sup> Das Medium Fernsehen beinhalten zwar ebensolche regionale Komponente, jedoch erweist sich sowohl die Beschaffung als sehr komplex als auch Inhaltsanalysen mit audio-visuellen Medien durchzuführen.

eine westdeutsche Agenda wurden die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (WAZ), *Rheinische Post* (RP) und *Neue Westfälische* (NW) analysiert, für die ostdeutsche Agenda die *Thüringer Allgemeine* (TA), *Mitteldeutsche Zeitung* (MZ) und *Sächsische Zeitung* (SäZ). Im Folgenden wird die genaue Samplingstrategie erläutert.

#### *Zeitungsstichprobe und zu analysierende Öffentlichkeit*

Wie bereits genannt, ist die gewählte Mediengattung die deutsche Presse, weshalb die Grundgesamtheit vorerst aus allen deutschen Zeitungen und Zeitschriften bestand. Durch ein geschichtetes Auswahlverfahren wurden letztlich zwei nationale (SZ, FAZ) und sechs regionale Tageszeitungen (WAZ, RP, NW, TA, MZ, SäZ) ermittelt.

Zunächst wurden lediglich Tageszeitungen mit einer Auflagenstärke von mindestens 20.000 Exemplaren pro Quartal mit in die Vorauswahl einbezogen, da somit vor allem regionale Tageszeitungen mit einer hohen Leserbereitschaft im jeweiligen Verbreitungsgebiet abgedeckt werden können. Dabei wurden Boulevardzeitungen, wie zum Beispiel die *Bild-Zeitung* und *Hamburger Morgenpost*, unter anderem aus Gründen der journalistischen Qualität ausgeschlossen. Außerdem divergiert die Themengewichtung in der Boulevardpresse im Vergleich zu Qualitätszeitungen; so setzen Boulevardzeitungen hauptsächlich auf „vermeintliche Skandale, Promi-Dramen sowie unterhaltsame Kuriosa“ (Raabe, 2013b, S.33) mit wenigen Reportagen und Berichten. Auch die Darstellungsweise, welche vor allem für die spätere Frame-Analyse wichtig ist, erfolgt meist einfacher mit einem plakativen Stil und auffälligen Schlagzeilen (ebd.). Um die Vergleichbarkeit zwischen den Tageszeitungen gewährleisten zu können, wurde sich daher gegen die Untersuchung von Boulevardzeitungen entschieden.

Die zweite Schichtung erfolgte aufgrund der Auswahl der zu analysierenden Teilöffentlichkeiten. Wie in Kapitel 3.2.2 bereits detailliert aufgezeigt wurde, wird in dieser Arbeit von unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten in der deutschen Medienarena ausgegangen. Untersuchungsraum ist zunächst die Teilöffentlichkeit-Ostdeutschland und -Westdeutschland sowie die nationale Teilöffentlichkeit. Für letztere wurden hierbei überregionale Zeitungen bestimmt, die nicht nur für eine bestimmte Region Deutschlands publiziert werden, sondern darüber hinaus rezipiert werden. Hierbei wurden die beiden Leitmedien SZ und FAZ bestimmt, welche als Meinungsführermedien eine hohe Repräsentativität gegenüber der deutschen Presselandschaft verfügen (Kolmer, 2009). Zudem sind SZ und FAZ nach der

ausgeschlossenen *BILD-Zeitung* die zwei auflagenstärksten Tageszeitungen in Deutschland (IVW, 2019) und gelten als parteipolitisch unabhängig (Pürer & Raabe, 2007).

Für die regionalen Teilöffentlichkeiten wurde der Untersuchungsraum und die dabei ausgewählten Tageszeitungen erneut eingegrenzt. Die beiden regionalen Teilöffentlichkeiten orientieren sich zwar an der historisch geprägten Definition der alten und neuen Bundesländer Deutschlands, wurden aber anhand der existierenden und prägenden Fernsehlandschaft definiert. Da das Fernsehen unter anderem durch die Kulturförderung und -vermittlung der öffentlich-rechtlichen Sender als besonders kulturell prägendes Massenmedium erachtet wird (Schrag, 2007) und diese kulturelle Vermittlung zur Identifikation und Integration ausschlaggebend ist (Krönert & Hepp, 2015), wurde der Medienraum anhand der Fernsehlandschaft ausgewählt. Zudem ermöglichen die Landesrundfunkanstalten der *Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland* (ARD) den „Regionen eine publizistische Stimme, sind nah bei den Menschen vor Ort und vermitteln Heimat“ (ARD, 2018, S.11) und fördern somit einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Deutschland (ebd.). Für die ostdeutsche Teilöffentlichkeit wurde der *Mitteldeutsche Rundfunk* (MDR) bestimmt. Dieser gilt für die Medienlandschaft in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als besonders prägend (Früh et al, 2011). Der MDR ist außerdem das einzige öffentliche Rundfunkmedium, welches ausschließlich neue Bundesländer bespielt. Um jedes der drei genannten Bundesländer abzudecken sowie vorangegangene Schichtungen zu berücksichtigen, wurden anhand einer bewussten Auswahl folgende Tageszeitungen für den Medienraum Ost bestimmt: die TA mit Sitz in Erfurt (Thüringen), die MZ mit Verbreitungsgebiet im südlichen Sachsen-Anhalt und die S&Z mit Sitz in Dresden (Sachsen). Als äquivalenter Untersuchungsraum zum MDR wurde der *Westdeutsche Rundfunk* (WDR) repräsentativ für den westdeutschen Medienraum bestimmt, welcher sich größtenteils über Nordrhein-Westfalen (NRW) erstreckt. Trotz soziodemografischer Unterschiede (unter anderem Alter und Einkommen) der Medienräume können große Übereinstimmungen hinsichtlich der

Marktanteile,<sup>24</sup> Einschaltquoten<sup>25</sup> und Struktur<sup>26</sup> festgestellt werden. Zur möglichst großflächigen Abdeckung des WDR-Sendegebiets sowie zur Vermeidung von großen Überschneidungen im Verbreitungsraum, wurde zum einen die größte Regionalzeitung Deutschlands, die WAZ mit Verbreitungsgebiet vom südlichen Münsterland bis ins Niederbergische sowie vom Niederrhein bis in den Raum Unna (Funke Mediengruppe, 2020) festgelegt. Zum anderen wurde die RP mit Hauptsitz in der Landeshauptstadt Düsseldorf und Verbreitungsgebiet im Rheinland (Rheinische Post, 2017) und die NW für den Raum Ostwestfalen-Lippe analysiert (Zeitungsguppe Neue Westfälische, 2018).

Tageszeitung	Medienagenda	Bundesland	Auflage <sup>27</sup>
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (Bundesausgabe)	National	Gesamt	245.888
Süddeutsche Zeitung (SZ) (Bundesausgabe)	National	Gesamt	323.936
Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) (Ausgabe Essen)	West	Nordrhein- Westfalen	453.023 <sup>28</sup>
Rheinische Post (RP) (Ausgabe Düsseldorf)	West	Nordrhein- Westfalen	267.715
Neue Westfälische (NW) (Ausgabe Bielefeld)	West	Nordrhein- Westfalen	118.342
Thüringer Allgemeine (TA) (Ausgabe Erfurt Land)	Ost	Thüringen	229.637 <sup>29</sup>
Sächsische Zeitung (SäZ) (Ausgabe Riesa)	Ost	Sachsen	199.197 <sup>30</sup>
Mitteldeutsche Zeitung (MZ) (Ausgabe Halle/Saalekreis)	Ost	Sachsen- Anhalt	156.847

Tabelle 2: Übersicht der zu analysierenden medialen Teilöffentlichkeiten  
Quelle: Eigene Darstellung

<sup>24</sup> Marktanteile der dritten Programme 2018: WDR 2,3%; MDR 2% (Krupp & ARD-Werbung, 2019); Marktanteile der dritten Programme im jeweiligen Sendegebiet Januar 2020: WDR 6,8%; MDR 9,2% (MDR, 2020a.)

<sup>25</sup> Zur Veranschaulichung ein Vergleich der jeweiligen Nachrichtenmagazine: WDR Lokalzeit um 19:30 Uhr, am 05.03.2020: 25,5% (WDR, 2020); Nachrichtenmagazin MDR aktuell um 19:30, am 5.03.2020 21,0% (MDR, 2020b)

<sup>26</sup> Für nähere Erkenntnisse siehe Trebbe et al. (2015); im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung wurde eine Programmanalyse von WDR und MDR durchgeführt.

<sup>27</sup> Bezogen auf die verkaufte Auflage im IV. Quartal 2019, Mo-Sa (IVW, 2019)

<sup>28</sup> Funke-Medien-G 850 (WAZ+NRZ+WP+WR) +IKZ (Mo-Sa)

<sup>29</sup> MGT Thüringen Gesamtausgabe (TA+TLZ+OTZ) (Mo-Sa)

<sup>30</sup> II. Quartal, da Auflagenmeldung für IV. Quartal nicht eingetroffen

Wichtig anzumerken, vor allem für die spätere Auswertung der Hypothesen, ist, dass sofern von Westdeutschland die Rede ist, nur Aussagen über Nordrhein-Westfalen getroffen werden können; wird über Ostdeutschland gesprochen gilt dies für Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die medialen Teilöffentlichkeiten beschränken sich indes ausschließlich auf die Presseberichterstattung.

#### *Auswahl des Untersuchungszeitraums*

Untersucht wurden die Ausgaben der Zeitungen aus dem Jahr 2018. Zum einen fanden in diesem Jahr weder Bundestags- noch Landtagswahlen in den ausgewählten Bundesländern statt und zum anderen ist mit diesem Jahr Aktualität der Forschung gewährleistet. Anderweitig einschneidende gesamtgesellschaftliche Ereignisse, wie beispielsweise das Jubiläumsjahr 2019 zu 30 Jahre Deutsche Einheit, welches die innerdeutsche Berichterstattung über Wochen hinweg verzerrt und zu einer themenkonzentrierten Berichterstattung führt, konnte somit auch weitgehend ausgeschlossen werden.

Aus Zeit- und Ressourcengründen wurde weiterhin eine Vollerhebung der zu ermittelnden Tageszeitungen von 2018 ausgeschlossen. Stattdessen wurde eine Klumpenauswahl (*cluster sample*) nach dem Prinzip einer *künstlichen Woche* angewandt, um ein „verkleinertes, strukturgleiches Abbild der Grundgesamtheit“ (Rössler, 2010, S. 60) zu erhalten und trotz Reduzierung des Untersuchungsmaterials aussagekräftige Ergebnisse gewährleisten zu können (ebd.). Das Verfahren der künstlichen Woche hat sich dahingehend als nützlich erwiesen, um den gegebenen Wochenturnus der Tageszeitungen abzudecken und saisonale Schwankungen zu berücksichtigen (ebd.). In der vorliegenden Arbeit wird fortlaufend aus jeder zweiten Woche der darauffolgende Wochentag von Montag bis Samstag kodiert: Wird in der Kalenderwoche (KW) eins ein Montag kodiert, dann folgt in der KW drei der Dienstag, in der KW fünf der Mittwoch und so weiter. Schlussendlich wurden 26 zu untersuchende Tage pro Zeitung ausgewählt, woraus für acht Zeitungen insgesamt 208 Ausgaben resultieren und eine Stichprobengröße von  $N = 3.934$  Artikel erreicht wurde. Dabei wurde nicht nur darauf geachtet, die Tage standardisiert zu wählen, sondern auch Sonn- und Feiertage zu vermeiden, da an diesen überwiegend keine reguläre Zeitung publiziert wird. Fällt ein Tag jedoch auf einen Feiertag oder auf einen Tag danach, an dem auch oftmals keine Zeitung erscheint, so muss eine

Extraregelung getroffen werden. Die CodiererInnen sind hierbei angewiesen, denselben Wochentag in der darauffolgenden Woche zu codieren.<sup>31</sup>

### *Analyseeinheit*

Wie schon aus den Forschungsfragen ersichtlich wurde, konzentriert sich dieses Forschungsprojekt nur auf innerdeutsche Themen. Daher wurden jene Ressorts und Artikel mit innerdeutschem Bezug untersucht. Jedoch kann Inlandsberichterstattung auch durch formale Auslandsberichterstattung mit inländischer Beteiligung beeinflusst werden (Hafez, 2002a), wodurch wichtige Teile der Berichterstattung verloren gehen könnten. Aus diesem Grund wurden auch *Home News Abroad* und *Foreign News at Home* (Sreberny-Mohammadi et al., 1985) mit in die Analyseeinheit aufgenommen. Cazzamatta (2014) definiert Home News Abroad als jene Inhalte, die Nachrichten über Deutschland enthalten, das Ereignis jedoch im Ausland stattfindet. Beispiel hierfür wäre ein Staatsbesuch der deutschen Kanzlerin Merkel bei dem französischen Präsidenten Macron. Laut Hafez (2002a) machen diese Nachrichten über 30% der Berichterstattung aus. Als Foreign News at Home wiederum werden Nachrichten über das Ausland verstanden, welche in Deutschland passieren (Cazzamatta, 2014). Dies wäre beispielsweise, wenn Präsident Macron im Deutschen Bundestag in Berlin eine Rede über die deutsch-französische Beziehung halten würde. In beiden Kategorien liegt der Bezugsort bei Deutschland. Demnach wurden alle Artikel mit politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sowie Administrationen und Akteuren innerhalb von Deutschland zusätzlich in Betracht gezogen.

Hinzukommt, dass bei den regionalen Tageszeitungen lediglich der Mantelteil, also der überregionale Teil der Zeitung, bestehend aus der Titelseite, Politik, Wirtschaftsnachrichten und Meinungsseiten, untersucht wurde, um Lokalnachrichten zu meiden und eine Vergleichbarkeit mit der überregionalen und regionalen Presse gewährleisten zu können.<sup>32</sup> Für die überregionalen Tageszeitungen SZ und FAZ wurden lediglich die Titelseite sowie das Politik- und Wirtschaftsressort betrachtet. Angelehnt an Rössler (2010) wurden Artikel mit einer Mindestlänge von

---

<sup>31</sup> Eine ausführliche Übersicht über die letztlich ausgewählten Tage inklusive der Codierregeln sind im Codebuch der Themenfrequenzanalyse wiederzufinden.

<sup>32</sup> Die Ressortauswahl der einzelnen Zeitungen können im angehängten Codebuch eingesehen werden.

30 Zeilen als aussagekräftig und bedeutend für die Forschung erachtet. Kurzmeldungen wurden demnach nicht in das Sample aufgenommen. Die Länge des Artikels hat schlussendlich keine weitere Verwendung in dieser Untersuchung, da lediglich der Inhalt gemessen wird und eine Häufigkeitsauszählung darauf aufbaut.

Die Analyseeinheit setzt sich zusammengefasst wie folgt zusammen: alle Artikel mit innerdeutschem Bezug innerhalb des Mantelteils der Regionalzeitungen sowie in den ausgewählten Ressorts der Zeitung, inklusive Head- und Subline und einer Mindestlänge von 30 Zeilen.

#### **4.1.2 Erhebungsinstrument und Durchführung**

Nach Bestimmung, Auswahl und Beschaffung des Codiermaterials wurde die Themenfrequenzanalyse primär zur Ermittlung der drei Medienagenden auf nationaler, Ost- und West-Ebene durchgeführt sowie zur Festlegung zweier Themenbereiche für die Frame-Analyse. Darauffolgend konnten anhand dieser Medienagenden Vergleiche zwischen den Teilöffentlichkeiten gezogen werden. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit dem Erhebungsinstrument (Codebuch), in welchem die zu analysierten Kategorien definiert wurden, und der letztlich Durchführung der Themenfrequenzanalyse.

##### *Erhebungsinstrument*

Das Codebuch stellt das zentrale und komplexe Erhebungsinstrument der Themenfrequenzanalyse dar (u.a. Früh, 2017; Rössler, 2010). Zur Erstellung und Kategorieneildung des Codebuchs wurde sich vorrangig an Rössler (2010) orientiert, wodurch bereits erprobte Analysekategorien und Erkenntnisse genutzt werden konnten.

Das *Kategoriensystem* mit den Codiereinheiten wurde zunächst anhand der Forschungsfrage und der formulierten Hypothesen, welche maßgeblich für die Analyse sind (Früh, 2017), deduktiv, angelehnt an die bereits etablierten Kategorien von Rössler (2010), gebildet. Danach wurden die Kategorien, also die „Themen, Eigenschaften, Bereiche, die am Text untersucht werden sollen“ (Mayring & Hurst, 2017, S.438) induktiv durch eine Vorstichprobe von jeweils vier Ausgaben der FAZ

und SZ aus den Jahren 2018 und 2019 ergänzt.<sup>33</sup> Hierbei wurde stets darauf geachtet, dass keine der bereits festgelegten Untersuchungsdaten in die Vorstichprobe mit einbezogen wurden. Somit wurden auf die Forschung angepasste engere Definitionen der Codiereinheiten mit diversen Ober- und Unterkategorien erzielt. Dies ist vor allem wichtig, um zu gewährleisten, dass jede Analyseeinheiten einer Kategorie zugeordnet werden kann und um die *Intercoder-Reliabilität* zu wahren.

Unter der Codiereinheit *Thema* wird, wie in Kapitel 3.4.1 näher definiert, ein „politisches oder soziales Problem, das gesellschaftlich (oder individuell) für lösungsbedürftig erachtet wird“ (Begenat, 2016, S.108) verstanden. Aufgrund der bereits erläuterten Ressortauswahl und der für das Forschungsinteresse relevanten Kernbereiche wurden insbesondere in Bezug auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vielfältige Kategorien definiert, wobei letztere mit Blick auf die zu ermittelnden Ressorts sehr gründlich kategorisiert wurden. Die Codiereinheit *Ort* umfasste sowohl *Ereignisort*, wo das Ereignis faktisch stattfand, als auch *Bezugsort*. Codiert wurde hierbei, auf welchen Ort sich die Auswirkungen des Ereignisses beziehen, wobei zur Beurteilung das zentrale Ereignis herangezogen wurde (Rössler, 2017). Der Fokus lag auf Orten innerhalb Deutschlands, einschließlich Home News Abroad und Foreign News at Home. Als *Akteur* wird jede im Artikel aktiv handelnde Person verstanden, welche im Erhebungsprozess unterschiedlichen Bereichen, wie Wirtschaft und Politik zugeordnet wurde. Weiterhin wird ein Akteur als Individuum oder Kollektiv codiert, welcher durch „(in)direkte Rede zitiert oder mit paraphrasierten Aussagen erwähnt wird“ (Jecker, 2014, S. 78). Um eine nötige Trennschärfe zwischen den einzelnen Kategorien und Definitionen zu wahren sowie möglichst alle eventuell auftretenden Themen aus der Printberichterstattung von 2018 zu erfassen, wurde das Codebuch mehrfach kontrolliert und durch die Vorstichproben sowie einer Codierschulung geprüft und gegebenenfalls ergänzt.<sup>34</sup>

Tabelle drei gibt Aufschluss über die formalen und inhaltlichen Codierkategorien.

---

<sup>33</sup> Beispielsweise wurden kursierende Ereignisse aus 2018 wie Koalitionsverhandlungen und Personaldebatten innerhalb von Parteien, Umweltorganisationen und das Themenfeld der Gesundheitspolitik mit aufgenommen.

<sup>34</sup> Siehe in diesem Kapitel *Inhaltsanalytische Gütekriterien und Kritik* für eine nähere Erläuterung



Formale Codierkategorien	Inhaltliche Codierkategorien	
Überschrift Medium	Thema	Themenkategorie 1
		Themenkategorie 2
Datum Ressort	Ort	Ereignisort
Journalistische Darstellungsform		Bezugsort
Schlagworte	Akteur	Akteur 1
		Akteur 2
		Akteur 3

Tabelle 3: *Formale und inhaltliche Codierkategorien*  
Quelle: Eigene Darstellung

### *Auswertung*

Nach der Erhebung erfolgte die Auswertung der Daten, um Rückschlüsse auf die aufgestellten Hypothesen ziehen zu können. Die Datenauswertung vollzog sich unter anderem aufgrund der großen Datenmenge nicht manuell, sondern computergestützt mittels *Statistical Package for the Social Sciences* (SPSS). Das Programm ermöglichte demnach die Datenerfassung, -selektion und -modifizierung (Bühl, 2014).

Nach Bereinigung des Datensatzes wurden die Codebögen nach Teilöffentlichkeiten kategorisiert und in SPSS eingespeist. Bei der Auswertung der Themenfrequenzanalyse wurde demnach durchgängig mit drei Datensätzen gearbeitet: (1) ein Datensatz für die Teilöffentlichkeit West (zusammengesetzt aus den Codebögen der WAZ, RP und NW), (2) einen für die Teilöffentlichkeit Ost (bestehend aus den Codebögen der TA, MZ und SäZ) sowie (3) ein Datensatz für die nationale Teilöffentlichkeit (SZ und FAZ). Auf Basis dieser Vorgehensweise konnten die einzelnen Medienagenden der Teilöffentlichkeiten mittels einfacher Häufigkeitsauszählung ermittelt und anschließend miteinander verglichen werden. Aufgrund des differenzierten Codebuchs wiesen einzelne Kategorien nur sehr wenige Nennungen auf, woraufhin Indizes gebildet wurden, um aussagekräftige und greifbare Befunde generieren zu können. Die Indizes wurden zunächst händisch ermittelt, nach Themenschwerpunkten zusammengefasst und anschließend als neue Variable in SPSS eingepflegt. Gleichzeitig wurde bei der Auswertung mit Hilfe von Kreuztabellen die Überkreuzungen zwischen codiertem Thema eins und zwei gemessen, sprich wie häufig jenes Thema zusammen mit einem anderen codiert wurde. Selbige Analysen wurden auch für die Orte (Bezugs- und Ereignisort) sowie Akteure (Akteur 1 bis 3) durchgeführt.

### *Inhaltsanalytische Gütekriterien und Kritik*

Um die Zuverlässigkeit der Messungen vor allem innerhalb der sechs CodiererInnen zu gewährleisten (*Intercoder-Reliabilität*), war es nötig, eine Codiererschulung sowie einen Pre-Test vor Erhebungsbeginn durchzuführen (Rössler, 2010). Um die subjektive Auffassung von Begriffen zu vermeiden, ergab sich die Notwendigkeit, diese möglichst eng und genau zu definieren, da ohne Definition den „Begriffen keine eindeutige Bedeutung zugeordnet werden kann“ (Brosius et al., 2016, S.20). Durch die gemeinsame Erstellung des Codebuchs und Auswertung der Codebögen in einer Pretestphase mit anschließenden Diskussionen bezüglich Begriffsbestimmungen und Kategorienzuweisungen, wurden die CodiererInnen gut auf den Erhebungsprozess vorbereitet. Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Themenfrequenzanalyse wurde ebenfalls durch das gemeinsam ausgearbeitete Codebuch gesichert. Die „Pretestphase ist also ein iterativer Prozess, an dessen Ende das fertige Codebuch steht“ (Brosius et al., 2016, S. 169).

Zur Berechnung des Reliabilitätskoeffizienten wurde das Verfahren nach Holsti angewandt, welcher auf der Logik des Paarvergleichs beruht und sich somit als angemessen für diese Forschung erwies. Die Berechnungen (Tabelle 4) zeigen ein zufriedenstellendes Ergebnis:

Reliabilitätskoeffizienten nach Holsti
$r_{67} = .92$
$r_{74} = .82$
$r_{82} = .82$
$r_{48} = .92$
$r_{23} = .33$
$r_{63} = .33$
$r_{46} = .75$
$r_{68} = .75$
$r_{83} = .25$
$r_{27} = .67$
$r_{62} = .82$
$r_{43} = .25$
$r_{42} = .82$
$r_{87} = .75$
$r_{37} = .25$

Tabelle 4: *Reliabilitätskoeffizienten nach Holsti*  
Quelle: Eigene Darstellung

Auffallend sind indes die jeweiligen Ergebnisse mit Codierer drei, die sich im Gegensatz zu den anderen Codiererpaarungen merklich unterscheiden. Der Reliabilitätskoeffizient fiel bei der Berechnung mit diesem Codierer unterdurchschnittlich und sehr gering aus. Ohne Codierer drei liegt die durchschnittliche Reliabilität bei  $r_H = .72$ , mit allen sechs CodiererInnen bei  $r_H = .63$ . Demnach liegen die Werte unter den vorrangig angestrebten 80% Übereinstimmung. Um die Reliabilität zu steigern, wurde eine ausführlichen Reflexion und Diskussion der Ergebnisse innerhalb des Forschungsteams sowie eine erneute gemeinsame, tiefgründige Codierschulung durchgeführt.

## **4.2 Inhaltsanalyse II: Frame-Analyse**

Da es neben der Feststellung von innerdeutschen Themen in der Berichterstattung und der Erhebung von drei getrennten Medienagenden in den Teilöffentlichkeiten von großer Bedeutung ist, wie bestimmte Themen in allen drei Agenden dargestellt werden und ob sich für die jeweilige Teilöffentlichkeit innerhalb der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit spezifische Deutungsmuster identifizieren lassen, wurde eine qualitative Frame-Analyse durchgeführt. Allgemein orientiert sich die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse an einem einzelnen Ereignis (Hafez, 2002b) und gewährleistet dadurch einen tieferen Einblick hinsichtlich der Deutungsmuster und inhaltlichen Struktur der journalistischen Berichterstattung in bestimmte Themen in Ost-, West- und Gesamtdeutschland. Primär werden hierbei die inhaltlichen Aspekte der Medienframes und weniger der Umfang sowie die formale Struktur analysiert. Die qualitative Frame-Analyse ermöglicht durch „die Reduktion, Bündelung und Verdichtung der Textaussagen in den untersuchten Medien [...] eine Übersicht an zentralen Medienaussagen“ (Badr, 2017, S. 205). Rückschlüsse auf die Entstehungssituation der Frames konnten nicht gezogen werden. Wie bereits in Kapitel 2.4.4 dargelegt, werden Frames für die vorliegende Forschung als „Deutungsmuster, welche zur Sinngebung und Bewertung von unterschiedlichen Themen herangezogen werden“ (Dahinden, 2006, S.14) verstanden. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Bildung der Stichprobe sowie der Ausarbeitung einer Methode zur Identifizierung von Frames bezüglich innerdeutscher Themen sowie deren Durchführung.

#### **4.2.1 Bildung der Stichprobe**

Untersuchungsgegenstand für die Frame-Analyse bildeten alle zuvor erhobenen Artikel zu auserwählten medialen Ereignissen aus dem Jahr 2018. Dabei erfolgte die Auswahl dieser Ereignisse nicht willkürlich. Ziel war zunächst, mit der Frame-Analyse möglichst alle drei großen Bereiche (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik) abzudecken. Die auftretende Häufigkeit in der jeweiligen Medienagenda war dabei zweitrangig, aber nicht irrelevant. Indes wurde sich auf konkrete und prominente Ereignisse aus dem Jahr 2018 fokussiert, um langfristige, für die Öffentlichkeit relevante Themen zu analysieren. Im Wirtschaftsbereich fiel die Wahl auf den *Dieselskandal*, welcher als langfristiges Thema in allen drei Teilöffentlichkeiten eine hohe Freqüentierung aufwies. Weiterhin ist es eine bedeutende Thematik für den Wirtschaftsstandort Deutschland, in der die Automobilbranche einen der vier dominierenden Industriezweige darstellt (Orth, 2018). Für den politisch-gesellschaftlichen Themenbereich wurde das Thema Rechtsextremismus bestimmt, mit den Ausschreitungen im Sommer 2018 in *Chemnitz* sowie das Ende des *NSU-Prozesses* als Fallbeispiele. Nach Analyse der Artikel der beiden letzten Ereignisse stellte sich jedoch heraus, dass diese weniger den Gesellschaftsbereich abdeckten und vermehrt das politische Spektrum bedienten. Vor allem der Dieselskandal und der NSU-Prozess stellen für den innerdeutschen öffentlichen Diskurs sehr prägende und langfristige Thematiken dar, welche nicht nur im Jahr 2018 eine Rolle spielten. Auch der Fall Chemnitz kann als langfristiges Thema angesehen werden, da er auch noch viele Monate nach den Geschehnissen die mediale Aufmerksamkeit auf sich zog. In allen drei medialen Teilöffentlichkeiten erwiesen sich die gewählten Ereignisse als relevant, wodurch eine räumliche Vergleichsdimension der erhobenen Frames gegeben ist.

#### **4.2.2 Identifizierung von Frames**

Wie bereits in der theoretischen Einordnung erörtert, liegen unzählige methodische Verfahren vor, um Medienframes zu identifizieren. Es gibt sowohl induktive und deduktive als auch qualitative und quantitative Vorgehensweisen. Aufgrund der Untersuchung von themenspezifischen Frames sowie des Ziels der Erfassung des Spektrums von Frames hinsichtlich der auserwählten Themen, wurde ein *induktiv-qualitatives Verfahren* angewandt. Durch eine qualitative Vorgehensweise kann

das Untersuchungsmaterial in seiner ganzen Breite, beziehungsweise Komplexität vertiefend inhaltsanalytisch untersucht werden, wodurch Aussagen über viele Merkmale getroffen werden können (Brosius et al., 2016).

In zahlreichen qualitativen Framing-Studien wird die bewährte Methode von Matthes & Kohring (2004) sowie Matthes (2007) mit einem manuell-dimensionsreduzierenden Verfahren angewandt (u.a. Scherer et al., 2005; Sielschott, 2011; Fröhlich et al., 2007). Hierbei wird ein Frame nicht direkt aus der Analyseeinheit identifiziert, sondern zunächst über die von Entman (1993) entwickelten Frame-Elemente erhoben und anschließend mittels Cluster- oder Faktorenanalyse verdichtet: „Geclustert werden dabei die Ausprägungen der als Variablen begriffenen Frame-Elemente“ (Matthes, 2007, S.71). Ergebnis sind anschließend verschiedene statistisch zusammengesetzte Frames. Diese Methode erweist sich als unkomplizierter im Gegensatz zur abstrakten und direkten Codierung beziehungsweise Zusammensetzung von Frames aus dem Material. Mittels der Cluster- oder Faktorenanalyse ist der oder die CodiererIn zudem unwissend in Bezug auf den zu erhebenden Medienframe, wodurch Reliabilität und Objektivität gewährleistet wird und subjektive Forscher-Frames vermieden werden können (ebd.). Matthes Verständnis einer Framecodierung erweist sich trotz seiner positiven Eigenschaften, als ungeeignet für die vorliegende Studie. Auch die anerkannten qualitativen Studien von Gamson & Mongoliani (1989) oder Entman (1991) bieten eine gute Grundlage für eine methodische Vorgehensweise zur Erfassung von Frames, stellten sich aber ebenfalls nicht als ideales Verfahren für die vorliegende Studie dar.

Stattdessen wurde sich bei der vorliegenden Analyse von Medienframes an den bewährten Techniken zur qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (2015) und der qualitativen Erhebung von Medienframes an Badr (2017) orientiert. Wie Letztere ein qualitativ-induktives Verfahren zur Identifizierung von Frames nutzte, ist die vorliegende Methode ähnlich. Essentiell für eine qualitative Inhaltsanalyse ist, dass das Textmaterial in seinem Kommunikationszusammenhang und nicht isoliert zu erfassen ist (Mayring, 2015). Daher wurde im ersten Schritt der Analyse jeder Artikel des jeweiligen Themas zunächst über hermeneutische Verfahrensweisen analysiert und für die Forschung relevante Aussagen notiert. Eine Aussage stellte demnach die kleinste Analyseeinheit dar, also „jede grammatisch vollständige Aussage, die einen eigenständigen Bedeutungsgehalt wiedergibt“ (Badr, 2017, S. 206). Darauf folgte im zweiten Schritt die Zusammenfassung der relevanten

Analyseeinheit zu Kernaussagen. Jede Textaussage wurde hierbei reduziert, gebündelt und auf die Kernaussage verdichtet (Mayring, 2015). Dadurch entstand eine Übersicht der zentralen Aussagen, welche im dritten Schritt nach den als Analysegrundlage funktionierenden vier Elementen eines Frames von Entman (1993) hin untersucht wurden. Die von ihm entwickelten Frame-Elemente zur weiteren Identifizierung von Frames lassen sich aufgrund der abstrakten Formulierung (Jecker, 2014) problemlos auf die innerdeutschen Themen anwenden. Dem ersten Frame-Element nach, wird zunächst nach einer *particular problem definition* in der jeweiligen Aussage geforscht. Da dieses Element der Problemdefinition berechtigterweise bereits häufig kritisiert wurde (u.a. Jecker, 2014; Hoffmann, 2003), da „die Situations- bzw. Problemdefinition Produkt des Framing und nicht eines von mehreren Rahmenelementen, wie es Entman nahelegt“ (Hoffmann, 2003, S. 79) ist, wird auf die zutreffendere und bessere Bezeichnung von Jecker (2014) zugegriffen, welche dieses Element als „Problemanalyse“ oder „Problembeschreibung“ (S. 87) bezeichnet. Das Element stellt hierbei eine deskriptive Ebene zur Beschreibung beziehungsweise Analyse der innerdeutschen Themen dar (Badr, 2017). Das zweite Element, die *causal interpretation*, bezeichnet eine „Ursachen- und Verantwortungszuschreibung“ (Jecker, 2014, S. 87) des Problems und gilt als erklärende Ebene (Badr, 2017). Bei der *moral evaluation*, dem dritten Element, wird die Aussage nach einer Bewertung hin untersucht. Badr (ebd.) führt hierbei eine Valenzanalyse durch, wobei sich die vorliegende Studie lediglich auf die drei Kategorien „negativ“, „ambivalent“ und „positiv“ beschränkt. Für das Element der *treatment recommendation* werden implizite und explizite Maßnahmen und Lösungsvorschläge kodiert, welche in der Medienaussage genannt wurden (Jecker, 2014). Jede Textaussage wurde nach den genannten Frame-Elementen hin untersucht, wobei nicht alle Elemente vorhanden sein mussten; jedoch mindestens eins (Matthes & Kohring, 2004). Nach Analyse der Frame-Elemente wurde im vierten Schritt dem jeweiligen Frame einen Namen gegeben, um die Codierung abzuschließen. Wie auch bei der Themenfrequenzanalyse wurde ein Codebogen zur Protokollierung der Ergebnisse und zur späteren Übersicht verwendet.

Zusammenfassend ermöglicht Abbildung 6 eine veranschaulichte Darstellung der angewandten Methode zur Identifizierung von Frames.

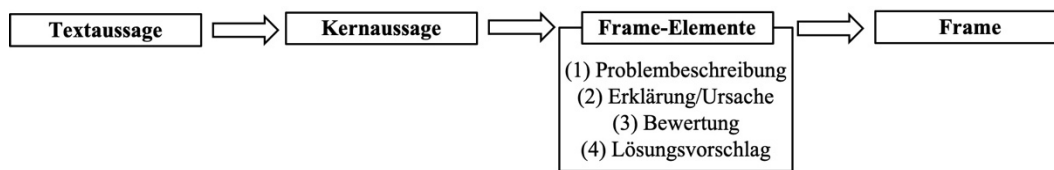


Abbildung 6: *Identifizierung von Frames*  
Quelle: Eigene Darstellung

### *Inhaltsanalytische Gütekriterien und Kritik*

Für die Entwicklung der qualitativen Inhaltsanalyse wird durchgängig das Verfahren der Hermeneutik genutzt. So verdeutlicht Mayring (2015), dass hierbei immer ein „Verstehensprozess von vielschichtigen Sinnesstrukturen“ (S. 15) zu berücksichtigen ist. Im Gegensatz zur quantitativen Inhaltsanalyse zielt diese Analyseform nicht nur auf manifeste Inhalte sondern vor allem latente Sinngehalte ab (ebd.). Ziel der hermeneutischen Vorgehensweise ist zum einen die *Zusammenfassung* und zum anderen die *Strukturierung* des Materials (ebd., S. 67). Dieses soll demnach so bearbeitet werden, dass ein reduziertes Abbild des Grundmaterials unter der Herausfilterung bestimmter Aspekte entsteht. Generell stellte es sich bei dieser hermeneutischen Vorgehensweise als besonders herausfordernd dar, die Reliabilität, Validität und Objektivität zu wahren (Danner, 2006). Ein voraussetzungsloses Verstehen der zu analysierenden Artikel ist nicht möglich, da die CodiererInnen von Vorverständnissen und individuellen Erfahrungen und Wissenskenntnissen geprägt sind (Kurt & Herbrink, 2019). Daher stellt auch Mayring (2015) den Grundsatz jeder qualitativen Inhaltsanalyse, dass die CodiererInnen vor Beginn der Codierung ihr Vorverständnis explizit darlegen. Um die Gefahr von *Forscher-Frames* zu reduzieren und mögliche Einflüsse im Nachhinein ausfindig machen zu können, wurde das Vorwissen zu jedem Thema der CodiererInnen vor Beginn der Analyse dargelegt. Indes erfolgte die Codierung der Frames ausschließlich zu zweit, wobei diese Paarung wiederum stetig rotierte, sodass jede/r der acht CodiererInnen mit jedem/r zusammengearbeitet hatte. Durch die Zweierpaarung bestand eine durchgängige gegenseitige Kontrolle, um subjektive Ansichten zu minimieren. Zudem wurden Codierschulungen durchgeführt, um sich mit der sensiblen Analyseform vertraut zu machen. Bei den Schulungen mit allen CodiererInnen wurde die gemeinsame Vorgehensweise erklärt sowie anhand von Beispielartikeln die Methode angewandt.

Die Ergebnisse wurden schließlich miteinander verglichen und diskutiert sowie das Codebuch daraufhin nach möglichen Fehlerquellen verbessert und ergänzt.

### *Auswertung*

Nach Erhebung der Frames erfolgte die Auswertung der qualitativen Frame-Analyse nach einem im Vorhinein festgelegten Verfahren. Wichtig war es zunächst eine systematische Strukturierung der Frames vorzunehmen: „Ziel der Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring, 2017, S.67). Demnach wurde ein Auswertungsbogen konzipiert, welcher die Sortierung sich ähnelnder Frames innerhalb einer Teilöffentlichkeit ermöglichte. Glichen sich zwei eigenständige Frames innerhalb einer Ebene in den Kernaussagen sowie Frame-Elementen, wurden diese zu einem sogenannten *Makroframe* zusammengefasst (siehe Abbildung 7). Beide Kernaussagen und die Elemente wiederum wurden ihrem zugrundeliegenden Inhalt im nächsten Schritt verdichtet. Durch die strukturelle und inhaltliche Zusammenführung mehrerer Frames, können charakteristische Frame-Muster innerhalb einer Teilöffentlichkeit darstellen. Frames, die nicht zusammengefasst werden konnten und eigenständig existieren, werden im Weiteren als *Einzelframes* bezeichnet.

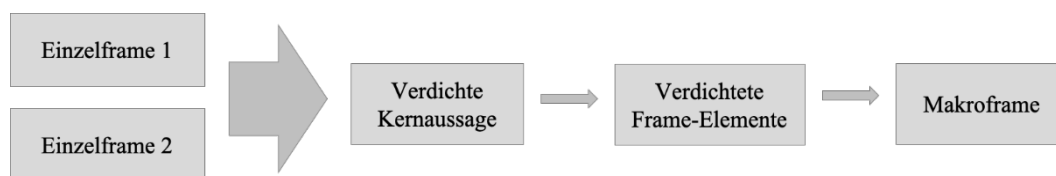


Abbildung 7: *Bildung von Makroframes*

Quelle: Eigene Darstellung



## 5. Empirische Befunde Inhaltsanalyse I: Themenfrequenzanalyse

Welche Themen wurden in der innerdeutschen Presseberichterstattung 2018 in den jeweiligen medialen Teilöffentlichkeiten behandelt? Wie sehen die Medienagenden auf nationaler Ebene sowie in West- und Ostdeutschland aus und welche Konvergenzen und Divergenzen lassen sich erkennen? Das folgende Kapitel liefert Antworten zu jenen Fragen sowie grundlegende Erkenntnisse der Themenfrequenzanalyse. Nach einer ersten deskriptiven Einführung (siehe Kapitel 5.1.1) folgt eine detaillierte Interpretation ausgewählter Themen auf den Medienagenden, bei der Konvergenzen und Divergenzen zwischen den Medienagenden und mögliche Erklärungsansätze analysiert werden (siehe Kapitel 5.1.2). Fokus liegt dabei vorrangig auf den Themen, die erhobenen Orte und AkteurInnen werden vereinzelt mit in Betracht gezogen. Die Bewertung der gemessenen Häufigkeiten beziehungsweise Ähnlichkeiten erfolgt immer im Vergleich zu den anderen medialen Teilöffentlichkeiten, nicht anhand von absoluten Werten. Die Prozentwerte dienen dabei als Orientierung – wie groß oder klein letztlich der Unterschied ist, wird in der jeweiligen Interpretation evaluiert. Es schließt sich die Auswertung der Hypothesen an (siehe Kapitel 5.1.3) sowie die Bindung zwischen Empirie und Theorie (siehe Kapitel 5.1.4).

### 5.1. Datenbeschreibung

Insgesamt wurden knapp 4.000 Zeitungsartikel codiert ( $N = 3.934$ ). Der Datensatz besteht aus der nationalen Medienagenda ( $n = 1.201$ ), der Medienagenda West ( $n = 1.400$ ) und der Medienagenda Ost ( $n = 1.333$ ). Über 70 Themen, teilweise als Indizes zusammengefasst, sind auf den jeweiligen Ebenen fixiert worden, wobei fast jedes der Themen auf jeder Medienagenda auftaucht. Zunächst zeigt Abbildung 8 die Verteilung der Themen in den einzelnen medialen Teilöffentlichkeiten, aufgeteilt nach den Oberkategorien *Politik*, *Gesellschaft* und *Wirtschaft*. Werden die Prozentwerte für jede Ebene kumuliert, ergibt sich ein Wert von knapp 100 Prozent. Aufgrund von Rundungsfehlern sowie der gelegentlichen Vergabe von nur einem Thema pro Artikel, konnten die 100 Prozent nicht vollständig erreicht werden.

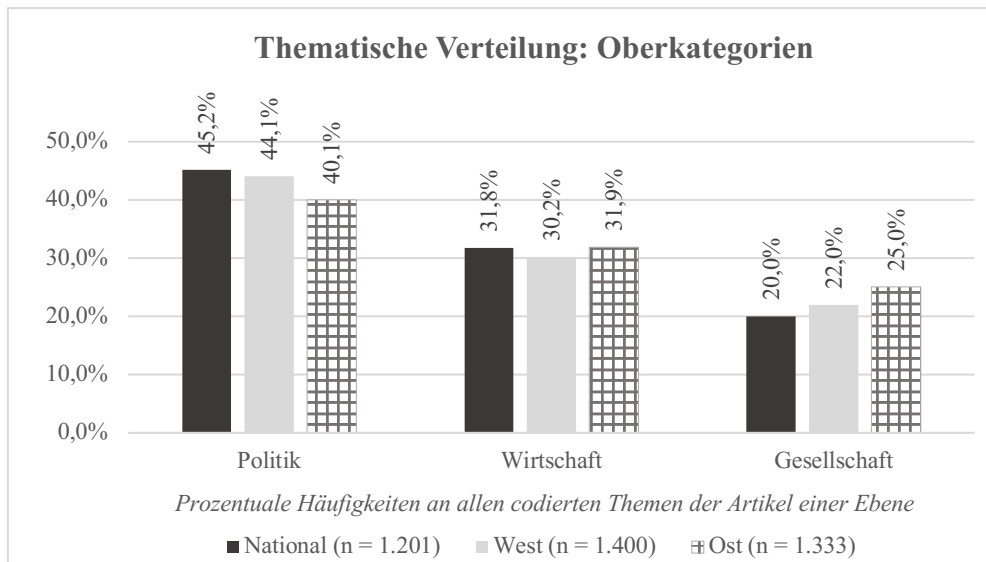


Abbildung 8: *Prozentuale Anteile der Oberkategorien Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*

Quelle: Eigene Darstellung

Die Grafik zeigt in der Tendenz eine sehr ähnliche Themenstrukturierung in den west- und ostdeutschen Regionalzeitungen sowie in der überregionalen Presse. In allen drei Medienagenden nimmt der Politikbereich den größten Raum ein, gefolgt von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Wirtschaftsbereich ist die Verteilung fast deckungsgleich. Jeweils knapp ein Drittel der codierten Themen hatten einen Wirtschaftsbezug. Am häufigsten werden politische Themen in den nationalen Zeitungen mit 45,2% behandelt. Für die westdeutschen Regionalzeitungen ergibt sich ein etwas kleinerer Prozentwert von 44,1%. In der untersuchten ostdeutschen Presse sind es 40,1%. Die Kategorie Gesellschaft erhält in allen drei Medienagenden den geringsten Zuspruch, auf regionaler jedoch mehr als auf nationaler Ebene (Ost 25,0%, West 22,0%, National 20,0%). Auf den ersten Blick zeigt sich demnach eine relativ ausgewogene und gleichmäßige Themenverteilung in den medialen Teilöffentlichkeiten.

Zur weiteren Deskription der Studienergebnisse gibt Tabelle 5 Aufschluss über die zehn meist erhobenen Themenkategorien in der jeweiligen medialen Teilöffentlichkeit.<sup>35</sup> Die Tabelle präsentiert die drei Medienagenden inklusive der den Themen beigemessenen Wichtigkeit durch Rangordnungen. Dabei sind Ränge vereinzelt zweifach platziert, da bei manchen Themen derselbe Prozentwert gemessen wurde. Auf den ersten Blick zeigt sich, dass zunächst alle Medienagenden

<sup>35</sup> Für eine Auflistung aller behandelten 71 Themen siehe Anhang A.

dasselbe Thema auf Rang eins haben (*Unternehmen/Unternehmensbelange*), jedoch mit jeweils unterschiedlichen Größen. Diese Rangüberschneidung zwischen allen Medienagenden ist bemerkenswert und tritt im weiteren Verlauf nicht erneut auf. Des Weiteren zeigen die Prozentwerte der jeweiligen Medienagenden von Rang eins bis drei zunächst unterschiedliche Größen auf, ab Platz vier halten sich diese jedoch jeweils auf einem sehr ähnlichen Level und sinken kontinuierlich bis Platz auf rund 5% ab. Vergleicht man die zehn meistgenannten Themen der Medienagenden, kommen fünf von diesen auf allen drei Ebenen vor: *Unternehmen/Unternehmensbelange*, *MigrantInnen*, *Arbeitswelt*, *Justiz* und *Umwelt*. Dieses Ergebnis zeigt, dass diese Themen in allen Teilöffentlichkeiten von besonderer Relevanz sind. Dennoch sind bei dieser Abbildung einzelne Kategorien nur auf einer beziehungsweise zwei Medienagenden platziert: *Wissenschaft/Innovation* findet beispielsweise nur auf nationaler und Ost-Ebene Gehör, *Parteien auf Bundesebene* nur auf nationaler Ebene und *Verbrechensbekämpfung* nur im Westen. Da die Medienagenden jedoch nicht nur den Pool an Themen, sondern auch die gemessene Salienz dieser widerspiegeln, müssen gleichzeitig die Rangunterschiede beachtet werden. Eine absolute Homogenität der Ränge zwischen den Medienagenden wurde vor Forschungsbeginn dabei nicht angenommen. Dies wäre ein Zeichen für eine sehr hohe Pressekonzentration in Deutschland sowie ein Indikator für wenig bis keine Meinungsvielfalt. Eine genaue Analyse der Ränge erfolgt im Zuge der Auswertung der ersten Hypothese (siehe Kapitel 5.1.3).

Die Zwischenbilanz lautet, dass sich viele Themen innerhalb der Agenden zwar überschneiden, jedoch gleichzeitig eine Verschiebung der beigemessenen Wichtigkeit dieser vorliegt. Um weitere Aussagen bezüglich Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Medienagenden treffen zu können, folgt im nächsten Schritt die detaillierte Analyse ausgewählter Themen.

MEDIENAGENDA NATIONAL n = 1.201			MEDIENAGENDA WEST n = 1.400			MEDIENAGENDA OST n = 1.333		
Rang	Thema	Anteil in %	Rang	Thema	Anteil in %	Rang	Thema	Anteil in %
1	Unternehmen/ Unternehmensbelange	14,7	1	Unternehmen/ Unternehmensbelange	19,4	1	Unternehmen/ Unternehmensbelange	13,9
2	MigrantInnen	9,8	2	Umwelt	9,5	2	Arbeitswelt	11,0
3	Arbeitswelt	8,9	3.5	Justiz	9,1	3.5	Umwelt	7,4
4	Justiz	7,5	3.5	Individuelle Straftaten	9,1	3.5	Wissenschaft/Innovation	7,4
5	Wirtschafts-/Finanzpolitik	6,5	4	Arbeitswelt	7,9	4	Justiz	7,3
6	Parteien Bundesebene	6,4	5	Technische Infrastruktur	7,0	5	Gesellschaft	7,1
7	Umwelt	6,2	6.5	Verbrechensbekämpfung	6,4	6	MigrantInnen	6,9
8.5	Wissenschaft/Innovation	6,1	6.5	Bildungspolitik	6,4	7	Individuelle Straftaten	6,2
8.5	Sozialpolitik	6,1	7	MigrantInnen	5,9	8	Sonstige Wirtschafts- zweige	5,9
9.	Politische Personaldebatten	5,7	8	Gesellschaft	5,6	9	Gesundheit	5,2

Tabelle 5: Zehn meist behandelten Themen auf den jeweiligen Medienagenden  
Quelle: Eigene Darstellung

## 5.2 Vertiefende Interpretation innerdeutscher Themen

Mit Blick auf Konvergenzen und Divergenzen zwischen der nationalen Medienagenda sowie den regionalen Medienagenden, beschäftigt sich dieses Kapitel mit ausführlichen Deskriptionen sowie Interpretationen aussagekräftiger Themen. Es wurden jene Themen analysiert, welche markante Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in den Prozentwerten zwischen den Ebenen aufwiesen. Zur Interpretation wurden unter anderem extramediale Daten herangezogen sowie mediale, einflussreiche Ereignisse. Allgemein lassen sich zunächst einige Vorabbemerkungen machen. Eine große Berichterstattung über eine Thematik kann zum einen ein großes Interesse an dieser in der Gesellschaft bedeuten oder zum anderen, dass erst durch eine erhöhte Frequentierung der Thematik Bewusstsein darüber generiert wird: „Je öfter ein Thema mit einem bestimmten Inhalt oder Meinung in den Medien erscheint, um so eher hat es bewußtseinsbildende Wirkung“ (Voss, 1990, S. 13). Des Weiteren können die Ursachen der Gemeinsamkeiten beziehungsweise Unterschiede der Themenfrequentierungen nicht vollständig analysiert werden, es können lediglich Vermutungen getroffen werden. Um Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge erklären zu können, müssten beispielsweise tiefergreifende Interviews mit den JournalistInnen der Redaktionen durchgeführt, UrheberInnen der Artikel sowie Redaktionslinie und -struktur näher in Betracht gezogen werden. Allgemein kann weiterhin der Vergleich zwischen überregionalen und Regionalen Zeitungen als kritisch betrachtet werden: Des Öfteren ließen sich Unterschiede zwischen der nationalen Ebene und Ost sowie West schlicht durch einen spezifizierten Aufbau der Zeitungen bestimmen, vor allem durch größere Politik- und Wirtschaftsbereiche. Bezüglich der Auswertung der erhobenen Orte ergeben die Ergebnisse meist erwartbare Erkenntnisse. Die regionale Berichterstattung fokussiert sich hinsichtlich des Ereignisortes vorrangig auf für die Region spezifische Geschehnisse (beispielsweise in der Themenkategorie Justiz). Die überregionale Presse charakterisiert dagegen ihre deutschlandübergreifende und nationale Berichterstattung, vermehrt tritt Berlin als Sitz der Bundesregierung und politischen Entscheidungen als Ereignisort auf.

Zunächst erfolgen Interpretationen zu Wirtschaftsthemen, danach zu Politik und anschließend Gesellschaft.

### *Unternehmen/Unternehmensbelange; Automobilbranche*

Der Index *Unternehmen/Unternehmensbelange* nimmt in allen drei Teilöffentlichkeiten den ersten Rang ein und ist somit das meistgenannte Thema auf den Medienagenden National, Ost sowie West. Auf nationaler Ebene nimmt das Thema 14,7% der Gesamtberichterstattung ein. Im Westen 19,4%, während es in der Ostdeutschen Presse mit 13,9% deutlich weniger vertreten ist (siehe Abbildung 9). Der Bereich Unternehmen und Unternehmensbelange wird demnach im Osten weniger stark thematisiert als im Westen, wobei beide Teilöffentlichkeiten in diesem Themenbereich mit einem knapp sechsprozentigen Unterschied im Vergleich zu anderen erhobenen Kategorien recht stark divergieren.

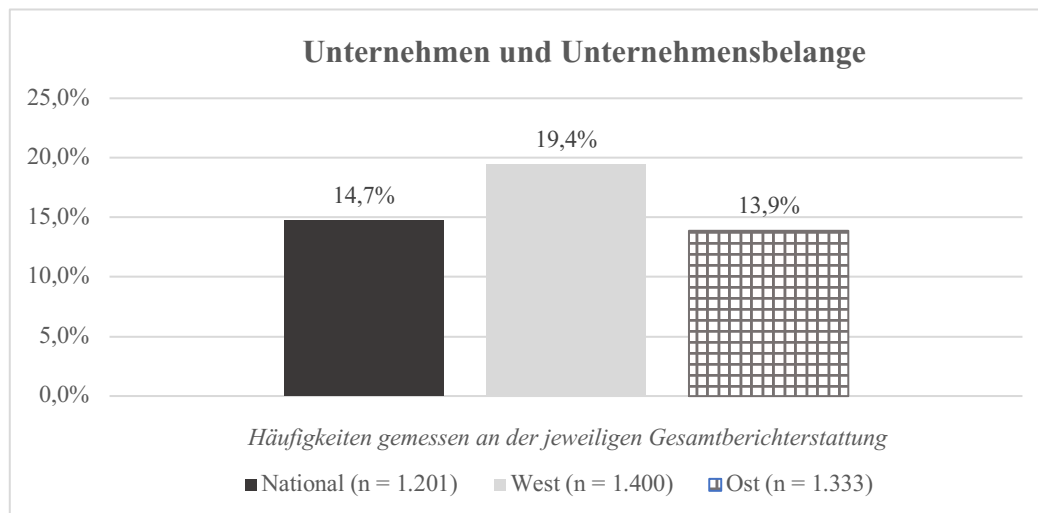


Abbildung 9: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Unternehmen und Unternehmensbelange*

Quelle: Eigene Darstellung

Da der Mantelteil die Untersuchungseinheit der jeweiligen Zeitungen bildete, wurden die Ressorts Politik und Wirtschaft analysiert. Dies könnte vorrangig Grund dafür sein, weshalb Unternehmen und ihre Belange auf allen drei Ebenen den ersten Rang einnehmen. Einerseits wird im Wirtschaftsressort über Unternehmen sowie Unternehmensaktivitäten berichtet, andererseits beruhen „politische Entscheidungen häufig auf wirtschaftlichen Grundlagen“ (von Eynern, 1968, S.123) und umgekehrt: Viele Maßnahmen in der Wirtschaft werden heute politisch gestützt. Insbesondere FAZ und SZ fallen durch ihre umfangreichen Teile zu Wirtschaft und damit Unternehmen sowie deren Belange auf. Interessant ist, dass im Westen am häufigsten mit 19,4% über Unternehmen berichtet wird. Betrachtet man die Lage der

Unternehmensstandorte in Ost- und Westdeutschland näher an, werden Diskrepanzen sichtbar, die sich in der Thematisierungshäufigkeit widerspiegeln. Kein einziges ostdeutsches Unternehmen ist im Börsenleitindex DAX-30 aufgeführt und nahezu kein Großunternehmen hat seine Hauptzentrale in Ostdeutschland (BMWi, 2019). Des Weiteren gehören viele ostdeutsche Unternehmen zu westdeutschen oder ausländischen Konzernen und besitzen somit häufig weniger Entscheidungs- und Entwicklungschancen. Dass im Osten deutlich weniger über Unternehmen berichtet wird, könnte mit diesen Faktoren zusammenhängen. Diese Entwicklung und Diskrepanz zwischen Ost und West kann historisch zurückverfolgt werden und ist auf strukturelle Ursachen zurückzuführen: Sie ist das Ergebnis des tiefgreifenden Transformationsprozesses und der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt nach dem 3. Oktober 1990. In diesem Prozess wurden Ostdeutsche unzureichend an der Umstrukturierung beteiligt – lediglich 6% der Betriebe in Ostdeutschland wurden an Ostdeutsche verkauft. Großbetriebe hingegen, bis auf wenige Ausnahmen, wurden in westdeutsche oder ausländische Hände übergeben. Zwar gab es eine formale Gleichbehandlung ost- und westdeutscher UnternehmerInnen, in der Praxis erwies sich diese jedoch als unzureichend, da ostdeutschen Investoren das Kapital fehlte (Deutscher Bundestag, 1994). Folgen dieser Politik waren nicht nur finanzielle Rückschläge für die ostdeutschen Bundesländer und damit einhergehende Schulden, sondern auch soziale Probleme. Es verschwanden rund 2 Millionen Arbeitsplätze und viele Ostdeutsche durchlebten einen schweren Vertrauensverlust in das eigene Land (Kühl & Wahse, 1994). Bis heute hat sich dieser Unterschied nur geringfügig verändert. Eine Studie aus dem Jahr 2016 zeigt, dass nur 15% der Betriebe im Osten Menschen aus Ostdeutschland gehören. Der Anteil Ostdeutscher in der Leitungsebene der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern im selben Jahr betrug 25%, wohingegen 74% der Manager westdeutscher und ausländischer Herkunft waren (Bluhm & Jacobs, 2016). Da Großkonzerne beziehungsweise Konzern- und Unternehmenshauptsitze in Ostdeutschland fehlen, gibt es kleine Betriebs- und Unternehmensstrukturen, die schnelles wirtschaftliches Wachstum nur schwer vorantreiben können (Brenning et al., 2017). In Ostdeutschland kommen Unternehmen daher eine besondere Rolle zu: Sie müssen innovative Strategien entwickeln, um bestehende Strukturschwächen zu überwinden und unternehmerisch erfolgreich zu sein. Eine Studie zu unternehmerischen Wachstumsstrategien in ostdeutschen Bundesländern aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Schluss, dass „ein Teil

der ostdeutschen Unternehmen überdurchschnittliches Wachstum verzeichnet und so einen relevanten Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leistet“ (ebd., S. 1). Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Themenfrequenz einiger erhobener Subthemen wider. Es lohnt sich daher ein Blick auf die codierten Subkategorien:

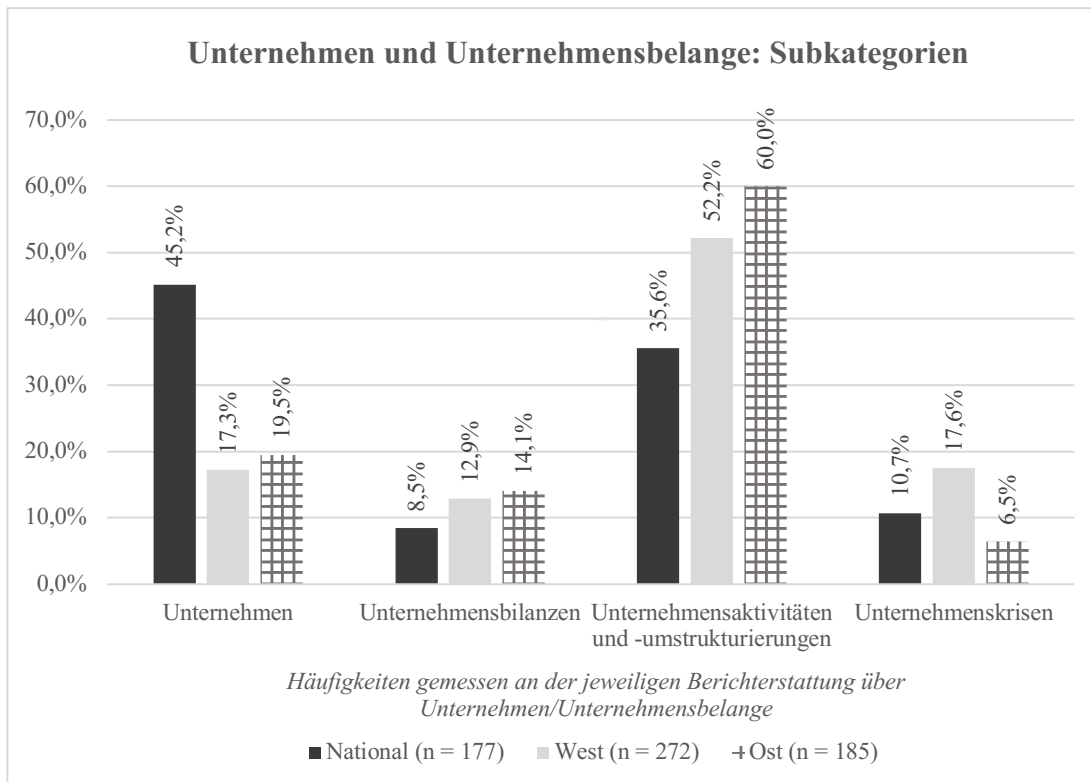


Abbildung 10: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Unternehmen und Unternehmensbelange

Quelle: Eigene Darstellung

Der Index umfasst allgemeine Themen bezüglich Unternehmen und deren Belangen, unter anderem *Unternehmensaktivitäten und -umstrukturierungen*, *Unternehmensbilanzen* sowie *Unternehmenskrisen*. Der Index Unternehmen/Unternehmensbelange besteht somit aus drei Subthemen. Ein starker Häufigkeitsunterschied findet sich in den Subkategorien Unternehmensaktivitäten und -umstrukturierungen (National 35,6%, West 52,2%, Ost 60,0%) sowie bei Unternehmenskrisen (National 10,7%, West 17,6%, Ost 6,5%). Die Berichterstattung in dieser Kategorie fokussiert vorwiegend Medienereignisse, die von Unternehmen ausgehen oder Unternehmen zwangsläufig involvieren, wie beispielsweise die Insolvenz der Paracelus-Kliniken, aber auch der Dieselskandal. Auf West-Ebene wird dieses Subthema häufiger behandelt, da in Nordrhein-Westfalen weitaus mehr Insolvenzen



verzeichnet wurden als in den neuen Bundesländern (Creditreform Wirtschaftsforschung, 2018).<sup>36</sup>

Im Subthema Unternehmensaktivitäten und -umstrukturierungen sticht der Osten mit 60% hervor. Wie bereits angedeutet, besteht im Osten ein starker Zuwachs an innovativen Strategien und somit Investitionen. Mit Blick auf die Höhe der Investition pro Erwerbstätigen, der wichtigsten Kenngröße für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, schneiden die ostdeutschen Bundesländer entgegen ursprünglicher Erwartungen gut ab: Sie „liegen knapp hinter beziehungsweise in etwa gleichauf mit westdeutschen Ländern wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen“ (Ragnitz & Thum, 2018, S.32). Insbesondere die Automobilindustrie boomte im Jahr 2018 und erlebte einen Aufschwung, der zum großen Teil der Ansiedlung von großen Automobilfirmen im Raum Sachsen zu verdanken ist. Es folgten große Umstrukturierungen in der Automobilbranche, darunter Konzernumstrukturierungen, aber auch Veränderungen hin zur E-Mobilität und zunehmende Digitalisierung in Unternehmensprozessen. Dennoch sind auch weltweite Trends und Entwicklungen, wie der Klimawandel und Energiewende sowie Digitalisierung und Globalisierung, für stetige Unternehmensveränderungen verantwortlich (Blöcker, 2020) und daher als fortwährend wichtigstes Thema im Index Unternehmen zu verstehen. Obgleich die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands mittlerweile 75% des westdeutschen Niveaus erreicht hat, gibt es Unterschiede in der flächendeckenden Produktivität: Es hat „noch kein ostdeutsches Flächenland die Produktivität des westdeutschen Landes mit der niedrigsten Produktivität erreicht“ (BMW, 2019, S.20). Dominante Themen im Westen sind ebenfalls Unternehmensumstrukturierungen, aber auch Innovation und Fortschritt. Da in Ostdeutschland aufgrund fehlender Großkonzerne eine Kleinteiligkeit der Wirtschaftsstruktur vorliegt, hemmt dies die Forschungs- und Innovationsaktivitäten der Regionen. Der Westen profitiert somit stark von seinen Großunternehmen, die aufgrund vorhandener finanzieller und struktureller Ressourcen maßgeblich an Innovationen beteiligt sind. Aber auch Unternehmensinnovationen in Form von Start-Ups sind im Westen, unter anderem aufgrund stark urbanisierter Räume, dominant: NRW nimmt im bundesweiten Vergleich den ersten Platz als wichtigste Start-Up Region

---

<sup>36</sup> Während in NRW 88 je 10.000 Unternehmen Insolvenz anmeldeten, waren es in Sachsen 59, in Thüringen 45 und in Sachsen-Anhalt 75, der höchste Wert der neuen Länder (Creditreform Wirtschaftsforschung, 2018).

mit 20,6% aller Start-Ups ein. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) haben zusammengerechnet lediglich 6,3% aller Start-Ups ihren Sitz (Kollmann et al., 2019).

Das Subthema Unternehmen/Konzern wurde im Erhebungsprozess dann codiert, wenn zwar über Unternehmen berichtet wurde, die Berichterstattung jedoch keinem der drei Subkategorien zugeordnet werden konnte. Daher eignet sich diese Kategorie weniger, um aufschlussreiche Interpretationsansätze verfolgen zu können. Auffällig ist dennoch, dass dieses Subthema National dominiert und mehr als doppelt so häufig codiert wurde, wie in Ost oder West. Im Vergleich zu den regionalen Zeitungen berichten die nationalen Medien tendenziell mehr über große und namenhafte Unternehmen, deren Unternehmensstandorte in ganz Deutschland verteilt sind, beispielsweise *Siemens*, *Deutsche Bahn* und *RWE*. Insbesondere die FAZ sticht durch einen starken Wirtschaftsbezug hervor, der bereits in den Anfangstagen der Zeitung um 1950 durch gute Beziehungen der Journalisten mit dem Personal des Bundeswirtschaftsministeriums entstand (Kutzner, 2014). Das Wirtschaftsressort stieg damals „zu einer der wichtigsten publizistischen Plattformen der Sozialen Marktwirtschaft auf“ (ebd., S.489). Bis heute werden beide untersuchten überregionalen Qualitätszeitungen (FAZ und SZ) von Eliten und Entscheidungsträgern in Gesellschaft und Wirtschaft intensiv rezipiert und anschließend genutzt, um sich zu verschiedenen Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Politik, aber auch gesellschaftsrelevanten Themen zu äußern (Schenk & Mangold, 2011). Thematisch fokussieren die regionalen Zeitungen eher Unternehmen, deren Unternehmensstandorte sich in der Region befinden oder die einen Einfluss auf die jeweilige Region haben. Anhand der erhobenen Ereignisorte wird deutlich, an welchen Orten Ereignisse geschehen sind, die wiederum Auswirkungen auf einen Bezugsort hatten. Die Ergebnisse stützen die bereits genannte Tendenz, dass nationale Zeitungen häufig über namenhafte Unternehmen berichten, die ihren Unternehmenssitz im Westen des Landes haben und Einfluss auf die gesamtdeutsche Wirtschaftslage haben.

Die nationale Presse erfüllt mit ihrem Bezug auf den gesamten Raum der Bundesrepublik ihre Aufgabe dahingehend, als dass sie ein allumfassendes Abbild schafft, welches im Idealfall Unternehmensaktivitäten sowohl der neuen als auch alten Bundesländer beinhaltet. Auch wäre eine gewisse Konvergenz zwischen ost- und westdeutscher Presse wünschenswert, die sich jedoch in Bezug auf Themen der Unternehmen und Unternehmensaktivitäten nicht wiederfindet. Dies lässt sich

dadurch erklären, dass Regionalzeitungen vornehmlich Geschehnissen in der Region thematisieren. Am häufigsten überkreuzte sich das Thema Unternehmen/Unternehmensbelange indes mit den Codes Wirtschaftslage und Standortpolitik sowie Automobilbranche.

Die Oberkategorie *Automobilbranche* wird in der ostdeutschen Presseberichterstattung mit 4,4% am häufigsten thematisiert. Mit 3,5% folgt die nationale Ebene, während die Automobilbranche mit 2,2% im Westen am wenigsten thematisiert wird (siehe Abbildung 11). Im Osten wird der Wirtschaftszweig in der Berichterstattung folglich doppelt so häufig behandelt wie im Westen.

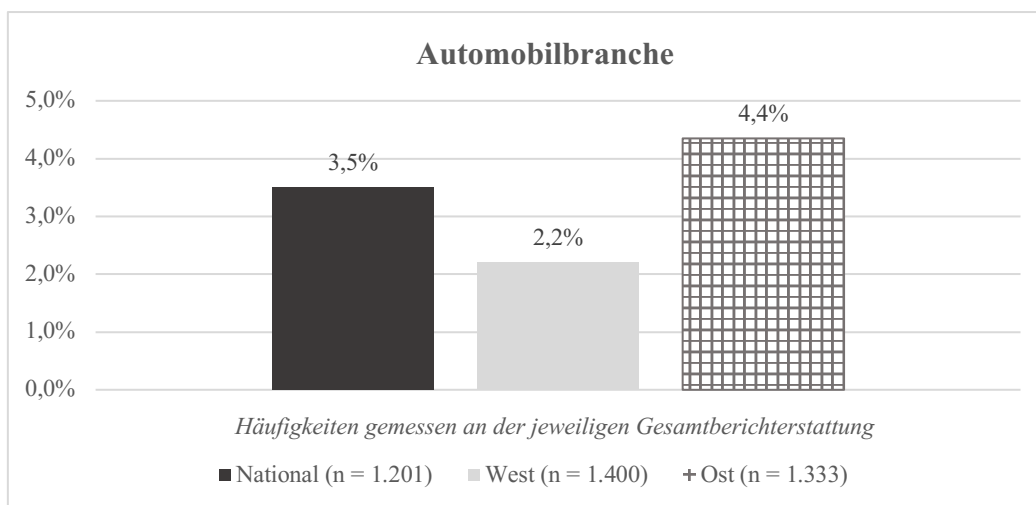


Abbildung 11: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Automobilbranche*  
Quelle: Eigene Darstellung

Die Automobilindustrie gilt mit Abstand als bedeutsamster Industriezweig Deutschlands: Laut des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erwirtschafteten die Unternehmen im Jahr 2019 einen Umsatz von 425 Milliarden Euro und beschäftigten direkt mehr als 833.000 Personen (BMW, 2020). Zählt man die Beschäftigungen im primären und sekundären Markt zusammen, sichert der Industriezweig 2,2 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Die Automobilbranche trägt somit maßgeblich zum Wohlstand des Landes bei und schafft wichtige Arbeitsplätze. Durch die stark ausdifferenzierte Wertschöpfungskette profitieren auch andere Branchen, die indirekt an der Herstellung von Kraftfahrzeugen beteiligt sind und gleichzeitig vorgelagerte sowie nachgelagerte Lücken im Wertschöpfungsprozess schließen. Im regionalen Sektor profitieren durch die Arbeitsteilung insbesondere mittelständische Unternehmen, die mit 70% der Zulieferung einen großen Teil

der Wertschöpfung übernehmen (ebd.). Die Automobilindustrie gehört weiterhin zu der forschungsstärksten Branche in Deutschland: Für Forschung und Entwicklung hat sie im Jahr 2018 weltweit 44,6 Milliarden Euro investiert (Hagedorn et al., 2019).

Dominante Themen im Jahr 2018 waren daher Unternehmensaktivitäten und Umstrukturierungen im Zuge des Klimawandels und des Dieselskandals, aber auch Innovationen. Über die Dieselfläre wurde auf allen drei Ebenen ähnlich oft berichtet, nicht zuletzt, da dieser Skandal nicht nur deutschlandweite, sondern auch globale Folgen nach sich zog. Diese Themen wurden von der Presseberichterstattung aufgegriffen und zahlreich diskutiert. Ein möglicher Grund, weshalb das Thema Automobilbranche im Osten dennoch dominanter ist als im Westen, wurde bereits im Thema Unternehmensumstrukturierungen angedeutet. Der Osten erlebte bis zum Herbst 2018 einen Boom in der Automobilindustrie, federführend durch die Ansiedlung der Firmen Porsche, VW und BMW im Raum Sachsen (Blöcker, 2020). Zudem erhöhte die *VW Sachsen GmbH* ihre Arbeitsplätze seit dem Jahr 1992 um das sechsfache von 1.700 auf 10.000. Rechnet man indirekte Partner vor- und nachgelagerter Bereiche hinzu, sichert die VW-Automobilherstellung rund 40.000 Arbeitsplätze (Volkswagen Sachsen GmbH, 2018). Mit drei Standorten in Sachsen, sowie den Standorten von BMW und Porsche leisten die Hersteller einen relevanten Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung und bilden für den Osten einen wichtigen Drehpunkt für Innovation und Fortschritt. In den drei Bundesländern Berlin, Brandenburg und Sachsen ist die Automobilindustrie „zur zentralen Industriebranche geworden“ (Blöcker, 2020, S.25) und führte in Teilregionen des Ostens zu einer „Re-Industrialisierung“ (ebd.). Die Automobilindustrie reagiert auf ökonomische und ökologische Faktoren sowie weltweite Trends, wie Digitalisierung und Emissionsregulierung mit tiefgreifenden Transformationsprozessen: Die Konzerne werden umstrukturiert, neue Geschäftsmodelle aufgebaut und die Branche wendet sich der Elektromobilität und der Digitalisierung von Prozessen und Produkten zu (ebd.). Dennoch erzeugen diese Veränderungen Sorgen, denn Transformationserfahrungen sind im Osten mit negativen Gefühlen und erlebter Ungerechtigkeit verbunden. Beschäftigte erfahren ein „zunehmendes Gefühl des „Abgehängtseins“ im Kontext von mehrheitlich in Westzentralen getroffenen Zukunftsinnovationsplänen“ (ebd. S.12), was eine intensivere Berichterstattung im Osten begründen kann.

Die Diskussion über die Entwicklung moderner Mobilitätskonzepte, der Wandel hin zur Elektromobilität sowie steigende Emissionswerte wurden durch die Diesel-Affäre verstärkt in den Fokus genommen und spiegeln sich letztlich auch in den Überkreuzungen wider: Auf allen drei Ebenen wurde die Kategorie Automobilbranche zusammen mit dem Thema Umwelt kodiert. Auch die Überkreuzung Unternehmen/Unternehmensbelange mit Automobilbranche findet sich im Osten wieder. Doch nicht nur bestimmte Wirtschaftszweige sind für die Berichterstattung relevant, sondern auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik, ebenso wie die Wirtschaftslage eines Landes, welche die Standortpolitik beeinflusst.

*Wirtschafts- und Finanzpolitik; Wirtschaftslage und Standortpolitik*

Der Index *Wirtschafts- und Finanzpolitik* tritt in der Gesamtberichterstattung mit 6,5% auf der nationalen Ebene am häufigsten auf und wird auf allen drei Medienagenden häufig behandelt. Auf der Ost-Ebene wird das Thema mit 5% am zweithäufigsten thematisiert. Auf der West-Ebene wird das Thema mit 4,1% im Vergleich zu Ost und National am wenigsten behandelt (siehe Abbildung 12).

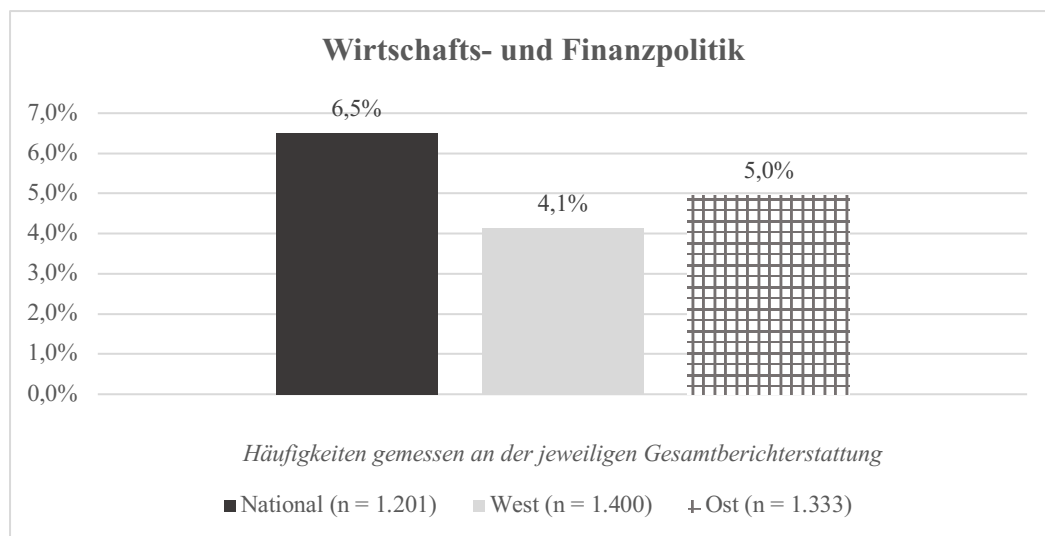


Abbildung 12: Prozentuale Anteile der Themenkategorie *Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
Quelle: Eigene Darstellung

Eine Erklärung, weshalb das Thema auf nationaler Ebene am meisten besprochen wurde, bietet die gewählte Untersuchungseinheit: So besitzen FAZ und SZ im Gegensatz zu den regionalen Zeitungen einen größeren Wirtschaftsteil. Generell lässt sich sagen, dass Ost und West aus wirtschaftlicher Perspektive nur wenig zusammengewachsen sind. Die Wachstumsmuster von alten und neuen Bundesländern unterscheiden sich stark. Laut dem Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung Halle

(IWH), nahm die Zahl der Jobs in Deutschland in den vergangenen Jahren insgesamt zu (Müller, 2019). Von 2005 mit 39 Millionen Erwerbstätigen auf zuletzt 45 Millionen. Eine höhere Anzahl an Jobs bedeutet gleichzeitig eine höhere Wirtschaftsaktivität. Ein guter Vergleichswert dafür ist zusätzlich das Netto-Einkommen pro Einwohner, welches sehr ungleich verteilt ist. So betrug es in Thüringen im Jahr 2016 19.000 €, in NRW im selben Jahr 21.550€ (Cordes & Yelubayeva, 2020). Das Einkommen spiegelt sich auch im BIP pro Kopf wider. Vergleich man hier Thüringen und NRW im Jahr 2016, so kommt das alte Bundesland auf 27.787€ und das neue Bundesland auf deutlich höhere 37.151€ BIP pro Kopf (ebd.). Festzuhalten bleibt, dass der Westen bis heute wirtschaftlich stärker dasteht, da auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft bestehen, welche vor allen Dingen auf strukturelle Faktoren zurückzuführen sind. Dazu zählen unter anderem die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft, ein Mangel an Konzernzentralen großer Unternehmen und die ländlich geprägte Siedlungsstruktur (BMW, 2019). Die Medienagenda Ost könnte es insofern beeinflussen, dass hier mehr über Aktivitäten in der Wirtschaft berichtet wird, da die Spuren der Transformation genauer von der Presse beobachtet werden.

Der Index umfasst weiterhin die Subkategorien *Währung, Steuern, Subventionen, Sanktionen und Mietpreisbremse* (siehe Abbildung 13). Der Index zeigt eine Auffälligkeit im Subthema Subventionen. Dieses wird im Osten zu 37,9% thematisiert, während es auf West-Ebene nur zu 17,2% besprochen wird; National wird das Subthema geringfügig thematisiert (20,5%). Ein Interpretationsansatz für diese Ergebnisse, ist die geschichtliche Perspektive: 1995 waren die Finanzhilfen der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland pro Einwohner fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (Boss & Rosenschon, 1998). Seitdem wurde der Euro eingeführt und nun subventioniert die Europäische Union bestimmte lokale Projekte, die an gewisse Ziele der EU geknüpft sind, so wie die ostdeutschen Zeitungen oft berichten. Subventionen der Bundesrepublik Deutschland in neue Bundesländer sind gängige Praxis. Oft sind diese geldlichen Unterstützungen an Bedingungen wie Schaffung neuer Arbeitsplätze oder Erhaltung alter Arbeitsplätze gebunden (Gropp & Heimpold, 2019).

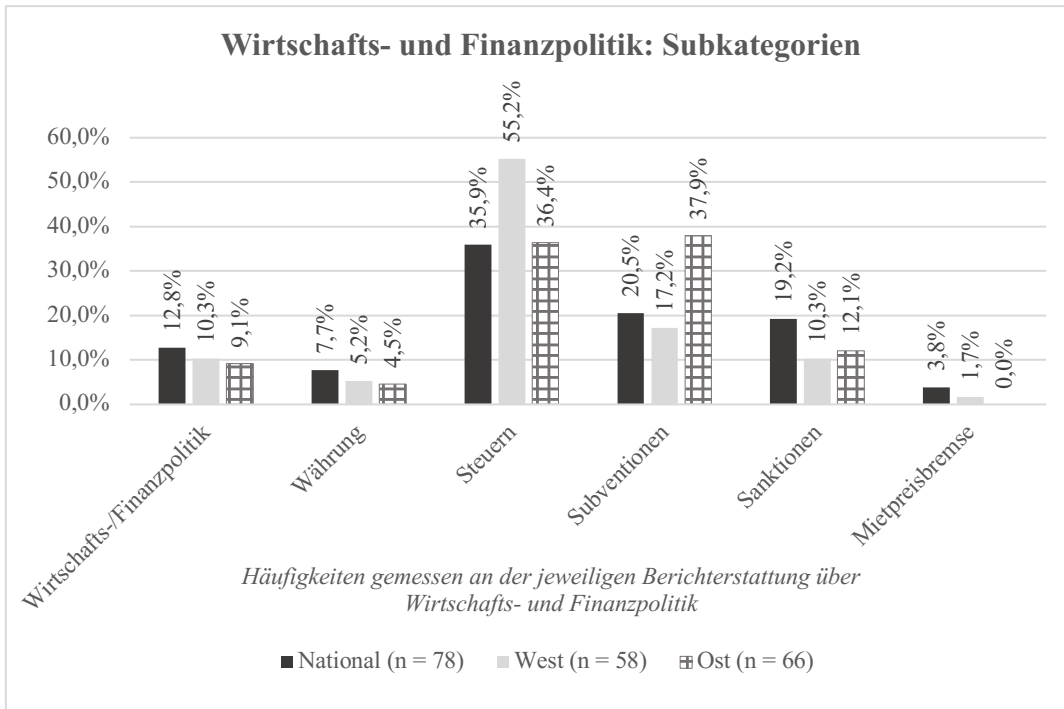


Abbildung 13: *Prozentuale Anteile der Subkategorien von Wirtschafts- und Finanzpolitik*  
Quelle: Eigene Darstellung

Der thematisch verwandte Index *Wirtschaftslage und Standortpolitik* wurde in der Gesamtberichterstattung auf nationaler Ebene mit 4,0% am häufigsten thematisiert. Auf Ost-Ebene wurde das Thema mit 3,6% am zweithäufigsten behandelt, dicht gefolgt von der Berichterstattung West mit 3,2% (siehe Abbildung 14).

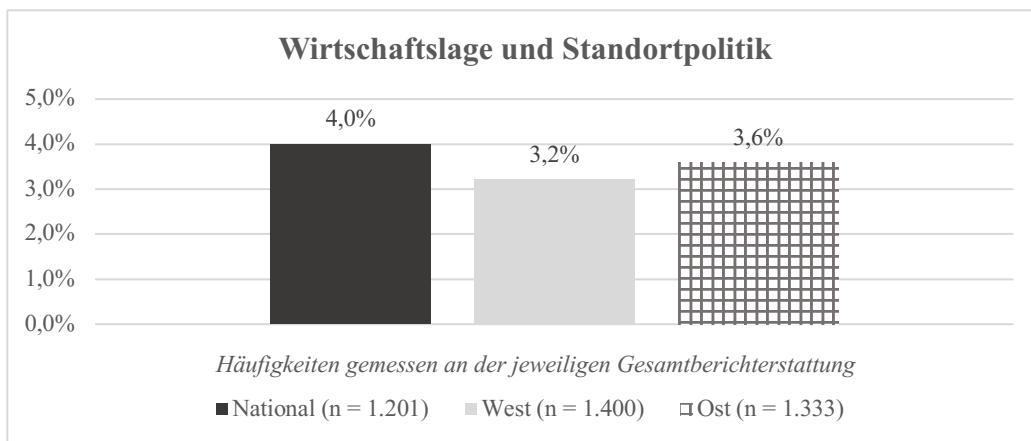


Abbildung 14: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Wirtschaftslage und Standortpolitik*  
Quelle: Eigene Darstellung

Erklären lässt sich die häufige Berichterstattung auf nationaler Ebene erneut durch den ausgeprägten Wirtschaftsteil der SZ und der FAZ im Gegensatz zu den regionalen Zeitungen.

Der Index besteht weiterhin aus zwei Einzelkategorien: *Wirtschaftslage, Konjunktur und Standortpolitik* sowie *Preisentwicklung und Inflationen*. Die Subkategorie *Wirtschaftslage, Konjunktur und Standortpolitik* wird im Osten mit 66,7% tendenziell deutlich mehr besprochen als im Westen (46,7%). National wird es mit 77,1% am häufigsten behandelt. Auffallend ist hierbei, dass die nationalen Zeitungen eher über Standortpolitik berichten, die mit EU-Finzen oder Strafzöllen aus den USA zusammenhängt. Die Wirtschaftsprognose für Deutschland, die Einflussnahme Chinas auf die EU sowie aktuelle Zahlen vom Weltmarkt sind ebenfalls Themen der nationalen Berichterstattung. Dass im Osten mehr über die Wirtschaftslage/Konjunktur- und Standortpolitik berichtet wird, hängt möglicherweise mit der schwächeren Wirtschafts- und Arbeitskraft in Ostdeutschland zusammen. Der Nachrichtenwert für die Region ist dann nämlich wichtiger, wenn durch die Ansiedlung von neuen Unternehmen neue Arbeitsplätze entstehen, die dann wiederum zu einer gewünschten positiven Standortentwicklung führen (Terbach, 2005). Verstärkt wird der Eindruck dadurch, dass bis heute die Arbeitslosenquoten in vielen Teilen Ostdeutschlands höher sind als in Westdeutschland. Laut Bundesagentur für Arbeit (2020a) lag die Arbeitslosenquote im Juni 2020 im Westen der Republik bei 5,6%, in Ostdeutschland bei 7,7%. Doch gerade urbane ostdeutsche Regionen haben laut Oberst und Voigtländer (2020) aufgeholt, was die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sowie die Arbeitslosenquote in urbanen ostdeutschen Regionen anbelangt. Urbane Regionen im Westen hinken ihren Erwartungen derweil hinterher. Beachten muss man dabei, dass auch Westdeutschland kein homogener Wirtschaftsraum ist. Starke Unterschiede etwa in der Wirtschaftskraft oder den Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es auch in den westlichen Bundesländern. Dies ist auf unterschiedliche Standortbedingungen zurückzuführen, die sich einer wirtschaftlichen Einflussnahme weitgehend entziehen, aber auch im lokalen Medienraum West eine wichtige Rolle spielen (Ragnitz & Thum, 2018).

Im Osten wird weiterhin viel über Investitionen in Ostdeutschland, Standortweiterung sowie Schließungen, aber auch von Förderungen von der EU, die explizit lokale Räume im Osten ansprechen, berichtet. Von Themen, über die 2018 berichtet wurde, gibt es insgesamt mehr Überschneidungen von Bundesthemen auf der West- und nationalen Ebene. Lokale Themen, wie die Industrie in NRW, sind folgerichtig Teil der westlichen Lokalzeitungen. Zusammenfassend bleibt jedoch zu sagen, dass auf der Medienagenda Ost insgesamt mehr über die dort ansässige



Industrie berichtet wird, als vergleichsweise in Westdeutschland, da Fragen zum Standort und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze hier, aufgrund der Geschichte, noch mehr im Fokus stehen.

Das Subthema Preisentwicklung/Inflation wird im Westen mit 53,3% am häufigsten besprochen, gefolgt von der Ost-Ebene mit 33,3% und zum Schluss der nationalen Ebene mit 22,9%. Wirft man einen genaueren Blick darauf, was berichtet wurde, so überschneiden sich die Themen des Ostens und des Westens in großen Teilen in der Berichterstattung. Themen wie Strompreise, Ölpreise oder die Preisentwicklung des Spargels stimmen auf diesen beiden Ebenen häufig überein. Das Thema Preisentwicklung der Immobilien hat auf West-Ebene die Nase vorn. National wird auch von Preisentwicklung berichtet, nur nicht in der Häufigkeit wie in den regionalen Medienagenden. Der Blick auf die Preisentwicklung erlaubt dabei zwei sehr unterschiedliche Interpretationen: Entweder deuten Preisentwicklungen entgegen positiver wirtschaftlicher Entwicklung auf negative Entwicklungen (beispielsweise der enorme Anstieg von Immobilienpreisen in Großstädten) hin, oder aber es gibt Chancen für Investoren. In Westdeutschland gibt es mehr Metropolen, welche von stark steigenden Mieten und Immobilienpreisen betroffen sind. Daraus lässt sich schließen, dass der Nachrichtenwert auf lokaler Ebene interessanter ist, als auf nationaler oder Ost-Ebene.

### *Wissenschaft und Innovation*

Der Index *Wissenschaft und Innovation* wird in der Gesamtberichterstattung der Ebene-Ost mit 7,4% behandelt und ist damit in Ostdeutschland eines der wichtigsten Themen. Hier nimmt der Index den höchsten Rang im Vergleich mit den anderen Ebenen ein. Auf nationaler Ebene wird das Thema mit 6,1% am zweithäufigsten thematisiert. Auf West-Ebene kommt das Thema mit 4,3% am seltensten vor (siehe Abbildung 15). Auffällig ist, dass das Oberthema Wissenschaft/Innovation zwischen der Ost- und West-Ebene mit einer dreiprozentigen Differenz stärker divergiert als die nationale Berichterstattung zur regionalen Berichterstattung.

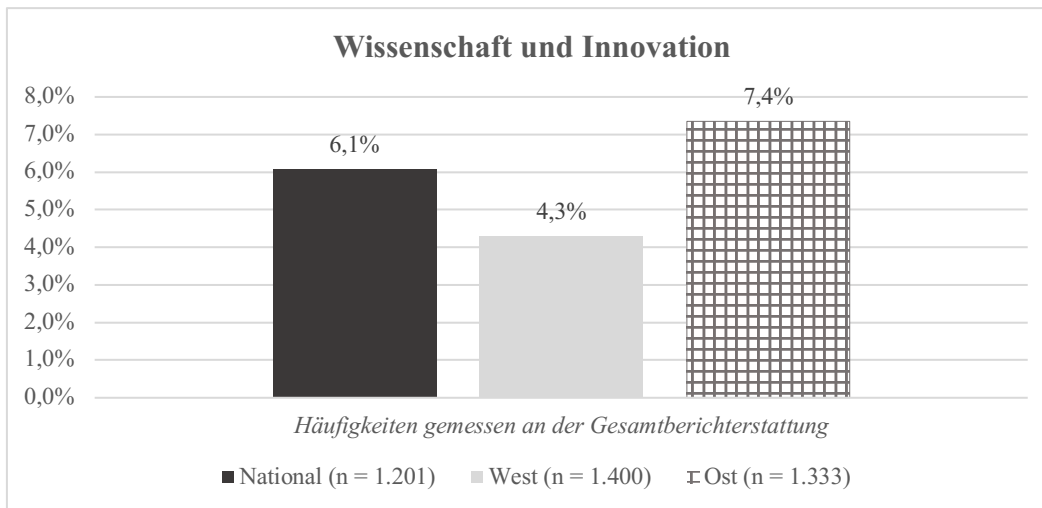


Abbildung 15: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Wissenschaft und Innovation*  
 Quelle: Eigene Darstellung

Die häufigere Berichterstattung in Ostdeutschland kann damit zusammenhängen, dass die Bundesländer im Osten der Republik in den MINT-Schulfächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) deutlich besser abschneiden. Es wurde festgestellt, dass alle SchülerInnen der Bundesländer Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg in der 9. Jahrgangsstufe mehr Fachkompetenz vorweisen konnten als in westdeutschen Ländern (Pant et al., 2012). Für Thüringen und Sachsen sind sogar seit den ersten Studien im Jahre 2000 konstant gute Plazierungen im Ländervergleich zu verzeichnen. Dies könnte bedeuten, dass diese Themen stärker in der Gesellschaft vertreten sind und mehr behandelt werden, da diesbezüglich mehr allgemeine Kompetenz vorliegt.

Der Index umfasst weiterhin die Subkategorien *Wissenschaft/Technik*, *Wissenschaftliche Studien* und *Innovation/Fortschritt*. Blickt man näher auf die Häufigkeitsverteilung der Subthematiken, lassen sich Differenzen erkennen (siehe Abbildung 16). Es wird ersichtlich, dass auf West-Ebene das Subthema Wissenschaftliche Studie auf dem höchsten Häufigkeitsniveau (61,7%) liegt, auf nationaler und Ost-Ebene ist es mit 32,9% und 31,6% weitaus weniger relevant. Insgesamt fällt in einem Vergleich der Subthemen auf, dass sich die Ost- sowie die nationale Ebene in den Themenverhältnissen eher annähern, als West und National. Das zeigt sich auch durch die Subkategorie Innovationen/Fortschritt, die in der nationalen Berichterstattung überwiegt und mit 54,8% über die Hälfte der Anteile ausmacht.

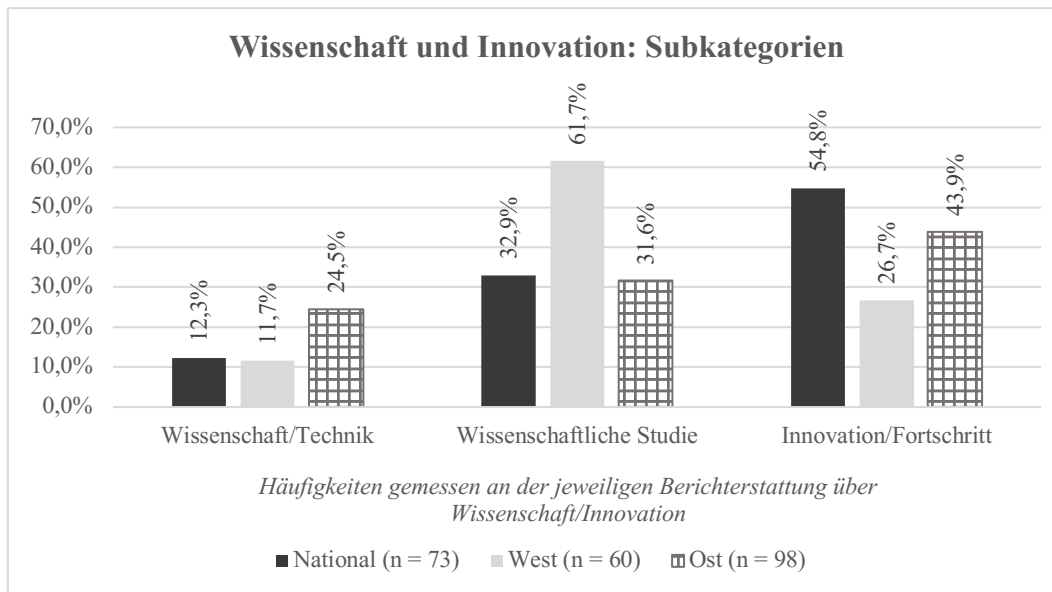


Abbildung 16: *Prozentuale Anteile der Subkategorien von Wissenschaft und Innovation*  
Quelle: Eigene Darstellung

Am zweithäufigsten wird im Osten über Innovation und Fortschritt gesprochen (43,9%), während die Belange im Westen nur zu 26,7% thematisiert werden. Ein guter Gradmesser, die Innovationskraft einer Region mit der Berichterstattung darüber abzugleichen, stellt die Anmeldungen von Patenten dar. Diese geben Auskunft darüber, inwieweit eine Region dafür verantwortlich sein kann, neue Herangehensweisen oder Technologien zu unterstützen und zu entwickeln. Ein entscheidender Inputfaktor, der die Digitalisierung beeinflusst, ist die Anstellung wissenschaftlich hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Auch deren Leistung in puncto Innovation steht im Fokus, besonders unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Fortschritts. Für den Vergleich interessant sind letztlich die eingereichten Patentanmeldungen und somit Innovationen. Im Jahr 2014 wurden 42.694 Patentanmeldungen in Deutschland gezählt. Auf die Stadt München fallen insgesamt beinahe ein Viertel der gezählten Innovationen – doppelt so viele wie in ganz Nordrhein-Westfalen. Bei dem Spezialisierungsgrad der Patente bezüglich Digitalisierung kristallisierte sich Berlin als Spitzenreiter heraus, gefolgt von Bayern und Thüringen. Folgt man diesen Erhebungsergebnissen, so ergibt sich den gegebenen Häufigkeitsverteilungen ein eher entgegengesetztes Bild. Der Westen, beziehungsweise der Süden Deutschlands ist diesen Daten nach eher als Innovationshotspot zu identifizieren.<sup>37</sup> Am

<sup>37</sup> Dies bestätigen auch die hohen Zahlen der vorhandenen Start-Ups im Westen aufgrund stark urbanisierter Räume (Kollmann et al., 2019), die bereits in dem Index Unternehmen/Unternehmensbelange aufgegriffen wurden.

Beispiel Thüringens wird jedoch ersichtlich, dass im Osten Innovationspotential vorhanden ist, beziehungsweise dieses auch ausgeschöpft wird. So zeigen sich auch die positiven Auswirkungen staatlicher Förderprogramme bezüglich Digitalisierung, insbesondere in Thüringen und den weiteren neuen Bundesländern (Berger et al., 2017). Hinzu kommt die führende Innovationskraft im Bereich der Automobilindustrie, die bereits in der Oberkategorie Automobilbranche ausgeführt wurde und die schon in der Oberkategorie Unternehmen und Unternehmensbelange aufgeführte Notwendigkeit ostdeutscher Unternehmen innovative Strategien zu entwickeln, um unternehmerisch erfolgreich zu sein und Strukturschwächen zu überwinden (Brenning et al., 2017). Rammer et al. (2020) kommen zu einem ähnlichen Schluss und knüpfen die Innovationsleistung der Unternehmen untrennbar mit den Marktsituationen bezüglich Technik und der allgemeinen Wettbewerbssituation zusammen. Kleinen und mittelständischen Unternehmen kommt eine gesonderte Rolle für das Innovationsgeschehen in Ostdeutschland zu, über die folglich auch im Osten vermehrt berichtet wird. So wird analysiert, inwieweit sich das Innovationsverhalten der ostdeutschen Unternehmen von dem der westdeutschen unterscheidet, wenn verschiedene Strukturmerkmale (Größe, Branche, Alter, Standort, Zugehörigkeit zu einer Unternehmensgruppe) herausgerechnet werden. Für den Zeitraum von 1992 bis 2017 ergibt sich in puncto Innovationsleistung ein positiver Befund für ostdeutsche Unternehmen (ebd.). So lässt sich erklären, warum in Ostdeutschland mehr über Innovation berichtet wurde.

Das Übergewicht der Innovationsthematik auf der nationalen Ebene könnte damit begründet werden, dass die meisten Innovationen letztlich von potenziell größeren Unternehmen ausgehen, die eine bundesweite Relevanz besitzen. Da es im Westen deutlich mehr größere Unternehmen als im Osten gibt, wird über ein eigentlich dem Westen der Republik zuzuordnendes Thema eher auf der nationalen Ebene gesprochen, da es, unabhängig vom Standort, auch aufgrund der Unternehmensgröße eine gesteigerte Relevanz hat.

## Arbeitswelt

Der Index *Arbeitswelt* ist mit 11,0% in der gesamten Ost-Berichterstattung im Vergleich zu allen anderen Ebenen am größten und findet sich mit Platz zwei in den ersten drei Rangplätzen wieder. Auf nationaler Ebene wird der Index mit 8,9% behandelt und nimmt im nationalen Gesamtranking Platz drei ein. Die geringste Häufigkeitsverteilung ist in der westdeutschen Berichterstattung mit 7,9% zu erkennen.

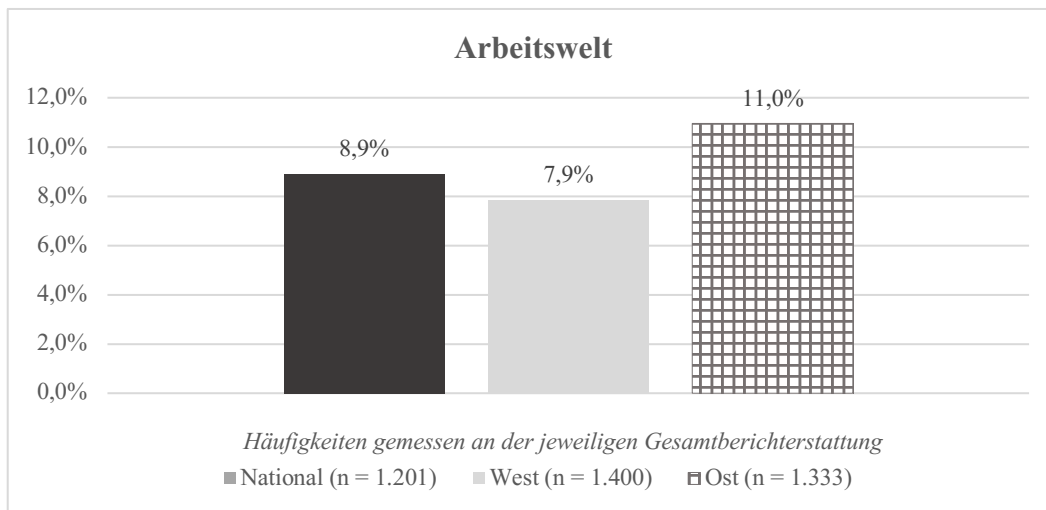


Abbildung 17: Prozentuale Anteile der Themenkategorie *Arbeitswelt*  
Quelle: Eigene Darstellung

Hierbei zeigt sich eine knapp dreiprozentige Differenz zum Osten und eine zwei-prozentige Differenz zur nationalen Berichterstattung, während Ost und National eine ähnlich hohe Häufigkeit aufweisen.

Der Index *Arbeitswelt* umfasst die Themen *Tarifpolitik/Streik*, *Einkommen/Gehälter*, *ArbeitnehmerIn*, *ArbeitgeberIn*, *Arbeitsmarkt*, *Arbeitslosigkeit* sowie *Sonstige* (siehe Abbildung 18). Während fast alle Subthemen auf allen Ebenen eine ähnliche Häufigkeitsverteilung aufweisen, stechen die Unterkategorien *Arbeitsmarkt* (National 31,6%; West 23,6% und Ost 22,6%), *ArbeitnehmerIn* (National 28,2%; West 21,8% und Ost 30,8%) und *Tarifpolitik/Streik* besonders hervor. Letztere zeigt auffällig große Unterschiede in der Nennung: Während das Thema im Westen zu 24,5% behandelt wird, wird es im Osten nur zu 8,2% und auf nationaler Ebene zu 10,3% thematisiert. Die Berichterstattung der Medienöffentlichkeit-West divergiert somit stark von der Berichterstattung Ost und National, während Letztere in ihren Häufigkeiten eher konvergieren.

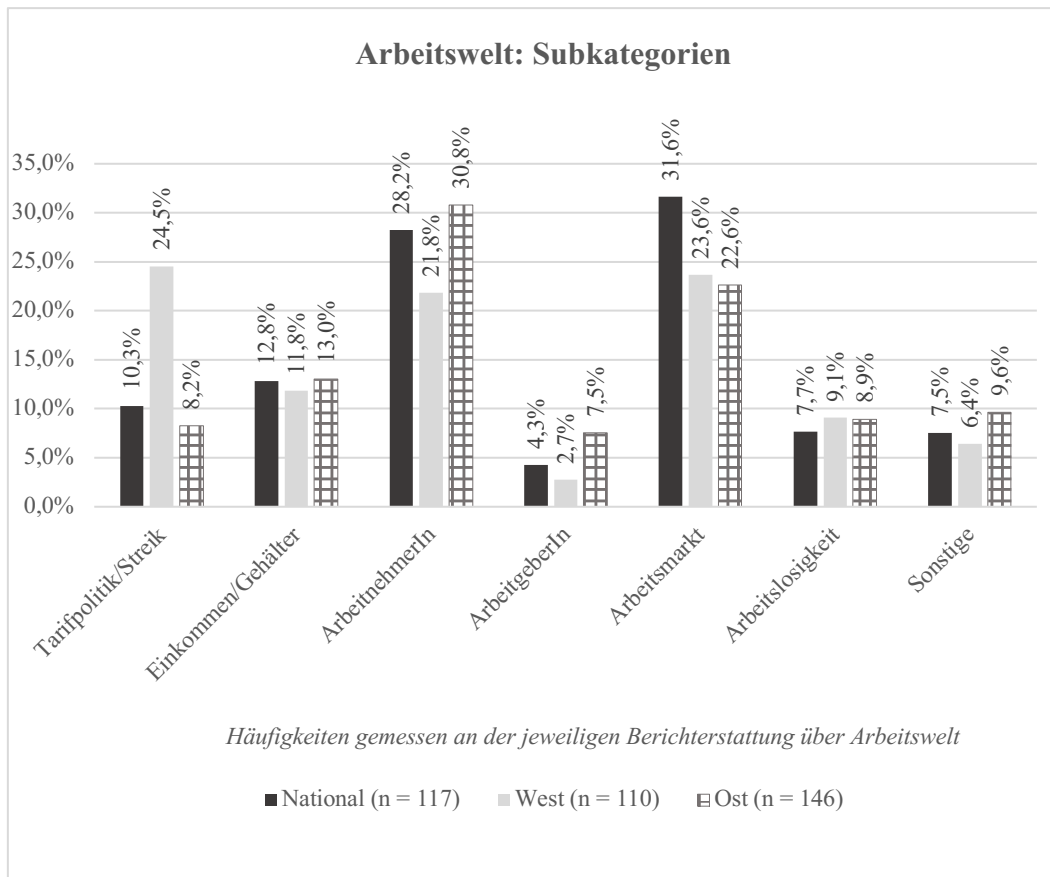


Abbildung 18: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Arbeitswelt  
 Quelle: Eigene Darstellung

Ein Grund hierfür könnten die bereits beschriebene Verteilung der Unternehmensstandorte in Deutschland sein. Diese wurde in den vorigen Interpretationsthemen näher vertieft und dient hier ebenfalls als möglicher Interpretationsansatz. Da viele große Unternehmen ihre Hauptstandorte im Westen besitzen, organisieren sich mehr Gewerkschaften mit einer großen Anzahl an Mitgliedern. Streiks bilden dabei Reaktionen auf offensives Unternehmerverhalten, welches meist in Konzernzentralen beschlossen wird. Je mehr Mitglieder folglich eine Gewerkschaft hat, desto besser und folgenreicher kann sie die Interessen der Beschäftigten in Form von Tarifverhandlungen vertreten (Birke & Dribbusch, 2019). Ostdeutschland besitzt im Vergleich zu Westdeutschland weniger Großunternehmen und ist durchzogen von Klein- und Mittelbetrieben, in denen Gewerkschaften nur punktuell vertreten sind. Die Streuung vieler Beschäftigter über zahlreiche kleine Unternehmen und Arbeitsstätten führt dazu, dass sich gewerkschaftliche Vertretungsstrukturen schwer ausbauen lassen, insbesondere im Dienstleistungsbereich (ebd.). Folglich sind im Osten weniger Menschen in Gewerkschaften organisiert. Historisch gesehen ist die

Entwicklung in den letzten 30 Jahren einmalig gewesen: Nach der Wende konnten Gewerkschaften Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit nicht verhindern, 1,6 Millionen Mitglieder traten zwischen 1991 und 1994 aus den Gewerkschaften im Osten aus. Bis zum Jahre 2014 ist die Anzahl organisierter Mitglieder in Gewerkschaften in Ostdeutschland von 50,1% auf 17,8% gesunken (Anders et al., 2015). Im Westen lag der Organisationsgrad zu dieser Zeit bei 21,4% und damit über dem des Ostens. Der Erfolg der Tarifpolitik hängt des Weiteren maßgeblich davon ab, wie viele Beschäftigte von den jeweiligen Tarifverträgen betroffen sind. Eine negative Entwicklung sieht man in der Tarifbindung an Flächentarifverträge im Ost-West-Vergleich: Im Jahr 2017 hatten im Westen 22% der Betriebe mit weniger als 10 MitarbeiterInnen einen Tarifvertrag, kontrastierend dazu lag der Wert im Osten bei lediglich 13%. Je größer die Betriebe, desto mehr Beschäftigte sind tarifgebunden – bei Betrieben mit 500 und mehr MitarbeiterInnen lag der Wert im Westen bereits bei 85%, im Osten bei 81% (Birke & Dribbusch, 2019). Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fasste zusammen, dass 2018 rund 45% aller Firmen im Osten tarifgebunden waren, im Westen allerdings 56% (Kohaut, 2019). Somit blieb der Osten immer unter dem Tarifbindungsniveau des Westens. Die Entwicklungen der Tarifpolitik haben schließlich auch maßgeblichen Einfluss auf die Löhne und Gehälter in West- und Ostdeutschland. Bei gleicher Tätigkeit und Qualifikation verdienen Beschäftigte in Ostdeutschland im Schnitt 17% weniger als ArbeitnehmerInnen in den alten Bundesländern (Hans-Böckler-Stiftung, 2019).

Weiterhin sind insbesondere in der Subkategorie ArbeitnehmerInnen Themen wie Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter, Aus- und Weiterbildungen und Digitalisierung am Arbeitsplatz präsent. Auf Ost-Ebene wird die Subkategorie mit 30,8% am häufigsten thematisiert, dicht gefolgt von der nationalen Ebene (28,2%) und schließlich der West-Ebene mit 21,8%. Auch wenn Deutschland im Jahr 2018 die niedrigste Arbeitslosenquote, nach Tschechien, im EU-Durchschnitt aufwies, ist eine „bezahlte Beschäftigung als solche noch keine Garantie für Wohlstand“ (Birke & Dribbusch, 2019, S.5). Im Jahr 2017 waren in Deutschland rund neun Millionen Beschäftigte in einem Niedriglohnverhältnis; im europäischen Vergleich hat Deutschland damit einen der größten Niedriglohnsektoren. Laut Grabka und Schröder (2019) sind insbesondere Ostdeutsche, Frauen, junge Erwachsene und MigrantInnen von Niedriglöhnen betroffen. Zwar führte die Einführung des

Mindestlohns zu einer schrittweisen Erhöhung der Entgelte, jedoch hielt die Verbesserung des Niedriglohnsektors nur temporär an. Die bis heute vorhandenen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West haben auch Einfluss auf herrschende Lohnunterschiede: Die Bruttolöhne unterscheiden sich im Durchschnitt um 5,35€ pro Stunde; prozentual besteht ein Unterschied von 21% (Kluge & Weber, 2016). Die immer noch bestehenden Unterschiede könnten ein Grund dafür sein, weshalb über diese Themen tendenziell mehr im Osten berichtet wird, als im Westen.

Auch im Subthema Arbeitsmarkt sind die oben genannten Themen präsent und verteilen sich ähnlich in der ost- und westdeutschen Berichterstattung mit 22,6% beziehungsweise 23,6%. Die nationale Ebene sticht mit knapp 32% hervor und liegt demnach 10% über der Ost- und West-Ebene. Zudem dominiert auf allen drei Ebenen in dieser Subkategorie das Thema des Lehrer- und Fachkräftemangels und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Laut BMWi (2019) spitzt sich die Lage besonders in Süddeutschland und in den neuen Bundesländern zu, nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels. Jede zweite Person in Deutschland ist älter als 45 und jede fünfte älter als 66 Jahre (Statistisches Bundesamt, 2020). Die Relationen zwischen den Altersgruppen werden sich im Osten Deutschlands in den kommenden Jahren stärker verschieben als im Westen. Der Anteil der Menschen im Erwerbsalter wird deutlich kleiner, während der Anteil der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, signifikant ansteigen wird (BMW, 2019). Die älter werdende Belegschaft und damit zunehmende Pensionierungen sowie ein Mangel an Nachwuchskräften verstärken die Problematik fehlender Arbeitskräfte, wobei diese Entwicklung insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen vor große Schwierigkeiten stellt. Mehr als 80% der Unternehmen sehen darin die größte Gefahr für ihre Geschäftsentwicklung (DIHK, 2020). Besonders betroffen sind Branchen des Gesundheitswesens, klassische Handwerksberufe des Baugewerbes und MINT-Berufe. Aber auch der Primarbereich spürt die Folgen des demografischen Wandels: Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen bis zum Jahr 2025 knapp 24.000 Vollzeit-Lehrkräfte allein in den Grundschulen Deutschlands. Da sich die Anzahl der Schülerschaft bis zum Jahr 2030 um 9% erhöhen wird, werden 27.000 LehrerInnen mehr als heute benötigt (Klemm & Zorn, 2017). Die jeweiligen Regionen Deutschlands und Berufe sind zwar unterschiedlich stark von Fachkräfteengpässen geprägt, jedoch ist „inzwischen die Hälfte aller Stellen in



Berufen mit Fachkräfteengpass ausgeschrieben“ (Burstedde & Risius, 2017, S.4). Ein weiterer treibender Faktor für das Fehlen von Arbeitskräften war die Binnenwanderung in Deutschland und die Abwanderung in Westbundesländer nach der Wiedervereinigung, welche langfristige Nachwirkungen hinterlassen hat. Seit den 1990er Jahren sind die Fortzüge aus Ostdeutschland größer als die Zuzüge (ebd.). Dies führte dazu, dass weniger Menschen in Ostdeutschland lebten und die ostdeutsche Bevölkerung somit immer schneller alterte. Westdeutschland ist zusätzlich durch eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland geprägt, was zu einem Bevölkerungsgewinn führt und die Bevölkerungsstruktur Westdeutschlands positiv beeinflusst (Statistisches Bundesamt, 2020). Seit 2009 gleicht sich das Wanderungssaldo zwischen neuen und alten Bundesländern jedoch wieder an und zieht sogar positive Bilanzen in Richtung Ostdeutschland (ebd.). Nichtsdestotrotz beeinflusst und verstärkt diese langjährige Entwicklung die strukturellen Unterschiede in der Wirtschaft und Lebenswelt der Menschen in Ost- und Westdeutschland. Letztlich ist das Thema Fachkräftemangel ein Problem, welches nationale Reichweite besitzt und langfristig Auswirkungen auf die gesamtdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft haben wird.

### *Technische Infrastruktur*

Die Oberkategorie *Technische Infrastruktur* ist mit 7,0% in der gesamten West-Berichterstattung im Vergleich zu den beiden anderen Ebenen am wichtigsten und findet sich in den Top 10 Themen der West-Ebene auf Rang 5 wieder.

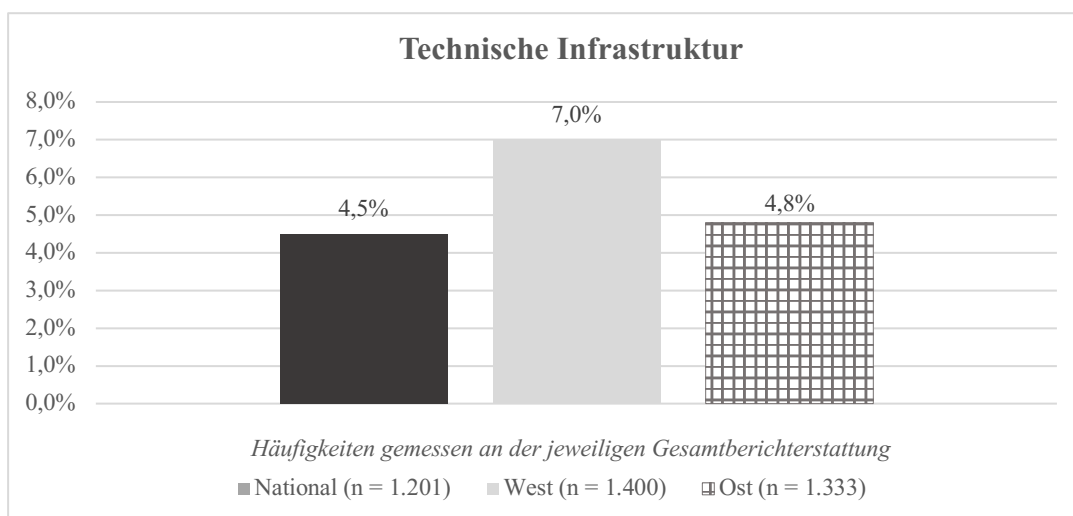


Abbildung 19: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Technische Infrastruktur*

Quelle: Eigene Darstellung

Auf nationaler und Ost-Ebene wird das Thema weniger häufig behandelt: die nationale Ebene weist einen Wert von 4,5% auf, im Osten ist dieser leicht höher mit 4,8%.

Ein möglicher Grund, weshalb auf lokaler West-Ebene mehr über die Infrastruktur von Bundesstraßen und Autobahnen berichtet wird, liegt an dem Zustand der Straßen und den damit einhergehenden Maßnahmen. So lag die tägliche Verkehrsauslastung in NRW im Jahr 2019 22% über dem Bundesdurchschnitt. Wesentliche Stau-Ursachen sind dabei zahlreiche Baustellen, in NRW ist das Aufkommen von Baustellen ebenfalls um 22% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. In NRW gab es 2019 452.744 Kilometer Stau, wohingegen es in allen neuen Bundesländern der Erhebungseinheit zusammen nur 53.837 Kilometer Stau gab (ADAC, 2020). Dies könnte Grund für mehr Probleme in Hinsicht auf technische Infrastruktur und damit auch eine erhöhte Berichterstattung im Westen sein. Weiterhin können die dadurch entstehenden hohen Kosten<sup>38</sup> als Begründung für die Relevanz in den westdeutschen Tageszeitungen angeführt werden, denn je dichter ein Gebiet besiedelt ist, desto höher fallen öffentliche Ausgaben für Infrastruktur etc. pro Kopf aus (ebd.). Viele Regionen in Nordrhein-Westfalen gelten spätestens seit Schließungen der Zechen als abgehängt. Dies bezieht sich auch auf eine flächendeckende Internetverbindung, die beispielsweise in der Emscher-Lippe-Region nicht weitläufig gegeben ist: „Nicht einmal Schulen sind angeschlossen [und] Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf Veranstaltungen berichteten von plötzlichen Funklöchern“ (Uske, 2017, S.77).

Weitere Überlegungen lassen sich durch die nähere Betrachtung des Index schließen, der Subthemen wie *Technische Infrastruktur, Straßenausbau- und Verkehr, Öffentliche Verkehrsmittel und Schienenausbau, Kommunikationsinfrastruktur, Wasser- und Abwasserversorgung* und zuletzt *Energieversorgung* umfasst (siehe Abbildung 20). Eine Auffälligkeit bildet zunächst die ähnliche Häufigkeitsverteilung der ost- und westdeutschen Berichterstattung über alle Subthemen hinweg.

---

<sup>38</sup> „Technische Infrastrukturen wie Straßen, Abwasserkanäle, Strom-, Trinkwasser- und Gasleitungen oder der öffentliche Nahverkehr sind sehr kapitalintensiv. Die Kosten des technischen Infrastrukturangebotes werden überwiegend durch die Fixkosten bestimmt.“ (Einig, 2006, S. 106)

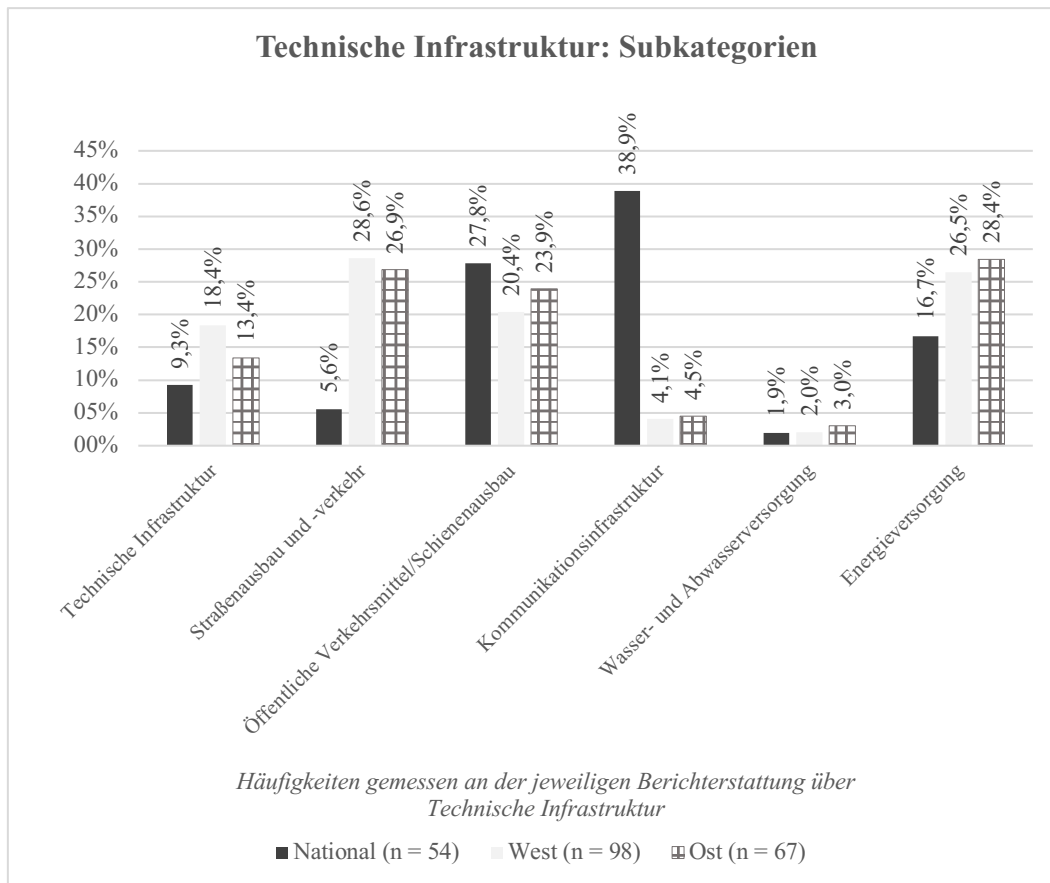


Abbildung 20: *Prozentuale Anteile der Subkategorien von Technische Infrastruktur*  
 Quelle: Eigene Darstellung

Das auffälligste Subthema Kommunikationsinfrastruktur wird von der nationalen Ebene mit 38,9% dominiert und weist einen großen Häufigkeitsunterschied zu den Ebenen Ost und West auf, die jeweils nur 4,1% und 4,5% der Berichterstattung über Kommunikationsinfrastruktur einnehmen.

Beim Straßenausbau handelt es sich um den wichtigsten Sektor im Tiefenausbau (Breitkopf, 2019) und er ist somit auch für die Berichterstattung relevant. Der starke regionale Bezug im Subthema Straßenausbau und Verkehr lässt sich mit den regionalen Maßnahmen erklären, die getroffen werden, wenn Straßen erneuert, erweitert und ausgebaut werden. Wird beispielsweise ein Autobahnabschnitt in der Region ausgebaut und gesperrt, ist dies für die dortige Regionalberichterstattung beziehungsweise für die BürgerInnen von Relevanz. Zusätzlich handelt es sich bei den Kosten für Straßenausbau in Städten um Gelder von Kommunen. Für diese ist es von größerer Wichtigkeit, wenn eine Straße in Städten ausgebaut wird, weshalb dies auch eher in die Regionalberichterstattung einfließt. Überregionale Zeitungen,

mit Blick auf deutschlandweit relevante Themen, beachten dies weniger, da allein aus Kapazitätsgründen nicht auf Kommunalpolitik aus ganz Deutschland eingegangen werden kann. Da es sich beim Straßenausbau auch um einen großen und umsatzstarken Sektor handelt, ist er auch für die Arbeitsplätze in der Region von großer Bedeutung (Breitkopf, 2020).

Wirft man den Blick auf die größte Häufigkeitsverteilung des Subthemas Kommunikationsinfrastruktur, so verbindet man diese mit der Thematik der Netzinfrastruktur und der Internetverbindung im Deutschlandvergleich. In Ostdeutschland wurde häufiger darüber berichtet als in Westdeutschland, was sich dadurch begründen lässt, dass in Ostdeutschland durch die ländliche Prägung des Raums die Breitbandverfügbarkeit weniger hoch ist (Berger & Koppel, 2017; TÜV Rheinland, 2018).<sup>39</sup> Jedoch stellt dies auch in Westdeutschland ein Problem dar, da im gesamtdeutschen Raum zwischen 2015 und 2017 lediglich vier Millionen Haushalte an das Breitbandnetz angeschlossen wurden. Allerdings muss beachtet werden, dass in den neuen Bundesländern die Versorgungsquote schneller steigt als in den alten Ländern.<sup>40</sup> Die schlechtere Versorgung und der schnellere Ausbau könnten als Begründung für die häufigere Betrachtung der Thematik in Ostdeutschland gesehen werden. Der Ausbau von Kommunikationsinfrastrukturen ist weiterhin von nationaler Relevanz. Grund für die starke Thematisierung auf nationaler Ebene könnte die Diskussion über den Ausbau des 5G-Netzes in Deutschland im Jahr 2018 gewesen sein. Da es sich um ein großes Projekt handelt, waren viele Unternehmen an diesem interessiert und es wurde durch eine Frequenzauktion entschieden, welches Unternehmen die deutschlandweiten Netze ausbauen darf. Weiterhin wurden, da es sich um einen staatlichen Auftrag handelte, strenge Regularien für den Ausbau und die Auktion festgelegt, welche 2018 veröffentlicht wurden (Bundesnetzagentur, 2018). Besonders prägend für diese Debatte war das chinesische Unternehmen Huawei: Es wurde diskutiert, ob Huawei den Ausbau des Netzes übernehmen dürfe, da es nicht als vollständig vertrauenswürdig angesehen wurde (u.a. Flade & Mascolo, 2019). In den Regionalzeitungen spielte dieses Thema vergleichsweise eine

---

<sup>39</sup> „Ein Großteil des Unterschieds zwischen Ost und West ist schlicht der Tatsache geschuldet, dass Ostdeutschland deutlich stärker ländlich geprägt ist, was die Erschließung mit Breitband-Internet [...] erschwert.“ (Berger & Koppel, 2017, S.2)

<sup>40</sup> Während die Versorgungsquote in Ostdeutschland um 12,1% auf 59,5% gestiegen ist, stieg sie in Westdeutschland im selben Zeitraum um 7,8%, jedoch auf 79,6% (ebd.).

untergeordnete Rolle, da sich der Netzausbau erst nach Vollendung auf die jeweiligen Regionen auswirkt.

Betrachtet man weiterhin die Subkategorie Energieversorgung wird sichtbar, dass diese Thematik für die Regionalzeitungen eine größere Rolle spielt. Zu erklären ist das durch die gestiegene Relevanz von Stein- und Braunkohle in den untersuchten Regionen. Es hat nicht nur einen generellen Rückgang der Braunkohleförderung (Koller, 2019), auch wurde der Steinkohlebergbau im Untersuchungsjahr beendet. Die klimaschädliche Praxis zur Energiegewinnung ist zwar von bundesweiter Relevanz, da sie in Kohleregionen für viele Arbeitsplätze sorgt<sup>41</sup> und ein wichtiges Exportgut darstellt, ist die Thematik besonders diskussionswürdig. Sichtbar wird die Debatte in den jeweiligen Teilöffentlichkeiten weiterhin durch die häufige Überkreuzung des Subthemas Energieversorgung mit den Indizes Unternehmen/Unternehmensbelange und Klima. Im Zuge der Verschärfung der Klimathematik steht die Technische Infrastruktur nun vor erheblichen Veränderungen, die starke wirtschaftlich- und politisch-motivierte Umgestaltungen erfordert.

### Soziale Infrastruktur

Der Index *Soziale Infrastruktur* wird zu 3,5% und damit am häufigsten auf der Ost-Ebene thematisiert, gemessen an der jeweiligen Gesamtberichterstattung. Im Westen tritt die Oberkategorie am zweithäufigsten auf und kommt auf einen Wert von 2,7%. Insgesamt liegt die Themenfrequenz somit knapp einen Prozentpunkt unter dem des Ostens. Die nationale Ebene weist die geringste Themenfrequenz auf mit 1,7%.

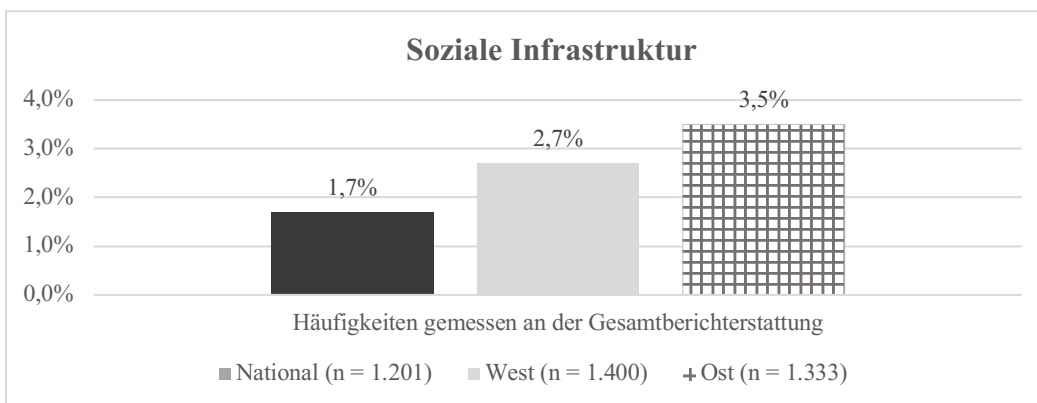


Abbildung 21: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Soziale Infrastruktur  
Quelle: Eigene Darstellung

<sup>41</sup> Zwar ging die Zahl der Beschäftigten seit der Wende stark zurück, jedoch werden durch Braun- und Steinkohlebergbau allein unter Tage 25.000 Arbeitsplätze gesichert (Hohmann, 2019).

Der Index umfasst die Subthemen *Soziale Infrastruktur, Schule, Krankenhäuser, Sport- und Freizeitanlagen, Einkaufszentren/Shoppingcenter, Kulturelle Einrichtungen* und *Öffentliche Gebäude*. Während fast alle Subkategorien eher unauffällige Ergebnisse zeigen, sticht das Subthema Schule besonders hervor und wird am häufigsten thematisiert (National 28,6%, West 34,2%, Ost 65,2%). Im Osten wird es folglich doppelt so oft wie auf nationaler und West-Ebene betrachtet. Generelle Unterschiede lassen sich in Hinsicht auf diese Thematik durch das föderale Schulsystem der Bundesrepublik erklären. So werden in den verschiedenen Bundesländern ganz eigene Debatten in Hinblick auf Bildung und Schule geführt, welche auf nationaler Ebene eine geringere Rolle spielen. Besonders der Lehrermangel ist hier immer wieder Thema, das in allen Bundesländern zu spüren ist, gerade im Primarbereich (Klemm & Zorn, 2019), der Osten der Republik ist jedoch besonders betroffen.<sup>42</sup> Da nach dem Geburtenrückgang nach 1990 besonders darauf geachtet wurde, bereits beschäftigten LehrerInnen den Arbeitsplatz zu erhalten, konnten kaum Einstellungsmöglichkeiten geschaffen werden. Nachdem die Altersgrenze vieler Beschäftigter im Bildungssystem erreicht war und die Geburtenrate gleichzeitig wieder anstieg, drehte sich der Trend um. So besteht ein hoher Bedarf an Lehrkräften, welcher in Zukunft noch weiter zunehmen wird (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, 2013). Auch in Hinblick auf Lehrpersonal an Berufsschulen handelt es sich um eine spezifische Ost-Problematik. Die Schülerzahlen in Ostdeutschland steigen weiter an, während sie in Westdeutschland eher zurückgehen und wohl 2035 noch nicht wieder auf die Ursprungszahl von 2016/17 gestiegen sind. (Klemm, 2018). Problematisch werden diese Zahlen insbesondere in Kombination mit der Altersstruktur der BerufsschullehrerInnen in Ostdeutschland. Da über die Hälfte der Lehrkräfte über 50 Jahre alt ist, entsteht eine Dringlichkeit, neue Fachkräfte einzustellen (ebd.).<sup>43</sup> Die ostdeutschen Länder haben ihrerseits bereits auf diese Entwicklung reagiert und Maßnahmen zur Lehrerengewinnung ergriffen. Auch das sich ändernde Anforderungsprofil wird verstärkt die kritische Situation, denn „besonders in den gewerblich-technischen Bereichen fehlen seit Langem qualifizierte Lehrkräfte, sodass die Lücken bislang oftmals mit

---

<sup>42</sup> Auf eine Lehrkraft in Ostdeutschland kamen beinahe drei Schüler weniger (Jeschek, 2003). Seit 1999 wurden jedoch besonders in den alten Bundesländern neue Lehrkräfte eingestellt, während in den neuen Bundesländern der Ersatzbedarf stark zunahm.

<sup>43</sup> Bis 2020 sind demnach nur 3 von 4 Stellen Bundesweit besetzt. Besonders im Osten nimmt der Bedarf mit 1.400 benötigten Stellen im Jahr 2035 zu (ebd.).

Seiteneinsteigern gefüllt wurden, die man dann „on the job“ nachqualifiziert hat. Was ursprünglich als Notlösung gedacht war, ist heute in manchen Fachbereichen gängige Praxis“ (ebd., S.6). Hiermit lässt sich begründen, weshalb der Index soziale Infrastruktur besonders für die ostdeutsche Berichterstattung von großer Relevanz ist.

### *Umwelt*

Die Kategorie *Umwelt* ist auf der West-Ebene von besonderer Relevanz. Mit 9,5% wird sie zu 2% häufiger thematisiert als auf der Ost-Ebene (7,4%). National hingegen nimmt das Thema den niedrigsten Stellenwert mit 6,2% ein und zeigt somit eine dreiprozentige Differenz zum Westen beziehungsweise einprozentige zum Osten (siehe Abbildung 22).

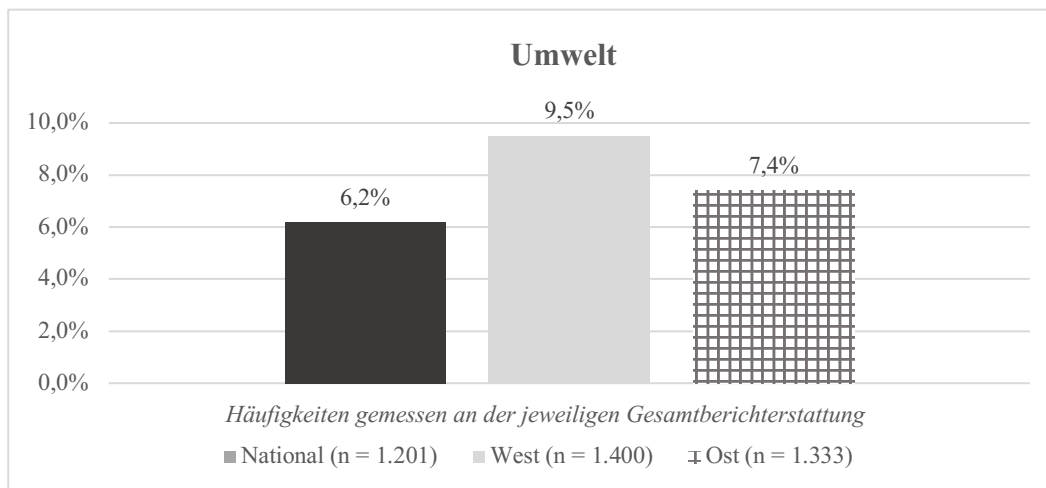


Abbildung 22: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Umwelt*  
Quelle: Eigene Darstellung

Der Index unterteilt sich in die Subthemen *Umwelt und Klima* mit Bereichen wie Umwelt- und Klimapolitik, Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit; in *Tierschutz*, mit Thematiken wie Tier- und Artenschutz sowie Artensterben; und in *Wetterereignisse* (siehe Abbildung 23). In der Subkategorie *Umwelt und Klima* bleiben die Prozentwerte auf West-Ebene am höchsten, wobei die nationale Ebene nur minimal vor den Werten auf Ost-Ebene liegen. Indessen überwiegen die zwei anderen Größen leicht im Osten. Die Dominanz der Berichterstattung über Wetterereignisse in den neuen Bundesländern lässt sich vorrangig durch vermehrte Waldbrände 2018 in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt erklären (Wilke, 2019) – aufgrund des Nachrichtenfaktors Nähe werden diese besonders in der Region

behandelt. Zusätzlich handelte es sich 2018 nicht nur um das sonnigste, sondern auch das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen; das trockenste Bundesland war Sachsen-Anhalt (ebd.).

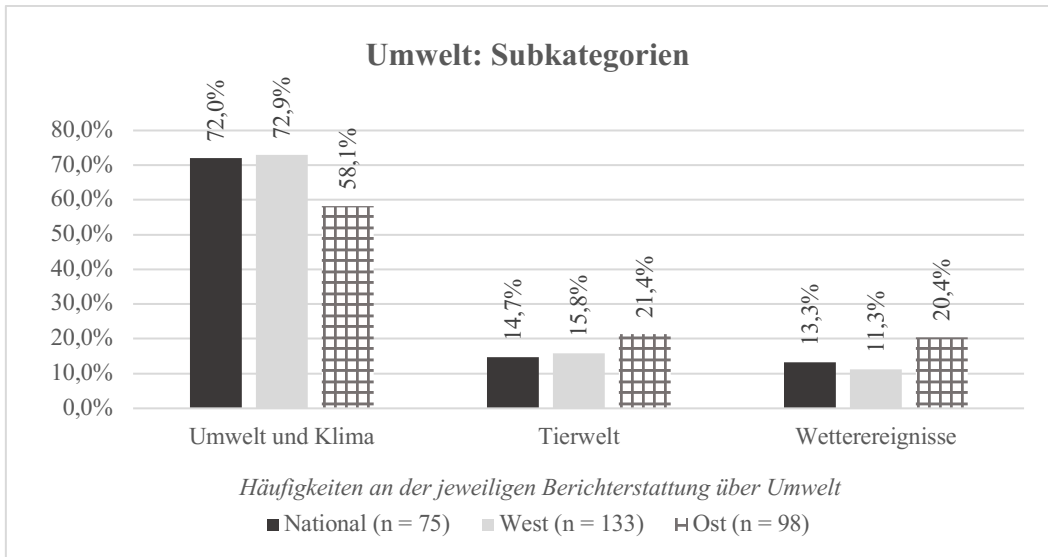


Abbildung 23: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Umwelt  
Quelle: Eigene Darstellung

Hinsichtlich der Kategorie Tierschutz ist zu erwähnen, dass vermehrt in ostdeutschen Bundesländern 2018 der Wolf wieder angesiedelt ist. In NRW hat dieser noch keinen wirklichen Einzug gefunden (u.a. NABU, 2019). Interessant zu ermitteln sind außerdem Erklärungen für die Unterschiede in der Kategorie Umwelt und Klima. Untersuchungen des Umweltbundesamts aus dem Jahr 2018 ergeben, dass die Bedeutung von Umweltschutz in der Bevölkerung zunimmt: In einer Umfrage gaben 2016 rund 50% der Befragten an, dass Umwelt- und Klimaschutz eine wichtige Herausforderung ist – im Jahr 2018 waren es 64% (Lehmphul, 2020). Gründe hierfür können sein, dass das Thema Umwelt in der Presse (insbesondere in den Regionalzeitungen) einen hohen Stellenwert einnimmt und dadurch ein größeres Bewusstsein generiert wird oder vice versa – es wird häufig thematisiert, da es von großer Relevanz für die Gesellschaft ist. Eine Studie aus den 90er Jahren konnte messen, dass in Ostdeutschland „eine geringere ‚sozialstrukturelle Verankerung‘ des Umweltschutzgedankens“ (Preisendörfer, 1999, S. 108) bestand. Dennoch können diese Ergebnisse keine endgültige Erklärung für die unterschiedliche Häufigkeit der Thematisierung sein, zumal diese rund 20 Jahre alt sind und die Bedeutung des Themas stetig zunimmt (Lehmphul, 2020). Eine Analyse in Auftrag des



Umweltbundesamtes (Williams et al., 2019) zeigt, dass die Relevanz von Umweltschutz abhängig von Alter und Geschlecht ist: Frauen und junge Menschen bringen Umweltthematiken mehr Interesse entgegen. Bezogen auf die gesellschaftliche Struktur in den neuen Bundesländern wird ersichtlich, dass dort weniger Frauen leben und die Gesamtbevölkerung, im Vergleich zu Westdeutschland, älter ist (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2020a). Dadurch lässt sich ein mögliches niedrigeres Interesse in den neuen Bundesländern erklären und eine geringere Berichterstattung. Eine weitere Begründung für die höheren Prozentwerte in den alten Bundesländern sind Einzelereignisse aus der Kategorie Umweltpolitik. Zum Beispiel begann im Jahr 2018 die Räumung des Hambacher Forsts in NRW,<sup>44</sup> was zu massiven Demonstrationen und Ausschreitungen führte. Die Proteste sorgten vor allem in NRW für reichlich mediale Aufmerksamkeit. Dennoch fehlt bisher jegliche Erklärung für den niedrigen Wert der Kategorie Umwelt und Klima auf nationaler Ebene. Ein mögliches Argument ist der Aufbau der erhobenen Zeitungen und die analysierten Ressorts. Während Klima- und Umweltproblematiken in den Regionalzeitungen größtenteils im vollständig erhobenen Mantelteil diskutiert wurden, wurden bei den überregionalen Zeitungen Ressorts, wie beispielsweise *Wissen* in der SZ nicht in die Forschung einbezogen. Dadurch sind der Untersuchung mögliche Artikel zum Thema entgangen. Indes bezieht sich die überregionale Presse im Gegensatz zur regionalen Berichterstattung vermehrt auf internationale Geschehnisse. Dadurch, dass die Erhebung von Auslandsberichterstattung und globalen Klima- und Umweltdebatten, wie Waldbrände in Australien und UN-Klimakonferenzen, in dieser Forschung nicht analysiert wurden, blieben diese Artikel ebenso unberücksichtigt.

Ein Blick auf die erhobenen AkteurInnen beim Index Klima zeigt, dass auf der nationalen Medienagenda vor allem AkteurInnen auf Landesebene sowie WissenschaftlerInnen und ForscherInnen starke Beachtung finden. In den regionalen Teilöffentlichkeiten sieht die Verteilung different aus: Im Osten Deutschlands finden besonders wirtschaftliche AkteurInnen Platz in der Berichterstattung ein, doch auch BürgerInnen kommen zu Wort. Die mediale Ebene West weist dahingehend Ähnlichkeiten auf, jedoch mit einer unterschiedlichen Gewichtung. Spannend ist,

---

<sup>44</sup> Seit 2012 wurde der ursprünglich weitaus größere Wald von Aktivisten besetzt, um gegen Abholzung und Kohleabbau zu demonstrieren, wofür der Wald zum Symbol wurde. (Kaufer & Lein, 2019)

dass sich die nationalen Zeitungen demnach häufig an AkteurInnen der Bundesländer und politischen Institutionen orientieren. Auf nationaler Ebene wird in der Klimadebatte demnach eher betrachtet, wie die Länder mit der Thematik umgehen und welche klimapolitischen Entscheidungen auf Landesebene getroffen werden. Dies könnte am föderalen System der Bundesrepublik liegen, weshalb ein Großteil der klimapolitischen Entscheidungen auf Landesebene getroffen werden. Die regionale Presse hingegen zeigt einen starken Wirtschaftsbezug auf, was auf den wirtschaftlichen Faktor des Abbaus von Stein- und Braunkohle in den Regionen hinweist, welcher in den untersuchten Regionen von besonderer Bedeutung ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die existierenden Ost-West-Unterschiede vorrangig durch diverse Interessenslagen aufgrund demographischer Daten, wie Alter und Geschlecht, erklären lassen. Zusätzlich könnte die differente Berichterstattung Grund für die unterschiedliche Bevölkerungswahrnehmung bezüglich Umweltthematiken sein.

### Sozialpolitik

Der Index *Sozialpolitik* dominiert mit großem Abstand auf nationaler Ebene mit 6,1% und macht damit mehr als die Hälfte der Gesamtnennungen aus. Die Ost- und West-Ebene haben im Vergleich dazu einen ähnlich geringen Wert (2,2% beziehungsweise 2,4%).

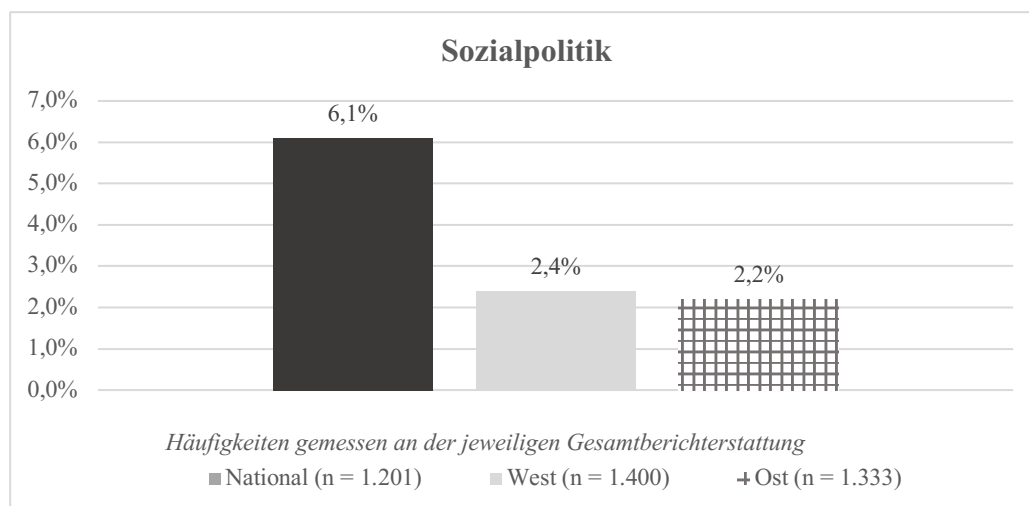


Abbildung 24: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Sozialpolitik  
Quelle: Eigene Darstellung

Der hohe Wert auf nationaler Ebene lässt sich wie folgt erklären: Bei der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um einen Sozialstaat, der als Staatsziel die

soziale Sicherheit aller Bürger sowie soziale Gerechtigkeit verfolgt. Da BürgerInnen allein aus ihrer Arbeit nicht immer Wohlstand erreichen können, ist es unabdingbar, dass der Staat die Teilhabe aller BürgerInnen an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen gewährleistet. Dabei ist die Sozialpolitik stets ein gestaltendes Instrument. In der ökonomischen Bedeutung ist dem Sozialstaat dabei kein anderer Teilbereich der staatlichen Politik gleichwertig (Boeckh et al., 2017). Dieses Feld der Politik deckt unter anderem die Alterssicherung, Soziale Sicherung oder die Grundsicherung ab. Da sozialpolitische Themen sowohl in (Innen-)Politikressorts wie auch in Wirtschaftsressorts bearbeitet werden, besteht die Möglichkeit, dass diese Themen fragmentiert auftreten. Dadurch könnte dasselbe Thema auf der nationalen Medienagenda, in derselben Ausgabe, mehrmals thematisiert werden. Weiterhin haben sozialpolitische Themen zum Teil weitreichende Auswirkungen auf die Bevölkerung, weshalb diese national deutlich mehr verhandelt werden (Jarren & Donges, 2000).

Der Index besteht weiterhin aus den Subkategorien *Sozialpolitik*, *Renten*, *Sozialhilfe* und *sozialer Wohnungsbau*. Wirft man einen näheren Blick auf die Subkategorien der Ebenen, wird ersichtlich, dass durchweg eine unterschiedliche Gewichtung vorliegt:

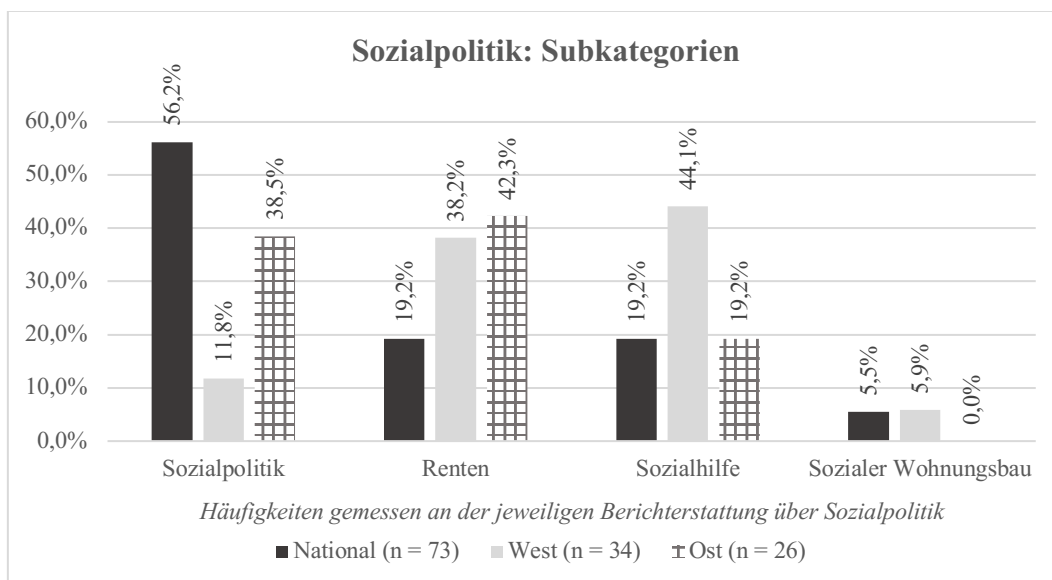


Abbildung 25: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Sozialpolitik  
Quelle: Eigene Darstellung

Im nationalen Sektor dominiert die Subkategorie *Sozialpolitik* mit 56,2% deutlich. Der oben angeführte Interpretationsansatz lässt sich ebenfalls auf das Subthema

anwenden. Anfügen kann man weiterhin, dass im Jahr 2018 die Große Koalition während der Koalitionsverhandlung, viele neue Gesetzesentwürfe angestoßen hat, was sich in der nationalen Berichterstattung widerspiegelt (CDU et al., 2018).<sup>45</sup> Im Westen entspricht der Wert kontrastierend nur 11,8%.

Die Subkategorie Sozialpolitik wird auch auf der Ost-Ebene häufig erwähnt (38,5%). Für Hirte (2019) steht dieses Thema in Zusammenhang mit vielfach differenzierten Aspekten und ist von diesen nur schwer zu trennen. Ob die Lebensverhältnisse gleichwertig sind, ist jedoch durch die Wirtschaftskraft der eigenen Region bedingt (beispielsweise durch Einkommensmöglichkeiten) sowie der dadurch entstehenden Steuereinnahmen. Tiefensee (2019) identifiziert die Ungleichheit im sozialpolitischen Spektrum zum einen durch die verschwindende Differenzierbarkeit des Lohnniveaus, zum anderen durch die vor allem im Osten Deutschlands existierende Altersarmut. Geht man von der These aus, dass hinsichtlich dieser Aspekte weiterhin Tendenzen der Ungleichheit herrschen, erklärt die häufige Thematisierung im Osten die weitere Dringlichkeit der Thematik. Auch wenn sich die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland verbessert haben, werden weiterhin viele Maßnahmen getroffen, um dieser Tendenz entgegenzuwirken. Beispielsweise hat die Regierung die Kommission *Gleichwertige Lebensverhältnisse* ins Leben gerufen, welche die Kernursachen der gegebenen Ungleichheiten erforscht und dahingehend ein Maßnahmenrepertoire erarbeitet (Hirte, 2019). Die hohe Frequenz auf nationaler Ebene lässt sich vorrangig durch die großen Politik- und Wirtschaftsressorts der überregionalen Zeitungen erklären sowie das größere Interesse an gesamtdeutschen sozialpolitischen Maßnahmen.

Weiterhin interessant ist ein detaillierter Vergleich der Rententhematik zwischen den Ebenen Ost und West (42,3% und 38,2%). Hier lohnt sich ein Vergleich der Ergebnisse der Häufigkeitsverteilungen mit der aktuellen Rentenlage in Deutschland. Das Durchschnittsalter liegt in den alten Bundesländern bei 44,18, in den neuen bei 47,06 Jahren. In Ostdeutschland ist 24% bis 26% der Bevölkerung über 65 Jahre alt, in Westdeutschland liegt dieser Wert durchgängig unter 23% (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2019). Demnach leben in Ostdeutschland mehr Menschen im Rentenalter, wodurch ein bedeutend größerer Teil der

---

<sup>45</sup> Beispielsweise standen Familien und Kinder im Mittelpunkt, aber auch Bildung, soziale Teilhabe und Sicherheit sowie Zuwanderung und bezahlbares Wohnen wurden unter anderem thematisiert (CSU et al., 2018).

Bevölkerung von dieser Thematik betroffen ist und eine größere Themenfrequenz vor Beginn der Auswertung vermutet wurde. Befasst man sich indes mit dem jeweiligen Rentenniveau in West- und Ostdeutschland, wird ersichtlich, dass diese Debatte in den neuen Bundesländern ein größeres gesellschaftliches Problem darstellt. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wirtschaftsinstitut haben Geyer & Steiner (2010) eine Studie zur Prognostizierung der Rentenentwicklung durchgeführt und das jeweilige Rentenniveau in Ost- und Westdeutschland miteinander verglichen. Bei westdeutschen Männern liegt dieses bei einem stabilen Durchschnitt, während westdeutsche Frauen in Zukunft sogar mit einem Anstieg rechnen können. In Ostdeutschland hingegen ist insgesamt mit einem deutlichen Rückgang des Rentenniveaus zu rechnen.<sup>46</sup> Dennoch spiegelt sich die aktuellen Zahlen auch in den Studienergebnissen wider. Laut Geyer und Steiner (ebd.) haben Personen mit niedrigem Bildungsgrad in beiden Landesteilen mit deutlich reduzierten Rentenniveaus zu rechnen. Es ist demnach davon auszugehen, dass das Rentenniveau aufgrund dieser Prognose in der Presse häufiger thematisiert wurde und demnach das Subthema Renten in allen drei medialen Teilöffentlichkeiten den größten Raum innerhalb des Index Sozialpolitik einnimmt. Da die Rententhematik jedoch abseits von deren konkretem Entwicklungsniveau ein für mehrere Generationen relevantes Thema ist, ist die Frequenz der Themenerwähnungen nicht ausschließlich an seiner Entwicklung festzumachen. Vielmehr weist das Ergebnis auf eine allgemein große thematische Relevanz in den Regionalzeitungen hin.

Bezieht sich die Subkategorie Sozialhilfe hauptsächlich auf den Bereich der Subventionen für Arbeitssuchende, so ist dieses Feld unmittelbar mit seiner Ursache, der Arbeitslosigkeit, verbunden. Folglich werden die Ergebnisse aus West- und Ostdeutschland herangezogen, um anschließend Schlussfolgerungen über die diversen auftretenden Häufigkeiten in der Berichterstattung ziehen zu können. Das Unterthema Sozialhilfe fand im Westen deutlich mehr Erwähnungen als im Osten (44,1% und 19,2%). Folgt man demselben Muster, wie oben bei der Rententhematik, und vergleicht die Themenfrequenz mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit Beschäftigungsverhältnissen, ist das Forschungsergebnis überraschend. In den neuen Bundesländern sind die Arbeitslosenzahlen in den

---

<sup>46</sup> Die prominenteste Ursache stellt laut Geyer und Steiner (2010) die höhere Langzeitarbeitslosigkeit im Osten dar sowie die weitaus höhere Frequenz des Wechsels zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit.

letzten Jahren zwar deutlich zurückgegangen, doch die Zahlen belegen, dass die Arbeitslosenquote im Osten (6,9%) weiterhin jene im Westen (4,8%) übersteigt (Bundesagentur für Arbeit, 2020b). Eine Erklärung könnten die allgemeinen Ausgaben für Sozialhilfe sein. Während Sachsen beispielsweise 840.575.000 € ausgab, lagen die Ausgaben in Nordrhein-Westfalen bei über 6 Milliarden Euro (Information und Technik Nordrhein-Westfalen, 2019; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2019). Ein Grund dafür ist zweifelsohne, dass weitaus mehr Menschen in NRW wohnen. Allerdings muss auch beachtet werden, dass NRW nicht nur allgemein dichter besiedelt ist als die neuen Bundesländer, sondern auch urbaner geprägt. Das führt beispielsweise zu erhöhten Obdachlosenzahlen und somit höheren Ausgaben für Unterkünfte und Tafeln, was auch die Berichterstattung beeinflussen kann. Auch wurden in NRW mehr Geflüchtete und AsylbewerberInnen aufgenommen (siehe Migrationsdebatten), was wiederum zu mehr Sozialausgaben führt. Diese Ausgaben könnten im Allgemeinen zu einer häufigeren Berichterstattung führen, da diese von öffentlichem Interesse und somit auch bedeutsam für die Berichterstattung sind.

Insgesamt ist festzuhalten, dass Sozialpolitik besonders für überregionale Zeitungen von Relevanz ist. Das begründet sich auch durch den 2018 zwischen CDU, CSU und SPD abgeschlossenen Koalitionsvertrag, in dem viele sozialpolitische Ziele festgehalten wurden. Auf Ost- und West-Ebene gleichen sich die Häufigkeiten der Berichterstattung dahingehend an. Während in den alten Bundesländern häufiger über Sozialhilfen berichtet wird, stehen in den neuen Bundesländern besonders Renten im Vordergrund. Diese Werte lassen sich unter anderem sowohl durch staatliche Ausgaben auf Makroebene als auch durch Renteneinkünfte und Sozialunterstützungen auf Mikroebene erklären. Es fließen demnach staatliche sowie Individualinteressen in die Berichterstattung ein.

### *Parteien auf Bundes- und Landesebene*

Ein wichtiger Teil der Politikberichterstattung sind Parteien, welche die politische Landschaft und demnach auch die Berichterstattung maßgeblich prägen. Die nationale Medienagenda diskutiert mit einer höheren Frequentierung über Parteien auf Bundesebene (Bundestag und Bundesrat) und die regionalen Medienagenden entsprechend über Parteien auf Landesebene (siehe Abbildungen 26 und 27). Die Kategorie Parteien auf Bundesebene erreicht in der nationalen Teilöffentlichkeit mit

6,4% Rang 6, die regionalen Teilöffentlichkeiten liegen über fünf Ränge dahinter und nah beieinander (West 5,0%, Ost, 4,4%). Auf Landesebene erreichen die regionalen Medienagenden annähernd deckungsgleiche Prozentwerte und Ränge (West Rang 14 mit 3,9%, Ost Rang 16 mit 4,0%). National hingegen, wie bereits angesprochen und prognostiziert, sind die Prozentangaben geringer (2,7%). Von besonderem Interesse ist die nähere Betrachtung der Subkategorien, also über welche Parteien im Einzelnen auf Bundes- bzw. Landesebene wie intensiv beziehungsweise häufig debattiert wurde.

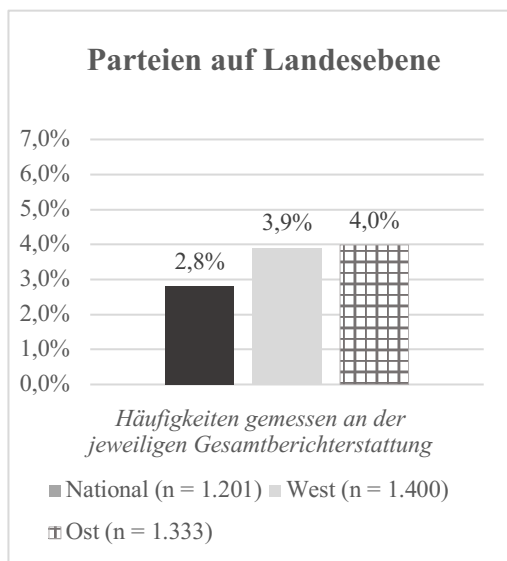


Abbildung 27: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Parteien auf Landesebene  
Quelle: Eigene Darstellung

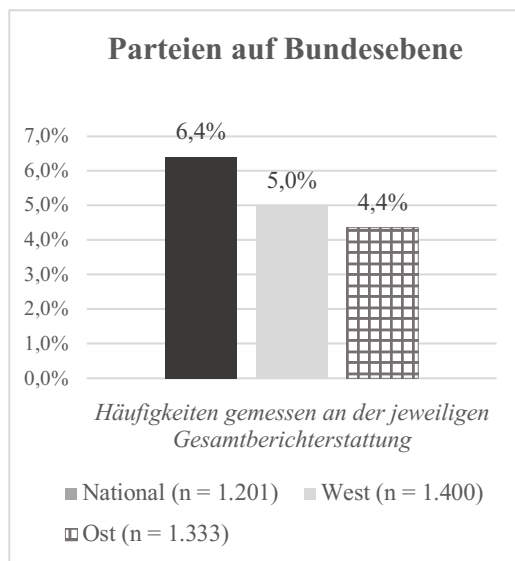


Abbildung 26: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Parteien auf Bundesebene  
Quelle: Eigene Darstellung

Geht es um Parteien im Bundestag, werden auf nationaler Ebene beide Regierungsparteien in demselben Maße betrachtet: Die CDU und SPD erhalten jeweils 31,9%, was zusammen über die Hälfte der Berichterstattung ausmacht (siehe Abbildung 28). Dabei wird ersichtlich, dass die Ergebnisse der Häufigkeitsverteilung die grobe Sitzverteilung im Bundestag widerspiegeln, was von einer ausgeglichenen Berichterstattung zeugt. Auf der Medienagenda West erhält die CDU mit 46,7% den größten Wert und nimmt somit fast die Hälfte der Berichterstattung über Parteien im Bundestag ein. Gefolgt von der SPD mit 31,7%, macht dies zusammen über drei Viertel der Nennungen aus.

Gründe für den überaus hohen Anteil der CDU könnten unter anderem die Wahl zum neuen Bundesvorsitz der Union 2018 sowie der Asylstreit zwischen

CDU und CSU sein, welche medial stark aufbereitet wurden. Im Gegensatz zur AfD und Bündnis 90/Die Grünen, erhalten Die Linke und FDP gar keine mediale Aufmerksamkeit in der Medienagenda West. Bei der Betrachtung der Ergebnisse zur Bundestagswahl 2017 wird deutlich, dass die FDP mit 8% der Stimmen in NRW zwar unter dem Bundesdurchschnitt (10,7%) liegt, allerdings mit zusätzlich 13,1% der Zweitstimmen von politischer Relevanz ist.

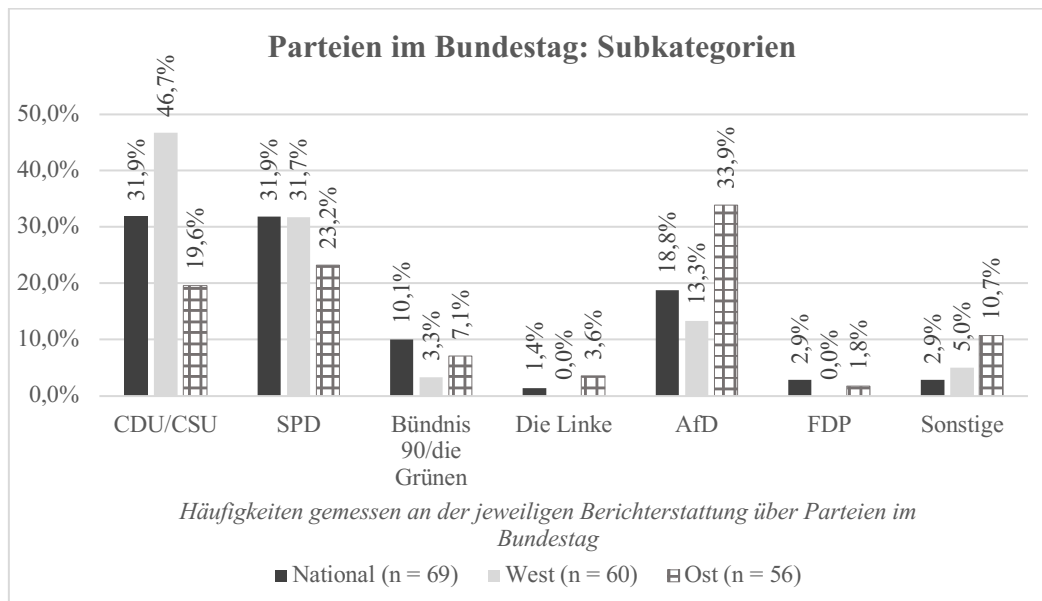


Abbildung 28: *Prozentuale Anteile der Subkategorien von Parteien im Bundestag*  
Quelle: Eigene Darstellung

So gehörte die FDP weder zur Regierung, noch stellten sie eine große Oppositionspartei. Ein Grund, weshalb Die Linke 0,0% der Berichterstattung in Westdeutschland über Parteien auf Bundesebene einnimmt, könnte historisch bedingt sein: Als Nachfolgepartei der PDS und damit der SED in der ehemaligen DDR erhält sie in Westdeutschland im Gegensatz zu Ostdeutschland nur wenig Zuspruch. Die Linke erzielt in den neuen Bundesländern klassischerweise die höheren Wahlergebnisse (Decker, 2018) und stellt in Thüringen zurzeit den Ministerpräsidenten. Diese Erkenntnisse spiegeln sich ebenfalls in den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 wider.<sup>47</sup> Es wird ersichtlich, dass Die Linke im Westen der Nation eine kleinere

<sup>47</sup> In vielen westdeutschen Bundesländern erlangte die Partei lediglich zwischen 5 und 7% der Erststimmen, in Nordrhein-Westfalen 6,4%. In den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erreichte sie zwischen 17,5% und 19,2% aller Erststimmen. (Der Bundeswahlleiter, 2017a; Bundeswahlleiter 2017b; Bundeswahlleiter 2017c; Bundeswahlleiter 2017d)



Rolle spielt als in Ostdeutschland, wodurch diese auch medial weniger betrachtet wird.

Im Kontrast zur relativ geringen Berichterstattung über die AfD in Westdeutschland (13,3%) und auf nationaler Ebene (18,8%), nimmt diese in Ostdeutschland ein Drittel (33,9%) aller Artikel über Parteien im Bundestag ein. Gefolgt von SPD (23,2%) und CDU (19,6%) wird die AfD auf Ost-Ebene am häufigsten behandelt. Ursachen für dieses Ergebnis sind vielfältig. Möglicherweise herrscht in den neuen Bundesländern eine stärkere Fokussierung auf die AfD im Bundestag vor, da diese dort schon länger in den Landtagen vertreten ist als im Westen. Seit 2014 sitzt die Partei in Thüringen und Sachsen im Landtag, seit 2016 auch in Sachsen-Anhalt und erst 2017 zog diese in NRW ein. Die AfD ist in den neuen Bundesländern somit schon länger Teil der politischen Realität und bekommt bundesweit mehr Zuspruch. Bei der letzten Bundestagswahl 2017 stellte sie in zwei von den drei untersuchten neuen Bundesländern die zweitstärkste Kraft dar, bei Betrachtung der Zweitstimmen in Sachsen sogar die Stärkste.<sup>48</sup> An diesem Punkt lässt sich dennoch diskutieren, ob diese gewonnene größere Wählerschaft im Osten den Medien und deren häufiger Berichterstattung über die AfD zu verdanken ist: Da Medien nicht nur einen Informationscharakter, sondern auch eine beeinflussende Wirkung auf die RezipientInnen und deren Wahrnehmung haben (siehe Kapitel 3.4.1), ist dieser Ansatz durchaus denkbar. Dem Agenda-Setting-Ansatz nach erreicht die AfD durch die erhöhte Berichterstattung in den Regionalzeitungen der neuen Bundesländern einen hohen Rang in der Medienagenda, wodurch die Chance der Übernahme in die Publikumsagenda größer wird. Dies wiederum beeinflusst die persönliche Wahlentscheidung und macht sich an Ergebnissen bemerkbar. Tagesaktuelle Redaktionen orientieren sich weiterhin an Geschehnissen im Internet, welche Themen dort viel Aufmerksamkeit bekommen und viral gehen (Neuberger et al., 2010).

Geht es nun um die Parteien auf *Landesebene in NRW/West-Ebene*, ist vor allem das Ergebnis hinsichtlich der AfD in der medialen Teilöffentlichkeit West diskussionswürdig: Mit 0,0% wird über die AfD auf Landesebene nicht berichtet

---

<sup>48</sup> Die AfD erreichte bei der Bundestagswahl in Sachsen 25,4% der Erststimmen, 27% der Zweitstimmen; in Sachsen-Anhalt 16,6% der Erststimmen, 19,6% der Zweitstimmen; in Thüringen 22,5% der Erststimmen, 22,7% der Zweitstimmen. Insgesamt lag der Stimmanteil in allen drei Ländern über dem Bundesdurchschnitt (Bundeswahlleiter 2017b; Bundeswahlleiter 2017c; Bundeswahlleiter 2017d). In NRW hingegen fallen die Prozentwerte deutlich geringer aus: 8,1% der Erst- und 9,4% der Zweitstimmen (Bundeswahlleiter, 2017a).

(siehe Abbildung 29), obwohl sie zurzeit mit 7,4% im nordrhein-westfälischen Landtag sitzt, noch vor Bündnis 90/Die Grünen. Medien im Allgemeinen wurden insbesondere nach der Bundestagswahl 2017 vermehrt vorgeworfen, durch einen zu hohen Anteil der Berichterstattung über die AfD an deren Wahlerfolg beteiligt gewesen zu sein. Um dieser Kritik entgegenzukommen kann es sein, dass im Folgejahr kaum noch über die Partei berichtet wurde.

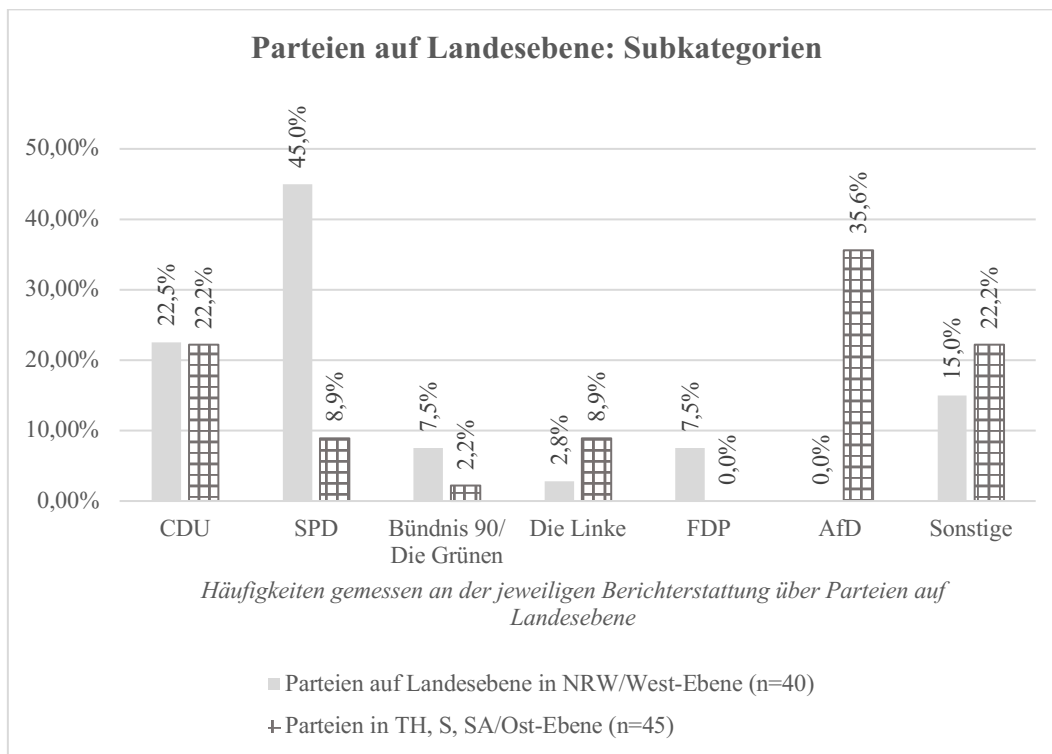


Abbildung 29: Prozentuale Anteile der Subkategorien von Parteien auf Landesebene  
Quelle: Eigene Darstellung

Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung aus dem Jahr 2018 bekräftigt diese Vermutung: Eine quantitative und qualitative Untersuchung der *Nürnberger Nachrichten* (Regionalzeitung in Bayern) und der *Oberhessischen Presse* (Regionalzeitung in Hessen) ergab, dass die AfD in den drei untersuchten Monaten 2018 (Mai, Juni und Juli) keine konkrete Rolle spielte. Als Ursache dafür werden unter anderem eine mangelnde redaktionelle Kraft sowie eine falsche Prioritätensetzung herbeigezogen. Die Partei gänzlich aus der Berichterstattung zu entfernen, obwohl diese im politischen Spektrum vertreten ist, entspräche nicht dem journalistischen Grundsatz des Informierens (Gäbler, 2018). Im Gegensatz dazu, nimmt die SPD knapp die Hälfte (45%) der Berichterstattung über Parteien auf Landesebene in der medialen Teilöffentlichkeit West ein. Während diese bei Parteien auf Bundesebene weniger

Anteile der Berichterstattung einnimmt als die CDU, wird auf Landesebene fast doppelt so häufig über sie berichtet. Erklärung für diesen Sachverhalt könnte der Führungswechsel innerhalb der SPD Landesfraktion sein, welcher 2018 für mediale Aufmerksamkeit sorgte.<sup>49</sup> Ferner sind die Anteile der anderen Parteien erwartbar gewesen.

Wendet man sich nun den *Landesparteien auf Landesebene in Thüringen, Sachsen und Sachsenanhalt/Ost-Ebene* zu, ist die Parteienpräferenz in der Berichterstattung im Gegensatz zur Westdeutschen different. Bei den Parteien auf Landesebene wird auf der ostdeutschen Medienagenda vornehmlich über die AfD berichtet (35,6%), welche in Westdeutschland zu 0,0% überhaupt nicht vorkommt. Gefolgt von CDU (22,2%), SPD sowie Die Linke (jeweils 8,9%) nimmt die AfD auf Landesebene über ein Drittel der Berichterstattung auf der Medienagenda Ost ein (siehe Abbildung 29). Die Werte der Berichterstattung in der Medienagenda Ost über die AfD sind somit beim Thema Bundesebene sowie beim Thema Landesebene ähnlich. Gründe für den hohen Anteil in der ostdeutschen Berichterstattung über die AfD lassen sich aufgrund der frühzeitigen Wahlerfolge in den neuen Bundesländern und der allgemeinen medialen Aufbereitung über die AfD erklären. Weiterhin waren die Thüringer und Brandenburger Landesvorsitzenden (Björn Höcke und Andreas Kalbitz) 2018 an der Spitze des völkischen und rechten *Flügels* der Partei und sorgten damit für reichlich mediale Aufmerksamkeit. Für die damals anstehenden Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen 2019 fiel die AfD außerdem durch hohe Umfragewerte auf und stand demnach des Öfteren im Vordergrund der Berichterstattung. Wird im Westen Deutschlands die AfD nicht thematisiert, nimmt im Osten die FDP diese Rolle ein. In allen Landtagen (Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt) nimmt die FDP keinen Sitz ein (Stand 2018) und spielt im politischen Spektrum der neuen Bundesländer somit keine große Rolle. Ähnlich verhält es sich mit Bündnis 90/Die Grünen, welche nur mit 2,2% thematisiert wurde und in den erhobenen Bundesländern im Osten einen geringen Wahlerfolg verzeichnen. Die geringe Berichterstattung ist demnach durch die Symbiose zwischen medialer Beachtung und Wahlerfolg zu erklären.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass manche Parteien auf Bundes- und Landesebene über- beziehungsweise unterrepräsentiert werden. Dies

---

<sup>49</sup> Aufsehen wurde dadurch erzeugt, dass der ehemalige Vorsitzende versuchte seine Nachfolge intern in Führungskreisen zu regeln.

ist äußerst kritisch anzusehen, weil das ein Zeichen für eine verzerrte Berichterstattung ist. Ausgewogenheit in der Berichterstattung stellt ein wichtiges Merkmal von Qualitätsjournalismus dar welches in Hinblick auf die Berichterstattung über AfD weder von ost- noch westdeutschen Tageszeitungen erfüllt wurde, da sie auf Ost-Ebene zu häufig und auf West-Ebene überhaupt nicht thematisiert wird. Der Informationscharakter der Medien wird somit nicht erfüllt, wenn diese sich journalistisch nicht mit innerdeutschen Problematiken wie diesen auseinandersetzen und sie keinen Zugang in die Öffentlichkeit finden. Zusammenfassend berichtet die nationale Presse und die westdeutschen Regionalzeitungen überwiegend über die Volksparteien CDU und SPD, auf Ost-Ebene findet vor allem die AfD überdurchschnittlich viel Gehör.

### *Migrationsdebatten*

Besonders häufig betrachtet wird die Thematik auf nationaler Ebene. Hier macht die Berichterstattung 9,8% aus, auf West-Ebene wird es nur etwa halb so oft behandelt (5,9%). Auf Ost-Ebene wird das Thema mit 6,9% zwar nicht so häufig thematisiert wie auf nationaler Ebene, aber doch um ein Prozent mehr als im Westen.

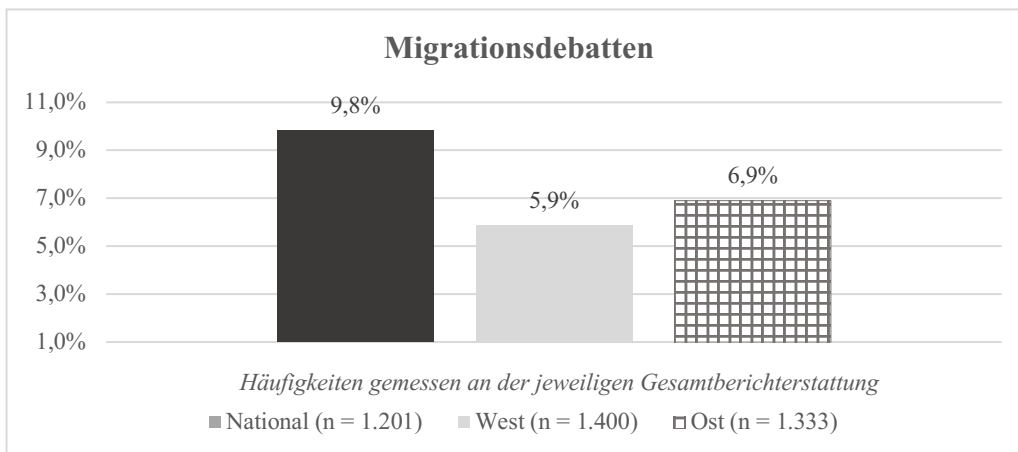


Abbildung 30: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Migrationsdebatten*  
Quelle: Eigene Darstellung

Migrationsbelange gehören im politischen Spektrum zu Entscheidungen auf Bundesebene, was sich auch dadurch ausdrückt, dass in Bezug auf die Thematik meist aus der Bundeshauptstadt berichtet wird und bundespolitische Akteure zur Sprache kommen. Somit lässt sich erklären, dass sie auch in der nationalen Berichterstattung

eine größere Rolle spielen als auf regionaler Ebene.<sup>50</sup> Häufig wurde aber auch der BAMF-Skandal angesprochen, welcher 2018 ein großes mediales Ereignis darstellte. Der Leiterin der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Bremen wurde vorgeworfen, sie habe tausendfach Asylanträgen ohne Rechtsgrundlage stattgegeben (Pichl, 2020). Grund für eine größere Berichterstattung auf nationaler Ebene ist, dass die Süddeutsche Zeitung Teil des Recherche-teams war, welches den BAMF-Skandal an die Öffentlichkeit brachte. Zusätzlich handelt es sich hierbei um eine Thematik von nationaler Relevanz, welche, um höhere Verkaufszahlen der jeweiligen Zeitungen zu generieren, häufiger thematisiert wird. Da das angesprochene Thema als Skandal inszeniert wurde, ist das Interesse der Bevölkerung dementsprechend hoch.<sup>51</sup> Auch das zunächst angenommene Ausmaß und die Äußerungen hochrangiger PolitikerInnen haben suggeriert, dass ein bundesweites Interesse an der BAMF-Affäre besteht.<sup>52</sup>

Der Index behandelt auch die Subkategorien wie *AsylbewerberInnen und Geflüchtete*, sowie *Abschiebungen und Ausweisungen*. Dabei muss beachtet werden, dass in den neuen Bundesländern weitaus weniger MigrantInnen und Geflüchtete aufgenommen sowie Asylanträge gestellt wurden als in den alten Bundesländern. Dennoch ist die Berichterstattung eben dort um einiges größer als in Westdeutschland.<sup>53</sup> Die Thematik spielt im Osten Deutschlands trotz niedrigerer MigrantInnenzahlen und Asylanträgen demnach eine größere Rolle. Laut einer Auswertung von Weber (2016) herrscht in Städten und Regionen, in denen weniger Menschen mit einem Migrationshintergrund leben, eine größere Angst vor Fremden. Wenn Einwohner mit Menschen mit Migrationshintergrund zusammenleben, verschwindet diese Angst und mehr gesellschaftliche Akzeptanz kommt auf. Da in

---

<sup>50</sup> Das zeigt sich auch durch die Überkreuzung des Themas mit *Gesetzesverhandlungen und Sozialpolitik*.

<sup>51</sup> Skandale können sich in Ihrem Ausmaß beträchtlich unterscheiden. Die Frage ob ein Zustand oder Vorgang als skandalös zu bewerten ist, ist nicht wissenschaftlich zu beantworten, da es sich um eine normative Frage handele. Feststellen könne man lediglich ob ein Thema als skandalös dargestellt wird oder nicht und ob die Bevölkerung dieses als Skandal wahrnimmt (Wolling, 2001).

<sup>52</sup> Es meldeten sich u.a. Innenminister Seehofer, der eine lückenlose Aufklärung forderte; Staatssekretär Stephan Mayer (CSU) sprach im TV von „hochkriminellen“ und „bandenmäßigen“ Vorgängen im BAMF.

<sup>53</sup> Eine Statistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2019) zeigt, dass die Anteile der ausländische Bevölkerung (zum 31.12.2018) in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bei jeweils 4,9% liegen, in Nordrhein-Westfalen bei 13,3%. Während 2018 in Nordrhein-Westfalen 39.579 Asylanträge eingingen (deutschlandweit die meisten), waren es in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen insgesamt 16.013 (BAMF, 2018).

Ostdeutschland die Quote von Menschen mit Migrationshintergrund niedrig ist und dort im Vergleich zum Rest der Nation weniger Flüchtlinge aufgenommen wurden, kann man davon ausgehen, dass eine höhere Angst vor Zuzug fremder Menschen und Kulturen herrscht (ebd.). Genau diese Angst, bis hin zur Fremdenfeindlichkeit, könnte Grund für die höhere Berichterstattung über AsylbewerberInnen und Geflüchtete sein. Überdies fanden 2018 jeden Montag in Dresden, aber auch in Leipzig und anderen ostdeutschen Städten Demonstrationen gegen Flüchtlinge statt, die die Berichterstattung ebenfalls beeinflusst haben könnten. Da die Themenkategorien *Demonstrationen* und *Extremismus* beim Thema MigrantInnen jedoch keinen hohen Stellenwert einnehmen, kann davon ausgegangen werden, dass sie die Debatte eher indirekt beeinflussen.

Auch bei Betrachtung der behandelten Orte sind Unterschiede auf den verschiedenen Ebenen festzustellen. Interessant ist, dass in Bezug auf AsylbewerberInnen und Geflüchtete auf Ost-Ebene kaum über Sachsen-Anhalt und Thüringen berichtet wurde. Im Vergleich dazu wird auf West-Ebene häufiger NRW und Düsseldorf thematisiert. Dies könnte wieder daran liegen, dass in den neuen Bundesländern weniger Geflüchtete aufgenommen wurden. Das Ereignis dreht sich also um einen bundespolitischen Diskurs, weniger um regionale Auffälligkeiten in Ostdeutschland. In Bezug auf AkteurInnen machen sich ebenfalls Differenzen bemerkbar. So sind auf Ost-Ebene Kriminelle und Tatverdächtige als AkteurInnen relevant, welche auf nationaler und West-Ebene kaum eine Rolle spielen. Dies kann zwei Gründe haben: Zum einen wird mehr über Gewalt berichtet, welche gegenüber MigrantInnen stattfand.<sup>54</sup> Zum anderen wird bei von MigrantInnen begangenen Straftaten eher die Nationalität beziehungsweise der Migrationshintergrund genannt. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund wird die Nationalität dagegen nicht benannt. Das befeuert das Stigma, dass viele Geflüchtete und Zugewanderte, beziehungsweise auch darauffolgende Generationen, kriminell seien.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass in Ostdeutschland trotz geringerer Zahlen von Asylanträgen und aufgenommen Geflüchteten mehr über Migrationsdebatten berichtet wird. Hohe Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegenüber Geflüchteten und Demonstrationen gegen Zuwanderung mit Wurzeln im rechtsextremen Milieu befeuern die Debatte und sorgen für vermehrte mediale Ereignisse in der Region.

---

<sup>54</sup> Beispielsweise die Gewalttaten in Chemnitz.

### *Rechtsextremismus; Demonstrationen; Bürgerinitiativen*

Die Themenkategorie *Rechtsextremismus* befasst sich mit Artikeln, die sich allgemein mit *Rechtsextremismus*, aber auch mit *rechts motivierten Anschlägen, Attentaten und Terrorismus* beschäftigen. Es ist klar erkenntlich, dass sich die Häufigkeiten der Berichterstattung auf nationaler und West-Ebene fast vollkommen angleichen, beide betragen zwischen 1,8% und 1,9%. In Ostdeutschland hingegen wird mit 3,4% fast doppelt so häufig über Rechtsextremismus berichtet:

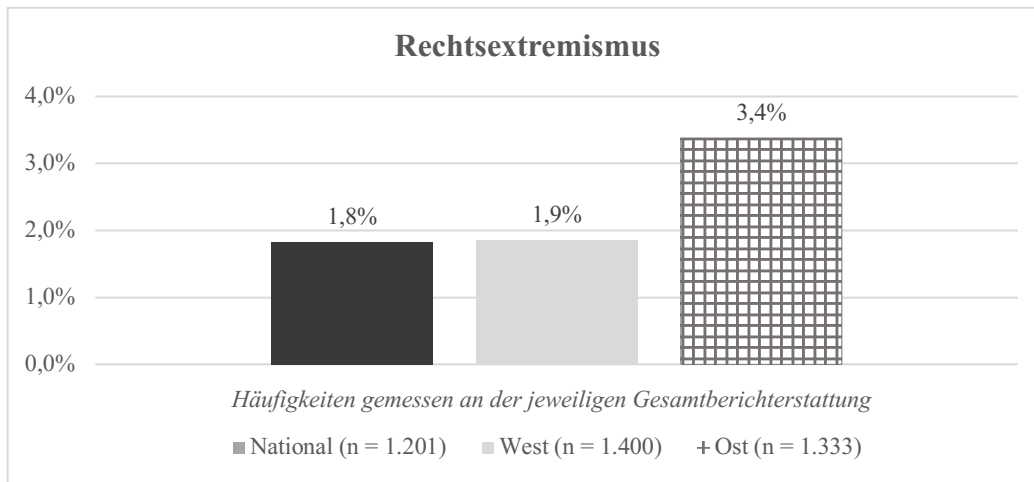


Abbildung 31: *Prozentuale Anteile der Themenkategorie Rechtsextremismus*  
Quelle: Eigene Darstellung

Die häufigsten Themen in der Berichterstattung über Rechtsextremismus stellen mit der Oberkategorie verbundene Ereignisse, die medial groß aufbereitet wurden, dar. Dies ist zum einen das Ende der NSU Prozesses, welches in das Jahr 2018 fiel.<sup>55</sup> Hierbei handelt es sich um ein für ganz Deutschland relevantes Thema. Allerdings kamen die NSU-TäterInnen aus Jena und auch der Hauptsitz der Terrorgruppe befand sich in Ostdeutschland, weshalb die Vermutung nahe liegt, dass die Berichterstattung, aufgrund des Nachrichtenfaktors Nähe, in Ostdeutschland größer war. Auch durch den Fakt, dass Ralf Wohlleben nach seiner Haft im Jahr 2018 nach Sachsen-Anhalt zog kann beispielsweise dazu beitragen

Zusätzlich fand im Jahr 2018 eine intensive Debatte rund um die Geschehnisse in der Stadt Chemnitz statt. Dort starb nach einer Auseinandersetzung zweier Männergruppen unterschiedlicher Nationalitäten ein 35-jähriger Chemnitzer, der

<sup>55</sup> Das zeigt sich auch dadurch, dass einer der am häufigsten genannten Ereignisorte München war, wo die Prozesse stattfanden. Wie genau die Berichterstattung im Jahr 2018 erfolgte wird in Rahmen der Frame-Analyse noch genauer untersucht (siehe Kapitel 6.1).

mutmaßlich von einem Iraker und einem Syrer getötet wurde. Zwar kamen beide Tatverdächtige in Untersuchungshaft, doch führte der Tod zu heftigen Ausschreitungen rechter Gruppen. Die Ereignisse rund um Chemnitz stellen ebenfalls einen Grund für die erhöhte Berichterstattung über den Rechtsextremismus dar. Diese waren zwar von gesamtdeutscher Relevanz, das Chemnitz jedoch eine Stadt in dem Bundesland Sachsen ist, liegt die Vermutung nah, dass in Mitteldeutschland aus Grund des Nachrichtenfaktors *Nähe* auch mehr über das Ereignis berichtet wurde.

Ein Augenmerk bei der Interpretation muss auch auf die rechte Gesinnung innerhalb der Bevölkerung gelegt werden. Diese kann als Indikator dafür gesehen werden, dass mehr über Rechtsextremismus berichtet wird. Laut der Mitte-Studie (Zick et al., 2019) liegt die Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland knapp 5% über den westlichen Werten. Es lässt sich der Schluss ziehen, dass die erhöhte Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland ebenfalls der Grund für die dort größere Berichterstattung über den Rechtsextremismus sein könnte. Sicher kann dies jedoch nicht gesagt werden, da nicht primär über rechte Einstellungen in der Gesamtbevölkerung berichtet wird, sondern eher über spezifische Ereignisse und extremistische Gruppen.

Der Index *Bürgerinitiativen* wird auf nationaler Ebene mit nur knapp einem Prozent der Berichterstattung selten behandelt (0,9%). Ähnlich geringfügig wird das Thema auf West-Ebene betrachtet (1,2%), wobei die Ost-Ebene hier mit 2,6% heraussticht. Ein Grund, weshalb in der Medienagenda Ost mehr darüber berichtet wird als auf der Medienagenda West, ist laut Kubiak (persönliche Kommunikation, 01.06.2020), dass es in Ostdeutschland mehr gemeinnützige Vereine gibt, die sich beispielsweise um ImmigrantInnen sorgen und andere soziale Interessen durchsetzen. Vor dem Hintergrund der oben behandelten Kategorie des Rechtsextremismus ist demnach zu werten, dass die Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern zwar höher ist, jedoch auch mehr Initiativen für ein offenes und inklusives Deutschland. Wichtig ist, dass in Ostdeutschland zwar mehr Vereine pro Kopf existieren, laut Kausmann und Simonson (2017) engagiert sich die Bevölkerung in den alten Bundesländern jedoch mehr. Während sich 2014 rund 44,8% aller Westdeutschen sozial engagierten, waren es in Ostdeutschland mit 38,5% weniger Einwohner.

Es zeigt sich, dass die Debatte um den Rechtsextremismus und dessen Austragung in den jeweiligen Medienagenden vielschichtig ist. Wurde die



Themenkategorie Rechtsextremismus codiert, so handelte es sich vermehrt um mediale Ereignisse und weniger um die Gesinnung und Einstellungen der Menschen.

### *Justiz*

Betrachtet man das Thema *Justiz* auf den verschiedenen Medienagenden genauer, so fällt auf, dass es auf der Medienagenda West mit 9,1% deutlich präsenter war als vergleichsweise im Osten mit 7,3%. Auf nationaler Ebene wurde zu 7,5% über *Justiz* berichtet. Hierbei entsteht jeweils eine knappe zweiprozentige Differenz zur West-Ebene.

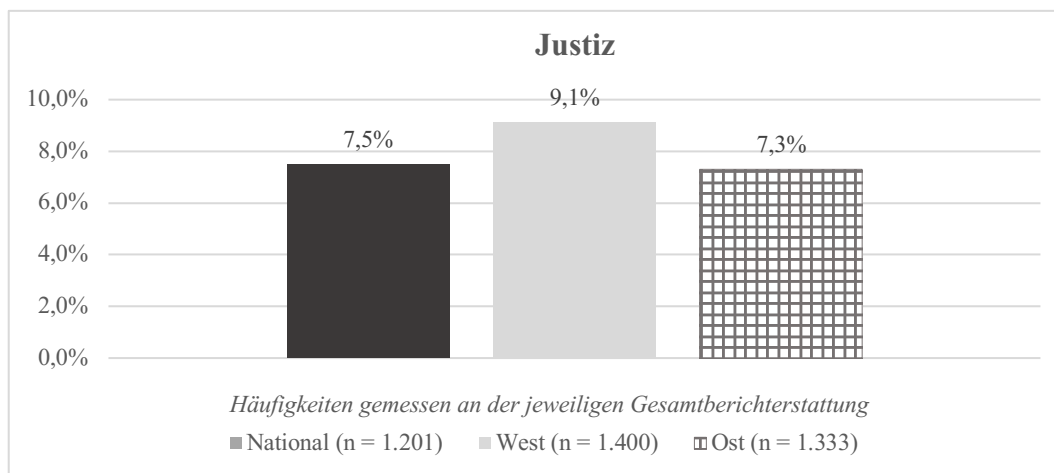


Abbildung 32: Prozentuale Anteile der Themenkategorie *Justiz*  
Quelle: Eigene Darstellung

Hauptsächlich wird in der Presse über lokale Gerichtsprozesse berichtet. Dies hat wiederum zur Folge, dass lokale Zeitungen über kleine, kurzfristige Prozesse und überregionale Zeitung langfristig über größere Prozesse, wie beispielsweise den Gerichtsprozess des NSU, berichten. Bei genauerem Betrachten der Daten anhand der Themenüberkreuzung wird dies deutlich: In Ost und West wird *Justiz* am häufigsten mit *Individuellen Straftaten* überkreuzt. Aus Studien lässt sich schließen, dass das Vertrauen in Institutionen im Osten geringer ausgeprägt ist, als im Westen; 36% der jungen Westdeutschen sowie 43% der jungen Ostdeutschen haben in die *Justiz* kein oder nur wenig Vertrauen (Faus & Storcks, 2019). Auch ein allgemeiner Überblick zum Vertrauen in Institutionen aller Altersklassen bestätigt das Ergebnis: Die Ost-West-Differenz lag 2017 bei 17,2% bei der Frage, ob die Menschen der *Justiz*/dem Rechtssystem vertrauen würden (West: 63,9%, Ost: 46,6%) (Ragnitz & Thum, 2018). Das teilweise fehlende Vertrauen kann auf der einen Seite dazu führen, dass die entsprechende Medienagenda weniger über das Thema berichtet; auf

der anderen Seite ist anzunehmen, dass im Osten weniger über das Thema berichtet wird, da die Ostdeutschen in den Führungsschichten der Gesellschaft unterrepräsentiert sind (Kollmorgen et al., 2011a). Die 25 PräsidentInnen der obersten Gerichte in Ostdeutschland sind nach 30 Jahren nach dem Fall der Mauer ausschließlich Westdeutsche. Danach sind die Präsidenten der Oberlandesgerichte, Obergerichtspräsidenten, Verwaltungsgerichte, Landesarbeits- und Landessozialgerichtspräsidenten sowie die Finanzgerichtspräsidenten durchweg erst nach 1990 von Westdeutschland nach Ostdeutschland gekommen (Bluhm & Jacobs, 2016). Da zwar Bundesgerichte im Osten angesiedelt sind, aber keine Führung einer Ostdeutschen Identität erfahren, spielt es auf der Medienagenda möglicherweise keine große Rolle.

### *Individuelle Straftaten; Verbrechensbekämpfung*

Mit 9,1% ist das Thema *Individuelle Straftaten* im Westen am häufigsten vertreten. Ost (6,2%) und National (4,4%) folgen dahinter. Betrachtet man die Subthemen des Index, so stellt sich jedoch ein differenzierteres Bild heraus:

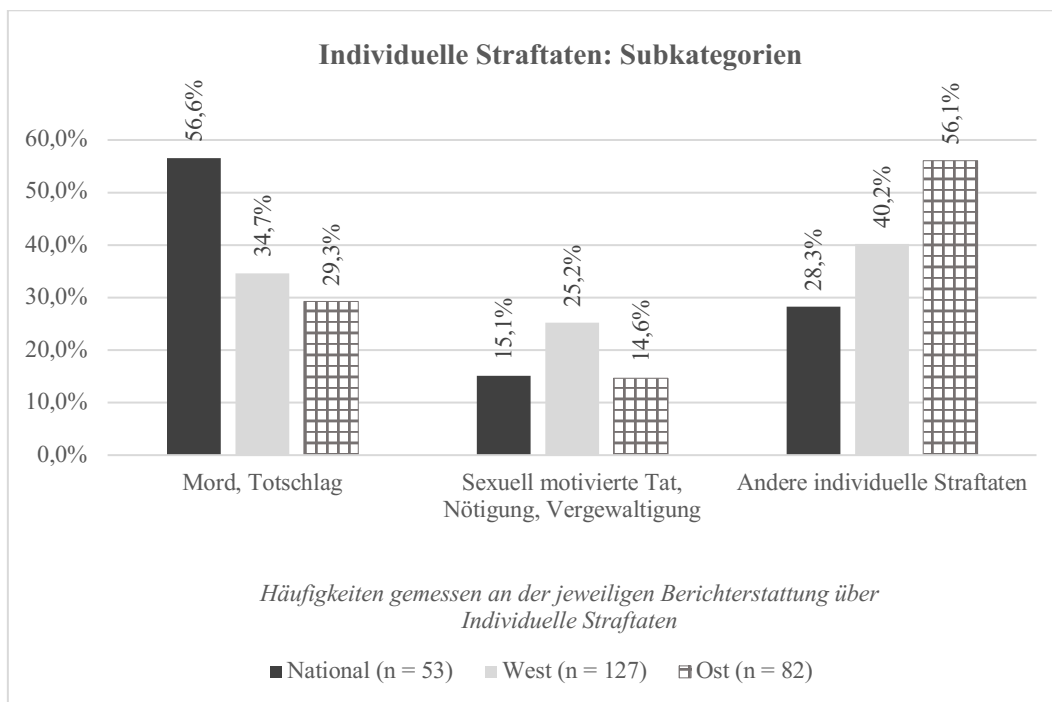


Abbildung 33: *Prozentuale Anteile der Subkategorien von Individuelle Straftaten*  
Quelle: Eigene Darstellung

Wird die Themenverteilung zunächst ohne vergleichende Studien betrachtet, so fällt der Wert des Subthemas *Mord und Totschlag* auf nationaler Ebene (56,6%) auf - Mord als Verbrechen, das Ereignis, welches mit Abstand am meisten

Aufmerksamkeit generiert. Wird unabhängig vom Ort in Deutschland ein Mord begangen, so ist es wahrscheinlich, dass dieser Mord von bundesweitem Interesse ist, da ein Mord keine alltägliche Angelegenheit darstellt. Vergleicht man die nationale Ebene mit regionaler Ebene, so ist es unwahrscheinlicher, dass ein Mord aus dem anderen Medienraum in verschiedenen regionalen Medienräumen diskutiert wird. Die Werte im nationalen Index sind daher als ein Produkt der unterschiedlichen Spezialisierungen der Berichterstattung und der differenzierbaren Relevanzen der Verbrechen, unabhängig von der Ebene zu betrachten.

Zieht man Werte für ein Verbrechen pro 100.000 Einwohner heran, ergeben sich zu den erhobenen Häufigkeiten der vorliegenden Studie eher konträre Erkenntnisse: Pro 100.000 Einwohner geschehen im Westen 6.252 Straftaten, im Osten der Republik sind es 6.992 (exklusive Berlin). Der Bundesdurchschnitt liegt dazu bei 6.710 (BKA, 2019). Der Wert im Osten ist demnach höher als der im Westen, was die Anzahl der Berichterstattung auf Ost-Ebene erklärt. Bewertet man die Kriminalitätswerte zu *sexuell motivierten Straftaten, Nötigung und Vergewaltigung*, so ergibt sich ein adäquates Bild zur Berichterstattung: Bezüglich sexuell motivierter Übergriffe kommt es in den alten Bundesländern pro 100.000 Einwohner auf 10,9 Vorfälle und im Osten auf 9,1 (ebd.). Auf West-Ebene fällt die Zahl mit 25,2% nur deshalb deutlich höher aus als auf Ost-Ebene (14.63%), da im Jahr 2018 die Missbrauchsfälle der Kirche in NRW aufgedeckt wurden und darüber im jeweiligen Medienraum dementsprechend berichtet wurde (siehe Themenkategorie Kirche).

Neben individuellen Straftaten wird auf den Medienagenden auch über *Verbrechensbekämpfung* berichtet. Auf der nationalen Ebene (4,1%) sowie der Ost-Ebene (4,1%) ähneln sich die Werte, mit 6,4% sticht die West-Ebene deutlich hervor. Da die Kombinationen mit den Individuellen Straftaten die häufigste darstellt, stehen diese beiden Themen in ihrer Frequenz und deren Begründung in engem Zusammenhang. Die Häufigkeit der Berichterstattung über die Arbeit der Polizei richtet sich auch und vor allem nach der Häufigkeit von Verbrechen. Daher ist es notwendig einen Blick auf die Kriminalstatistik zu werfen und einen Häufigkeitsabgleich durchzuführen. Vergleicht man die reinen Häufigkeiten der beiden Themenkategorien Individuelle Straftaten und Polizeiliche Arbeit, so gleichen sich diese in ihren Verhältnissen in hohem Maße. Während im Westen der Anteil der Individuellen Straftaten bei 9,1% liegt, ist der Westen bei der Berichterstattung von Verbrechensbekämpfung ebenfalls mit 6,4% an erster Stelle. Hier ist ein klarer

Zusammenhang zu erkennen – beide Themenkategorien bedingen sich gegenseitig. Mehr Kriminalität, zumindest in der Berichterstattung, bedeutet gleichzeitig auch mehr Berichterstattung über die Aufklärung. Des Weiteren ist das Verhältnis zur Polizei in den neuen Bundesländern von gesteigertem Interesse, besonders unter den Folgen der Wiedervereinigung (Antholz, 2015). Die Dichte der Polizei im Osten ging laut Antholz (ebd.) im Zeitablauf von 1993 - 2013 4 um 12% zurück. In Westdeutschland blieb die Dichte der Polizei im selben Zeitraum auf demselben Niveau.

Ein Zusammenhang zwischen der Polizeilichen Arbeit und der Häufigkeit von Verbrechen lässt sich hier in Ansätzen herstellen. Ob sich gerade dieser Zusammenhang auch auf die Wahrnehmung der Polizei gerade im Osten auswirkt, kann jedoch bezweifelt werden.

#### *Geteiltes Deutschland; Geschichte*

Trotz der weiterhin großen Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern wird ersichtlich, dass die Geschichte des *geteilten Deutschlands* in der Berichterstattung keine große Rolle spielt (siehe Abbildung 34). Lediglich 0,86% aller codierter Artikel beschäftigen sich mit dieser Thematik. Dieses Thema ist in der Berichterstattung in Ostdeutschland (1,5%) doppelt so hoch wie auf der nationalen Medienagenda (0,8%). Im Westen es fällt mit 0,4% in der Berichterstattung kaum ins Gewicht.

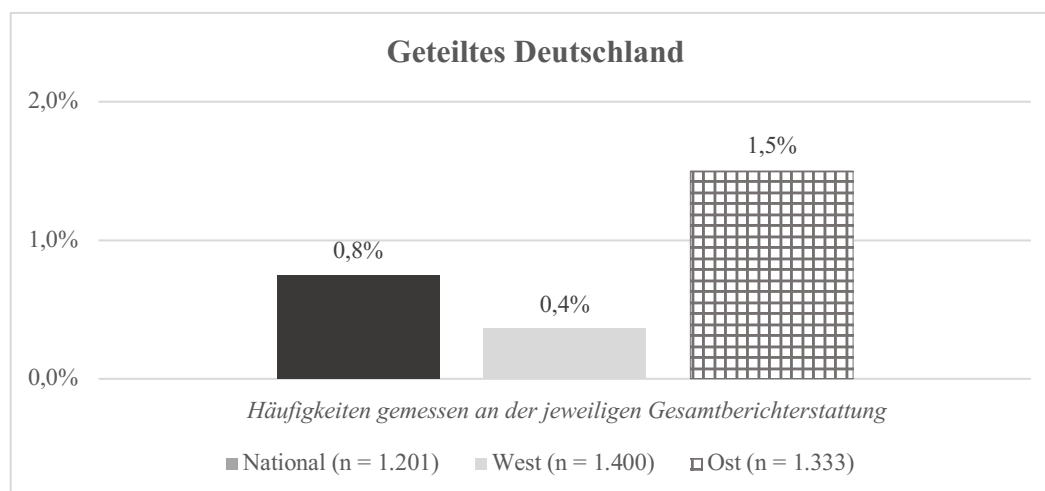


Abbildung 34: Prozentuale Anteile der Themenkategorie *Geteiltes Deutschland*  
Quelle: Eigene Darstellung

Es wird deutlich, dass das Thema besonders für Tageszeitungen in der ehemaligen DDR von Relevanz ist. Behandelt werden Parteien und PolitikerInnen aus der DDR und der BRD zur selben Zeit. Aber auch der Mauerfall, die Wiedervereinigung, die Stasi und Auswirkungen des geteilten Deutschlands sind in diesem Index inbegriffen. Bei näherer Betrachtung der codierten Artikel wird ersichtlich, dass viele Themen, die in Ostdeutschland vorkommen, auf nationaler und West-Ebene keine Bedeutung haben, wie beispielsweise die Kritik an Westdeutschland, Rente und der Solidaritätszuschlag in Ostdeutschland sowie Vorurteile gegenüber Ostdeutschen. Auffällig ist auch das Thema Kunst und Kultur des Ostens, welches in Ostdeutschland häufiger behandelt wird als auf nationaler Ebene. Es wird ersichtlich, dass das Thema der Wiedervereinigung in Ostdeutschland auch heute noch relevanter ist, da es sich für den Westen lediglich um eine Fernwahrnehmung und im Osten um eine Nahwahrnehmung handelt. Eine Jugendstudie von Faus & Storks (2019) zeigt auch, dass das Thema Wiedervereinigung in ostdeutschen Familien präsenter ist als in westdeutschen Familien.<sup>56</sup> Das zeigt sich beispielsweise auch dadurch, dass in Ost-Zeitungen auch Berichte über DDR-Kulturgut oder auch moderne Literatur, welche DDR-Thematiken behandelt, aufgegriffen und vorgestellt werden. Auch Berichte über Gedenkstätten, die auf ostdeutschem Boden stehen, sind dort um einiges relevanter, was sich allein durch die Nähe zum Thema und zum Ort selbst erklären lässt.

Gegensätzlich zu der geteilten Geschichte Deutschlands zeigt sich, dass der Kategorie *Geschichte* (siehe Abbildung 35) auf nationaler Ebene (2,50%) weitaus mehr journalistische Bedeutung zukommt. Die Differenz zur West-Ebene (0,57%), auf der die Thematik kaum eine Rolle spielt, beträgt ca. 2%. Von etwas mehr Bedeutung als im Westen scheint das Thema auf Ost-Ebene zu sein, hier macht es 1,58% der Berichterstattung aus. Zwar ist das Thema nicht essentiell für die innerdeutsche Berichterstattung, jedoch ist deutlich zu erkennen, dass es auf Bundes- und Ost-Ebene eine größere Rolle spielt. Größtenteils drehen sich die Berichte um den Nationalsozialismus, welcher prägend für die deutsche Geschichte und den heutigen Umgang mit Rechtsextremismus und Antisemitismus ist.

---

<sup>56</sup> Während in Ostdeutschland jeder zweite befragte Jugendliche angab, über das Thema schon einmal gesprochen zu haben, war es in Westdeutschland nur jeder vierte.

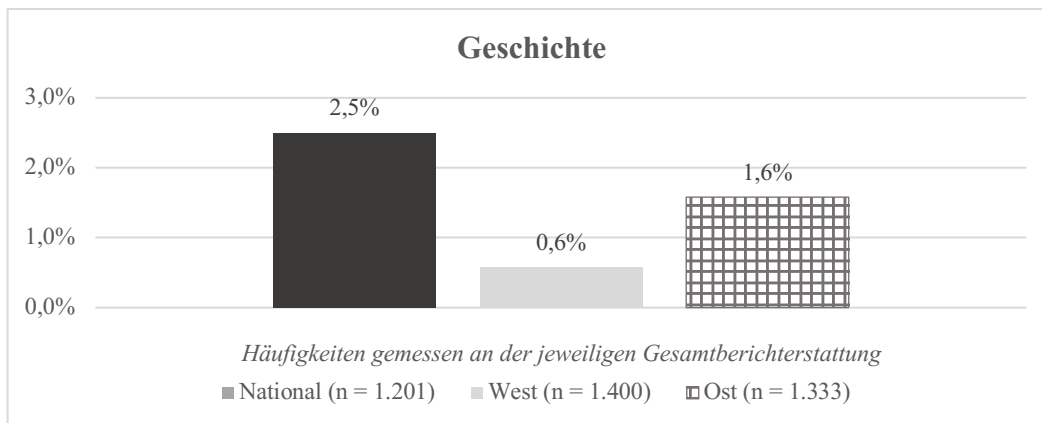


Abbildung 35: Prozentuale Anteile der Themenkategorie Geschichte  
Quelle: Eigene Darstellung

Im reinen Ost-West Vergleich wird ersichtlich, dass historische Ereignisse im Osten viel mehr Zuwendung bekommen. Es wird also nicht nur die Zeit des geteilten Deutschlands weitaus mehr thematisiert, sondern auch historische Ereignisse im Allgemeinen. Ein Vergangenheitsdiskurs findet in der westdeutschen Berichterstattung kaum statt. Hier könnte man die stärkere Zuwendung zur Zukunft der alten Bundesländer als Interpretationspunkt anführen. Jedoch ist ein verlorener Bezug zur Vergangenheit auch nicht zwingend positiv zu bewerten. Wie bereits beschrieben, spielt in Ostdeutschland der Umgang mit der DDR-Vergangenheit eine besondere Rolle. Dies könnte auch einer der Gründe für die vermehrte Berichterstattung über historische Ereignisse sein. In den überregionalen Zeitungen könnte dies damit zusammenhängen, dass weitaus mehr Platz für Artikel unterschiedlichster Art vorhanden ist. Die Regionalzeitungen fokussieren sich noch mehr auf tagesaktuelle Geschehen, weshalb Berichte über die Vergangenheit dort weniger Platz finden. So finden sich beispielsweise zu aktuellen Debatten auch Hintergrundartikel mit historischen Vergleichen. Zusätzlich werden Gedenktage in nationalen Zeitungen auch häufig im Politikteil behandelt, welche auf regionaler Ebene eher in den, hier nicht untersuchten, Lokalteilen Platz finden.

### 5.3 Auswertung der Hypothesen

Zur Auswertung der ersten drei Hypothesen werden die Ergebnisse der Themenfrequenzanalyse mit den erhobenen Medienagenden herangezogen.

*H1: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands existieren unterschiedliche Medienagenden in der Presse hinsichtlich innerdeutscher Themen.*

Wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt, lassen sich sowohl Differenzen als auch Konvergenzen in Hinsicht auf die Frequentierung einzelner Themen identifizieren. Ebenenübergreifende und übereinstimmende Prozentwerte weisen beispielsweise die Kategorien *Sonstige Wirtschaftszweige* (National 5,2%; West 4,9%; Ost 5,9%) oder *Wirtschaftslage und Standortpolitik* (National 4,0%; West 3,2%; Ost 3,6%). Themenkategorien mit höheren Prozentwerten weisen hingegen eher differente, oftmals über zweiprozentige Verschiebungen, auf: So nimmt das Thema *Arbeitswelt* 11,0% der Ost-Berichterstattung ein, während es National nur zu 8,9% und auf West-Ebene zu 7,9% thematisiert wird. Auch die Prozentwerte des Themas *Unternehmen/Unternehmensbelange* unterscheiden sich maßgeblich. Während es auf West-Ebene zu 19,4% behandelt wird, nimmt es auf nationale Ebene knapp fünf Prozent weniger ein (14,7%), auf Ost-Ebene sogar sechs Prozent weniger (13,9%). Ein Blick auf diese exemplarischen Prozentwerte zeigt auf, dass höher frequentierte Thematiken eher Divergenzen als Konvergenzen aufweisen und eine differenzierte Schwerpunktsetzung zwischen den Medienagenden vorliegt. Dennoch sind diese Prozentunterschiede relativ zu betrachten und können eine Einheitlichkeit der Medienagenden nicht endgültig widerlegen oder bestätigen.

Daher wird im nächsten Schritt betrachtet, ob auf allen drei Ebenen die gleichen Themen behandelt werden. Zunächst ist hierbei bemerkenswert, dass fast alle codierten Themen und daraus gebildeten Indizes ( $n = 71$ ) auf allen Medienagenden vertreten sind. Da jedoch diverse Themen nur sehr geringfügig vorkommen und demnach als nicht aussagekräftig genug erachtet werden, werden zur weiteren Untersuchung nur jene betrachtet, die über ein Prozent der jeweiligen Berichterstattung eingenommen haben. Um von einer Ähnlichkeit beziehungsweise Einheitlichkeit zwischen den Medienagenden ermitteln zu können, wurde vor

Forschungsbeginn eine Themenübereinstimmung von mindestens 40% festgelegt.<sup>57</sup> Von insgesamt 71 codierten Themen ergaben sich 57, die auf mindestens einer Medienagenda über einen Prozent erreichten und somit als relevant erachtet werden können.<sup>58</sup> Vergleicht man diese 57 Themen und überprüft, ob diese in allen drei Teilöffentlichkeiten vertreten sind, erhält man folgendes Ergebnis: 41 Themen werden auf allen drei Ebenen behandelt, womit eine Konvergenz von 71,9% erreicht wird. Die zuvor angesprochene Themenkonvergenz von 40% wurde demnach erreicht, womit vorerst von einheitlichen Medienagenden und somit Widerlegung der H1 ausgegangen werden kann. Jedoch ist neben der Themenübereinstimmung auch die Rangübereinstimmung von Bedeutung. Schließlich wird den Thematiken zugleich eine Salienz zugeschrieben, welche sich in einer Rangordnung innerhalb der Medienagenda widerspiegelt. Medien beeinflussen zwar nicht wie RezipientInnen über Sachverhalte nachdenken, sondern worüber nachgedacht wird und je mehr die Bedeutung des Themas zunimmt, desto eher besteht die Möglichkeit der Übernahme dieses auf die Publikumsagenda (siehe Kapitel 3.4.1). Da eine gemeinsame Themenbasis weiterhin essentiell für das Funktionieren eines gemeinsamen öffentlichen Diskurses ist (siehe Kapitel 3.2.2), ist es von großer Bedeutung die Themenrangfolgen zu beachten. Zur Veranschaulichung der gegebenen Rangplatzierungen zwischen den jeweiligen Medienagenden dient Tabelle 6. Auf der x-Achse sind dabei alle Themen aufgelistet, die auf allen drei Agenden die zehn meist frequentierten Themen sind, die y-Achse misst die Ränge eins bis 18 sowie größer als 19. Beispielerklärung: Das Thema *MigrantInnen* ist auf nationaler Ebene auf Rang drei platziert, im Osten auf Rang sechs und im Osten Rang acht. Dieser Ausschnitt an Themen in der Tabelle verdeutlicht, dass zwar eine Themenkonvergenz vorliegt, jedoch die Ränge häufig stark divergieren.

---

<sup>57</sup> Bei den 40% wurde sich vorrangig an Kleinen-von Königslöw (2010) orientiert, die bei der Messung der Übereinstimmung innenpolitischer Themen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Medien eine zufriedenstellende Konvergenz von 52% feststellte. Da in der vorliegenden Arbeit jedoch auch ein Vergleich zwischen allen drei Ebenen stattfindet, wurde ein niedrigerer Wert festgelegt. Zudem ist eine gewisse Divergenz zwischen den Medienagenden wünschenswert, da zu hohe Konvergenzen von einer geringen Presse- und Meinungsvielfalt zeugen. Bei einer Überschneidung von 40% kann davon ausgegangen werden, dass für ganz Deutschland relevante Themen in allen drei Ebenen behandelt werden, jedoch auch regionale Schwerpunkte gesetzt werden.

<sup>58</sup> Zwar erreichten nur 46 Themen ebenenübergreifend einen Prozent oder mehr, jedoch wurden auch jene Themen miteinbezogen, die nur auf einer oder zwei Medienagenden große Relevanz erzeugten. Beispiel hierfür ist das Thema Banken: Es erreichte National 3,0%, Ost nur 1,0% und lag West unter der Ein-Prozent-Hürde (0,8%).



Thema	Rang																		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	>19
Unternehmen/Unternehmensbelange	NWO																		
Arbeitswelt		O	N	W															
Justiz			W	NO															
Umwelt		W	O				N												
MigrantInnen		N			O	W													
Wissenschaft/Innovation			O				N				W								
Individuelle Straftaten			W			O						N							
Gesellschaft				O			W			N									
Technische Infrastruktur				W						O			N						
Sonstige Wirtschaftszweige							O		N	W									
Parteien auf Bundesebene						N			W			O							
Wirtschafts- & Finanzpolitik					N				O			W							
Verbreichensbekämpfung						W							O	N					
Politische Personaldebatten								NW								O			
Bildungspolitik						W									O			N	
Sozialpolitik								N										WO	
Gesundheit								O										W	N

N = Nationale Medienagenda      W = Medienagenda West      O = Medienagenda Ost

Tabelle 6: Rangverteilung der zehn meist behandelten Themen auf der jeweiligen Medienagenda  
Quelle: Eigene Darstellung

Eine statistische Überprüfung der Rangverteilungen an einer Themenbasis ( $n = 40$ ) ergibt jedoch ein anderes Ergebnis: Der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman ( $r_s$ ) zeigt, dass, anders als zunächst vermutet, die Werte für eine ähnliche Platzierung der Ränge zwischen den Ebenen sprechen.<sup>59</sup>

n = 40	National/West	National/Ost	West/Ost
Rangkorrelationskoeffizient ( $r_s$ )	.658 ( $p < .001^{**}$ )	.603 ( $p < .001^{**}$ )	.744 ( $p < .001^{**}$ )

\*\* Die Korrelation ist auf dem Niveau 0.001 höchst signifikant.

Tabelle 7: Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman ( $r_s$ )

Quelle: Eigene Darstellung

Im Gegensatz zur ersten deskriptiven Auffassung sprechen die Ergebnisse zwar weiterhin für Divergenzen zwischen den Rangverteilungen, jedoch beweist der Rangkorrelationskoeffizient, dass die Unterschiede nicht sehr stark ausgeprägt sind. Eine perfekte Korrelation der Ränge ist, wie bei der Themenverteilung, ohnehin nahezu unmöglich. Der Koeffizient sagt indes aus, dass je höher der Rang eines Themas auf einer Ebene ist, desto höher ist dieser auch auf den anderen vergleichenden Ebenen. Zudem ist bemerkenswert, dass zwischen Ost- und West-Ebene die Ränge häufiger korrelieren als zwischen der nationalen und den regionalen Ebenen. Die erhobenen Daten sprechen demnach für eine starke Konvergenz bezüglich der Themen zwischen allen drei Medienagenden, welche jedoch Divergenzen sowohl in der Frequentierung als auch der Salienz aufweisen. Diese unterschiedliche Themengewichtung zwischen den Teilöffentlichkeiten zeugt von eigenständigen Pressestimmen in Deutschland.

Zwischen den drei Teilöffentlichkeiten existieren demnach Divergenzen in der thematischen Konvergenz, wobei sich für eine endgültige Auswertung der H1 folgendes formulieren lässt: Die Themenkonvergenz von 71,9% zwischen allen drei Teilöffentlichkeiten sowie die Rangkorrelationskoeffizienten sprechen eher für eine Ähnlichkeit beziehungsweise Einheitlichkeit der Medienagenden, womit sich H1 eher widerlegen lässt.

---

<sup>59</sup> Mit der Spearman-Korrelation wird der Zusammenhang zwischen zwei Variablen gemessen, wobei die Korrelation zwischen deren Rängen berechnet wird. Nimmt der Wert hierbei -1 an, herrscht eine perfekte negative Korrelation vor, beim Wert +1 ist die Korrelation perfekt positiv. Liegt der Wert nahe 0, herrscht keine Korrelation gemessen vor (Blobel & Lohrmann, 1998).

*H2: Die nationale Medienagenda verhält sich konvergent zur westdeutschen und divergent zur ostdeutschen Medienagenda.*

Zunächst wird auf die Ähnlichkeit der Themenfrequentierung eingegangen und anschließend die der Rangplatzierungen. Wurde zwischen allen Medienagenden eine Themenkonvergenz von 71,9% errechnet ( $n=57$ ),<sup>60</sup> liegt diese zwischen nationaler und West-Ebene bei 86,0% und sowohl zwischen nationaler und Ost-Ebene als auch West- und Ost-Ebene bei 78,9%. Somit herrscht zwischen allen Teilöffentlichkeiten eine sehr hohe Themenkonvergenz vor, wobei sich die nationale und West-Teilöffentlichkeit bei der Betrachtung der Themenbehandlung am nächsten sind. Auch die bereits genannten Werte des Rangkorrelationskoeffizienten in Bezug auf die Ähnlichkeit der Ränge bestätigen eine minimale größere Korrelation zwischen West und National ( $r_s=.658$ ) als Ost und National ( $r_s=.603$ ). Wobei diese Divergenz der Werte sehr marginal ist; vielmehr kann abgeleitet werden, dass die Ränge auf den Medienagenden in Ost und National sowie West und National ähnlich stark korrelieren. Vergleicht man jedoch in einem weiteren Schritt die Prozentwerte und überprüft, ob sich diese eher zwischen National und Ost oder National und West annähern, wird eine minimale größere Übereinstimmung zwischen nationaler und Ost-Ebene ersichtlich: Von  $n = 57$  weisen 56,1% der Themen zwischen den beiden Teilöffentlichkeiten eine höhere Ähnlichkeit auf, zwischen West und National sind es somit 43,9%. Demzufolge existiert zwischen der nationalen und Medienagenda Ost zwar eine kleinere gemeinsame Themenbasis und die Ränge stimmen weniger überein, doch die Häufigkeitsverteilung der Berichterstattung ist einheitlicher als zwischen National und West. Sowohl die Messung der Themenkonvergenz also auch die der Ähnlichkeit der Ränge und Prozentwerte weisen nur marginale Unterschiede zwischen Ost und National beziehungsweise West und National auf.

In Bezug auf H2 ist demnach weder die Konvergenz zwischen der westdeutschen und nationalen Teilöffentlichkeit sowie die Divergenz zwischen der ostdeutschen und nationalen Teilöffentlichkeit vollständig zu bestätigen – H2 wird

---

<sup>60</sup> Die 57 Themen beziehungsweise Indizes beziehen sich auf all jene, die auf mindestens einer Medienagenda über ein Prozent der Berichterstattung eingenommen haben und somit als besonders relevant erachtet werden.

demnach eher widerlegt. Die nationale Medienagenda verhält sich ähnlich konvergent zur westdeutschen wie zur ostdeutschen Medienagenda.

*H3: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands liegt keine einheitliche Presseberichterstattung vor.*

Die einheitliche Presseberichterstattung beschränkt sich auf die zehn meist frequentierten Themen der jeweiligen Medienagenda. Die einheitliche Presseberichterstattung wird im Weiteren mit dem Begriff der Deutschlandagenda gleichgesetzt: Liegt eine Einheitlichkeit zwischen den Medienagenden vor, so besteht eine Deutschlandagenda, kann jedoch keine einheitliche Berichterstattung gemessen werden, existiert die Deutschlandagenda nicht. Letztere misst sich dabei an den zehn meist frequentierten Themen der jeweiligen Medienagenda. Wie auch bei H1 ein Wert von 40% festgelegt wurde, damit von einer einheitlichen Berichterstattung in Deutschland die Rede sein kann, gilt ebensolcher auch für diese Auswertung. Das Ergebnis zeigt eine 50%ige Konvergenz, also fünf von zehn Themen werden auf allen drei Ebenen behandelt (Unternehmen/Unternehmensbelange, Arbeitswelt, Umwelt, MigrantInnen und Justiz). Treffen Menschen aus den erhobenen Regionen aufeinander, kann davon ausgegangen werden, dass die Hälfte der Themen allen bekannt und bewusst sind, wenn auch mit einer unterschiedlichen beigemessenen Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang kann herausgestellt werden, dass von den fünf Themen sich drei auf allen drei Medienagenden unter den obersten vier Rängen platzieren (Unternehmen/Unternehmensbelange, Arbeitswelt und Justiz). Diesen wird also hinzukommend eine sehr konvergent verlaufene Wichtigkeit zugeschrieben. Wie auch bei H1 müssen jedoch innerhalb der relativ konvergenten Themenverteilung bestehende Divergenzen zwischen den Medienagenden beachtet werden, vor allem in der Themenfrequentierung.

Demnach kann gegensätzlich der Annahme, dass keine einheitliche Berichterstattung zwischen den Teilöffentlichkeiten vorliegt, von Einheitlichkeit gesprochen werden, die Deutschlandagenda existiert und H3 wird eher widerlegt.

## 5.4 Dekonstruktion II

Nachdem die Interpretation der deskriptiven Daten der Themenfrequenzanalyse sowie die Auswertung der Hypothesen erfolgt ist, werden im Folgenden die empirischen Befunde mit den fundamentalen theoretischen Konstrukten der Arbeit verknüpft.

Im Allgemeinen lässt sich durch Toblers (2010) arenatheoretische Modellierung von Öffentlichkeit ableiten, dass wirtschaftliche sowie politische Teilöffentlichkeiten und AkteurInnen einen tendenziell größeren Einfluss auf die Massenmedien und damit auf die Berichterstattung haben, als die semiautonomen Subsysteme. Die oben aufgezeigten Ergebnisse gehen also mit der arenatheoretischen Modellierung einher: Auf allen drei Medienagenden nehmen politische und wirtschaftliche Themen mehr Raum ein als gesellschaftliche. In der Themenfrequenzanalyse wurde zusätzlich der Vergleich unternommen, ob und inwiefern sich die medialen Teilöffentlichkeiten National, Ost und West in ihrer Themensetzung unterscheiden. Es wird erkenntlich, dass politische Themen innerhalb der Berichterstattung Ostdeutschlands von geringerer Bedeutung sind als in den medialen Teilöffentlichkeiten West und National. Während politische Thematiken auf nationaler Ebene 45,2% und auf West-Ebene 44,1% der Berichterstattung einnehmen, sind es auf Ost-Ebene lediglich 40,1%. Bedenkt man, dass in Ostdeutschland dasselbe politische System wie in den anderen Teilöffentlichkeiten existiert, sollte die Lebenswelt des Kommunikationsraums Ost auch dieselbe mediale Betrachtung erfahren.<sup>61</sup> Die geringere mediale Beachtung politischer Themen im Osten lässt sich mit der sogenannten Definitionsmacht verschiedener Akteure erklären, deren Stärke sich in Kommunikationsprozesse in der medialen Arena einzubinden, von sozialen und monetären Stellungen abhängt. Besonders im Wirtschafts- und Politikbereich sind noch heute deutlich weniger ostdeutsche als westdeutsche BürgerInnen in Führungspositionen präsent (Bluhm & Jacobs, 2016).<sup>62</sup> So lässt sich eine geringere Definitionsmacht ostdeutscher AkteurInnen beschreiben. Dies könnte die Berichterstattung dadurch beeinflussen, dass sich Ostdeutsche in bundespolitischen Debatten weniger repräsentiert fühlen und diese Thematiken so auch, wegen des

---

<sup>61</sup> Massenmedien sollten ein strukturgleiches Abbild der Gesellschaft der jeweiligen Teilöffentlichkeit abbilden (Jarren & Donges, 2011).

<sup>62</sup> Eliten haben einen großen Einfluss auf die Berichterstattung und auch nach Lippman (2018) stellen JournalistInnen eine Verbindung zwischen Massengesellschaft und Eliten her.

geringeren Interesses, weniger in den Medien vertreten sind (D. Kubiak, persönliche Kommunikation am 01.06.2020). Weiterhin könnte der Nachrichtenfaktor Identifikation nach Schulz (1976) eine Rolle spielen, nach dem Nachrichten dadurch ausgewählt werden, ob sich die RezipientInnen mit diesen, aber auch den vorkommenden AkteurInnen identifizieren können. Andererseits ist zu beachten, dass die Unterschiede in Hinsicht auf politische Themen zwar deutlich messbar, jedoch nicht gravierend sind. Sie könnten sich daher auch auf Grund der Differenzen des föderalen Systems in der Bundesrepublik erklären lassen. So mag der Befund von Bluhm und Jacobs (2016) auch auf die vorliegenden Ergebnisse anwendbar sein, ist aber in seiner Aussagekraft beschränkt.

Des Weiteren werden gesellschaftliche Themen im Osten häufiger betrachtet als auf den anderen Ebenen. Hier nimmt das Thema 25% der Berichterstattung ein, während es im Westen zu 22% und auf nationaler Ebene zu 20% thematisiert wird. Dies lässt sich durch unterschiedliche Rezeptionsgewohnheiten in den Regionen erklären, nach denen ostdeutsche BürgerInnen vermehrt unterhaltende Programme rezipieren (siehe Kapitel 2). Weiterhin können einige Unterschiede zwischen den drei Medienagenden identifiziert werden (siehe Kapitel 5.1.2). Diese geringen Häufigkeitsunterschiede der innerdeutschen Themen lassen sich beispielsweise durch die regionale Ausrichtung der Zeitungen auf Ost- und West-Ebene und den Nachrichtenfaktor Nähe erklären. Die gesetzten Themen fokussieren sich auf Belange, die es nicht auf die Agenda der nationalen medialen Teilöffentlichkeiten schaffen, da sie für diese Zeitungen von weniger Relevanz sind. So handelt es sich hier auch häufig um kurzfristige Ereignisse, welche von kurzer Lebensdauer sind (Schulz, 1976) und nicht in den Diskurs der jeweiligen anderen Teilöffentlichkeit eindringen.

Daran anschließend bilden wirtschaftliche Themen die zweitstärkste Oberkategorie, was sich durch das arenatheoretische Öffentlichkeitsmodell ableiten lässt, nach dem Wirtschaft eine der wichtigsten Öffentlichkeitsarenen bildet. Diese Oberkategorie wird auf allen drei Medienagenden nahezu gleich häufig thematisiert. Auf nationaler Ebene nimmt sie 31,8% der Berichterstattung ein, auf West-Ebene 30,2% und auf Ost-Ebene 31,9%. Diese Ähnlichkeit der Themenhäufigkeiten lässt sich dadurch erklären, dass die drei unterschiedenen Teilöffentlichkeiten einem Wirtschaftsraum angehören, in dem auch dieselben Thematiken von Relevanz sind. So dominieren beispielsweise Unternehmenskrisen wie Insolvenzen oder

Firmenskandale die Berichterstattung. Im Laufe der Analyse konnten einige Ereignisse identifiziert werden, die durch ihre Krisenbehaftung teilöffentlichkeits-übergreifende mediale Aufmerksamkeit erhalten haben, wie beispielsweise der Dieselskandal. Dementsprechend kann geschlossen werden, dass insbesondere Ereignisse die mit hoher Skandalisierung (ebd.) behaftet sind auf allen drei Ebenen vorkommen. Es handelt es sich um langfristige Themen, da sie sich durch die Verkettung von Einzelereignissen und komplexen sowie mehrdimensionalen Nachrichtenwerten über lange Zeit in der Berichterstattung halten. Folglich kann gesagt werden, dass besonders langfristige Debatten in den Teilöffentlichkeiten Überschneidungen finden und somit einen öffentlichen Diskurs schaffen, der sich über längere Zeit streckt. Das erzeugt eine Grundlage für eine ebenenübergreifende Anschlusskommunikation, da RezipientInnen aller Medienagenden über die jeweiligen Sachverhalte Bescheid wissen.

Setzt man das Hauptaugenmerk auf den Vergleich der unterschiedlichen Medienagenden miteinander, so fällt auf, dass diese sich angleichen (wie durch H1 und H3 dargelegt). Massenmedien stellen mittels ihrer politischen Funktion einen gemeinsamen öffentlichen Diskurs her und schaffen die Grundlage für einen gesamtdeutschen Diskurs. Da ähnliche Thematisierungen und Rangfolgen derer in den Teilöffentlichkeiten beobachtet werden können, kann man von einer gemeinsamen Verständnisbasis über Beiträge und Themen ausgehen, welche sich über ganz Deutschland streckt (Peters, 1994). Die gesamtdeutsche Grundlage für einen gemeinsamen Diskurs ist durch die Presse demnach gegeben, da Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Öffentlichkeitsarenen bestehen. Kritisiert werden kann an dieser Stelle jedoch, dass die Berichterstattung hier größere Divergenzen aufweisen müsste, da sich Ost und West in deren Lebenswelten weiterhin sichtbar voneinander unterscheiden (siehe Kapitel 1 und 2) und die Berichterstattung strukturgleich von den Massenmedien dargestellt werden sollte (Tobler, 2010). Diese mangelnde Inklusion kann sich durch fehlende Nähe der Verlage am Geschehen in der jeweiligen Region erklären lassen, denn die Verlage der meisten Ost-Zeitungen sind im Westen der Republik angesiedelt. Das erschwert eine Abbildung der strukturellen Gegebenheiten in der Teilöffentlichkeit, weil die nur durch einen Blick von Außerhalb erfolgt. Vorstellbar wäre daher eine Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen (Czerwick, 1990).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die herausgestellt existierende Konvergenz zwischen den einzelnen Medienarenen, sich in ihren thematischen Salienzen unterscheiden. Auf der einen Seite kann dies für eine Einheitlichkeit des Pressesystems über die unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten hinweg sprechen, die jedoch von regionalen Unterschieden geprägt sind (Vgl. Kapitel 5.1.2). Dies steht für einen einheitlichen Kommunikationsraum, in dem sich Kommunikationsereignisse überschneiden und somit die Grundlage für eine einheitliche Anschlusskommunikation auf Encounter-Ebenen geschaffen wird (Gerhards & Neidhardt, 1990). Diese Erkenntnis kann für einen konvergenten Austausch sprechen, da eine gemeinsame mediale Diskussions- und Verständnisbasis geschaffen wird. Durch die sich angleichende Berichterstattung wird gewährleistet, dass ein diskursiver Austausch zwischen den drei Teilöffentlichkeiten entstehen kann. Gleichzeitig wird betont, dass eine erhobene veröffentlichte Meinung eine einheitliche öffentliche Meinung widerspiegelt (ebd.). Auf der anderen Seite kann die Einheitlichkeit der Berichterstattung aber auch für eine mangelnde strukturelle Abbildung der Teilöffentlichkeiten durch die Presseberichterstattung sprechen. Die Überlegung liegt nahe, dass eine Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen in der Berichterstattung vorliegen könnte.

## **6. Empirische Befunde Inhaltsanalyse II: Frame-Analyse**

Nach Darlegung und Diskussion der empirischen Befunde der Themenfrequenzanalyse, folgt nun die ausführliche Deskription und Interpretation der Ergebnisse der qualitativen Frame-Analyse. Geleitet an den drei Fallbeispielen, teilt sich dieses Kapitel nach den drei Fallbeispielen auf. Beginnend mit den erhobenen Medienframes zum NSU-Prozesses (siehe Kapitel 6.1), folgen Frames zu den Ereignissen in Chemnitz (siehe Kapitel 6.2) und abschließend zum Dieselskandal (siehe Kapitel 6.3). Die Auswertung der Hypothesen sowie eine Bindung der Empirie und Theorie folgt jeweils themenabhängig.



## **6.1 Fallbeispiel I: NSU-Prozess**

Die Auswertung und Interpretation der Frame-Analyse am Beispiel des NSU-Prozesses wird zweiteilig verlaufen: Zunächst wird in Kapitel 6.1.1 das Fallbeispiel eingeführt, darauf wird in Kapitel 6.1.2 und 6.1.3 eine deskriptive Darstellung der Ergebnisse erfolgen. Anschließend werden diese in Kapitel 6.1.4 zur Auswertung der Hypothesen genutzt und vertieft. Da der NSU-Prozess gemeinsam mit dem zweiten Fallbeispiel Chemnitz, exemplarisch für das durch die vorangegangenen Inhaltsanalyse erhobene Thema Rechtsextremismus steht, erfolgt eine gemeinsame interpretative Verhandlung der beiden Fallbeispiele. Bei dieser erfolgt eine Verknüpfung der beschriebenen Ergebnisse mit den theoretischen Konstrukten der Arbeit (siehe Kapitel 6.2.5).

### **6.1.1 Fallbeschreibung und Faktizität**

Der Prozess zu der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) war einer der wichtigsten Prozesse der jüngeren deutschen Geschichte. Von Mai 2013 bis Juli 2018 wurde vor dem Oberlandesgericht (OLG) in München verhandelt und die Hauptangeklagte Beate Zschäpe des zehnfachen Mordes für schuldig befunden sowie zur lebenslangen Haft verurteilt. Aus einer Pressemitteilung des Bayerischen Staatministeriums der Justiz zum Urteil vom 11. Juli 2018 ist zu entnehmen, dass Zschäpe als „gleichberechtigtes Mitglied [...] den NSU als terroristische Vereinigung gegründet hat“ und auch schon „vor ihrem Abtauchen eine eindeutige politisch-ideologische Ausrichtung hatte, [welche] auch die Anwendung von Gewalt einschloss“ (Gliwitzky, 2018). Auch die vier Mitangeklagten Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten Schultze wurden zu Haftstrafen verurteilt. Hintergrund des Prozesses sind die Morde, welche die rechtsterroristische Gruppe NSU in den Jahren 2000 bis 2007 an zehn Menschen aus rassistischen Motiven begangen hat. Die Opfer waren acht türkisch- und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer sowie eine Polizistin. Neben den Morden hatte die Gruppe auch mehrere Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle verübt. Das Netzwerk blieb über ein Jahrzehnt von der Polizei unentdeckt. Dem NSU gehörten neben Zschäpe noch zwei weitere Mitglieder an: Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, welche eng mit Zschäpe befreundet waren und mit ihr zusammen im Untergrund lebten. Beide sind 2011 kurz nach einem von ihnen durchgeführten Raubüberfall verstorben. Man

vermutet, dass die Männer sich gegenseitig erschossen haben, noch bevor die Polizei sie festnehmen konnte. Zschäpe selbst stellte sich kurz darauf der Polizei.

An dem NSU-Prozess wurde viel Kritik ausgeübt. Unter anderem beurteilen die Angehörigen der Opfer des NSU die Strafen als zu milde und sehen weiterhin einen massiven Aufklärungsbedarf über die Hintergründe der Morde (BpB, 2018a)

### *Übersicht der Themenkategorien*

Insgesamt wurden 22 Artikel zum NSU-Prozess analysiert (National n = 6, West n = 6, Ost n = 10). Hinsichtlich des Samples ist anzumerken, dass die Berichterstattung über den NSU-Prozess nur vier Tage erfasst: Zwei Tage, bevor das Urteil gesprochen wurde (26.04.2018 und 04.07.2018) sowie zwei Tage nach Bekanntgabe des Urteils und der Prozess sein Ende nahm (19.07.2018 und 04.12.2018). Bei der Interpretation der durchgeführten Analyse ist daher zu beachten, dass nur das Ende des Prozesses, welcher 2018 stattfand erhoben wurde. Die Gültigkeit der Aussagen bezieht sich demnach nicht auf den gesamten Prozess. Allgemein ließen sich personenbezogene und System-Frames identifizieren, welche sich in sechs thematische Subkategorien unterteilen lassen (siehe Tabelle 8).<sup>63</sup> Weiterhin konnten auf nationaler Ebene 16 Einzelframes und ein Makroframe erhoben werden. Die geringe Anzahl an Makroframes deutet bereits darauf hin, dass der NSU-Prozess auf nationaler Ebene sehr differenziert dargestellt wurde und nur wenige gleiche Deutungsmuster präsent sind. Die mediale Teilöffentlichkeit West setzt sich aus neun Einzelframes und drei Makroframes zusammen und weist, ähnlich wie die nationale Ebene, auf eine vermehrt differenzierte Thematisierung in der Berichterstattung hin. Auf Ost-Ebene hingegen sind die meisten Frames erhoben worden: 24 Einzelframes und sechs Makroframes. Die große Anzahl an Frames lässt sich vornehmlich durch die größere Datenbasis der medialen Teilöffentlichkeit erklären. Zu diesem Zeitpunkt lässt sich resümieren, dass der NSU-Prozess auf allen drei Ebenen eine große Anzahl an Einzelframes aufweist und die Thematik in der Berichterstattung demnach sehr differenziert dargestellt wurde.

---

<sup>63</sup> Tabelle 8 schafft einen Überblick über alle erhobenen Frames innerhalb allen drei Teilöffentlichkeiten. Die Subkategorien stellen dabei eine thematische Gruppierung dar, in welche sich die erhobenen Frames einteilen lassen.

	Subkategorien NSU-Prozess	Deskription
Personenbezogene Frames	1) Beate Zschäpe	Frames beschäftigen sich mit Zschäpes Auftreten, ihrem Charakter und ihren Aussagen.
	2) Hermann Borchert	Frames beschäftigen sich mit Borcherts Verteidigungsstrategie und seinem Auftreten vor dem Oberlandesgericht München.
	3) Ralf Wohlleben	Frames beschäftigen sich damit, wie Wohlleben als Person wahrgenommen wird sowie Reaktionen auf seine Freilassung.
	4) Die Hinterbliebenen	Frames thematisieren das Leid und die Reaktion der Opfer-Familien auf die gefällten Urteile.
System-Frames	5) Prozess	Frames stellen den Ablauf des Prozesses dar und wie dieser von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.
	6) Politik/Behörden	Frames beschäftigen sich mit der Arbeit von Ausschüssen und staatlichen Behörden/Institutionen (z.B. Verfassungsschutz), die am Prozess beteiligt waren.

Tabelle 8: *Thematische Subkategorien im NSU Prozess*

Quelle: Eigene Darstellung

### 6.1.2 Teilöffentlichkeits-übergreifende Frames

Die Frame-Analyse zu der Berichterstattung über den NSU-Prozess ergab, dass einige Frames lediglich in den entsprechenden Medienräumen auftraten, während andere teilöffentlichkeits-übergreifend vorhanden sind. Bevor die einzelnen Ebenen und ihre Frames charakterisiert werden, wird zunächst auf Frames eingegangen, die in den erhobenen Artikeln der ost-, westdeutschen und nationalen Presseberichterstattung gleichermaßen identifiziert wurden.

#### *Frame: Zschäpes Aussagen vor Gericht*

Auf allen drei Ebenen lassen sich Frames zu Beate Zschäpes Aussagen vor Gericht identifizieren, die durchgängig als unglaubhaft geframet werden. Durchweg wird in allen Teilöffentlichkeiten folgende Aussage von Zschäpe wortwörtlich übernommen: „Ich habe das Gefühl, dass jedes Wort - und sei es von mir noch so ehrlich gemeint - falsch und mir nachteilig ausgelegt wird.“<sup>64</sup> Zschäpe hat das Gefühl, die

<sup>64</sup> SZ, 04.07.2018, WAZ, 04.07.18, NW, 04.07.2018, TA, 04.07.2018; SäZ, 04.07.2018

Medien würden sie falsch darstellen und zeigt sich den Opfer-Familien gegenüber reumütig.<sup>65</sup> Weiterhin beklagt sie in einer weiteren Aussage, dass man sie ihrer Meinung nach nicht für etwas verurteilen könne, was sie weder getan noch gewollt habe. Sie selbst sieht sich nicht als Täterin – gegensätzlich zur Anklage der Bundesanwaltschaft.

Auf nationaler und West-Ebene wird vorrangig Zschäpes Stellungnahme vom letzten Verhandlungstag analysiert, mit ihren Originalaussagen vor Gericht gearbeitet und somit ihre Perspektive eingenommen. Auf nationaler Ebene lässt sich hierbei ein Einzelframe identifizieren, auf West-Ebene hingegen ein Makroframe. Bezogen auf die Frame-Elemente von Entman (1993) werden in diesem Makroframe Zschäpes Äußerungen und ihre nicht ernstgenommene Reue als Problemdefinition angegeben. Als Ursache wird im Westen dafür die zu ihrem Nachteil ausgelegten und zu spät gekommenen Aussagen identifiziert. Auf beiden Ebenen lassen sich zu diesem Frame keine Bewertungen ausmachen. Grund hierfür könnten die vielfach benutzen Direktzitate sein, die keinen Raum für eine Bewertung lassen. In der medialen Teilöffentlichkeit Ost lassen sich ebenfalls verstärkt Makroframes finden, die sich mit Zschäpe und ihrer Darstellung befassen. Erneut wird ihre zum Ausdruck gebrachte Reue gegenüber den Opferfamilien als unglaubwürdig geframet,<sup>66</sup> jedoch im Gegensatz zur nationalen und West-Ebene negativ bewertet: Die Angehörigen der Opfer empfinden Zschäpes Aussagen als „heiße Luft“ oder „absolut unglaubwürdig“.<sup>67</sup> Zusätzlich lässt sich ein weiterer Einzelframe finden, jedoch nur in der West- und Ostberichterstattung. Hierbei wird Zschäpes Verhalten gegenüber dem Gericht negativ dargestellt, was den jeweiligen Medienaussagen zu Grunde darauf zurückzuführen ist, dass sie „nur schriftlich“ auf Fragen antwortet und nicht öffentlich spricht.<sup>68</sup> Zudem wird negativ hervorgehoben, dass Zschäpe nur auf die Fragen des Senats eingeht und nicht auf die der Nebenkläger oder der Anklage.<sup>69</sup>

---

<sup>65</sup> SZ, 04.07.2018, WAZ, 04.07.18, MZ, 04.07.2018, NW, 04.07.2018, TA, 04.07.2018; SäZ, 04.07.2018

<sup>66</sup> MZ, 04.07.2018; TA, 04.07.2018; SäZ, 04.07.2018

<sup>67</sup> TA, 04.07.18

<sup>68</sup> Beate Zschäpe hatte sich in den fünf Jahren Prozess, bis auf ihr Schlussplädoyer, nur einmal 2015 verbal geäußert. Bis 2015 hatte sie von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht (BpB, 2018b). Davor hatte sie nur schriftlich und über ihre Anwälte kommuniziert.

<sup>69</sup> NW, 26.04.2018; SäZ, 26.04.2018

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Beate Zschäpes Aussagen vor Gericht in allen drei Teilöffentlichkeiten sehr ähnlich dargestellt werden und ihre Reue als nicht glaubhaft geframet wird. Auffällig ist jedoch, dass nur auf der Ost-Ebene eine negative Bewertung vorliegt, die dadurch eingenommen wird, dass die Opferfamilien zu Wort kommen.

*Frame: Borcherts Angriff auf Bundesanwaltschaft*

Auf allen drei Ebenen wird die Vorgehensweise der Bundesanwaltschaft von Zschäpes Wahlverteidiger Hermann Borchert stark kritisiert, was sich jeweils zu Makroframes zusammenfassen lässt. Borchert beschuldigt die Bundesanwaltschaft der falschen juristischen Vorgehensweise, sie wolle die Anklage stimmig halten und ignoriere Fakten, welche nicht zu ihrem Anklageschema passen.<sup>70</sup> In der nationalen Teilöffentlichkeit wird die Kritik an der Prozessführung von Zschäpes Wahlverteidiger Hermann Borchert explizit als ein *Angriff auf die Bundesanwaltschaft* geframet.<sup>71</sup> Im Gegensatz zur nationalen Ebene werden Borcherts Auftreten und aggressive Haltung auf West-Ebene negativ bewertet: Borchert bezeichnet die Bundesanwaltschaft als „voreingenommen“, „Erklärungen [werden] außer Acht gelassen“,<sup>72</sup> Borchert „attackiert die Anklage“ und er „zerlegt beinahe vollständig die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft“.<sup>73</sup> Auch auf Ost-Ebene lassen sich Auszüge aus Borcherts Schlussplädoyer finden, in der die Kritik an der Bundesanwaltschaft im Vordergrund steht. Mit Paraphrasen, wie „haltlos“, „So ein Schmarrn“ und „Was nicht passt, wird passend gemacht“, wird dieser Makroframe erneut negativ bewertet.<sup>74</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Zschäpes Wahlverteidiger in allen medialen Teilöffentlichkeit mit einer aggressiven Haltung geframet wird, in der er das Vorgehen der Bundesanwaltschaft kritisiert. In den regionalen Zeitungen werden die gefundenen Frames stets negativ bewertet, auf nationaler Ebene ist keine Bewertung festzumachen.

---

<sup>70</sup> FAZ, 26.04.2018, NW, 26.04.2018, RP 26.04.2018, SäZ, 26.04.2018; TA, 26.04.2018

<sup>71</sup> FAZ, 26.04.2018

<sup>72</sup> NW, 26.04.2018, RP 26.04.2018

<sup>73</sup> RP, 26.04.2018

<sup>74</sup> SäZ, 26.04.2018; TA, 26.04.2018

### *Frame: Wohlleben als Held der rechten Szene*

Neben den ähnlichen, personenbezogenen Frames zu Beate Zschäpe auf allen drei Ebenen, lassen sich zur Freilassung von Ralf Wohlleben erneut übereinstimmende Frames ausmachen. In der Teilöffentlichkeit West und National lassen sich Frames zu Wohllebens Freilassung identifizieren, welche bei den „entsprechenden Neonazigruppen als Erfolg gewertet“ werden.<sup>75</sup> Zusätzlich wird Wohlleben auf zwei Ebenen wortwörtlich als *Held der rechten Szene* beschrieben. Die Entlassung Wohllebens sowie sein Heldenstatus gehen, laut dem Thüringer Verfassungsschutz, mit der Befürchtung der Erstarkung der rechten Szene einher.<sup>76</sup> Auf Ost-Ebene wird Wohlleben jedoch nicht explizit als *Held der rechten Szene* geframet, seine Freilassung wird jedoch erneut von der rechten Szene positiv aufgenommen: „Neonazis auf der Besuchertribüne applaudierten.“, „bejubelten [...] den Richterspruch gegen ihre Brüder im Geiste, die da unten so lange auf der Anklagebank saßen.“<sup>77</sup> Auch hier wird zusätzlich die Befürchtung geäußert, dass die Freilassung die rechte Szene bestärkt.<sup>78</sup>

Resümierend kann gesagt werden, dass die Freilassung Wohllebens und die Freude darüber in der rechten Szene teilöffentlichkeits-übergreifend dargestellt wird. Auf der Ost-Ebene werden jeweils nur die Reaktionen der AnhängerInnen abgebildet, während in der Presse West und National Wohlleben explizit als Held betitelt wird. Gemeinsam haben alle drei Ebenen, dass durch das Bejubeln Wohllebens aufgrund seiner Freilassung, ein Erstarken der rechten Szene befürchtet wird.

### *Frame: Leid der Hinterbliebenen*

Weiterhin lässt sich auf nationaler und West-Ebene jeweils ein Einzelframe zum Leid der Hinterbliebenen finden, bei dem deren Trauer und ihre Wut dargestellt werden. Andere Entman'sche Frame-Elemente wie Ursache, Lösung oder Bewertung, werden in den Medienaussagen nicht beschrieben. Beispielsweise werden die Eltern eines der Mordopfer als „wie versteinert im Gerichtsaal“ dargestellt<sup>79</sup>, eine weitere Textaussage lautet: „Voller Wut und Trauer steht der Mann da, dessen Sohn

---

<sup>75</sup> NW, 19.07.2018

<sup>76</sup> FAZ, 19.07.2018; NW, 19.07.2018

<sup>77</sup> MZ, 19.07.2018

<sup>78</sup> SÄZ, 19.07.18

<sup>79</sup> SZ, 04.07.2018

mit nur 21 Jahren erschossen wurde“.<sup>80</sup> Auf Ost-Ebene beinhaltet keiner der untersuchten Artikel diesen Frame.

### 6.1.3 Teilöffentlichkeit-spezifische Frames

Wie bereits aufgezeigt, gab es auf allen Ebenen Frames, die sich in ihrer Gestaltung und Ausrichtung ähnelten. Innerhalb und außerhalb der tabellarisch aufgeführten Themenkategorien konnten allerdings auch (Einzel-)Frames identifiziert werden, die nur auf spezifischen Ebenen auftraten.

#### *Mediale Teilöffentlichkeit: National*

In der nationalen Teilöffentlichkeit lassen sich noch weitere Frames finden, welche sich in den Deutungsmustern von den Frames der Teilöffentlichkeiten West und Ost abgrenzen. Wie bereits erklärt, auf nationaler Ebene alle, bis auf zwei alleinstehende Frames in die sechs Subthemen einzuteilen (siehe Tabelle 8).

Auf der nationalen Ebene lässt sich ein weiterer personenbezogener Frame zu Beate Zschäpe ausmachen, in der ihre Aussagen als un schlüssig dargestellt und negativ mit Paraphrasen, wie „irritierend“ und „kaum nachzuvollziehen“<sup>81</sup> bewertet werden. Ein weiterer Frame, welcher nur National identifiziert wurde, handelt von ihr als falsch wahrgenommener Darstellung in der Öffentlichkeit. Sie selbst widerspricht dem durch die Generalbundesanwaltschaft und den Nebenklägern gezeichneten Bild, in welchem sie als selbstbewusste und herrische Frau ohne Empathie dargestellt wird. Zschäpe selbst sagt, dass der Grund für ihr nach außen hin erscheinendes teilnahmsloses Verhalten ihre Sozialisierung sei.<sup>82</sup> Bezüglich der Subkategorie der Hinterbliebenen, ist ein spezifisches nationales Deutungsmuster vertreten, die Enttäuschung über Zschäpes letzten Worte: „Die meisten Angehörigen wollen nicht so sehr Strafe, sondern Erkenntnis [...]. Zschäpe sagt ihnen auch in ihrem letzten Wort, sie wisse nicht“.<sup>83</sup> Dieser Frame unterscheidet sich von den beiden bereits erwähnten Frames dieser Kategorie in seiner Kernaussage. Dabei wird nicht das Leid der Hinterbliebenen beschrieben, sondern die Enttäuschung in Zschäpes Aussagen. Weiterhin ist dieser Frame mit Paraphrasen wie „windelweich“,

---

<sup>80</sup> NW, 04.07.2018

<sup>81</sup> FAZ, 04.07.2018

<sup>82</sup> FAZ, 04.07.2018

<sup>83</sup> SZ, 04.07.2018

„versucht sich rauszuziehen“ und „Enttäuschung“ negativ konnotiert.<sup>84</sup> Zudem ist auf nationaler Ebene ein System-Frame vorzufinden, welcher sich mit einem Abschlussbericht eines Untersuchungsausschusses im NSU-Prozess befasst. Die Ergebnisse des Berichts werden insgesamt negativ bewertet, da die Ausschüsse keine bis wenig Erkenntnisse lieferten. Ursache dafür ist, dass die Ermittlergruppe nur nach Polizeirecht Befragungen vornehmen konnte und die Möglichkeit, Zeugen vorzuladen, nicht bestand.<sup>85</sup>

Resümierend lässt sich eine Konzentration auf Beate Zschäpe festhalten. Besonders auffällig dabei ist, dass sich sogar ein Frame, der zur Subkategorie der Hinterbliebenen-Frames zuzuordnen ist, mit einer Aussage Zschäpes befasst. Neben der personenbezogenen Konzentration auf Zschäpe lässt sich weiterhin ein Frame bezüglich des Untersuchungsausschusses finden, der dessen Arbeit als unbefriedigend framet.

#### *Mediale Teilöffentlichkeit: West*

Auf West Ebene existiert nur ein, für die Teilöffentlichkeit spezifischer, Mediiframe, welcher auf nationaler und Ost-Ebene nicht vorkommt. Erneut ist dieser ein personenbezogener Frame über Beate Zschäpes letzte Aussage vor Gericht. Ihre „Bitte um Gnade“ käme eindeutig zu spät: Hätte sie diesen Satz zu Beginn des Prozesses geäußert, hätte er vielleicht als Sinneswandel bewertet werden können. Da sie diese Bitte erst zum Schluss äußerte, sei dies für jegliche Abwendung des hohen Strafmaßes zu spät.<sup>86</sup>

Auf West-Ebene lassen sich kaum spezifische Frames vorfinden. Ein Großteil der erhobenen Frames wurde bereits bei den ebenenübergreifenden Frames dargestellt. Auffällig im Westen ist, dass sich keine Frames finden lassen, welche sich mit den Untersuchungsausschüssen oder anderen staatlichen Institutionen befassen.

#### *Mediale Teilöffentlichkeit: Ost*

Im Gegensatz zu den anderen Ebenen weist die Ost-Ebene deutlich mehr Frames auf, die nur auf dieser vertreten sind. Hier lassen sich mehr Frames identifizieren, welche spezifische Unterschiede innerhalb der Subkategorien aufweisen.

---

<sup>84</sup> SZ, 04.07.2018

<sup>85</sup> FAZ, 04.12. 2018

<sup>86</sup> NW, 04.07.2018



Besonderheiten weisen zunächst die Frames zu Wohllebens Freilassung auf: Die Zeitungen in der Teilöffentlichkeit Ost kritisieren seine vorzeitige Freilassung und einen möglichen Umzug nach Sachsen-Anhalt: „Die Aufhebung des Haftbefehls sei rechtlich sicher möglich, aber ein fatales Signal.“<sup>87</sup> Mit seinem neuen Wohnsitz könnte Wohlleben wieder tief in die rechte Szene eintauchen, da Rechts-extreme nahe des Dreiländerecks zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine völkische Gemeinschaft bilden, zu der Wohlleben Kontakte nachgesagt werden.<sup>88</sup> Der Grund, weshalb diese Frames nur auf Ost-Ebene bestehen, könnte am Nachrichtenfaktor der räumlichen Nähe liegen. Die LeserInnen der Regionalzeitungen im Westen sind von Wohllebens neuem Wohnsitz weniger betroffen.

Weiterhin lässt sich auf Ost-Ebene ein System-Frame zur öffentlichen Kritik am NSU-Prozess identifizieren: Die Gerichtsverfahren geben keine Antworten auf „hunderte Fragen“ und generell fehlt die Thematisierung des institutionellen Rassismus in Deutschland. Letzterer Kritikpunkt wird durch ein Mitglied des türkischen Parlaments geäußert: Deutschland zeige mit erhobenem Zeigefinger auf Verhältnisse in anderen Staaten, hätte aber selbst mit einem Problem zu kämpfen. Ungeklärte, offene Fragen im Rahmen des NSU-Prozesses würden türkischen Staatsbürgern in Deutschland Angst machen.<sup>89</sup> Ein weiterer Frame kritisiert das NSU-Urteil: Das Urteil bringe keinen Rechtsfrieden, die Angeklagten werden Fehler finden und eine Revision anstreben.<sup>90</sup> Generell ist festzuhalten, dass weder auf nationaler noch auf West-Ebene das Urteil geframet wird; dieses Deutungsmuster ist demnach als spezifisch für die mediale Teilöffentlichkeit Ost einzuordnen. Darüber hinaus beschäftigt sich ein weiterer Frame mit dem Ende des Prozesses. Dieser wird als unbefriedigend geframet, da die Behörden in ihren Ermittlungen „schlampig“ vorgegangen seien und versagt hätten. Als Ursache dafür wird unter anderem die Nichtaufarbeitung der Verstrickungen der Geheimdienste genannt. Angemerkt wird allerdings auch, dass dies auch nicht die Aufgabe des Prozesses gewesen sei.<sup>91</sup> Im Vordergrund steht die allgemeine Unzufriedenheit der Nebenkläger mit dem Prozess, da dieser nur wenig Aufklärung für die Opferfamilien leistete.

---

<sup>87</sup> MZ, 19.07.2018

<sup>88</sup> MZ, 19.07.2018

<sup>89</sup> SäZ, 04.07.2018

<sup>90</sup> MZ, 04.07.2018

<sup>91</sup> MZ, 04.07.2018

Zur weiteren Veranschaulichung der erhobenen Frames zum NSU-Prozess dient Tabelle 9. Exemplarisch werden markante Frames aufgezeigt und je nach Auftreten der nationalen Ebene sowie West und Ost zugeteilt. Es wird erneut ersichtlich, dass im Gegensatz zur West- und nationalen Ebene, auf Ost-Ebene differenziertere Frames vorliegen.

	Subkategorien NSU-Prozess	Frame-Namen	National	West	Ost
Personenbezogene Frames	1) Beate Zschäpe	Reue nicht glaubwürdig	x	x	x
		Äußert sich nur schriftlich und zu spät		x	x
		Zschäpe unwissend und unschuldig	x		x
	2) Hermann Borchert	Angriff auf die Bundesanwaltschaft	x	x	x
		Aggressives Vorgehen		x	
	3) Ralf Wohlleben	Held der rechten Szene	x	x	x
		Angst vor erneuter Vernetzung mit rechter Szene aufgrund neues Heimatsitz			x
		Wohlleben rechtsextremer Terrorhelfer			x
	4) Die Hinterbliebenen	Leid und Wut	x	x	
		Beklagen fehlenden Schutzes durch den Staat			x
System Frames	5) Prozess	Enttäuschung über Ende des Prozesses			x
		NSU-Urteil bringt keinen Rechtsfrieden			x
		NSU-Prozess ist lang und anspruchsvoll	x	x	x
	6) Politik/ Behörden	Arbeit (eines) Untersuchungsausschusses liefert wenig Erkenntnisse	x		
		Behördenversagen bei NSU Ermittlungen			x
		Deutschland hat ein institutionellen Rassismusproblems, welches verschwiegen wird			x

Tabelle 9: *Frame-Namen im NSU-Prozess*  
Quelle: Eigene Darstellung

Resümierend lässt sich in der Teilöffentlichkeit Ost die differenzierteste Darstellung zum NSU-Prozess von allen Ebenen feststellen. Auffällig ist, dass sich neben den dominierenden personenbezogenen Frames zu Zschäpe und Wohlleben, auch vermehrt Frames zum Prozessablauf finden lassen. Zum Beispiel wird das Urteil als unbefriedigend dargestellt. Des Weiteren lässt sich einzig auf der Ost-Ebene ein Frame finden, welcher die fehlende Aufklärung über die Verstrickung der Geheimdienste zur NSU-Mordserie anspricht oder ein Frame, der auf einen institutionellen Rassismus in Deutschland aufmerksam macht.

#### **6.1.4 Auswertung der Hypothesen**

Zur Auswertung der nächsten zwei Hypothesen werden die soeben dargelegten Ergebnisse der Frame-Analyse zum NSU-Prozess herangezogen.

*H4: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands existieren unterschiedliche Medienframes zu innerdeutschen Themen.*

Nach Darlegung der erhobenen Frames sowie deren Einteilung in thematische Subkategorien lässt sich feststellen, dass weitgehend alle Frames aus allen drei medialen Teilöffentlichkeiten in die Subkategorien einzuordnen sind. Somit wird eine thematische Konvergenz zwischen den Ebenen deutlich. Wie in Kapitel 6.1.2 dargestellt, lassen sich hinsichtlich des NSU-Prozesses weiterhin teilöffentlichkeitsübergreifende personenbezogene Frames mit ähnlichen Deutungsmustern lokalisieren. Beispielsweise haben alle Ebenen die vielfachen Frames über Zschäpes letzten Aussagen vor Gericht gemein. Dabei werden durchgängig ihre Originalaussagen zitiert, wodurch den Frames auf allen drei Ebenen häufig dieselben Textaussagen zu Grunde liegen – demnach wurden kaum unterschiedliche Deutungsmuster erkennbar. Dieses Muster setzt sich auch bei den Frames zu Borcherts Schlussplädoyer und der Freilassung Wohllebens weitgehend durch, wobei auf Ost-Ebene vor allem zu Letzterem zusätzliche Frames zu finden sind. Es gleichen sich von insgesamt 68 erhobenen Frames zum NSU-Prozess 25 auf allen Ebenen. Folglich konguieren über ein Drittel aller Frames, was als zufriedenstellend gewertet werden kann. Auffallend sind jedoch die vorliegenden System-Frames, die vorrangig auf

Ost-Ebene Gehör finden und auf den anderen Ebenen vernachlässigt werden. Weiterhin lassen sich vornehmlich Deutungsmuster auf nationaler und Ost-Ebene finden, die im Westen nicht beachtet werden. Eine weitere Besonderheit, die sich der ostdeutschen Presseberichterstattung zuschreiben lässt, ist die überdurchschnittlich häufige negative Bewertung der Frames (54%). Direkt gefolgt von den Frames auf West-Ebene (40%), grenzt sich die nationale Berichterstattung eher ab – nur knapp ein Drittel der Frames werden negativ bewertet (33%). Ferner lässt sich ebenenübergreifend feststellen, dass verhältnismäßig wenige Frames das Element der *Problemintervention/Lösungsansatz* bedienen. Die Berichterstattung über den NSU-Prozess charakterisiert übergreifend Problem-Ursachen-Bewertungs-Frames. Für das charakteristische Fehlen einer lösungsorientierten Berichterstattung spricht auch, dass das mit der Mordserie im Zusammenhang stehende Rassismus-Problem nur einmal thematisiert wurde.

Auf Basis dieser Schlussfolgerungen kann die Hypothese 4 nicht ganzheitlich bestätigt werden, die Ergebnisse weisen eher auf eine Widerlegung hin.

*H5: Die nationalen Medienframes zu innerdeutschen Themen verhalten sich konvergent zu westdeutschen und divergent zu ostdeutschen Medienframes.*

Zur Auswertung dieser Hypothese wird zunächst die Konvergenz zwischen den nationalen und westdeutschen Medienframes geprüft. Neben den teilöffentlichkeitsübergreifenden Frames haben beide Ebenen weiterhin den Frame der Trauer und der Wut der Hinterbliebenen gemein, welcher sich auf Ost-Ebene nicht finden lässt. Daneben gibt es keine Frames, welche nur für Ost und National aufzufinden sind. Dadurch ist bereits eine große Basis an konvergent verlaufenden Frames zwischen der nationalen und West-Ebene gegeben. Wie bereits dargelegt, gibt es indes kaum spezifische Einzel- oder Makroframes, die nur in der medialen Teilöffentlichkeit West vertreten sind und zu einem weiteren Ebenen-Vergleich herangezogen werden könnten. Zählt man alle erhobenen Frames zwischen West und National zusammen, erhält man 33 an der Zahl, wobei sich 17 davon gleichen. Somit ist die Hälfte aller Frames zwischen beiden Ebenen übereinstimmend, womit sich eine Konvergenz zwischen nationalen und westdeutschen Medienframes ausmachen lässt. Wie auch Tabelle 9 veranschaulicht, ist durch die große Basis an teilöffentlichkeitsübergreifenden Frames auch gleichzeitig eine gewisse Konvergenz

zwischen National und Ost zu erkennen. Somit überschneiden sich in allen drei Teilöffentlichkeiten vermehrt Medienframes, was nicht nur für eine Konvergenz zwischen West und National, sondern auch zwischen Ost und National spricht.

Analysiert man nun die vermutete Divergenz zwischen nationalen und ostdeutschen Medienframes, lässt sich zunächst festhalten, dass auf Ost-Ebene, unter anderem aufgrund der größeren Datenbasis, weitaus mehr Frames erhoben wurden als auf nationaler Ebene. Des Weiteren verhalten sich die Medienframes, neben den teilöffentlichkeits-übergreifenden Frames, eher divergent: Im Osten sind im Gegensatz zur nationalen Ebene vermehrt Prozess-Frames zu finden, die das Prozessende als kritisch erachten und die weiterhin offenen Fragen zum NSU-Komplex thematisieren. Die nationale Presse hingegen fokussiert sich weitgehend auf personenbezogene Frames zu Beate Zschäpe. Resümiert man die Ergebnisse, so lässt sich eine Divergenz zwischen nationalen und ostdeutschen Medienframes eher bestätigen, eine Konvergenz zwischen den nationalen und westdeutschen Medienframes ebenfalls. Allerdings kann diese ausgemachte Konvergenz nicht für sich allein stehen, da die teilöffentlichkeits-übergreifenden Frames, die die Konvergenz maßgeblich bestimmen, auch mit den ostdeutschen Frames festzustellen sind.

Indes sind die sechs, in allen drei medialen Teilöffentlichkeiten wiederkehrenden, Themenkategorien auffällig, womit eine hohe thematische Einheitlichkeit in der Presse über die räumliche Begrenzung hinweg besteht. Eine mögliche Erklärung dafür bietet die Medienplatzvergabe des Prozesses. Nachdem bei dem ersten Akkreditierungsverfahren für den Prozess JournalistInnen ausländischer Medien keine Plätze bekamen und die betroffenen Medien einen Eilantrag an das Bundesverfassungsgericht stellten, entschied sich das OLG München die 50 Medienplätze in differenzierte Kontingente einzuteilen, damit auch der ausländischen Presse Plätze zugesichert werden konnten. Deutschen MedienvertreterInnen, wurden insgesamt 35 Plätze zu Verfügung gestellt, welche per Losverfahren aufgeteilt wurden (Kujath, 2013). Für die deutsche Tagespresse wurden dabei acht Plätze reserviert, wobei viele große Zeitungen, wie beispielsweise auch die SZ und FAZ, zunächst leer ausgingen (AFP & dpa, 2013).<sup>92</sup> Die Süddeutsche erhielt schließlich einen Platz durch ihr wöchentliches erscheinendes Magazin, die FAZ konnte im Nachrückverfahren einen Platz ergattern (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2013). Von

---

<sup>92</sup> Die *Süddeutsche* erhielten jedoch einen Platz durch ihr wöchentliches erscheinendes Magazin.

den ausgewählten regionalen Tageszeitungen dieser Studie erhielt nur die SÄZ einen Medienplatz (Die Presse, 2013). Auch die WAZ hatte keinen direkten Platz bekommen, war aber durch die Thüringische Landeszeitung vertreten, welche ebenfalls zu der, zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden, WAZ Mediengruppe gehörte (Der Westen, 2013).<sup>93</sup> Aufgrund der geringen Präsenz von MedienvertreterInnen ist zu vermuten, dass viele Zeitungen auf dieselbe Informationsquelle zurückgreifen mussten (beispielsweise dpa) und somit einen sehr ähnlichen Themenpool hatten, was letztlich zur geringen Themenvielfalt führte.

Resümierend lässt sich sagen, dass die Berichterstattung über den NSU-Prozess 2018 primär auf die im Prozess beteiligten Personen, wie Zschäpe und Wohlleben, fokussiert war. Zum einen wurde wenig über die Hinterbliebenen der Opfer berichtet, zum anderen wurde das damit im Zusammenhang stehende strukturelle Rassismus-Problem in Deutschland nicht weiter angesprochen oder diskutiert. Die gewonnenen Ergebnisse schließen sich damit an die bisherigen Befunde zur Untersuchung der Berichterstattung über den NSU und die damit einhergehende Medienkritik an. Eine Studie, die von der Otto-Brenner-Stiftung publiziert wurde, fand heraus, dass die Medien schon bei der Berichterstattung zur NSU-Mordserie, bis auf wenige Ausnahmen der Logik und den Deutungsmustern der Ermittlungsbehörden folgten und dadurch zur Ausgrenzung der Opfer beitrugen (Virchow et al., 2015). Auch der Fokus auf Zschäpe lässt sich auch schon zu Beginn der Berichterstattung feststellen. Wie Hansen (2015) bei einer Analyse über die Berichterstattung der ersten 150 Prozesstage herausfand, lag bereits dort die größte Aufmerksamkeit, im Vergleich zu den anderen Angeklagten, auf Zschäpe. Die Darstellung war auf ihre Erscheinung, ihr Verhalten sowie ihr zugeschriebenen Emotionen fokussiert (S.60f.). Somit liefern die Ergebnisse hier nicht nur neue Erkenntnisse, sondern bestätigen gleichzeitig schon gewonnene.

---

<sup>93</sup> Zu den anderen Zeitung aus der vorliegende Stichprobe, kann dazu weiter keine Aussage getroffen werden, dafür hätte eine Erhebung der Quellen der Artikel erfolgen müssen.

## 6.2 Fallbeispiel II: Chemnitz

Anknüpfend an das erste Fallbeispiel wird zunächst das Fallbeispiel eingeführt, folgend wird eine deskriptive Darstellung der Ergebnisse vorgenommen (Kapitel 6.2.2 und 6.2.3). Anschließend werden diese zur Beantwortung der Arbeit zugrunde liegenden Hypothesen in Kapitel 6.2.4 genutzt und vertieft. Schließlich werden die Ergebnisse beider Fallbeispiele in der Dekonstruktion II interpretativ verhandelt und mit den fundamentalen theoretischen Konstrukten der Arbeit verknüpft.

### 6.2.1 Fallbeschreibung und Faktizität

Die Geschehnisse in Chemnitz zogen von Ende August bis Anfang Oktober 2018 die Aufmerksamkeit der deutschen Presseberichterstattung auf sich. Am 26. August 2018 wurde im Zuge einer körperlichen Auseinandersetzung ein 35-jähriger Chemnitzer tödlich verletzt. Am folgenden Tag rief die Alternative für Deutschland (AfD) zu einer Spontandemo in Chemnitz auf, welche friedlich verlief. Nur wenige Stunden später versammelten sich rund 800 Menschen und bewegten sich teilweise randalierend durch die Chemnitzer Innenstadt (MDR, 2018b). Nachdem ein junger Syrer und ein junger Iraker als dringend tatverdächtig verhaftet wurden, rief die rechte Initiative *Pro Chemnitz* zu weiteren Demonstrationen auf, denen rund 6000 Menschen folgten. Was als „Trauermarsch“ deklariert wurde, führte zu rechtsextremen Ausschreitungen gegen die Polizei, die schlecht gerüstet und schließlich unterlegen war (Grunert, 2018). Bundeskanzlerin Merkel äußerte sich daraufhin öffentlich und verurteilte die Hetzjagden auf Menschen mit Migrationshintergrund in Chemnitz. Nur wenige Tage später sorgte ein veröffentlichter Haftbefehl der beiden mutmaßlichen Täter für Aufregung (MDR, 2018b). Mit einigen Schwärzungen veröffentlichten und verbreiteten die rechtspopulistische Gruppe Pro Chemnitz und AfD-Kreisverbände- und Abgeordnete, aber auch Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann das Dokument (Grunert, 2018). Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen äußerte sich Anfang September in der BILD-Zeitung zu den Ausschreitungen in Chemnitz, sprach über den Begriff „Hetzjagden“ und zweifelte die Echtheit eines Videos an, welches einen möglichen Angriff von DemonstrationsteilnehmerInnen auf Menschen mit Migrationshintergrund zeigte. Die Generalstaatsanwaltschaft aus Dresden widersprach Maaßen daraufhin und bestätigte die Echtheit des Videos. Das Interview sorgte politisch für Aufruhr, es folgten empörte Reaktionen

anderer Parteien: Grüne, Linke und FDP forderten den Rücktritt Maaßens; die schwarz-rote Regierung wollte Maaßen seines Amtes entheben und zukünftig als Staatssekretär im Bundesinnenministerium einsetzen. Infolgedessen kam es erneut zu einem politischen Aufruhr, da dieser Wechsel eine höhere Besoldung für den Verfassungsschutzpräsidenten zur Folge gehabt hätte, der jedoch nicht durchgeführt wurde. Maaßen verlor dennoch seinen Posten als Verfassungsschutzpräsident und wurde Sonderberater für europäische und internationale Aufgaben. Da die zahlreichen Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz strafrechtlich nicht folgenlos blieben, wurden im Rahmen von polizeilichen Ermittlungen Räume von Pro Chemnitz durchsucht und Mitglieder der terroristischen Vereinigung *Revolution Chemnitz* verhaftet, die Angriffe auf Ausländer und ihre politischen Gegner geplant hatten. Durch diese Vorfälle war Chemnitz vom 26. August bis zum 01. Oktober 2018 konstant in der Presseberichterstattung Deutschlands präsent (MDR, 2018b)

#### *Übersicht der Themenkategorien*

Insgesamt wurden 11 Artikel zu den Ausschreitungen in Chemnitz analysiert (National n=2, West n=4, Ost n=5). Für die Einordnung der Ergebnisse dieser Analyse ist zu beachten, dass sich das Sample aus Zeitungsartikeln des 27.08.18 und 11.09.18 zusammensetzt. Allgemein ließen sich personenbezogene- und gesellschafts-Frames identifizieren, welche sich in vier Subkategorien unterteilen lassen (siehe Tabelle 10). Auf nationaler Ebene konnten sieben Einzelframes und keine daraus resultierenden Makroframes erhoben werden. Was zunächst auf eine differenzierte Berichterstattung schließen lässt, relativiert sich bei genauerer Betrachtung, denn sämtliche erhobene Einzelframes sind der Themenkategorie der personenbezogenen Frames (Maaßen) zuzuordnen. In der medialen Teilöffentlichkeit West konnten neun Einzelframes erhoben werden, von denen drei zu einem Makroframe zusammengefügt werden konnten. Weiterhin sind acht der insgesamt neun erhobenen Frames der Themenkategorie personenbezogene Frames (Maaßen), während ein weiterer Einzelframe dem der Gesellschafts-Frames (Demonstrationen und Ausschreitungen) zuzuordnen ist. In der medialen Teilöffentlichkeit Ost konnten fünfzehn Einzelframes identifiziert werden, von denen neun eine Einordnung in drei Makroframes ermöglichten. Während drei Einzelframes sich der Themenkategorie Gesellschafts-Frames (Demonstrationen und Ausschreitungen, Auswirkungen) zuordnen lassen, fallen 12 erhobene Frames in die Themenkategorie



personenbezogene Frames. Auf Ost-Ebene konnten im Vergleich, wie auch bei der Frame-Analyse des NSU-Prozesses, die meisten Frames erhoben werden, was sich vornehmlich durch die größere Datenbasis der medialen Teilöffentlichkeit erklären lässt. Die erhobenen Frames lassen sich teilöffentlichkeits-unabhängig, aber auch teilöffentlichkeits-übergreifend in die unten tabellarisch dargestellten und bereits angesprochenen Themenkategorien einordnen.

	Subkategorien Chemnitz	Deskription
Personenbezogene- Frames	1) AfD	Frames beschäftigen sich mit der Kritik an dem Auftreten verschiedener AfD-PolitikerInnen in Chemnitz/Interne Kritik.
	2) Hans-Georg Maaßen	Frames beschäftigen sich mit Maaßens Aussagen, seinen Handlungen und den Reaktionen darauf, geprägt von Kritik.
Gesellschafts- Frames	3) Demonstrationen und Ausschreitungen	Frames beschäftigen sich mit der Eskalation rund um den Mord in Chemnitz und behandeln die Auswirkungen der Tat in Chemnitz.
	4) Gesellschaftliche Auswirkungen	Frames thematisieren die Bedrohung des Rechtsstaates durch Rassismus und Antisemitismus. Die Gesellschaft sei nun gefordert.

Tabelle 10: *Thematische Subkategorien im Fall Chemnitz*  
Quelle: Eigene Darstellung

### 6.2.2 Teilöffentlichkeits-übergreifende Frames

Die Frame-Analyse zu der Berichterstattung über Chemnitz ergab, dass einige Frames lediglich in den entsprechenden Medienräumen auftraten, während andere teilöffentlichkeits-übergreifend vorhanden sind. Bevor die einzelnen Ebenen und ihre Frames charakterisiert werden, wird zunächst auf Frames eingegangen, die in den erhobenen Artikeln der ost-, westdeutschen und nationalen Presseberichterstattung gleichermaßen identifiziert wurden.

#### *Frame: Kritik an Maaßens Vorgehen als Amtsträger*

Auffällig ist, dass es eine Übereinstimmung bei den untersuchten Frames der westlichen, östlichen und nationalen Ebene gibt. Die hier eingeordneten Frames setzen sich mit der Reaktion der (medialen) Öffentlichkeit auf die Aussagen und

Handlungen Hans-Georg Maaßens kritisch auseinander. Auf nationaler Ebene behandelt der Frame *Maaßens Vorgehen als Verfassungsschützer wird kritisiert* die Handlungen Maaßens rund um die Thematik Chemnitz.<sup>94</sup> Sein Handeln wird als folgenschwer und seinem eigentlichen Aufgabengebiet als nicht angemessen bewertet. In der westlichen Ebene ist der Einzelframe *Kritik an Maaßens Bewertung als Verfassungsschutzpräsident* zu finden, welcher als teilöffentlichkeits-übergreifend stimmig zu beschreiben ist.<sup>95</sup> Der Frame-Inhalt bezieht sich auf Maaßens öffentliche Aussagen bezüglich des Videos, welches er als mögliche Fälschung einstufte, jedoch keine Beweise oder Fakten vorlegte, die seine Aussage bestätigten. Dieses Verhalten stieß innerhalb der politischen Reihen auf Kritik. Auf der Ost-Ebene wird die Kritik an Maaßens Vorgehen in einem Makroframe zusammengefügt, bestehend aus zwei Einzelframes. Der erste Einzelframe *Umstrittene Äußerungen Maaßens* greift die Thematik der öffentlichen und weiterhin unbelegten Aussagen Maaßens auf und berichtet über die daraus resultierende Forderung des Innenministeriums gegenüber Maaßen nach einem Bericht, in dem der Chef des Verfassungsschutzes detailliert Stellung zu seinen Aussagen beziehen sollte.<sup>96</sup> Der zweite Einzelframe behandelt gleichermaßen den eingeforderten Bericht, allerdings aus einer anderen Perspektive: Innenminister Horst Seehofer forderte eine Begründung für Maaßens Thesen, jedoch spricht der Artikel generell von einem schwindenden Rückhalt für Maaßen durch Horst Seehofer.<sup>97</sup> Die teilöffentlichkeits-übergreifenden Frames sind ausnahmslos negativ konnotiert und daher in dem Entman'schen Frame-Element Bewertung mit "-1" bewertet.

Die beschriebenen Frames sind sich hinsichtlich ihrer grundlegenden Aussagen sehr ähnlich. Das Handeln Maaßens wird in allen Teilöffentlichkeiten aufgegriffen und kritisiert. Außerdem sind die Frames in ihren Bewertungselementen einheitlich negativ eingestuft. Trotz der ähnlichen Struktur fällt auf, dass der angesprochene Makroframe in der Teilöffentlichkeit Ost sich kritisch mit den Folgen von Maaßens Handeln beschäftigt hat, während die Teilöffentlichkeiten National und West die Äußerungen und Handlungen selbst kritisierten. Die Kritik an Maaßens unbelegten Thesen ist somit auf allen untersuchten Ebenen zu finden.

---

<sup>94</sup> FAZ, 11.09.2018

<sup>95</sup> RP, 11.09.2018

<sup>96</sup> MZ, 11.09.2018

<sup>97</sup> SäZ, 11.09.2018

*Frame: Maaßen steht rechten Parteien nahe*

In der westlichen und östlichen Medienebene findet sich übergreifend jeweils ein Makroframe zu Maaßens Nähe zur rechtspopulistischen Partei AfD und der daraus resultierenden Kritik an dem Verfassungsschutzchef. Auf West-Ebene besteht der Makroframe aus drei Einzelframes: Zum einen wird Maaßen für seinen Umgang mit der AfD kritisiert, nachdem ein ehemaliges Mitglied der AfD von Maaßens entspanntem Umgang mit dieser berichtete, deren Beobachtung durch den Verfassungsschutz er verhindert haben soll.<sup>98</sup> Ein weiterer Einzelframe des angesprochenen Makroframes umfasst die Meinung, dass Maaßens Aussagen die Medien und Bundeskanzlerin Merkel angreifen würden, während die AfD als einzige Partei davon profitiere. In dem Artikel wird der Schluss gezogen, dass Maaßen die Aussagen bewusst getroffen habe, um Einfluss auf die politische Stimmung zu nehmen.<sup>99</sup> Der Makroframe auf der westlichen Ebene wird durch einen dritten Einzelframe komplettiert. Dieser thematisiert die Aussagen des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gegenüber dem Berliner Tagesspiegel. Ramelow sieht Maaßen aufgrund seiner Aussagen als Teil des rechten Lagers mit der AfD und Neofaschisten.<sup>100</sup> Auch hier stellt sich die Kritik an Hans-Georg Maaßen als teilöffentlichkeit-übergreifend dar. Er wird für seine Aussagen von Pressevertretern und Politikern teils scharf kritisiert.

Auch auf der Ost-Ebene wird dem Verfassungsschutzpräsidenten Nähe zur AfD vorgeworfen: Ähnlich wie auf West-Ebene, greift der Vorwurf den Verdacht auf, Maaßen würde aufgrund eigener Sympathien für die Partei eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz verhindern.<sup>101</sup> In einem weiteren Artikel auf der Ost-Ebene wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass der Vorwurf nicht neu sei und Maaßen schon länger in der Kritik für seine Nähe zur AfD stehe.<sup>102</sup> Der dritte Artikel dieses Makroframes greift die Thematik aus einem anderen Blickwinkel auf und spricht von einer undichten Stelle beim deutschen Verfassungsschutz. Er greift Berichte des Handelsblattes auf wonach es in Bezug auf die AfD in einigen Bundesländern undichte Stellen bei Sicherheitsorganen gibt. Es sei eine reelle Gefahr,

---

<sup>98</sup> NW, 11.09.2018

<sup>99</sup> NW, 11.09.2018

<sup>100</sup> RP, 11.09.2018

<sup>101</sup> SäZ, 11.09.2018

<sup>102</sup> MZ, 11.09.2018

dass Informationen des Verfassungsschutzes über die AfD auch direkt bei dieser ankämen.<sup>103</sup>

Teilöffentlichkeits-übergreifend wird in Ost und West die Nähe Maaßens und des Verfassungsschutzes zur AfD thematisiert. Die Presseberichterstattung ist dahingehend auf beiden Ebenen überwiegend negativ konnotiert. Auf nationaler Ebene konnte kein Frame erhoben werden, der thematisch und durch seine Entman'schen Frame-Elemente in dieses Muster passte. Auffällig ist, dass sämtliche Einzelframes, welche in den angesprochenen Makroframes zu finden sind, keine Lösungsansätze enthalten – es wird lediglich auf eine Problemstellung (Maaßen AfD-nah) hingewiesen.

#### *Frame: Zweifel Maaßens an Echtheit des Videos*

Der dritte und letzte teilöffentlichkeits-übergreifende Frame bezieht sich auf Maaßens Aussagen bezüglich der Echtheit eines in den sozialen Medien kursierenden Videos, welches Hetzjagden von vermeintlichen rechten demonstrierenden in Chemnitz auf Menschen mit Migrationshintergrund zeigen soll. Auf der nationalen Ebene handelt es sich hierbei um einen Einzelframe, der sich inhaltlich auf Maaßens öffentlich geäußerte Vermutung und daraus resultierende Bewertung bezieht, das Video sei eine Fälschung und somit eine Täuschung.<sup>104</sup> Auf der Ost-Ebene findet sich ein stimmiger Makroframe, bestehend aus zwei Einzelframes. In einem der genannten Einzelframes sieht Maaßen das Video als eine gezielte Falschinformation an und widerspricht dabei Merkel, die diese Hetzjagden verurteilt hatte. Der zweite Einzelframe hat die gleiche argumentative Struktur.<sup>105</sup>

Während die Teilöffentlichkeiten Ost und National die Aussagen Maaßens rund um das beschriebene Video thematisierten, konnte dies im Sample der Teilöffentlichkeit West nicht beobachtet und somit kein Frame erhoben werden. Dementsprechend konnte diese Thematik ausschließlich in zwei der drei untersuchten Teilöffentlichkeiten registriert und untersucht werden. Dabei wurde eine hohe Ähnlichkeit zwischen der Ausrichtung und den Entman'schen Frame-Elementen in der Teilöffentlichkeit Ost und National festgestellt und diese somit als teilöffentlichkeits-übergreifend eingeordnet.

---

<sup>103</sup> SÄZ, 11.09.2018

<sup>104</sup> FAZ, 11.09.2018

<sup>105</sup> MZ, 11.09.2018

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die teilöffentlichkeits-übergreifenden Frames ausnahmslos der Subkategorie der personenbezogenen Frames, in diesem Fall Maaßen-Frames, zuzuordnen sind. Sowohl in der nationalen, der westdeutschen und der ostdeutschen Ebene konnten Frames erhoben werden, welche in ihrer generellen Ausrichtung und ihren Frame-Elementen so ähnlich oder identisch waren, dass man sie als teilöffentlichkeits-übergreifend zusammenfügen konnte. Zwar finden sich in der West- und Ost-Ebene auch Frames aus der Themenkategorie der Gesellschafts-Frames wieder, diese können jedoch aufgrund ihrer Frame-Elemente nicht als einheitlich angesehen werden.

### **6.2.3 Teilöffentlichkeits-spezifische Frames**

Wie bereits aufgezeigt, gab es auf allen Ebenen Frames, die sich in ihrer Gestaltung und Ausrichtung ähnelten. Innerhalb und außerhalb der tabellarisch aufgeführten Themenkategorien konnten allerdings auch (Einzel-)Frames identifiziert werden, welche nur auf spezifischen Ebenen auftraten.

#### *Mediale Teilöffentlichkeit: National*

In der nationalen Presseberichterstattung wurden insgesamt sieben Einzelframes im Rahmen der Frame-Analyse erhoben. Interessant ist hierbei, dass sich keine Makroframes ergaben, da die einzelnen Frames in ihren Entman'schen Frame-Elementen zu unterschiedlich waren. Als weitere Besonderheit kann die Tatsache genannt werden, dass es sich bei den gefundenen Einzelframes ausschließlich um sogenannte personenbezogene Frames handelt und, nicht wie bei der ost- und westdeutschen Presseberichterstattung, um Gesellschafts-Frames. Im Rahmen der Auswertung der erhobenen Frames konnte diese Tatsache ausschließlich bei der nationalen Presseberichterstattung festgestellt werden.

Zwei der sieben erhobenen personenbezogenen Maaßen-Frames beziehen sich explizit auf die Kritik an Maaßens Interpretation des veröffentlichten Videos der Hetzjagden rechter DemonstrantInnen. Während einer der beiden Einzelframes aufgrund seiner Frame-Elemente als teilöffentlichkeits-übergreifend behandelt wurde, konnte der nun thematisierte aus den gleichen Gründen nicht auf anderen Ebenen, beziehungsweise in anderen Teilöffentlichkeiten gefunden werden. Thematisch gilt auch hier: Maaßen bezweifelte die Echtheit des Videos und sah die

Annahme der stattgefundenen Hetzjagden als nicht zu bestätigen an. In diesem Fall wurde explizit darauf hingewiesen, dass diese Aussagen Verschwörungstheorie-nerInnen in ihren Ansichten bestärken könnten. Diese Aussagen werden in dem Einzelframe *Maaßens Theorien zu Videos ist Munition für Verschwörungstheoretiker* getroffen.<sup>106</sup> Der Einzelframe *Causa Maaßen – Eine Regierungskrise droht* rahmt die Auswirkungen von Maaßens Auftreten rund um die Thematik Chemnitz ein.<sup>107</sup> Konkret fasst er Rücktrittsforderungen an Maaßen von einigen Bundestagsparteien (SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke) zusammen und zeigt somit die Tragweite von Maaßens Agieren in der Debatte um Chemnitz auf. Die Rücktrittsforderungen wurden unter anderem von der AfD als nicht gerechtfertigt abgelehnt. Von den insgesamt sieben erhobenen Maaßen-Frames in der nationalen Teilöffentlichkeit, weisen vier eine negative Bewertung in selbigen Entman'schen Frame-Element auf. Zwei weitere weisen keine Bewertung auf und können somit nicht eingeordnet werden, während ein letzter Einzelframe eine positive Bewertung enthält.

Die nationale Teilöffentlichkeit ist die einzige unseres Samples, in welcher ausschließlich personenbezogene Frames, konkret Maaßen-bezogen, erhoben werden konnten. Dieses Sample besitzt allerdings im Vergleich zur Teilöffentlichkeit West und Ost die geringste Anzahl an Artikeln.

#### *Mediale Teilöffentlichkeit: West*

Die Auswertung der Frame-Analyse zum Thema Chemnitz im Medienraum West ergab insgesamt neun Einzelframes, von denen drei zu einem Makroframe zusammengefügt werden konnten. Innerhalb dieser neun Frames konnten zwei Erzählstränge ausgemacht werden: Zum einen wurde ein Gesellschafts-Frame festgestellt, welcher lediglich aus einem Einzelframe bestand und demnach den untergeordneten Erzählstrang auswies. Den größeren Erzählstrang nahm mit acht Einzelframes der personenbezogene Frame zu Maaßen ein.

Der Gesellschafts-Frame setzt sich inhaltlich mit den gewalttätigen Demonstrationen in Chemnitz auseinander, welche durch den gewaltsamen Tod eines 35-jährigen Chemnitzers begründet wurden.<sup>108</sup> Bei der Erhebung des Frames konnte weder die politische Gesinnung der DemonstrantInnen, noch eine

---

<sup>106</sup> FAZ, 11.09.2018

<sup>107</sup> FAZ, 11.09.2018

<sup>108</sup> NW, 27.08.2018

Problemintervention oder eine Bewertung der Geschehnisse rund um die Gewalttat in Sachsens drittgrößter Stadt festgestellt werden. Innerhalb der personenbezogenen Frames wurden Maaßen-Frames festgestellt, welche inhaltlich nochmals unterteilt wurden. Sie beschreiben die Berichterstattung zu Hans-Georg Maaßen mit seinem Auftreten und Handlungen als Chef des Bundesverfassungsschutzes sowie seinen bereits (medial) bekannten und unbekanntem Charaktereigenschaften, welcher er im Zuge der Vorfälle in Chemnitz öffentlich erkennen ließ. Die Berichterstattung selbst zeichnete von Hans-Georg Maaßen und seinen Äußerungen oder Handlungen hierbei ein überwiegend negatives Bild. Zwei Drittel der erhobenen Maaßen-Frames in der westdeutschen Regionalpresse enthalten eine negative (-1) Bewertung im selben Frame-Element. Beispielsweise wird Maaßen in dem Frame *Verfassungsschutzpräsident mischt sich in Tagespolitik ein* unterstellt, er würde den politischen Diskurs weiter aufheizen<sup>109</sup> und betreibe als Verfassungsschutzpräsident aktiv Politik. Im Frame *Maaßen zeigt eine neue Seite* rückt eine bisher unbekannte Wesensseite in den Vordergrund der Berichterstattung<sup>110</sup>, die wiederum negativ bewertet wird. Hans-Georg Maaßens „neue Seite“ zeige ihn als gewissenlosen und risikofreudigen Menschen, der aufgrund seines Handelns als „Hasardeur“ betitelt wird. Weiterhin wird der Chef des Verfassungsschutzes in dem Einzelframe *Maaßen als Skeptiker der Flüchtlingspolitik* als streng konservativer Mensch und Merkel-Gegner dargestellt, der mit Merkels Flüchtlingspolitik nicht einverstanden sei.<sup>111</sup> Die bereits angesprochene Thematisierung von Maaßens Charaktereigenschaften, zeigt sich in dem weiteren Einzelframe *Maaßen nimmt Kritik gelassen*. Hans-Georg Maaßen sei jemand, der präzise denkt und handelt und dabei Gefühlsregungen verbergen könne. Er wird als kluger Kopf charakterisiert, der sich durch seine innere Gelassenheit von Kritik nicht aus der Ruhe bringen lässt. Dies ist einer der wenigen Maaßen-Frames der in seiner Struktur, aufgrund der Konnotation des Zeitungsartikels, als positiv bewertet wurde.

Die Teilöffentlichkeit West weist innerhalb der erhobenen Frames eine klare Dominanz der personenbezogenen Frames auf. Sie bezieht sich hierbei nur auf Hans-Georg Maaßen. Verglichen mit der Teilöffentlichkeit National ist dies keine Besonderheit, allerdings tritt in West das erste Mal ein Gesellschafts-Frame

---

<sup>109</sup> NW, 11.09.2018

<sup>110</sup> NW, 11.09.2018

<sup>111</sup> NW, 11.09.2018

auf, welcher sich mit den ausufernden Demonstrationen in Chemnitz auseinandersetzt.

### *Mediale Teilöffentlichkeit: Ost*

In der ostdeutschen Presseberichterstattung wurden insgesamt fünfzehn Einzelframes erhoben, zwölf von ihnen sind der thematischen Deutungsstruktur der personenbezogenen Frames zuzuordnen. Hierbei handelt es sich bei elf Einzelframes um sogenannte Maaßen-Frames, drei weitere Frames sind als Gesellschafts-Frames zu kategorisieren. Wie auch in dem westdeutschen und nationalen Medienraum dominieren eindeutig die Maaßen-Frames, während die eigentliche Tat in Chemnitz eher eine untergeordnete Rolle spielte. Ein Alleinstellungsmerkmal der untersuchten ostdeutschen Presseberichterstattung zum Thema „Chemnitz“ stellen zwei Einzelframes dar, welche in der Untersuchung nur auf der Ost-Ebene auftauchen: Zum einen *Rechtsradikalismus und Antisemitismus bedrohen den Rechtsstaat*, welcher als gesellschaftsbezogenen Frame eingeordnet wurde, zum anderen der parteibezogene Einzelframe *Parteiinterne Kritik der AfD*.<sup>112</sup>

Die Einzelframes *Keine Kooperationsbereitschaft rechter Demonstranten* und *Entsetzen über schnelle Eskalation der Lage* thematisieren weniger die Tat (den Mord), vielmehr geht es um die darauf begründeten (gewalttätigen) Demonstrationen und das Eskalieren der Situation.<sup>113</sup> Während der erstgenannte Einzelframe neutral bewertet wurde, ist der zweitgenannte negativ bewertet. Wie bereits beschrieben, besitzt die ostdeutsche Presseberichterstattung bezüglich der Chemnitz-Thematik ein Alleinstellungsmerkmal: Nur hier findet sich ein Frame wieder, der die gesellschaftliche Bedrohung durch den in Chemnitz bei den Demonstrationen offen gezeigten Rassismus diskutiert. Dieser wird durch Begrifflichkeiten, wie „besorgniserregend“, „schiefläuft“ negativ geframet.<sup>114</sup> Zweite Besonderheit auf der Ost-Ebene ist ein parteibezogener Frame, der unter die Kategorie personenbezogene Frames fällt und ausschließlich auf der Ebene geframet wurde: Der Frame *Parteiinterne Kritik der AfD* beschreibt innerparteiliche Kritik an der Teilnahme an

---

<sup>112</sup> SäZ, 11.09.2018

<sup>113</sup> MZ, 27.08.2018

<sup>114</sup> SäZ, 11.09.2018



den rechten Demonstrationen durch ein Parteimitglied der AfD, der in seiner Bewertung ebenfalls negativ konnotiert wurde.<sup>115</sup>

Insgesamt konnten neun Einzelframes in vier Makroframes zusammengefügt werden, die ausnahmslos den Maaßen-Frames zuzuordnen sind. Lediglich ein Makroframe kommt ausschließlich auf der Ost-Ebene vor: Er thematisiert die Rücktrittsforderungen verschiedener Bundestagsparteien an Maaßen, bestehend aus den Einzelframes *Einige Bundesparteien fordern Rücktritt Maaßens* und *Verbleib von Hans-Georg Maaßen als Verfassungsschutzpräsident umstritten*. Sie sind jeweils negativ konnotiert und bezeichnen Maaßen unter anderem als nicht länger tragbar.<sup>116</sup> Die verbliebenen Einzelframes, *Merkel wird Maaßen nicht entlassen*, thematisieren Merkels Reaktion auf die Rücktrittsforderungen.<sup>117</sup> Aufgrund der anstehenden Landtagswahlen wolle Merkel einem Streit innerhalb der Union aus dem Weg gehen, der durch die Entlassung des umstrittenen Hans-Georg Maaßen entstehen könne. Ein weiterer Einzelframe aus der gleichen thematischen Deutungsstruktur ist *Zweifel an Maaßens vorgelegtem Bericht*.<sup>118</sup> Der nach Maaßens öffentlichen Aussagen von dem Innenministerium eingeforderte Bericht, in welchem Maaßen seine Thesen mit Fakten belegen sollte, sei lediglich mit Indizien versehen – endgültige Beweise als Grundlage für seine Aussagen würden fehlen.

Allumfassend ist zu sagen, dass auch diese Teilöffentlichkeit von den personenbezogenen Frames dominiert wird. Besonders ist hierbei, dass es ausschließlich in der Teilöffentlichkeit Ost einen personenbezogenen Frame gibt, der sich nicht bei den Maaßen-Frames einordnen lässt. Neben dem dominierenden Maaßen-Frame wurden auch drei weitere Einzelframes erhoben, die der Frame-Kategorie der Gesellschafts-Frames zuzuordnen sind und sich auf nationaler und West-Ebene nicht wiederfinden. Zwar werden auf Ost-Ebene auch die eskalierenden Demonstrationen thematisiert, daneben wird jedoch auf die Gefahr des Rassismus aufmerksam gemacht und kritisch diskutiert. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal für diese Teilöffentlichkeit. In der nun folgenden Tabelle (Tabelle 11) wird eine Übersicht der als markant angesehenen Frames erstellt. Wie bereits angeführt, besteht diese Übersicht aus Frames, welches als auffällig aufgrund ihres teilöffentlichkeits-

---

<sup>115</sup> SäZ, 11.09.2018

<sup>116</sup> SäZ, 11.09.2018

<sup>117</sup> MZ, 11.09.2018

<sup>118</sup> TA, 11.09.2018

übergreifenden Vorkommens, aber auch aufgrund ihres speziellen Auftretens in einer Teilöffentlichkeit angesehen werden.

	Subkategorien Chemnitz	Frame-Namen	National	West	Ost
Personenbezogene Frames	1) AfD-Politiker	Parteiinterne Kritik der AfD			x
	2) Hans-Georg Maaßen	Merkel wird Maaßen nicht entlassen			x
		Einige Bundesparteien fordern Rücktritt Maaßens			x
		Maaßen als Skeptiker der Flüchtlingspolitik			x
		Maaßen nimmt Kritik gelassen			x
		Kritik an Maaßens Vorgehen als Verfassungsschützer	x	x	x
		Maaßen steht rechtem Lager nahe			x
	Maaßen zweifelt Echtheit des Videos an	x			x
Gesellschaftsbezogene Frames	3) Demonstrationen und Ausschreitungen	Keine Kooperation rechter DemonstrantInnen			x
		Entsetzen über schnelle Eskalation der Lage			x
		Krawalle in Chemnitz nach Tod eines 35-jährigen			x
	4) Auswirkungen	Rechtsradikalismus und Antisemitismus bedrohen den Rechtsstaat			x

Tabelle 11: *Frame-Namen im Fall Chemnitz*  
Quelle: Eigene Darstellung

#### 6.2.4 Auswertung der Hypothesen

Nach Darlegung der Daten werden im Folgenden die aufgestellten Hypothesen ausgewertet.

*H4: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands existieren unterschiedliche Medienframes zu innerdeutschen Themen.*

Wie in Kapitel 6.2.2 bereits erläutert und interpretiert, finden sich hinsichtlich der angesprochenen Themenkategorien großflächige Gemeinsamkeiten, insbesondere mit Blick auf die personenbezogenen Frames. Alle Ebenen werden anzahlmäßig von den Maaßen-Frames dominiert, welche sich größtenteils in ihrer Bewertung und ihrer Problemstellung ähneln. Es lassen sich jedoch auch Unterschiede zwischen den einzelnen Ebenen festmachen, primär innerhalb der aufgestellten Subkategorien (Kapitel 6.2.3): Während die nationale Ebene nur aus personenbezogenen Frames, beziehungsweise Maaßen-Frames besteht, sind auf Ost- und West-Ebene auch Gesellschafts-Frames vorhanden, allerdings in unterschiedlicher Anzahl. Von insgesamt 31 erhobenen Frames lassen sich teilöffentlichkeits-übergreifend 14 aufgrund ihrer Frame-Elemente verbinden. Ausgehend von dieser Anzahl kann vermutet werden, dass die Ebenen sich hinsichtlich ihrer Medienframes eher gleichen. Weiterhin sind von den insgesamt 31 erhobenen Frames teilöffentlichkeits-übergreifend 27 in die thematische Deutungsstruktur der personenbezogenen Frames einzuordnen. In ihren grundlegenden Subthemenkategorien sind sich diese demnach sehr ähnlich, unterscheiden sich jedoch teilweise in ihren Entman'schen Frame-Elementen. Auf Basis dieser Informationen wird die H4 als nicht bestätigt angesehen – es existieren ähnliche und/oder identische Medienframes zwischen den Teilöffentlichkeiten National, West und Ost.

*H5: Die nationalen Medienframes zu innerdeutschen Themen verhalten sich konvergent zu westdeutschen und divergent zu ostdeutschen Medienframes.*

Auf nationaler Ebene wurden sieben Frames erfasst, die alle der Themenkategorie der personenbezogenen Frames, genauer den Maaßen-Frames, zugeordnet werden konnten. Diese beziehen sich ausschließlich auf die Aussagen und Handlungen des

damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen sowie die Reaktion auf selbige Aussagen.

Wie bereits festgestellt wurde, gibt es teilöffentlichkeits-übergreifende Frames, die nur auf der West- und nationalen Ebene oder Ost- und nationalen Ebene erfasst wurden. Die nationale, westdeutsche und ostdeutsche Ebene griffen die Kritik an Maaßen auf, die er aus der Politik und der Presse selbst für seine Aussagen und Handlungen erntete. Auf der nationalen und der westdeutschen Ebene handelte es sich jeweils um einen Einzelframe, während in der ostdeutschen Teilöffentlichkeit ein Makroframe erhoben werden konnte. Dies bildet die einzige Überschneidung zwischen den Ebenen National und West. Weiterführend ist zu erwähnen, dass die nationale Ebene und die östliche Ebene Maaßens Aussagen, beziehungsweise dessen Meinung über die Echtheit des Videos aus Chemnitz aufgriffen hatten. Hier gibt es demnach eine weitere Überschneidung zwischen Ost und National. Betrachtet man die Überschneidungen der drei Ebenen genauer, sind rein faktisch mehr identische Frames zwischen den Ebenen Ost und National vorhanden als zwischen den Ebenen West und National. Die erhobenen Frames zum innerdeutschen Thema auf nationaler Ebene verhalten sich in diesem Fall eher divergent zu westdeutschen und eher konvergent zu ostdeutschen Frames. Auf Basis dieser Informationen kann die Hypothese H5 in diesem Fall nicht bestätigt werden.

Resümierend kann gesagt werden, dass die personenbezogenen Frames über Maaßen teilöffentlichkeits-übergreifend durch ihre hohe Anzahl klar dominieren. Interessant ist weiterhin, dass der eigentliche Auslöser, der Tod des 35-jährigen Chemnitzers in der Berichterstattung der erhobenen Artikel auf keiner der drei Ebenen thematisiert wird. Auch eine generelle Berichtsstruktur hinsichtlich des Problems des offenkundig gezeigten Rassismus lässt sich nicht erkennen – vielmehr liegt der Fokus auf den daraus resultierenden Ereignissen und ihrer übergeordneten (bundespolitischen) Bedeutung. Des Weiteren kann festgestellt werden, dass sich die Berichterstattung über die Vorfälle in Chemnitz hinsichtlich ihrer Deutungsstruktur sehr ähnlich gestaltete, allerdings gab es eine pluralistische Bearbeitung verschiedener Thematiken. Eine Einordnung und Bewertung dieser Erkenntnis erfolgt in der Dekonstruktion II. Die regionale Presse in Ost und West thematisierte vorwiegend die Vorgänge rund um die Demonstrationen in Chemnitz. Auf nationaler Ebene bestimmten Frames mit Bezug auf den damaligen Verfassungsschutzchef

Hans-Georg Maaßen die Berichterstattung – die Sicht der nationalen Presse auf Chemnitz scheint somit eine mit Fokus auf die Bundespolitik gewesen zu sein.

### **6.2.5 Dekonstruktion II: NSU-Prozess und Chemnitz**

Nachdem die deskriptive Darstellung der Themenkategorien auf den unterschiedlichen Ebenen erfolgt ist, werden im Folgenden die empirischen Befunde zur Berichterstattung über das Oberthema Rechtsextremismus, am Beispiel des NSU-Prozesses sowie der Vorkommnisse in Chemnitz, verknüpft mit den fundamentalen theoretischen Konstrukten der Arbeit.

Zum zusammengesetzten Oberthema Rechtsextremismus lassen sich zwei übereinstimmende Merkmale in der Berichterstattung feststellen: Zum einen wurden bei der Berichterstattung des NSU-Prozesses sowie der Vorkommnisse in Chemnitz die Opfer der Taten kaum bis gar nicht thematisiert. Zum anderen wurde ein mit beiden Themen möglicherweise zusammenhängendes strukturelles Problem mit Rechtsextremismus in Deutschland weder angesprochen, noch flächendeckend diskutiert. Die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Ansichten über die arenatheoretische Modellierung der Öffentlichkeit nach Tobler (2010) bieten eine Erklärung für die geringe thematische Beachtung der NSU-Opfer und des Opfers in Chemnitz sowie der Angehörigen. Wie in Kapitel 2.2.1 angeführt bekommt nicht jede/r einzelne/r BürgerIn oder alle kollektiven AkteurInnen die Möglichkeit, ihre/seine Themen und Meinungen in kommunikative Prozesse miteinzubinden. Die Opfer und deren Angehörige können als Teil der „autonome[n] Öffentlichkeit“ (Imhof, 2011, S.52) in der Peripherie verstanden werden. Ihnen ist der Zugang zu den Arenen der öffentlichen Auseinandersetzung verwehrt, da ihre Resonanzchance gering ist und ihnen wenig Raum eingeräumt wird in der Medienarena aktiv aufzutreten und somit Resonanz zu erzeugen (Tobler, 2010). Um dies zu verdeutlichen, kann ein Befund im Chemnitz-Sample herangezogen werden. Wie angeführt, sind 26 von 31 erhobenen Frames in Chemnitz als sogenannte Maaßen-Frames einzuordnen. Wie ist es dahingehend zu erklären, dass der Fokus fast ausschließlich auf dem Verfassungsschutzpräsidenten lag, während Themen wie Rassismus, Demonstrationen oder der Mord wenig bis keine Beachtung in der Presseberichterstattung fanden? Hier scheint ein grundlegendes gesellschaftliches Problem in den Hintergrund zu rücken, während der Fokus auf einen politischen Akteur des Zentrums gelegt wird. Grund hierfür ist die sogenannte Definitionsmacht, die insbesondere von sozialen und

finanziellen Stellungen der Gesellschaftsmitglieder abhängt (Imhof, 1996). Als Chef des deutschen Verfassungsschutzes dominiert Hans-Georg Maaßen die Berichterstattung aus folgendem Grund: Da er als Akteur der politischen Öffentlichkeitsarena verstanden werden kann, hat er eine hohe Definitionsmacht inne. Dies bestätigt sinngemäß Tobler, der erörterte, dass sich an bestimmten Kommunikationsprozessen lediglich „etablierte [AkteurInnen] der politischen, ökonomischen und medialen Arena“ beteiligen (2010, S.52). Die Aussagen des Chefs des Verfassungsschutzes werden jedoch öffentlich diskutiert und kritisiert: Durch die Medien und Politik wird angeprangert, dass Maaßen sich durch seine Aussagen und Handlungen außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches bewegt. Zu kritisieren ist hierbei allerdings auch, dass eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus oder dem Mord als Auslöser der Demonstrationen durch die Medien nicht begünstigt oder bestärkt wurde, da eine breite Thematisierung durch selbige ausblieb. Sowohl die Berichterstattung über die Vorfälle in Chemnitz als auch die Berichterstattung über den NSU-Prozess weisen eine geringe Thematisierung von einem dem zu Grunde liegenden möglichen strukturellen Rassismus-Problem in der Gesellschaft auf. Während es sich bei den Morden des Nationalsozialistischen Untergrundes um eindeutig fremdenfeindliche und rassistisch motivierte Taten handelte, wurden auch auf den Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz fremdenfeindliche Parolen gerufen und Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund verzeichnet.

Das Ausbleiben der thematischen Aufarbeitung dieses Problems in der Presse kann mehrere Gründe haben. Die Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen, wie zum Beispiel dem des gesellschaftlich verankerten bzw. existierenden Rassismus, ist keine neue Beobachtung. Czerwick (1990) definierte diese Problem-Themen als solche, die hinsichtlich ihrer Lösung, also der „Überwindung von Soll-Ist-Diskrepanzen“ (S.179) als schwierig oder problematisch angesehen werden. In diesem Fall ist diese Aussage explizit auf die Thematisierung und Überwindung von gesellschaftlich verankertem Rassismus und dessen Folgen bezogen. Der offen gezeigte Rassismus in Chemnitz wurde durch die erhobenen Artikel im Sample nicht breit thematisiert: Lediglich einer von 31 Frames sprach diese Problematik an. Auch in den Artikeln zum NSU-Prozess fehlte es an einer medialen Auseinandersetzung mit einem möglichen strukturellen Rassismus-Problem, das in Zusammenhang mit dem NSU stehen könnte. Das erhobene Ende des Prozesses scheint

nur noch einen dokumentarischen Anspruch zu haben, denn die Berichterstattung fokussiert lediglich auf den Prozessverlauf und die dort getätigten Aussagen der Angeklagten und Anwälte. Czerwick (1990) liefert einen möglichen Erklärungsansatz für diese Beobachtung: Er beschreibt, dass eine Gewöhnung an Konfliktlagen entstehen kann. Dabei sinkt die Streitwürdigkeit eines Themas im Verlauf der Berichterstattung und gerät aus dem Fokus. Die Berichterstattung über den NSU begann schon vor Prozessbeginn im Jahr 2013 und der Prozess wurde über fünf Jahre lang medial begleitet. Daher besteht die Möglichkeit, dass es sich bei der Nicht-Thematisierung der Opfer-Perspektive nur um ein Merkmal der Berichterstattung im Jahr 2018 handelt, da in den Jahren zuvor schon ausführlich drüber berichtet wurde. Um dies zu untersuchen wäre folglich eine Erhebung über den ganzen Prozess vonnöten. Auch bei der Berichterstattung über die Taten in Chemnitz gab es Themenbereiche, die nur am Rande oder gar nicht thematisiert wurden. Bei der gesamtheitlichen Betrachtung der erhobenen Frames zum Thema Chemnitz fällt auf, dass es keinen einzigen Frame gibt, der sich mit der eigentlichen Tat, dem Tod des jungen Chemnitzer, auseinandersetzt. Vielmehr werden die daraus resultierenden Folgen thematisiert. Als möglicher Erklärungsansatz für die nicht vorhandenen Frames kann die verwandte Nachrichtenwerttheorie herangezogen werden sowie die Kurzlebigkeit und Langlebigkeit von Nachrichten. Schulz (1976) spricht hierbei von langfristigen Themen und kurzfristigen Ereignissen. Eine längerfristige Berichterstattung kann durch die Aneinanderreihung von Einzelereignissen und Nachrichtenwertfaktoren entstehen, welche komplex und mehrdimensional erscheinen können. Kurzfristige Ereignisse, wie z. B. ein Mord, genießen hingegen nur eine kurze Aufmerksamkeitsdauer in den Medien (ebd.). Was für diese Annahme in diesem Kontext spricht, ist die Tatsache, dass der Mord am 27.08.2018 stattfand und das Sample der untersuchten Zeitungsartikel sich fast vollständig aus Zeitungsausgaben des 11.09.2018 zusammensetzen, also gut zwei Wochen nachdem die Tat begangen wurde. Der Tod des Chemnitzers gilt in diesem Fall als abgeschlossenes kurzfristiges Ereignis, welches somit auch nur eine kurzfristige Aufmerksamkeit durch die Medien genießt. Die daraus entstandene Verkettung von Einzelereignissen, wie z. B. die angesprochenen Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz und die letztendlich darauf beruhenden kontroversen Aussagen Maaßens, sorgen für eine längerfristige Berichterstattung über das Thema Chemnitz. Kepplinger und Bastian (2000) gehen davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit einer

prominenten Platzierung und umfangreichen Berichterstattung schlussendlich von der Summe der Nachrichtenfaktoren abhängt

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Presseberichterstattung über Rechtsextremismus im Jahr 2018 eine Nicht-Thematisierung der Opfer von rechtsextremistischen Taten sowie der Folgen für deren Angehörige aufweist. Hinsichtlich der Abbildung von Anliegen und Interessen verschiedener Interessengruppen, vor allem der Personen, welche der Peripherie zuzuordnen sind, stellt sie sich als unausgewogen dar – sie finden keinen oder nur spärlichen Einzug in die Presseberichterstattung. Gleichzeitig legt die Berichterstattung einen starken Fokus auf AkteurInnen, die aus der politischen Öffentlichkeitsarena beziehungsweise dem politischen Zentrum stammen. Daneben fällt auf, dass eine breite Thematisierung von Rechtsextremismus und Rassismus in Zusammenhang mit den hier angesprochenen Taten durch die untersuchten Tageszeitungen ausgeblieben ist und eine gesellschaftliche Debatte, angestoßen durch die Massenmedien, fehlte. Hier kann Kritik an der Form der Medienberichterstattung geübt werden.

### **6.3 Fallbeispiel III: Dieselskandal**

Dieses Kapitel teilt sich, ähnlich wie in den vorangegangenen Fallbeispielen, folgendermaßen auf: Zunächst wird in 6.3.1 das Fallbeispiel eingeführt, folgend wird in 6.3.2 und 6.3.3 eine deskriptive Darstellung der Ergebnisse dargelegt. Anschließend werden diese in 6.3.4 zur Auswertung der Hypothesen genutzt und vertieft. Am Ende der gesamten Frame-Analyse zum Thema Dieselskandal werden die beschriebenen Ergebnisse interpretativ verhandelt und mit den fundamentalen theoretischen Konstrukten der Arbeit verknüpft.

#### **6.3.1 Fallbeschreibung und Faktizität**

Eines der dominantesten Medienereignisse in Deutschland im Jahr 2018 war die Abgas- oder Diesellaffäre. Der Dieselskandal fand in der sukzessiven Aufklärung beim Autokonzern Volkswagen (VW) seinen Ursprung, welcher in der Berichterstattung am prominentesten vertreten war. Danach weitete sich der Skandal auf mehrere Hersteller aus und wurde bezüglich der Folgen, Ursachen sowie Maßnahmen kontrovers in der Presse diskutiert. Dem Volkswagenkonzern konnte als erstes der Einbau einer illegalen Abschaltsoftware nachgewiesen werden, mit der die



Abgaswerte von Dieselfahrzeugen manipuliert wurden, um den Eindruck zu erwecken vorgeschriebene Grenzwerte einzuhalten (Bernau & Neuscheler, 2020). Im Zuge weiterer Untersuchungen wurden auch bei Daimler, Porsche, BMW und Audi Abweichungen von den angegebenen Werten festgestellt. Während dieser Aufklärungen kam es zu zahlreichen Festnahmen, Gerichtsverhandlungen und politischen Diskussionen um folgenbezogene Maßnahmen.

Da die Automobilindustrie mit 833.00 Arbeitsplätzen (BMW, 2020) einer der bedeutendsten Industriezweige des Landes ist, der durch den Skandal schwer erschüttert wurde und dieser mit seinen weltweiten Auswirkungen auch internationale Beachtung fand, besteht eine gesteigerte Relevanz des Themas im öffentlichen Diskurs. Für die Analyse der Frames bietet sich dieser Themenkomplex aus mehreren Gründen an: Zum einen waren das Ausmaß und die Beschaffenheit des Skandals in dieser Form in der deutschen Geschichte bis dato ein Novum. Zum anderen ist die Verteilung der Diskussion in den erhobenen Zeitungen in ihrer Frequentierung recht hoch – insbesondere in der nationalen Presseberichterstattung wurde das Thema am intensivsten diskutiert.

#### *Übersicht der Themenkategorien*

Insgesamt wurden 73 Artikel in der Frame-Analyse des Dieselskandals untersucht (National n = 33; West n = 17; Ost n = 23). Zunächst kann auf Ost- und West-Ebene im Gegensatz zur nationalen eine geringere Anzahl an Artikeln festgestellt werden. Die ostdeutsche Teilöffentlichkeit beläuft sich auf 23 Artikel, die westdeutsche auf 17 und National wurden 33 Artikel analysiert. Weiterhin konnten in der medialen Teilöffentlichkeit Ost sieben Makroframes und 34 Einzelframes identifiziert werden, zusammengesetzt aus einem Gesamtsample von insgesamt 48 Frames. Ein ähnliches Bild zeichnet die Presseberichterstattung des westdeutschen Medienraums: Hier ließen sich bei einem Gesamtsample von 41 drei Makroframes und 34 Einzelframes identifizieren. Für die nationale Sphäre speisen sich die Frames aus einem Sample von 98 Frames, bestehend aus 55 Einzelframes und 16 Makroframes. Zwar sticht die nationale Ebene durch eine größere Anzahl an Artikeln und Frames hervor, dennoch ist das Häufigkeitsniveau in der Gesamtbetrachtung der drei Ebenen in Relation zu anderen Thematiken für eine Erhebung dieser Art geeignet. Abseits des differenten Häufigkeitsniveaus existieren weitere Faktoren, die auf eine unterschiedliche Verhandlung des Themas in den Ebenen hindeuten. Zwar befindet

sich ausnahmslos jeder Hauptfirmensitz der betroffenen Unternehmen in Westdeutschland (Bairische Motoren Werke AG, 2020a; Mercedes-Benz AG, 2020; Volkswagen AG, 2020), gleichzeitig sind die eigentlichen Produktionsstandorte im Medienraum West rar angesiedelt – ausschließlich Opel und Daimler betreiben ein Werk in NRW. Diese waren von der Diesellaffäre jedoch weitaus geringer betroffen als der VW-Konzern. Im Vergleich sind die Hersteller VW, Porsche sowie BMW im Medienraum Ost, speziell in Sachsen oder Thüringen, durch große Produktionsstädten vertreten (Bairische Motoren Werke AG, 2020b; Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, 2020; Volkswagen Sachsen GmbH, 2020) und machen einen erheblichen Anteil des Arbeitsmarktes der jeweiligen Region aus. Somit verwundert es nicht, dass im ostdeutschen Medienraum mehr über die Automobilbranche und die Vorkommnisse rund um die Abgasmanipulationen gesprochen wurde als auf den Ebenen West und National (siehe Kapitel 5.2 Themenkategorie *Automobilbranche*).

Wie auch bei den vorangegangenen Auswertungen der Frame-Analyse, verdeutlicht Tabelle 12 die Frames aller medialen Teilöffentlichkeiten, aufgeteilt nach elf verschiedenen thematischen Subkategorien:

	Subkategorien Diesel-Skandal	Deskription
Akteursbezogene Frames	1) Rupert Stadler	Frames beziehen sich auf die Inhaftierung von Rupert Stadler und dessen Schuld am Skandal sowie die Folgen für die einzelnen Parteien des Skandals.
	2) Keimzelle Audi	Frames zeichnen Audi als Urheber der Betrugssoftware.
System-Frames	3) Fahrverbote	Frames diskutieren über Maßnahmen sowie deren Rechtmäßigkeit
	4) Vertrauensverhältnis	Frames beschäftigen sich mit geschädigtem Verhältnis zwischen Kunden und Autoindustrie.
	5) "Kuhhandel" zwischen Autoindustrie und Politik	Frames stellen die Verhandlungen zwischen Politik und Industrie als zwielfichtige Machenschaften dar.
	6) Kritik an Politik	Frames beschäftigen sich mit Unzufriedenheit mit der Politik begründet durch fehlgeschlagene Maßnahmen.

Fortsetzung Tabelle 12

	Subkategorien Diesel-Skandal	Deskription
System-Frames	7) Steuereinbußen und Umwelt	Frames behandeln (im Auftrag der Grünen) eine Studie in Bezug auf Steuereinbußen zusätzlich zu den verursachten Umweltschäden durch den Dieselskandal
	8) Investorenprozess	Frames behandeln die Erfolgsaussichten und den Verlauf des Investorenprozesses gegen VW.
	9) Nachrüstungen	Frames diskutieren über Maßnahmen und Frage nach Kostenübernahme.
	10) EU-Richtlinie/Klage	Frames setzen die Klage der EU und deren Richtwerte in Deutungsrahmen
	11) Innovation/Fortschritt	Setzen Innovation und Fortschritt in einen Bezug zur Dieselauffäre

Tabelle 12: *Thematische Subkategorien im Dieselskandal*

Quelle: Eigene Darstellungen

### 6.3.2 Teilöffentlichkeits-übergreifende Frames

Die einzigen teilöffentlichkeits-übergreifenden Frames lassen sich zwischen der nationalen und Ost-Ebene finden. Zwei Makroframes beschäftigen sich mit der Festnahme des damaligen Audi-Chefs Rupert Stadler durch die Justizbehörden. Jedoch liegt eine diverse Bewertung vor: Wird Stadler in den ostdeutschen Tageszeitungen negativ konnotiert und als vermeintlicher Betrüger geframet, der es „womöglich übertrieben“ hat,<sup>119</sup> wird National die Verhaftung Stadlers ambivalent bewertet mit Paraphrasen, wie, „überraschend“, „skandalös“ und „spektakulär“. Zudem wird Stadlers Kooperationswille während der Ermittlungen auf nationaler Ebene hervorgehoben.<sup>120</sup>

Das Ergebnis zeigt, dass kein einziger Frame erhoben wurde, der sich auf allen Ebenen gleicht. Diese Erkenntnis weist bereits auf eine differenzierte Darstellung des Themas in der Presse hin.

<sup>119</sup> TA, 19.06.2018

<sup>120</sup> FAZ, 16.06.2018

### 6.3.3 Teilöffentlichkeits-spezifische Frames

Wie soeben aufgezeigt, gab es keine Medienframes, die sich auf allen Ebenen in ihrer Gestaltung und Ausrichtung ähnelten. Innerhalb und außerhalb der tabellarisch aufgeführten Themenkategorien konnten daher zahlreiche (Einzel-)Frames identifiziert werden, die nur auf spezifischen Ebenen auftraten. Um den Überblick zu wahren, wird die Deskription der teilöffentlichkeits-spezifischen Frames entlang der identifizierten Themenkategorien erfolgen. Da die Samplegrößen der drei Ebenen stark variieren werden zur Veranschaulichung der Häufigkeitsverhältnisse Prozentwerte herangezogen.

#### *Rupert Stadler*

Vergleicht man die Anteile der Frames zu Rupert Stadler am Gesamtsample der jeweiligen Ebene, ergibt sich folgendes Bild: Auf der nationaler Ebene liegt die Thematik an erster Stelle und verzeichnet 12,24% der dort erhobenen Frames. Auf Ost-Ebene macht die Themenkategorie mit 14,5% einen größeren Anteil am Gesamtsample aus.

Die Themenkategorie bezüglich Rupert Stadler, die den VW-Konzern und seine Chefetage stark framet, ist auf der nationalen Ebene die meistbehandelte Thematik. In der Kumulation konnten dieser Themenkategorie acht verschiedene Frames zugeordnet werden. Dies ist mit Abstand die höchste Anzahl, die eine Subthematik, auch im Vergleich der drei Ebenen, auf sich vereint. Neben dem teilöffentlichkeits-übergreifenden Stadler-Frame existieren weitere Makroframes, die sich auf die Führungsetagen der Hersteller beziehen und diese in einen Deutungsrahmen setzen: In einem Makroframe wird die Führungsspitze von Audi als problematisch angesehen. Sie hätte Erkenntnisse zu den Vorwürfen der Dieselmanipulation bewusst nicht veröffentlicht, zudem seien Manager von Audi zu VW gewechselt. Zentral an dieser Stelle muss der Makroframe gesehen werden, welcher dem Volkswagenkonzern eine rückständige Unternehmens- und Entscheidungskultur attestiert. Diese wird durchweg negativ bewertet, beispielsweise als „gockelhaftes Verhalten“. <sup>121</sup> Das Problem der Dieselmanipulationen hätte bei VW niemand ernst genommen, zudem seien durch die selbstgerechte Grundhaltung der Konzernspitzen wichtige Innovationen in der Branche verpasst wurden. Eine schlechte

---

<sup>121</sup> SZ, 19.06.2018

Führungskultur unterstellt auch der Makroframe, welcher den Unmut über die schleppende Aufklärung des Dieselskandals durch Audi und VW bemängelt.<sup>122</sup> Ein weiterer Makroframe bedient die Erzählstruktur, die Verhaftung des Audi-Vorstands hätte den VW-Aufsichtsrat unvorbereitet getroffen.<sup>123</sup> Der Dieselskandal wird in der nationalen Sphäre als ein langwieriges Thema behandelt. Weiterhin wird in den Frames der nationalen Presseberichterstattung begrüßt, dass dabei keine Rücksicht auf Manager genommen werden soll. Die insgesamt sieben Makroframes spiegeln ein sehr robustes Bild einer rückständigen Unternehmenskultur auf höchster Ebene bei VW und seiner Konzerntochter Audi wider. Zentrale Lösungsansätze in den Frames sind dabei Rücktrittsforderungen an die Unternehmenslenker, aber auch Beteuerungen seitens VW, die Aufklärung voranzutreiben und mit den ermittelnden Behörden zu kooperieren. Die Verhaftung des Audi-Chefs erfährt eine positive Resonanz in der Presseberichterstattung. Die internen Ermittlungsbestrebungen von VW wurden dagegen nicht weiter gewürdigt. Die Kritik auf der nationalen Ebene ist vor allem an die Konzernspitzen und Manager adressiert. Bemerkenswert bei den Frames ist, dass gegenüber den Konzernen in ihrer Gesamtheit auf nationaler Ebene eine eher milde Haltung eingenommen wird, negative Bewertungen traten kaum auf.

Zur Themenkategorie Rupert Stadler existieren auf Ost-Ebene fünf Einzel- und ein Makroframe. Dabei wird primär der lähmende Führungsstil Ruperts Stadlers bei der Aufklärung der Missstände genannt, jedoch wird Stadler auf dieser Ebene zum Teil kooperativer als auf nationaler Ebene gezeichnet.<sup>124</sup> Damit steht dieser Punkt diametral zu den in der nationalen Presse gefundenen Frames, die sich eher auf die Reaktion des Vorstands auf Stadlers Verhaftung beziehen. Geht es auf der nationalen Ebene vermehrt um die Bewertung der Verhaftung und wird begrüßt, dass Konzernspitzen nicht verschont werden, sind die Frames im Osten stärker auf Stadlers Handlungen sowie Führungsstil bezogen und nicht auf die Bewertung der ihm widerfahrenen Dinge.

Während die Rupert Stadler Themenkategorie auf den Ebenen Ost und National die ersten Ränge einnimmt, kann ihr im Westen kein einziger Frame zugeordnet werden. Somit fehlt der Teilöffentlichkeit West eine kritische Perspektive in

---

<sup>122</sup> SZ, 11.05.2018

<sup>123</sup> SZ, 19.06.2018; FAZ, 19.06.2018

<sup>124</sup> SäZ, 19.06.2018

Bezug auf die Führungsetage der Konzerne. Dies ist umso überraschender, da der Ort der Verhaftung Rupert Stadlers im Westen des Landes, in Ingolstadt, liegt. Aus diesem Grund hätte die Thematik eine ortsgebundene Relevanz, die jedoch nicht berücksichtigt wurde.

### *Keimzelle Audi*

Auch für die folgende Subkategorie lassen sich im Westen keine Frames finden, wobei sie National mit 2,04% vertreten ist und Ost doppelt so häufig mit 4,1%. Auf nationaler Ebene lässt sich in dieser Themenkategorie nur ein Makroframe verzeichnen, in dem Audi als „Keimzelle“ für den Abgasskandal beschrieben wird.<sup>125</sup> Im Osten problematisieren die Frames erneut Audis Rolle als Keimzelle und fokussieren die Betrugssoftware, die zur Verschleierung der Abgaswerte diente. In diesem Zusammenhang werden weitere Andeutungen gemacht, da Audi Sechszylinder Dieselmotoren für VW fertige.<sup>126</sup> In Zusammenhang mit den Frames zu Rupert Stadler liefert der Makroframe auf dieser Ebene erneut eine kritische Sichtweise auf die Konzernspitze beziehungsweise Audi, wobei Frames auf der äquivalenten Ebene West erneut ausbleiben. Die konzernfreundlichere Perspektive der westdeutschen Presseberichterstattung, speziell gegenüber dem Hersteller Audi, erhärtet sich somit. Im Osten und auf der nationalen Ebene wird die kritische Haltung um den Audi Konzernchef gestützt.

### *Fahrverbote*

Insgesamt nimmt die Kategorie der drohenden Fahrverbote auf nationaler Ebene mit 5,10% den geringsten Anteil ein, auf Ost-Ebene sind es dagegen 14,5% und auf West-Ebene sogar 17%. National konnten fünf Einzelframes zugeordnet werden. Die Berichterstattung folgt demnach keiner einheitlichen Linie, verbleibt divers und ist somit in der Bewertung schwer zu erfassen. Ein Punkt ist hier die Verbraucherperspektive, in der die Dieselnutzer als verunsichert beschrieben werden. Des Weiteren wird bemängelt, dass keine einheitlichen Vorgaben zu den Verboten existieren, auch deren Rechtmäßigkeit wird angezweifelt.<sup>127</sup>

---

<sup>125</sup> FAZ, 19.06.18

<sup>126</sup> SäZ, 19.06.2018; TA, 19.06.2018

<sup>127</sup> SZ, 16.02.2018; FAZ, 16.02.2018; FAZ, 03.03.2018; FAZ, 03.03.2018; FAZ, 04.12.2018

Ein Makroframe (bestehend aus drei Einzelframes) auf West-Ebene widmet sich speziell den drohenden Fahrverboten für NRW, genauer gesagt der Kritik der Landesregierung an den Fahrverboten.<sup>128</sup> Problemlage ist eine für überzogen gehaltene Gerichtsentscheidung gegenüber dem Land sowie die fehlende Unterstützung der Landesregierung durch den Bund.<sup>129</sup> Dieser Frame zieht eine negative Bewertung nach sich: Die nordrheinwestfälische Umweltministerin kritisiert das gerichtliche Vorgehen und stellt es als „massiven Eingriff“ dar.<sup>130</sup> Ebenso der damalige NRW-Verkehrsminister Wüst bemängelt die richterliche Entscheidung und bewertet diese klar negativ. Der Makroframe ist somit eher ortsbegründet, da er speziell die Landesregierung in NRW sowie den Ministerpräsidenten Laschet behandelt. Weitere Einzelframes auf dieser Ebene werden konträr behandelt, fokussiert werden unter anderem der Kurs der Bundesregierung sowie verunsicherte Kunden.<sup>131</sup>

Auf Ost-Ebene sind zu dieser Themenkategorie im Vergleich zu den anderen Ebenen die meisten Frames vorhanden (ein Makroframe und fünf Einzelframes). Der Makroframe setzt sich mit der Kooperation der Kommunen mit der Bundesregierung auseinander, bei der sich die beiden Exekutivebenen bezüglich der Umsetzung der Fahrverbote uneinig sind.<sup>132</sup> Auf Bundesebene wird hier speziell Andreas Scheuer hervorgehoben, der stellvertretend für die Bundesregierung als Dialogführender angegeben wird. Abgerundet mit weiteren Einzelframes<sup>133</sup> werden die Fahrverbote als etwas Drohendes, bald Eintretendes beschrieben. Aufgrund dieses drohenden Szenarios wurden verschiedene Maßnahmen zur Abwendung getroffen. Auch die Rechtmäßigkeit wird in Frage gestellt.

Zwischen den Ebenen lassen sich Tendenzen einer Konvergenz erkennen, beispielsweise bei der Berichterstattung über die verunsicherten DieselfahrerInnen oder dem allgemeinen Tenor, der sich gegen Fahrverbote ausspricht. Auffällig bleibt dennoch die West-Ebene, die sich durch Frames rund um Armin Laschet abhebt.

---

<sup>128</sup> WAZ, 10.11.2018

<sup>129</sup> Die RichterInnen entschieden, dass zur Einhaltung der Luftreinhalte Pläne in einigen Städten NRWs die Straßen für Dieselfahrzeuge gesperrt werden müssen. Der Grund der Rechtswidrigkeit des Urteils liegt, nach Befinden des damaligen Regierungschefs Armin Laschet, in der Unverhältnismäßigkeit des Urteils.

<sup>130</sup> WAZ, 10.11.2018

<sup>131</sup> RP, 10.11.18; RP, 26.09.18; WAZ 10.11.18;

<sup>132</sup> SäZ, 04.12.2018; SäZ, 12.04.2018

<sup>133</sup> SäZ, 12.03.2018; SäZ, 12.03.2018; TA, 04.12.2018; MZ, 12.03.2018; MZ, 04.12.2018

### *Vertrauensverhältnis*

Die folgende Themenkategorie des Vertrauensverhältnisses zwischen Herstellern und Kunden wird auf Ost-Ebene nicht behandelt, auf West-Ebene dagegen verzeichnet sie rund 2,4%, auf nationaler Ebene 5,1%. Auf Letzterer werden in einem Makroframe als Ursache für das belastete Vertrauensverhältnis zwischen Herstellern und Kunden die undurchsichtigen Machenschaften der Autobauer zusammengefasst, die die Glaubwürdigkeit in sie zerstört und ihren Ruf nachhaltig geschädigt haben.<sup>134</sup> Zudem haben die Autobauer nicht in Betracht gezogen, dass dabei beispielsweise Steuereinbußen in Milliardenhöhe auf dem Spiel standen. Das zerstörte Vertrauensverhältnis wird klar negativ bewertet. Daneben weist der Makroframe eher unkonkrete und allgemeine Lösungen auf. So lauten die Forderungen an Konzerne und Politik beispielsweise, es müssten härtere Kontrollen der Abgaswerte sowie stärkere Sanktionen durchgeführt werden, um das Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen.

Die West-Ebene verzeichnet einen Einzelframe zum Themenkomplex Fahrverbote. Dieser bewertet den Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Automobilindustrie ebenfalls negativ, präsentiert jedoch eine Lösungsstrategie für die Automobilbranche, wie das Vertrauen wiederaufgebaut werden könnte – durch Transparenz und Verlässlichkeit.<sup>135</sup>

In den Häufigkeiten unterscheiden sich die nationale und West-Ebene stark. Zwar ist die Art der Berichterstattung ähnlich und fällt konsequent negativ aus, jedoch kann, aufgrund der Größe der Themenkategorie im Westen, nicht zwingend von einer klaren Konvergenz gesprochen werden

### *„Kuhhandel“ zwischen Politik und Automobilindustrie*

Auf West- und Ost-Ebene ist jeweils ein Einzelframe zu identifizieren, welcher die Steuerverluste der Bundesregierung durch den Abgasskandal sowie die Art der Verhandlung zwischen Bundesregierung und Automobilindustrie negativ als „Kuhhandel“ und „übler Deal“ framet.<sup>136</sup> Es wird vermutet, dass die Automobilhersteller hier auf eine stillschweigende Übereinkunft hoffen könnten. Lösen die Hersteller

---

<sup>134</sup> SZ, 03.03.2018; SZ, 12.03.2018; SZ, 12.03.2018; SZ, 26.05.2018; FAZ, 03.03.2018

<sup>135</sup> WAZ, 04.07.2018

<sup>136</sup> WAZ, 26.09.2018, TA, 26.09.2018; Beide Zeitungen gehören der FUNKE MEDIENGRUPPE an und gleichen sich in Inhalt und Bild. Hier zeigen sich beispielhaft die Auswirkungen der Pressekonzentration.



das Problem in den Ballungsräumen mit den Stickoxidwerten, können sie Fahrverbote abwenden, die ganz und gar nicht im Interesse der Beteiligten sind. Dafür soll sich die Bundesregierung in Brüssel für weniger scharfe CO<sub>2</sub>-Grenzwerte einsetzen.

Die Art der Verhandlung zwischen Autoindustrie und Politik, die auf den beiden anderen Ebenen negativ geframet wird, findet auf der nationalen Ebene keine Erwähnung.

### *Kritik an der Politik*

Die folgende Themenkategorie nimmt auf West-Ebene mit 12,1% den meisten Raum ein, auf nationaler Ebene sind es 9,18% und auf Ost-Ebene nur 2,0%. Die Themenkategorie *Kritik an der Politik* vereint auf der nationalen Ebene zwei Makroframes und einen Einzelframe. In einem Makroframe wird die Kritik am geplanten Handeln der Bundesregierung, öffentliche Gelder für die Nachrüstung mangelhafter Dieselwagen zu verwenden, von Seiten Bündnis90/Die Grünen und den Verbraucherzentralen dargestellt.<sup>137</sup> Diese zeigen sich entsetzt und bewerten das Vorhaben klar negativ. Forderung ist, den AutobesitzerInnen und Klarheit zu verschaffen und die Automobilindustrie für ihre fehlerhaften Produkte zahlen zu lassen. Ein weiterer Makroframe verstärkt das Narrativ, dass die Politik versagt habe und keine gewinnbringenden Lösungen zur Nachrüstungsproblematik und der Einhaltung der von der EU bestimmten Luftreinhaltepläne anbieten könnte.<sup>138</sup> Die Kritik an der Politik wird dabei nicht nur aus Sicht der BürgerInnen bedient, sondern auch von den Automobilkonzernen. Diese kritisieren, dass die angestrebten Emissionssparziele technisch nicht einhaltbar seien und bewerten dies als Gängelung der Automobilindustrie. Auch fühlt sich die Autoindustrie missverstanden und will den Fokus weg von den Emissionen der Kraftfahrzeuge hin zur „Primärenergie“ lenken, somit implizit auf nachhaltige Energiegewinnung abzielen. Weiterhin habe die Politik zu wenig zu einer strikten Kontrolle der Abgaswerte beigetragen und vermittele den Eindruck die Autoindustrie bewusst geschont zu haben. Die Untätigkeit seitens der Politik und deren Lösungsansätze, wie beispielsweise Kaufprämien für neue Autos, werden konsequent abgelehnt und negativ bewertet. Für die Lösung des

---

<sup>137</sup> SZ, 16.02.2018; SZ, 12.03.2018

<sup>138</sup> FAZ, 19.12.2018; SZ, 11.10.2018; SZ, 26.09.2018; SZ, 29.06.2018; SZ, 12.03.2018; SZ, 12.03.2018

Problems sollen nicht die DieselfahrerInnen zur Verantwortung gezogen werden, sondern die Autoindustrie, die in die Pflicht eines finanziellen Ausgleichs genommen werden soll. Ebenso soll die Bundesregierung nicht länger im Interesse der Autoindustrie handeln. Die zwei gefundenen Makroframes erzeugen ein deutliches Bild von einer handlungsunfähigen Politik. Dabei wird sie sowohl von Automobilherstellern als auch der Gesellschaft verurteilt. Des Weiteren existieren Frames, die klar regierungskritische Inhalte vermitteln, sich jedoch letztlich nicht der Themenkategorie zuordnen lassen, da ihre Kritik spezifischer ausfällt, sich einem Teilbereich der Politik widmen oder einer anderen Kategorie zuzuordnen sind.<sup>139</sup>

Auf West-Ebene wird die Bundesregierung unter anderem von der Landesregierung in NRW kritisiert. Ihrer Meinung nach wird diese bei der Implementierung umweltschonender Lösungen finanziell zu wenig vom Bund unterstützt. Im Westen ist die Kritik an der Politik die zweitgrößte Themenkategorie mit 5 Einzelframes. Unter anderem thematisieren die Frames den Kurs der Bundesregierung, der als “nicht stringent” geframet wird,<sup>140</sup> auch von einem “zu mildem Kurs“ seitens der Bundesregierung ist die Rede.<sup>141</sup>

Die Themenkategorie Kritik an der Politik weist auf der Ost-Ebene lediglich einen Einzelframe auf, bei der die Bundesregierung für ihre langsamen Fortschritte in der Mobilitätswende kritisiert wird.<sup>142</sup> Zusammenfassend lässt sich ausmachen, dass die Frames auf allen Ebenen Kritik ausüben, sich diese jedoch in den Vorwürfen unterscheiden und die nationale Ebene viele Makroframes aufweist. Der Osten fällt mit seiner Kritik noch deutlicher auf, da die Verkehrswende in den beiden anderen Ebenen kein Thema ist.

### *Nachrüstungen*

Diese Themenkategorie nimmt auf West-Ebene mit 7 % den größten Anteil im Ebenen-Vergleich ein, National und Ost folgen mit 5,1% beziehungsweise 6,3%. In welcher Art und Weise Fahrzeuge mit manipulierten Dieselmotoren technisch an die geltenden Richtlinien angepasst werden können, stellt ein Makroframe zusammengesetzt aus fünf Einzelframes auf nationaler Ebene dar. Wer dabei die Kosten

---

<sup>139</sup> SZ, 11.05.2018

<sup>140</sup> WAZ, 10.11.18

<sup>141</sup> WAZ, 12.03.18

<sup>142</sup> SäZ, 11.04.18

für die Nachrüstungen tragen soll ist jeweils Hauptgegenstand der entsprechenden Artikel.<sup>143</sup> Im Makroframe wird vor allem eine Kritik der Grünen ersichtlich, die sich klar gegen die Kostenübernahme durch Verbraucher wehren.<sup>144</sup> Auch wurde der damalige Bundesverkehrsminister für seine Nachlässigkeit mit der Automobilindustrie scharf kritisiert.

Auf West- und Ost-Ebene sind ausschließlich Einzelframes zu identifizieren, die Berichterstattung verbleibt somit sehr divers und lässt sich schwer zu einer einheitlichen Interpretation zusammenfassen.<sup>145</sup> Bei dieser Themenkategorie wird wieder deutlich, dass auf nationaler Ebene vermehrt Makroframes zu finden sind und die Berichterstattung somit einheitlicher ausfällt.

### *EU-Richtlinie/Klage*

Bleibt auf Ost-Ebene diese Subthematik aus, verzeichnet die nationale Ebene drei Einzelframes mit 3,0% und die West-Ebene zwei Makroframes mit 9,7%. Zu einer geplanten schärferen Regulierung der Abgaswerte und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch EU-Normen gab es 2018 in der nationalen Presseberichterstattung scharfe Kritik, die dabei ein stringentes Bild zeichnet: Die Autoindustrie dürfe nicht die Leidtragende sein, wenn es darum geht, durch verschärfte Normen den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Der Frame wirft das Narrativ einer schützenswerten Automobilindustrie, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa, auf. Die angestrebten Klimaziele seien zu ineffizient und der EU-Kommissionsvorschlag gefährde die Autoindustrie.<sup>146</sup> Ursächlich dafür seien die hohen Kosten für die Senkung der Emissionen und die technische Umsetzbarkeit im Automobilssektor. Zur Lösung des Problems wird der Einbezug des Autoverkehrs in den europäischen Emissionshandel vorgeschlagen und eine bessere Berechenbarkeit des Klimaschutzes. Die einzuhaltenden EU-Richtlinien und die damit verbundene Klage reihen sich in das Muster der unkritischen und schützenden Berichterstattung bezüglich der Konzerne ein.

Auf West-Ebene befasste sich ein Makroframe mit dem Aspekt des ausgeübten Drucks seitens der europäischen Politik gegenüber der deutschen

---

<sup>143</sup> SZ, 16.02.2018; SZ, 16.02.2018; SZ, 12.03.2018; SZ, 16.02.2018; SZ, 10.11.2018

<sup>144</sup> SZ, 16.02.2018

<sup>145</sup> TA, 26.09.2018; SäZ, 11.04.2018; SäZ, 11.04.2018; RP, 19.07.18; WAZ, 26.09.2018; WAZ, 10.11.2018; RP, 19.07.2018

<sup>146</sup> FAZ, 26.09.2018; FAZ, 19.12.2018; SZ, 10.11.2018

Automobilindustrie.<sup>147</sup> Der Frame nimmt eine deutlich „autofreundliche“ Position ein, welche die angestrebten Maßnahmen der Europäischen Union bezüglich schärferer Abgasgrenzwerte verurteilt. Die ursächliche Diesel-Debatte wird zwar erwähnt, gelangt jedoch nicht weiter in den Fokus. Sie wird als nicht weiter problematischer Fakt betrachtet. Da von den Automobilbauern oder Lobbyverbänden kein Lösungsvorschlag existiert, erhält dieser Makroframe weiterhin eine negative Bewertung. Aus Sicht der Automobilkonzerne sind Forderungen der europäischen EntscheiderInnen zu groß und ein Schlag für die deutsche Autoindustrie und den Wohlstand Deutschlands. Die West-Ebene passt sich dem Trend der schützenden Haltung gegenüber der Automobilindustrie der nationalen Ebene in der Berichterstattung an.

### *BMW und Daimler*

Ausschließlich auf nationaler Ebene befasst sich ein weiterer Makroframe mit der Berichterstattung bezüglich BMW und seiner Rolle im Abgasskandal. Der Makroframe konstruiert eine BMW-freundliche Perspektive in der nationalen Berichterstattung. Dieser aus drei Einzelframes bestehende Makroframe stellt in seiner Darstellung eine Besonderheit dar.<sup>148</sup> Das Problem sei eine falsche Berichterstattung über den bayrischen Fahrzeugbauer und seinen ruinierten Ruf. Verantwortlich dafür sei unter anderem die unvoreilhaftige Darstellung in den öffentlich-rechtlichen Medien sowie Beschuldigungen einer Abgasmanipulation trotz fehlender Beweise. Richtig ist zwar, dass BMW 2018 im Zuge des unerlaubter Abgasreinigungsverfahrens auch vor Gericht stand, jedoch nicht wegen vergleichbarer Vorwürfe wie die gegen VW oder Audi (Leiding, 2019).

Die Verhältnisse beim baden-württembergische Hersteller Daimler wurden in der ostdeutschen Presseberichterstattung geframet. Dominant in diesem Makroframe ist die Bedrohung Daimlers durch einen eventuellen Massenrückruf von Mercedes Modellen mit Dieselmotoren. Dies wird konsequent negativ für Daimler und als tiefes Versinken in den Abgasskandal gewertet.<sup>149</sup> Eine Parallele zum national dominierenden Rupert-Stadler-Frame lässt erkennen: Auch Daimler verkündet vollumfänglich mit den Behörden bei der Klärung der Vorwürfe zusammenarbeiten

---

<sup>147</sup> NW, 18.05.18

<sup>148</sup> FAZ, 16.02.2018; FAZ, 16.02.2018; SZ, 03.08.2018

<sup>149</sup> TA, 26.05.2018; SäZ, 26.05.2018

zu wollen. Dieses Vorgehen des Konzerns sollte jedoch als strategische und übliche Konzernkommunikation gelesen werden. Entgegen der nationalen Perspektive wird der Daimler Konzern hier durchgängig kritisch betrachtet und die Kooperation als strategischer Kniff gewertet.

Zur Veranschaulichung der erhobenen Frames dient weiterhin Tabelle 13. Zu beachten ist, dass lediglich exemplarisch markante Frames aufgezeigt werden, die vor allem einen Vergleich zwischen den Ebenen ermöglichen.

	Subkategorien Dieselskandal	Frame-Namen	National	Ost	West
Akteursbezogene Frames	1) Rupert Stadler	Keine Rücksicht auf Konzernspitze	x	x	
		Verhaftung trifft Vorstand unvorbereitet	x		
		Audi Spitze problematisch	x		
		In Untersuchungshaft wegen Verdunklungsgefahr	x	x	
		Wusste von Betrug und hat ihn verheimlicht	x	x	
		Aktienkurs fällt wegen Verhaftung	x		
	2) Keimzelle Audi	Ursprung der Betrugssoftware liegt beim Audi Konzern	x	x	
System Frames	3) Fahrverbote	Regierung will finanziell aushelfen		x	
		Laschet hält Verbote für unverhältnismäßig und rechtswidrig	x	x	x
		Verunsicherte KäuferInnen	x		x
		Keine einheitlichen Vorgaben für Fahrverbote	x	x	x
		DUH droht Laschet		x	
	4) Vertrauensverhältnis	Verhältnis zwischen Kunden und Herstellern ist ruiniert	x		x
		Hersteller sind sich des Vertrauensverlustes nicht bewusst	x		
		Hersteller wollen Vertrauen zurückgewinnen			x

Fortsetzung Tabelle 13

	Subkategorien Dieselskandal	Frame-Namen	National	Ost	West
System Frames	5) "Kuhhandel" zwischen Autoindustrie und Politik	Autoindustrie und Politik handeln üblen Deal aus		x	x
	6) Kritik an der Politik	Politik hat keine Lösungen	x		x
		Erzwingungshaft gegen Politiker wird geprüft	x		
	7) Steuereinbußen und Umwelt	Studie zu den Steuereinbußen verursacht durch den Dieselskandal neben den offensichtlichen Umweltschäden	x	x	x
	8) Investorenprozess	VW hat bewusst getäuscht		x	x
		Schlechte Aussichten für Kläger		x	x
	9) Nachrüstungen	Keine Finanzierung durch öffentliche Gelder; Industrie soll selbst zahlen	x	x	x
		Beteiligte sind sich nicht einig	x		
		Industrie will nicht zahlen	x	x	x
	10) EU-Richtlinie/Klage	EU übt durch Klage enormen Druck auf Hersteller aus			x
		Deutschland agiert nicht, um Klage entgegenzuwirken	x		x
11) Innovation/Fortschritt	Nur langsame Fortschritte bezüglich einer Verkehrswende		x		

Tabelle 13: *Frame-Namen im Dieselskandal*

Quelle: Eigene Darstellung

### 6.3.4 Auswertung der Hypothesen

Nach Darlegung der Daten werden die aufgestellten Hypothesen im Folgenden mit Bezugnahme auf den Diesel-Skandal ausgewertet.

*H4: In der nationalen sowie den regionalen Teilöffentlichkeiten West- und Ostdeutschlands existieren unterschiedliche Medienframes zu innerdeutschen Themen.*

Werden zunächst die Anteile der erhobenen Frames innerhalb der thematischen Subthematiken verglichen, ergibt sich folgendes Bild: Auf nationaler sowie Ost-Ebene haben beispielsweise die personenbezogenen-Frames rund um Rupert Stadler einen hohen Stellenwert, wohingegen Frames dieser Kategorie auf West-Ebene ausbleiben. Demnach fehlt der westlichen Berichterstattung eine kritische Perspektive in Bezug auf die Führungsetage der Konzerne. Gleichzeitig sind Frames, die durch die drohenden Fahrverbote verunsicherten Dieselfahrer thematisieren, nur auf der West-Ebene zu finden. Auch jegliche Darstellungen bezüglich der Verhandlungen zwischen Autoindustrie und Politik („Kuhhandel“) bleiben auf nationaler Ebene aus und die Einzelframes der regionalen Zeitungen beruhen auf demselben Artikel, der sowohl in der WAZ auch als in der TA abgedruckt wurde. Daneben wird das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Automobilindustrie auf nationaler und West-Ebene negativ geframet, auf Ost-Ebene bleiben dazu jegliche Medienframes aus, ebenso wie Frames bezüglich der EU-Klage. Weiterhin existieren Frames, die nur auf jeweils einer Ebene Gehör finden, beispielsweise Darstellungen zu Daimler und BMW. Diese prominenten Beispiele lassen erkennen, dass von divergierenden Frames zwischen der nationalen Teilöffentlichkeit und den regionalen Teilöffentlichkeiten gesprochen werden kann. Auch die Erkenntnis, dass von elf thematischen Subkategorien nur vier (*Nachrüstungen, Fahrverbote, Kritik an der Politik, und Steuereinbußen/ Umweltschäden*) auf allen drei Ebenen auftreten, bestätigt die existierende Divergenz.

Werden in einem nächsten Schritt die Frames zwischen den Ebenen verglichen zeigt sich, dass lediglich bezüglich der Makroframes zu Rupert Stadler auf nationaler und Ost-Ebene ebenen-übergreifende Deutungsmuster vorherrschen. Jedoch lassen sich auch hier einige Differenzen festmachen. Werden auf nationaler Ebene vor allem die Reaktion des Vorstands bei VW auf die Verhaftung Stadlers sowie die problematische Audi-Spitze angeführt, fehlt diese Tendenz auf der Ost-

Ebene. Auch der sinkende Aktienkurs ist nur auf der nationalen Ebene ein Thema. Demnach haben die Frames um Rupert Stadler auf nationaler Ebene eine stärker wirtschaftlich und unternehmensorientiertere Sichtweise. Frames, die Audi als „Keimzelle“ des Skandals beschreiben, bleiben auf der West-Ebene aus. Die Ost-Berichterstattung fokussiert sich jedoch, im Gegensatz zur nationalen Presse, vermehrt auf Fahrverbote, wobei die westlichen Medienframes eine deutlich ortsbezogene Perspektive einnehmen. Hier wird sich vorrangig auf Armin Laschet und das Landesgericht in Düsseldorf konzentriert. Im Osten nimmt im Gegensatz zum Westen weiterhin die Bundesregierung einen Teil der Frames ein, die sich um die Subventionen zur Abwendung der Fahrverbote drehen, ebenso wie um Armin Laschets Streit mit der *Deutschen Umwelthilfe*. Bezüglich des Vertrauensverhältnisses zwischen Kunden und Herstellern fallen die Frames auf nationaler Ebene den Herstellern gegenüber kritischer aus: Ihnen wird unterstellt, sich des Vertrauensverlustes nicht bewusst zu sein. Der Westen verhält sich konträr zu diesen Frames, denn dort existieren solche, die den Herstellern den Willen zur Rückgewinnung des Vertrauens attestieren.

Schließlich lässt sich H4 in Bezug auf den Dieselskandal bestätigen – in den regionalen und der nationalen Teilöffentlichkeit existieren unterschiedliche Medienframes.

*H5: Die nationalen Medienframes zu innerdeutschen Themen verhalten sich konvergent zu westdeutschen und divergent zu ostdeutschen Medienframes.*

Zunächst wird eine mögliche Konvergenz zwischen nationalen und westlichen Medienframes überprüft. Werden die Häufigkeiten der thematischen Subkategorien ausgewertet, die sich zwischen West und National überschneiden, so stimmen sechs von zehn vergleichbaren Kategorien überein. Zwar sind dies mehr als die Hälfte, dennoch werden hierbei nur die thematischen Ähnlichkeiten verglichen und nicht die Deutungsmuster. Zudem ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund zu betrachten, dass jegliche Frames rund um Rupert Stadler auf West-Ebene ausgeblieben sind, wobei dies die Topthematik auf nationaler und Ost-Ebene darstellte. Für eine Argumentation einer existenten Konvergenz stellt dieses Verhältnis eine zu große Diskrepanz dar. Divergenzen zwischen den Deutungsmustern lassen sich beispielsweise bei der Kategorie Audi als Keimzelle finden. Der Westen weist hierbei im



Gegensatz zur nationalen Ebene keine kritischen Tendenzen gegen Vorstände auf. Weiterhin unterscheiden sich die nationale und West-Ebene des Öfteren in den Häufigkeiten, wodurch nur erschwerte Vergleiche zu ziehen sind. Beispielsweise werden bei der Thematik des Vertrauensverhältnisses zwischen Kunden und Herstellern die Frames zwar beidseitig negativ geframet, jedoch lässt sich im Westen nur ein Frame diesbezüglich ausmachen, auf nationaler Ebene sind es fünf. Konvergenzen in den Deutungsmustern lassen sich weiterhin bei den Frames zu Fahrverboten finden: DieselfahrerInnen werden als verunsichert dargestellt und der Tenor bezüglich Fahrverboten ist negativ. Allerdings lässt sich charakterisieren, dass die westlichen Medienframes, im Gegensatz zu den nationalen, eher ortsgebunden mit Fokus auf Armin Laschet sind. Hauptargument gegen eine mögliche Konvergenz zwischen Frames der nationalen und West-Ebene bleibt die Auslassung der Frames von Rupert Stadler auf West-Ebene und die kritischere Perspektive gegenüber Konzernen auf nationaler Ebene.

Ferner ließen sich keine klar bestätigenden Ergebnisse bezüglich einer möglichen Divergenz zwischen den Frames auf nationaler und Ost-Ebene sammeln. Hier glichen sich ebenfalls sechs Themenkategorien. Zunächst sind auf beiden Ebenen die meisten Frames um Stadler erhoben worden, womit eine Basis für eine mögliche Konvergenz geschaffen wurde. Die Frames auf beiden Ebenen nehmen eine kritische Haltung gegenüber dem ehemaligen Konzernchef ein, wobei sich der Osten vermehrt auf Stadler als Person fokussiert und die nationale Presse vermehrt auf Reaktionen bezüglich seiner Verhaftung eingeht. Auf beiden Ebenen lassen sich ebenfalls ähnliche Deutungsmuster in Bezug auf den Audi Konzern erkennen, welche einheitlich negativ und als Keimzelle des Skandals identifiziert werden. Klare Divergenzen lassen sich lediglich bei Betrachtung der Themenkategorie des Vertrauensverhältnisses und der Kritik an der Politik erkennen. Diese Kategorien sind auf Ost-Ebene von weitaus geringerer Bedeutung als auf nationaler Ebene und weisen diverse Deutungsmuster auf. Insbesondere die Menge an übereinstimmenden Frames bezüglich Rupert Stadler und die einheitliche Kritik am Audi Konzern sprechen eher für konvergent verlaufende Medienframes zwischen nationaler und Ost-Ebene.

Resümierend kann festgehalten werden, dass sich H5 in Bezug auf den Dieselskandal eher widerlegen lässt: Die Medienframes zwischen nationaler und West-

Ebene verhalten sich eher divergent, während sich die Medienframes zwischen nationaler und Ost-Ebene eher konvergent verhalten.

### **6.3.5 Dekonstruktion II: Dieselskandal**

Nachdem die deskriptive Darstellung der Subthematiken auf den unterschiedlichen Ebenen erfolgt ist, werden im Weiteren die empirischen Befunde für die Berichterstattung zum Dieselskandal mit Hilfe der Theorie aufgearbeitet.

Im Gegensatz zu den ähnlichen Frame-Ergebnisse im Bereich des Rechtsextremismus, an den Beispielen Chemnitz und NSU-Prozess, ist die Sachlage zum Dieselskandal eine andere. Im Jahr 2018 ließ sich eine mehrheitlich fragmentierte Berichterstattung zu diesem Thema ausmachen. Trotz der Divergenz in der Berichterstattung über die Dieselsabgasmanipulationen, welche von den Hypothese 4 und 5 bestätigt wird, offenbart sich die Situation zur Ähnlichkeit der Diskurse als weniger dramatisch, wie es noch Tobler (2006) sowie Peters und Wessler (2006) sahen. Von einer Dysfunktionalität der medialen Teilöffentlichkeitsarenen (Tobler, 2006) kann zwischen den Ebenen West und National sowie Ost und West gesprochen werden, denn die Argumentationsstrukturen dieser untersuchten Teilöffentlichkeiten unterscheidet sich in einem auffälligen Maße. Die nationale und Ost-Ebene hingegen weisen marginale Gemeinsamkeiten in den Frame-Subthematiken und Narrativen auf.

Grundlegend wurde das Bewertungskriterium der Themenkonvergenz eingehalten (siehe Kapitel 3.4.2), da das Thema „Dieselskandal“ in allen drei Ebenen stark frequentiert vorkommt. Laut Peters und Wessler (2006) ist jedoch nicht nur eine gewisse Themenkonvergenz für eine gemeinsame Verständnisbasis unabdingbar, sondern auch die vorherrschenden Interpretationsthemen, respektive Frames, einer Teilöffentlichkeit sollten in allen anderen abgebildet werden. Befunde aus der Öffentlichkeitsforschung sowie der Frame-Analyse des Dieselskandals legen jedoch nahe, dass ähnliche bis gleiche Frames eher themenabhängig sind (Kleinen von Königslöw, 2010). Die in den Teilöffentlichkeiten eines Kommunikationsraumes vorkommenden Deutungsmuster sind demnach nicht per se die gleichen, weder innerhalb einer Teilöffentlichkeit noch zwischen diesen (ebd.). Vor allem die Presseberichterstattung im westdeutschen Medienraum zeigt sich, durch den starken Bezug zum selben geografischen Territorium, isoliert. Eine vorliegende Themenkonvergenz darf daher nicht über die Defekte der medialen Öffentlichkeitsarenen

hinwegtäuschen. Wenn Themen nicht unter demselben Deutungshorizont verhandelt werden, kann das zu einer gestörten Anschlusskommunikation führen, ergo die weiterführende, oft interpersonale Kommunikation über rezipierte Medieninhalte gestaltet sich schwierig (Weber & Ziegele, 2013). RezipientInnen der untersuchten westdeutschen Tageszeitungen sind demnach weniger zur Anschlusskommunikation fähig, da dort weniger Facetten der Thematik behandelt werden. Zwar teilen sich die Ebenen National, West und Ost Subthematiken und Facetten der Berichterstattung, jedoch bleibt der/die westdeutsche ZeitungleserIn darüber hinaus, im Vergleich zu ZeitungleserInnen der anderen Ebenen, uninformiert. Allein aus den Informationen der Presse wäre dieser/diese nicht in der Lage, sich ein umfassendes Bild zum Dieselskandal zu machen und darüber zu kommunizieren, da diese einerseits nicht ausreichen, andererseits regional zu konzentriert sind.

Allgemein betrachtet wird das Thema Dieselskandal auf allen drei Ebenen intensiv bearbeitet. Außerdem bilden die drei Teilöffentlichkeiten divergierende Argumentationsmuster zum selben Thema ab, was auf eine starke Meinungsvielfalt im Kommunikationsraum Deutschland hinweist. Die größere Ähnlichkeit zwischen National und Ost muss dabei relativ zur allgemeinen Divergenz, wie sie an Hypothese 4 und 5 ablesbar ist, gesehen werden. Von der Meinungsvielfalt könnten so dann nur jene LeserInnen profitieren, die regelmäßig Tageszeitungen aus allen drei Öffentlichkeitsarenen lesen. RezipientInnen der nationalen Tagespresse werden diesem Ideal am ehesten gerecht, die der westdeutschen Tagespresse am wenigsten.

Neben möglichen negativen Auswirkungen auf die Anschlusskommunikation der BürgerInnen der drei Teilöffentlichkeiten aufgrund vorwiegend differenter Frames, offenbart sich ein weiterer Mangel der Berichterstattung. Dazu bedarf es eines Blicks auf das Zentrum-Peripherie-Modell von Habermas (1990; 1992) (siehe Kapitel 3.1.2) sowie auf die zeitgenössische Revision und Erweiterung des Modells in Kapitel 3.2.1 durch Tobler (2010) und Imhof (1996). Wird der Fokus auf die gefundenen Frames in allen drei Teilöffentlichkeiten zum Thema der Dieselabgasmanipulationen gerichtet, fällt insbesondere die einseitige Betrachtung der geschädigten DieselfahrzeugbesitzerInnen und die prominente Berichterstattung über Autokonzerne auf. Wie im Kapitel 3.2.1 angeführt, bekommt nicht jeder/r einzelne/r BürgerIn oder alle kollektiven AkteurInnen die gleiche Möglichkeit, ihre/seine Themen und Meinungen in kommunikative Prozesse miteinzubinden. In Toblers (2010) arenatheoretischem Modell der Öffentlichkeit lassen sich private Diesels-

PKW-BesitzerInnen zur „autonome[n] Öffentlichkeit“ (Imhof, 2011, S.52) und damit der kommunikativen und öffentlichen Peripherie zuordnen. Autonome Öffentlichkeiten werden durch ihren eingeschränkten Zugang zum und ihre geringe Beachtung durch den „Sinnzirkel“ charakterisiert (Imhof, 1996, S.210ff.), dem Zentrum eines Kommunikationsraumes. Als vom Zentrum denkbar weit entfernte AkteurInnen (private Diesel-PKW-BesitzerInnen) können sie die Aufgabe einer „Problem- und Bedürfnisartikulation“ (Ulrich, 2016) gegenüber der politischen Sphäre im Sinnzirkel nicht mehr einhalten. Die Befunde der Arbeit zeigen, dass über und von DieselbesitzerInnen aus wirtschaftlicher und politischer Sicht des Sinnzirkels berichtet wird, eine dedizierte Sichtweise der VerbraucherInnen jedoch – bis auf seltene Ausnahmen – nicht in die Berichterstattung gelangt. Das zeigt sich beispielsweise, wenn in der Berichterstattung des Medienraums Ost eine Gerichtsentscheidung als Teilerfolg für die VerbraucherInnen gewertet wird. Der betreffende Makroframe besteht jedoch nur aus zwei Einzelframes, der insgesamt Gerichts- und Unternehmen fixiert ist. Volkswagen ging dabei als Verlierer aus dem Prozess hervor. Dies zeigt exemplarisch, dass zwar *über* und *von* den Geschädigten gesprochen wird, eine Reflexion der Folgen für die Betroffenen aber ausbleibt. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die nationale Presseberichterstattung: Zwar gibt es dort Makroframes, die das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Automobilhersteller oder das Versagen der Politik, eine Lösung des Dieselskandals zu organisieren, thematisieren, diese sind jedoch ebenfalls auf politische AkteurInnen fokussiert. Forderungen oder die Problematisierung des Dieselskandals mit Argumenten der AkteurInnen aus der autonomen Öffentlichkeit konnten im Laufe der Analyse nur marginal festgestellt werden. Hier zeichnet sich ein blinder Fleck der Berichterstattung ab, wie er im Kapitel zur Nicht-Berichterstattung (siehe Kapitel 2.4.3) beschrieben wurde. Kommen die geschädigten DieselfahrzeugbesitzerInnen nicht zu Wort, kann folglich kein öffentlicher Diskurs über das Thema stattfinden. Weiterhin kann durch das Fehlen öffentlich wahrnehmbarer BürgerInnen-Meinungen über die Abgasmanipulationen in der Presseberichterstattung, keine Bewertung durch diese vorgenommen werden. Die politische Willens- und Meinungsbildung der BürgerInnen lagert sich so in das Private aus und verinselt – eine gegenseitige Bewertung der angebrachten Vorschläge findet ausschließlich in der politischen Sphäre statt.

Als weiterer Grund für die wenig betrachtete Perspektive der VerbraucherInnen kann die Dauer des Dieselskandals und die damals neue Dynamik um Rupert Stadler genannt werden, die eine Berichterstattung aus VerbraucherInnensicht nach den Nachrichtenwertfaktoren (Schulz, 1976) wenig attraktiv machte. Weiterhin deutet sich eine Lücke in der Berichterstattung an, die auch aufgrund journalistischer Arbeit entstehen kann. Journalisten wenden Selektionskriterien an, pflegen Redaktionsgewohnheiten und haben mit mangelnden Ressourcen zu kämpfen (Czerwick, 1990; Hackett & Gruneau, 2000). Die Erkenntnisse aus der Inhaltsanalyse I offenbaren, dass das Thema der Dieselsabgasmanipulation zu den wichtigsten Wirtschafts- und Unternehmensthemen zählte. Für den Wirtschaftsjournalismus in Deutschland attestierten Arlt und Storz den deutschen Medien schon 2010 eine eingefahrene Alltagsroutine, geringen Ressourcenverbrauch für tiefe Recherchen, eine Fokussierung auf Top-Manager und zu geringe Verständlichkeit der Inhalte für die RezipientInnen. Diese Befunde passen damit in die Theorie der Missing News und Blind Spots (Czerwick, 1990; Hackett & Gruneau, 2000). Hier kann ein klares Versagen der Presseberichterstattung in allen drei Teilöffentlichkeiten festgestellt werden. Diese Erkenntnis überrascht, gilt in Deutschland doch gemeinhin eine „Autokultur“ (Hellmann, 2019, S. 317) in der Bevölkerung und damit in den autonomen Öffentlichkeiten. Deutschland gilt als historisch gewachsenes „Autoland“ was sich auch am motorisierten Individualverkehr beweisen lässt (Korte et. al, 2017).

Der abschließende Befund für die Frame-Analyse der deutschen Tageszeitungen umreißt noch einmal klar: Den thematisch stärker eingegrenzten Bereichen im Rechtsextremismus mit einer konvergenten Frame-Struktur steht das wirtschaftliche Thema des Dieselskandals als sehr divergent geframet gegenüber. Die Frame-Strukturen zum Dieselskandal sind zwischen den Ebenen deutlich unterschiedlich, auch wenn marginale Übereinstimmungen zwischen Ost und National vorkommen und Subthematiken der Frames geteilt werden. Eine konvergente oder divergente Frame-Struktur ist demnach themenabhängig und hängt nicht von den jeweiligen Teilöffentlichkeiten ab. Die starken Differenzen können einerseits positiv betrachtet werden, da die Themenkonvergenz eine gesamtgesellschaftliche Relevanz ersichtlich macht. Andererseits scheint die Wirtschaftsberichterstattung ein strukturelles Problem zu haben, welche als Dysfunktionalität gewertet werden kann: Sie ist rezipientInnenunfreundlich in beide Richtungen – im Sinne der Verständlichkeit und im Sinne der Repräsentanz wenig vermachteter peripherer AkteurInnen. Auch

die Anschlusskommunikation scheint gestört, denn nur idealisierte RezipientInnen könnten von der ebenenübergreifenden Meinungsvielfalt profitieren.

## **7. Limitationen der Studie**

Die vorliegende Studie weist aufgrund der eigenen Entwicklungen von Erhebungsmethoden sowie zeitlich beschränkten Ressourcen Limitationen auf. Im Folgenden wird jeweils für den quantitativen und qualitativen Teil der Forschung Methodenkritik geübt.

Die quantitative Inhaltsanalyse in Form einer Themenfrequenzanalyse ist ein bewährtes Mittel der Kommunikations- und Sozialforschung, die jedoch einige Einschränkungen aufweist. Zunächst kann die Auswahl der Stichprobengröße kritisiert werden: Das Prinzip des künstlichen Monats erwies sich zwar als zeit- und ressourcensparend, jedoch wurden somit nicht alle in der Medienberichterstattung auftretenden Themen erfasst. Um ein differenzierteres Abbild zu schaffen, empfiehlt sich bei erneuter Durchführung einen Tag in einer Woche, anstatt in jeder zweiten Woche zu wählen. Dies würde den Codieraufwand zwar verdoppeln, jedoch auch den Blick für kurzfristige Ereignisse öffnen. Besonders in Bezug auf die anschließende qualitative Frame-Analyse hätten somit mehr Artikel und eine höhere Samplegröße zu einem Thema generiert werden können. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sind valide für die gewählten Medienräume, die stellvertretend für Ost- und Westdeutschland stehen sowie für die gewählte Mediengattung der Tageszeitungen. Für allgemeingültigere Aussagen zwischen West- und Ostdeutschland müsste das Sample vergrößert und nicht nur auf die Medienräume des WDR beziehungsweise MDR bezogen werden. Eine Aussage über mehrere Mediengattungen und etwaige Konvergenzen oder Divergenzen entlang der Nord-Süd-Tangente konnte weiterhin nicht getroffen werden. Zudem wäre es von Interesse, nicht nur die medialen Teilöffentlichkeiten miteinander zu vergleichen, sondern auch Zeitungen innerhalb einer Ebene nach Divergenzen und Konvergenzen zu überprüfen.

Neben der Auswahl des Samples lässt sich auch Kritik an den Erhebungsinstrumenten üben. Das Codebuch der quantitativen Themenfrequenzanalyse war

zwar sehr umfangreich und ausführlich, stellte sich bei der Auswertung jedoch als stellenweise zu ausdifferenziert dar und führte partiell zu defintorisch nicht hinreichend trennscharfen Erhebungskategorien (Rössler, 2017).<sup>150</sup> Dies wirkt vor allem der Reliabilität der Forschung entgegen, was bereits der gemessene Reliabilitätskoeffizient zeigte. Auch der Tatsache, dass das CodiererInnenteam mit sechs Personen sehr groß war, wirkt der Intercoder-Reliabilität entgegen. Aufgrund intensiver Diskussionen und erneuter Codierschulungen im Anschluss an die Pretestphase kann jedoch von reliablen Forschungsergebnissen gesprochen werden.

Die allgemeine methodische Vorgehensweise der quantitativen Inhaltsanalyse kann weiterhin in Bezug auf die Forderung an Objektivität der Forschung kritisiert werden. Oftmals wurden bei der Analyse eines Artikels unbewusst individuelle Interpretationsansätze und Auffassungen sowie bereits vorhandenes Vorwissen der CodiererInnen mit einbezogen, wodurch die Analyseeinheiten unterschiedlich bearbeitet wurden. Daher ist es äußerst schwierig die Forderung, keine Vorerfahrungen und subjektive Einstellungen mit in die Analyse einzubringen, zu erfüllen (Merten, 1995). Neben den codierten Themenkategorien wurden sowohl Orte als auch AkteurInnen bei der Themenfrequenzanalyse erhoben. Ziel war es, neben der Erhebung der Themen, zu analysieren, welche SprecherInnen beziehungsweise AkteurInnen und Orte in den Teilöffentlichkeiten auftauchen und diese ebenfalls nach Konvergenzen und Divergenzen zu prüfen. Bei der Interpretation wurde sich jedoch vorrangig auf die Themenkategorien konzentriert, da Orte und AkteurInnen aus komplexitäts- und forschungsökonomischen Gründen nicht mit einbezogen werden konnten. Vor allem fehlte diesbezüglich eine tiefergehende öffentlichkeitstheoretische und kommunikationswissenschaftliche Fundierung in Bezug auf AkteurInnen sowie SprecherInnen. Demnach wurde sich auch bei der Frame-Analyse gegen die Erhebung dieser entschieden. Zudem erlaubt eine Themenfrequenzanalyse lediglich die Messung der Häufigkeiten bestimmter Themen. Rückschlüsse auf den Kontext der Themen sowie Merkmalsausprägungen können somit nicht gezogen werden (Merten, 1995). Demnach sind keine Aussagen über die Art und Weise der Berichterstattung möglich, wobei die anschließende Analyse von Frames diese Lücke, zumindest für eine Schnittmenge an Themen, schließt.

---

<sup>150</sup> Beispiel hierfür sind alle Kategorien rund um Klima und Umweltpolitik: Codes wie 502 Klimawandel, 503 Klima- und 508 Umweltschutz sowie 507 Umweltverschmutzung konnten nur schwer einheitlich codiert werden.

Wie bereits in der methodischen Vorgehensweise der Frame-Analyse dargestellt (siehe Kapitel 4.2), existiert keine einheitliche Methode zur Analyse von Frames. Daher musste für die vorgelegte Studie ein eigenes Ablaufmodell zur Erhebung und Auswertung von Frames entwickelt werden. Diese Neuentwicklung stützt sich vorrangig auf die Operationalisierungen der Frame-Elemente von Jecker (2014) nach Entman (1993). Der hochkomplexe Erhebungsapparat konnte, in komprimierter Form und überarbeitet, übernommen werden. Lediglich für das Element *Bewertung* wurde auf eine Erhebungsweise nach Rössler (2017) zurückgegriffen. Dieses Vorgehen stellt den klaren Versuch dar, in der Vielfältigkeit der Erhebungsstrukturen für Frames einen Weg der sinnvollen Einheitlichkeit einzuschlagen. Aus Gründen der Erlernbarkeit durch insgesamt acht CodiererInnen wurde die moralphilosophisch geprägte Bewertungsdimension durch eine heuristische Bewertung entlang einer Ordinalskala gewählt. Zwar wurde so schlussendlich ein eigenes Erhebungswerkzeug entwickelt, es wurde jedoch darauf geachtet Anschluss an bestehende Forschungen zu halten. Ein Alleinstellungsmerkmal der vorgelegten Studie ist weiterhin die Aggregation von ähnlichen Einzelframes zu Makroframes. Zwar bietet diese Methode eine effiziente Lösung, um das Ausmaß eines Deutungsmusters zu komprimieren, jedoch können spezifische Darstellungs- und Deutungsweisen verloren gehen, die für den qualitativen Forschungsansatz von besonderem Interesse sein könnten. Vor allem bei kleinen Samples, wie die der ersten beiden Fallbeispiele zu Rechtsextremismus, zeigten sich Schwächen in der Methode. Effizienter stellte sich diese bei größeren Datenmengen, wie beim Dieselskandal, dar. Demnach kann auch das Gütekriterium der Reichweite qualitativer Forschungen an der angewendeten Methode bemängelt werden. Trotz intensiver Codierschulungen, Diskussionsrunden, durchgehendem Austausch innerhalb des Teams sowie der Erhebung in Zweier-Paarungen kann nicht ausgeschlossen werden, dass subjektive Ansichten in die Erhebung mit eingeflossen sind. In diesem Zusammenhang weisen auch die kleinen Samplegrößen der ersten beiden Fallbeispiele (NSU-Prozess und Chemnitz) Defizite auf. Es ist nicht vollständig zu gewährleisten, dass bei Wiederholung des Verfahrens ähnliche Ergebnisse erzielt werden. Die Gütekriterien der Intersubjektivität sowie der Transparenz der qualitativen Forschung sind jedoch gegeben: Die erhobenen Daten wurden nach Deskription diskutiert und interpretiert sowie das Codebuch und Codebögen offengelegt.



Obendrein kann eine Frame-Analyse keine Aussagen darüber treffen, wie der Frame zustande gekommen ist. Diese Methode fokussiert sich lediglich auf das Endprodukt des Framing-Prozesses, den Medienframe. Um den Erstellungsprozess eines Frames zu untersuchen, wäre eine Framing-Analyse angebracht, die tiefgründig untersucht, wie ein Frame in den Medientext gelangt. Vor allem in Bezug auf die Untersuchung der drei medialen Teilöffentlichkeiten, wäre es von besonderem Interesse zu analysieren, ob ein Medienframe erst durch den/die JournalistIn entstanden ist oder ob er bereits die Auffassungen der auftretenden AkteurInnen der jeweiligen Teilöffentlichkeit widerspiegelt.

Weiterhin ist durch die Methode der Inhaltsanalyse lediglich die Analyse manifester und nicht latenter Inhalte möglich. Abschließend ist zu bedenken, dass die erhobenen Regionalzeitungen zwar den Medienraum des MDR beziehungsweise WDR repräsentieren, über die extramediale Wirklichkeit jedoch keine Aussagen getroffen werden können.

## **8. Fazit und Ausblick**

Bisherige Befunde wissenschaftlicher Forschungen bestätigen, dass auch 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung weiterhin wahrnehmbare Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestehen. Die vorliegende Studie stand unter dem Fokus zu analysieren, ob diese Differenzen beziehungsweise etwaige Gemeinsamkeiten auch in der deutschen Presselandschaft existieren. Nach den öffentlichkeitstheoretischen Grundlagen und Tobler (2010), wurde zunächst die Rolle der Massenmedien im Prozess der Herstellung von Öffentlichkeit herausgestellt. Diese wurde anschließend medienstrukturell für die vorliegende Forschung, anhand des Beispiels der deutschen Öffentlichkeit, verankert. Darauf aufbauend wurden Instrumente der kommunikativen Leistungen der Medien, wie der Agenda-Setting-Ansatz und der Frame-Begriff, aufgezeigt, deren Grundlagen für die anschließende zweiteilige empirische Untersuchung dienen.

Die Generierung drei eigenständiger Medienagenden auf nationaler sowie Ost- und West-Ebene ermöglichte die Beantwortung des ersten Teils der ersten Forschungsfrage: Welche innerdeutschen Themen liegen in den nationalen und

regionalen Teilöffentlichkeiten vor? Die erhobenen innerdeutschen Themen aus der Themenfrequenzanalyse, wurden in drei Oberkategorien aufgeteilt: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es wurde deutlich, dass eine übereinstimmende Themenstrukturierung in den west- und ostdeutschen Regionalzeitungen sowie in der überregionalen Presse besteht. In allen drei Medienagenden nimmt der Politikbereich den größten Raum ein, gefolgt von Wirtschaft und Gesellschaft. Fortführende vertiefende Interpretationen markanter innerdeutscher Themen ermöglichten weitere Vergleiche zwischen den Ebenen, um sowohl thematische Übereinstimmungen als auch Differenzen zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten feststellen zu können. Die Ergebnisse zeigen, dass gleichen Themen unterschiedliche Wichtigkeiten auf den Medienagenden beigemessen wurden. Beispiel hierfür ist die Thematik *Umwelt*, welche auf West-Ebene Rang zwei einnimmt (9,5%), auf Ost-Ebene Rang drei (7,4%) und auf nationaler Ebene lediglich Rang sieben (6,2%). Als mögliche Erklärung der Ost-West-Unterschiede werden unterschiedliche Interessenlagen aufgrund demographischer Daten, wie Alter und Geschlecht herangezogen. Bemerkenswert sind auch die Erkenntnisse hinsichtlich Unternehmen und deren Belange: Nimmt diese Thematik auf allen Medienagenden den ersten Rang ein, variieren die Prozentwerte auf allen Ebenen stark (West 19,4%; National 14,7%, Ost, 13,9%). Hauptargument für den sechsprozentigen Unterschied zwischen Ost und West sind vor allem die Firmensitze vieler Großunternehmen in NRW.

Weiterhin sollte herausgefunden werden, ob eine einheitliche Presseberichterstattung in Deutschland vorliegt und damit eine gemeinsame Themenbasis gewährleistet ist. Zur Beantwortung dieser ersten Forschungsfrage, können die ermessenen Themenkonvergenzen zwischen der nationalen und den regionalen Teilöffentlichkeiten herangezogen werden. Sowohl der Medienagendenvergleich von n = 57 mit einer Konvergenz von 71,9% als auch die Untersuchung der zehn wichtigsten Themen auf allen Ebenen mit einer fünfzigprozentigen Konvergenz bestätigen die Existenz einer einheitlichen Berichterstattung zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten. Anknüpfend an Haller (1995), der bereits wenige Jahre nach der Wiedervereinigung feststellte, dass Massenmedien „insgesamt ein für Deutschland repräsentatives Ganzes“ (ebd., S. 246) abbilden, kann dies auf die Ergebnisse der vorliegenden Forschung und auf die heutige Zeit übertragen werden. Eine einheitliche Themensetzung wird vor allem in Bezug auf die politische Funktion positiv bewertet. Eine gewisse Ähnlichkeit von Themen und die damit einhergehende

Basis ist wichtig und wünschenswert, um einen diskursiven Austausch über alle Teilöffentlichkeiten hinweg sowie Anschlusskommunikation zu gewährleisten (Tobler, 2010). Weiterhin können die Ergebnisse dieser Studie mit der Publikation von Kleinen-von Königslöw (2010) in Zusammenhang gesetzt werden. In der vergleichbaren Kategorie *Innenpolitik: National* stellt sie eine Themenübereinstimmung von 52% zwischen ostdeutschen und westdeutschen Medien fest, die in der vorliegenden Studie mit 78,9% jedoch weitaus höher vorliegt. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen zeigt sich zudem, dass die nationale und West-Ebene nicht zwingend konvergenter als die nationale und Ost-Ebene verlaufen. Zwar existiert zwischen der nationalen und der Medienagenda-West eine größere gemeinsame Themenbasis und die Ränge stimmen in einem höheren Grad überein, die Ähnlichkeit der Häufigkeiten der Themen sind jedoch geringer als zwischen nationaler und Ost-Ebene. Weiterhin lässt sich anhand der Studienergebnisse eine starke Definitionsmacht von Leitmedien bestätigen (Tobler, 2010). Aufgrund der ähnlichen Themensetzung zwischen der nationalen und den regionalen Medienagenden kann angenommen werden, dass sich Letztere an den Leitmedien orientieren und Inhalte übernommen haben.

Die Ergebnisse der Themenfrequenzanalyse ergeben resümierend ein zufriedenstellendes Ergebnis. Bestehende Divergenzen innerhalb der Themen zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten sind häufig durch strukturelle und situative Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu erklären und spiegeln regionale sowie nationale Relevanzen wider. Außerdem wäre eine absolute Homogenität zwischen den Medienagenden ein Zeichen für eine sehr hohe Pressekonzentration in Deutschland sowie ein Indikator für keine bis wenig Meinungsvielfalt und damit nicht wünschenswert. Die unterschiedliche Themengewichtung zwischen den Teilöffentlichkeiten zeugt weiterhin von eigenständigen Pressestimmen in Deutschland. Konträr zu den aufgestellten Forschungshypothesen, liegt zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten eine einheitliche Presseberichterstattung vor, mit leichten Verschiebungen in der Themensetzung. Diskussionswürdig ist das Ergebnis in der Hinsicht, dass die hohen Konvergenzen zwischen den Ebenen ein mangelndes Strukturabbild der jeweiligen Öffentlichkeiten bedeuten könnten. Eine diverse Altersstruktur, unterschiedliche Einstellungen zu Politik und Gesellschaft, ein höheres BIP in den alten Bundesländern lassen auf größere unterschiedlichere

Interessensgebiete und Themengewichtungen zwischen Ost- und Westdeutschland schließen.

Anhand der qualitativen Frame-Analyse kann die zweite Forschungsfrage, wie innerdeutsche Themen in der Presseberichterstattung dargestellt werden, beantwortet werden. Diese zeigt unter anderem, dass selbst wenn ein Thema in allen drei Medienagenden ähnliche Frequenzen aufweist, die Darstellungsweisen stets variieren können. Fallbeispiel III des *Dieselskandals* verdeutlichte, dass sich die Argumentationsstrukturen der Medienframes zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten in auffälligem Maße unterscheiden. Beispielsweise blieben in der Teilöffentlichkeit West jegliche Frames zu Rupert Stadler aus, womit eine kritische Perspektive in Bezug auf die Führungsetage der Konzerne vernachlässigt wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass allein aus den Informationen der Presse LeserInnen der West-Ebene nicht in der Lage wären, sich ein umfassendes Bild zum Dieselskandal zu machen und darüber zu kommunizieren, da diese einerseits nicht ausreichen, andererseits regional zu konzentriert sind. Da neben einer gemeinsamen Themenbasis auch die vorherrschenden Interpretationsthemen respektive Frames einer medialen Teilöffentlichkeit in den jeweils anderen abgebildet werden sollten, sind diese Ergebnisse kritisch zu betrachten (Peters & Wessler, 2006). Allerdings ermöglichen divergierende Frames auch unterschiedliche Interpretationen und Perspektiven auf ein Thema, wodurch Meinungsvielfalt entstehen kann. Diese Divergenz sollte sich jedoch teilöffentlichkeits-übergreifend wiederfinden und nicht nur innerhalb einer Teilöffentlichkeit. Weiterhin bleibt festzuhalten, dass die nationale Presse die meisten verschiedenen Blickwinkel und Perspektiven auf den Dieselskandal aufweist und vor allem politische AkteurInnen die Möglichkeit erhielten, Themen und Meinungen in den kommunikativen Prozess einzubinden.

Gegensätzlich dazu wiesen die Fallbeispiele I und II zum Thema Rechtsextremismus eher konvergent verlaufende Frames zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten auf. Vor allem personenbezogene Frames fanden auf allen Ebenen vorrangig gehor. Auffällig ist jedoch die geringe thematische Beachtung der NSU-Opfer und des Opfers in Chemnitz sowie der Angehörigen. Daraus lässt sich entnehmen, dass in der Peripherie angesiedelte autonome Öffentlichkeiten wenig bis gar nicht in die Berichterstattung einbezogen werden (Imhof, 2011). Selbiges gilt für VerbraucherInnen im Fall des Dieselskandals, bei der die Sichtweise dieser – bis auf seltene Ausnahmen – nicht in die Berichterstattung gelangt. Zudem ist bei den

Frames zu *Chemnitz* und *NSU-Prozess* die Auslassung einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Rechtsextremismus zu kritisieren: Fokussiert wurde sich erneut auf die politischen AkteurInnen. Um abschließend auf die zweite Forschungsfrage einzugehen, wie innerdeutsche Themen in der Presseberichterstattung dargestellt werden, lässt sich aussagen, dass konvergente oder divergente Deutungsmuster themenabhängig und keine generalisierbaren Antworten möglich sind.

Insgesamt zeichnet sich ein positives Bild des deutschen Pressewesens ab. Diese ist geprägt von konvergent verlaufenden Teilöffentlichkeiten, was einerseits für ein mangelndes Strukturabbild der Teilöffentlichkeit stehen könnte, jedoch vor allem eine einheitliche Anschlusskommunikation und einen ebenenübergreifenden gesellschaftlichen Diskurs ermöglicht. Auch die zu beobachtende Divergenz innerhalb der Konvergenz ist dahingehend positiv zu werten, dass regionale Belange mit in die Berichterstattung einfließen und Themen unterschiedlich diskutiert werden. Die Erkenntnisse dieser Studie zeigen, dass die Presse in Ost- und Westdeutschland von Einheitlichkeit mit regionalen Schwerpunktsetzungen geprägt ist.

Dieses einjährige Forschungsprojekt kann als Inspiration und Denkanstoß für weitere tiefgründige, wissenschaftliche Forschungen angesehen werden. Es ist in unser aller Interesse, dass zwischen West- und Ostdeutschland ein einheitlicher öffentlicher Diskurs weiterwächst und sich Lebensrealitäten der BürgerInnen weiter angleichen. Die zu Beginn aufgestellte Frage, ob Massenmedien ihre soziale Funktion im Prozess der Wiedervereinigung erfüllt sowie das Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands fördern, konnte in dieser Studie nicht beantwortet werden. Es konnte lediglich festgestellt werden, dass sich für das Jahr 2018 eine große gemeinsame Themenbasis zwischen den medialen Teilöffentlichkeiten ausmachen lässt. Für weitere Aussagen reicht der Blick auf ein Zeitungsjahr nicht aus, da weit- aus mehr Faktoren zur Beantwortung dieser Frage eine Rolle spielen. Weiterhin lag von Anfang an das Forschungsinteresse auch darauf, nicht nur die veröffentlichte Meinung zu analysieren, sondern auch einen Blick in die Bevölkerungsmeinung zu werfen: Welche salienten Themen beschäftigen die Gesellschaft in den neuen und alten Bundesländern? Wie verläuft die Anschlusskommunikation hinsichtlich der in der Presse behandelten Themen einschließlich Frames? Gibt es Themen oder Einzelereignisse, die in den erhobenen Medienagenden wenig bis gar keinen Platz gefunden haben? Die Untersuchung der Bevölkerungsmeinung würde Antworten

zu all jenen Fragen bieten sowie die integrative Funktion von Medien durch persönliche Meinungsbilder tiefer beleuchten. Die aktuelle Lage, die weltweite Ausbreitung von COVID-19, ermöglichte den Blick in die Bevölkerungsmeinung durch die hierfür vorgesehenen Fokusgruppeninterviews jedoch nicht, weshalb lediglich ein einseitiger Blick auf die veröffentlichte Meinung erfolgte.

Diese Studie bietet demnach Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen und legt eine Grundlage für künftige Forschungen der deutschen Medienlandschaft. Im Ersinnen des Forschungsteams *Deutschlandtrennt* ist es dabei, dass diese ermessene mediale Einheitlichkeit auch alle weiteren Lebensbereiche abdeckt und die „Mauer in den Köpfen“ endgültig abgelegt wird.

## Literaturverzeichnis

- ADAC [Allgemeine Deutsche Automobil-Club]. (2020). *ADAC Staubilanz 2019: Autofahrer steckten in NRW länger im Stau*.  
<https://presse.adac.de/regionalclubs/nordrhein-westfalen/adac-staubilanz-nrw-2019.html>
- AFP [Agence France-Presse] & dpa [Deutsche Presse- Agentur]. (2013, April 29). NSU-Losverfahren: Viele große Medien ohne Platz im NSU-Prozess. *Die Zeit*.  
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/nsu-prozess-losverfahren>
- Ahbe, T. (2009). Die Ost-Diskurse als Strukturen der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995. In T. Ahbe, R. Gries, & W. Schmale (Hrsg.), *Die Ostdeutschen in den Medien: Das Bild von den Anderen nach 1990* (S. 59–112). Leipziger Universitäts-Verlag.
- Ahbe, T., Gries, R., & Schmale, W. (Hrsg.). (2009). *Die Ostdeutschen in den Medien: Das Bild von den Anderen nach 1990*. Leipziger Universitäts-Verlag.
- Anders, C., Biebeler, H., & Lesch, H. (2015). Mitgliederentwicklung und politische Einflussnahme: Die deutschen Gewerkschaften im Aufbruch? *IW-Trends-Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*, 42(1), 21–36.
- Antholz, B. (2015). 25 Jahre Wiedervereinigung – Kriminalitätsangleichung in Ost- und Westdeutschland. *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, 98(1), 74–84. <https://doi.org/10.5771/2193-7869-2015-1-74>
- Appel, M., & Roder, M. (2020). Nachrichtenfaktoren: Worüber ist es wert zu berichten? In M. Appel (Hrsg.), *Die Psychologie des Postfaktischen: Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait et Co* (S. 33–44). Springer.  
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-58695-2>
- ARD [Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland]. (2018). *Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten*.  
<https://www.ard.de/download/1015988/Bericht.pdf>
- Arnold, F., Freier, R., & Kroh, M. (2015). *Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?* (Wochenbericht Nr. 37/2015; Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, S. 803–814). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.  
[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.513464.de/15-37.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.513464.de/15-37.pdf)
- Arzheimer, K. (2016). Wahlverhalten in Ost-West-Perspektive. In H. Schoen & B. Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler* (1. Auflage, S. 71–89). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11206-6>

- Badr, H. (2017). *Framing von Terrorismus im Nahostkonflikt: Eine Analyse deutscher und ägyptischer Printmedien* (C. Richter, M. Brüggemann, S. Fengler, & S. Engesser, Hrsg.). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17393-7>
- Bairische Motoren Werke AG. (2020a, Juli 22). *BMW Group. Impressum*. Abgerufen von <https://www.bmwgroup.com/de/general/impressum.html>
- Bairische Motoren Werke AG. (2020b, Juli 22). *Standorte. BMW Group Werke in Deutschland. Perfektion am laufenden Band*. Abgerufen von <https://www.bmwgroup.jobs/de/de/standorte/werke-in-deutschland.html>
- BAMF [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge]. (2018). *Aktuelle Zahlen zu Asyl*. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=6)
- BDVZ [Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger]. (2016, Oktober 4). *60 Millionen – Zeitungsmarken erreichen fast jeden*. BDVZ. [https://www.bdzv.de/maerkte-und-daten/marktdaten/artikel/detail/60\\_millionen\\_zeitungsmarken\\_erreichen\\_fast\\_jeden/](https://www.bdzv.de/maerkte-und-daten/marktdaten/artikel/detail/60_millionen_zeitungsmarken_erreichen_fast_jeden/)
- Beck, K. (2017). *Kommunikationswissenschaft* (5. Auflage). UVK Verlagsgesellschaft GmbH.
- Begenat, M. (2016). *Öffentlichkeit – für alle?* Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11286-8>
- Belok, F., & Faus, R. (2017). *Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland: Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Irina Mohr, & Dietmar Molthagen, (Hrsg.). <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13378.pdf>
- Berger, S., & Koppel, O. (2017). *Breitband-Internet: Ländliche Regionen holen zu langsam auf* (Nr. 82; IW-Kurzbericht). Institut der deutschen Wirtschaft. [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/368111/IW-Kurzbericht\\_82\\_2017\\_Breitbandinternet.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/368111/IW-Kurzbericht_82_2017_Breitbandinternet.pdf)
- Berger, S., Koppel, O., & Röben, E. (2017). *Deutschlands Hochburgen der Digitalisierung* (Nr. 42; IW-Kurzbericht). Institut der deutschen Wirtschaft. [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/340150/IW-Kurzbericht\\_42\\_2017\\_Digitalisierungspatente.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/340150/IW-Kurzbericht_42_2017_Digitalisierungspatente.pdf)
- Bernau, P., & Neuscheler, T. (2020, Juli 22). *Habe ich ein Skandalauto?*. *FAZ.NET*. Abgerufen von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auto-verkehr/welche-modelle-sind-vom-abgas-skandal-betroffen-13821503.html>



- Bertelsmann Stiftung, & IfD Allensbach [Institut für Demoskopie Allensbach]. (2018). *Demographischer Wandel: Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Oktober 2017*. <https://doi.org/10.11586/2018010>
- Birke, P., & Dribbusch, H. (2019). *Gewerkschaften in Deutschland: Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs; Arbeit und soziale Gerechtigkeit*. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15308.pdf>
- BKA [Bundeskriminalamt]. (2019, April 15). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2019*. Bundeskriminalamt. Abgerufen von [https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2018/InteraktiveKarten/interaktiveKartenPKS2018\\_node.html\(PKS](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2018/InteraktiveKarten/interaktiveKartenPKS2018_node.html(PKS)
- Blobel, V., & Lohrmann, E. (1998). *Statistische und numerische Methoden der Datenanalyse*. Teubner.
- Blöcker, A. (2020). Transformation auf Hochtouren – Konversion noch auf Sparflamme Automobilhersteller und Zulieferindustrie in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt in der Transformation. In Otto-Brenner- Stiftung (Hrsg.), *Auto- und Zulieferindustrie in der Transformation. Beschäftigtenperspektiven aus fünf Bundesländern* (S. 8–77). Stiftung Neue Länder.
- Bluhm, M., & Jacobs, O. (2016). *Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung*. Universität Leipzig i.Z.m. MDR und Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH.
- BMWi [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie]. (2019). *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit*. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=26](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=26)
- BMWi [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie]. (2020). *Automobilindustrie*. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-automobilindustrie.html>
- Boeckh, J., Huster, E.-U., Benz, B., & Schütte, J. D. (2017). *Sozialpolitik in Deutschland: Eine systematische Einführung* (4., grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage). Springer VS.
- Boetzkes, C.-E. (2008). *Organisation als Nachrichtenfaktor: Wie das Organisatorische den Content von Fernsehnachrichten beeinflusst* (1. Auflage). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

- Bösch, F. (2015). Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren. In F. Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte, Ost- und Westdeutschland 1970-2000* (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1636, S. 7–37). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bösch, F., & Classen, C. (2015). Bridge over troubled Water? Deutsch-deutsche Massenmedien. In F. Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte: Ost- und Westdeutschland 1970-2000* (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1636, S. 449–487). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Boss, A., & Rosenschon, A. (1998). *Subventionen in Deutschland*. Institut für Weltwirtschaft (IfW).
- BpB [Bundeszentrale für politische Bildung]. (2018a, Mai 4). *5 Jahre NSU-Prozess*. Bpb.de. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/268749/5-jahre-nsu-prozess>
- BpB [Bundeszentrale für politische Bildung]. (2018b, Juli 12). *NSU-Prozess: Urteil nach fünf Jahren*. Bpb.de. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/272592/urteil-im-nsu-prozess>
- Brand, P., Schulze, V., & Brand, E. (Hrsg.). (1995). *Medienkundliches Handbuch. Die Zeitung* (4. Auflage). Hahner Verlags-Gesellschaft.
- Braun, M. (1993). Ideologie oder objektive Lage? Anmerkungen zur Interpretation von Unterschieden und Ähnlichkeiten in den Einstellungen von Ost- und Westdeutschen. *ZUMA Nachrichten*, 17(32), 7–21.
- Breitkopf, A. (2019, Mai 3). *Statistiken zum Straßenbau*. Statista. <https://de.statista.com/themen/1480/strassenbau/>
- Breitkopf, A. (2020, April 6). *Umsatz im Tiefbau in Deutschland bis 2019*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/251664/umfrage/umsatz-im-tiefbau-in-deutschland/>
- Brenning, L., Schlüter, V., Fittkau, J., Lübberts, T., Mohr, B., Ochsner, C., & Ragniz, J. (2017). *Unternehmerische Wachstumsstrategie in den ostdeutschen Bundesländern*. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/unternehmerische-wachstumsstrategien-ostdeutsche-bundeslaender-lang.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=20](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/unternehmerische-wachstumsstrategien-ostdeutsche-bundeslaender-lang.pdf?__blob=publicationFile&v=20)
- Brosius, H.-B., Haas, A., & Koschel, F. (2016). *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung* (7. Auflage). Springer VS.
- Brüggemann, M., Hepp, A., Kleinen-von Königslöw, K., & Wessler, H. (2009). Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven. *Publizistik*, 54(3), 391.

- Bühl, A. (2014). *SPSS 22: Einführung in die moderne Datenanalyse; [Extras online]* (14. Auflage). Pearson.
- Bulkow, K., & Schweiger, W. (2013). Agenda Setting – zwischen gesellschaftlichem Phänomen und individuellem Prozess. In W. Schweiger & A. Fahr (Hrsg.), *Handbuch Medienwirkungsforschung* (S. 171–190). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-18967-3\\_8](https://doi.org/10.1007/978-3-531-18967-3_8)
- Bundesnetzagentur. (2018). *Konsultationsentwurf einer Entscheidung der Präsidentenkammer der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen über die Festlegungen und Regeln im Einzelnen (Vergaberegeln) und über die Festlegungen und Regelungen für die Durchführung des Verfahrens (Auktionsregeln) zur Vergabe von Frequenzen in den Bereichen 2 GHz und 3,6 GHz.* [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Allgemeines/Presse/Reden/5GVergabebedingungen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Allgemeines/Presse/Reden/5GVergabebedingungen.pdf?__blob=publicationFile&v=2)
- Burkart, R. (2019). *Kommunikationswissenschaft: Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft* (5. Auflage, revidierte Ausgabe). Böhlau.
- Burkart, R., & Lang, A. (2014). Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas—Eine kommentierte Textcollage. In W. Hömberg & R. Burkart, *Kommunikationstheorien: Ein Textbuch zur Einführung* (S. 42–71). New Academic Press.
- Burstedde, A., & Risius, P. (2017). *Fachkräfteengpässe in Unternehmen: Regionale Fachkräftesituation und Mobilität* (KOFA-Studie Nr. 2). Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
- Cassens, I., Luy, M., & Scholz, R. (Hrsg.). (2009). *Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91832-7>
- Cazzamatta, R. (2014). *Brasilien-Berichterstattung in der deutschen Presse*. Frank & Timme.
- CDU, CSU, & SPD. (2018). *Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.* <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>
- Cohen, B. C. (1963). *The Press and foreign policy*. University of California.
- Cordes, M., & Yelubayeva, G. (2020). *Einflussfaktoren der Weiterbildungsbeteiligung und Strukturen der Förderung in den Bundesländern*. Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre for Economics.

- Creditreform Wirtschaftsforschung. (2018). *Insolvenzen in Deutschland: Jahr 2018*.  
[https://www.creditreform.com/fileadmin/user\\_upload/crefo/download\\_de/news\\_termine/wirtschaftsforschung/insolvenzen-deutschland/analyse\\_UE-2018.pdf](https://www.creditreform.com/fileadmin/user_upload/crefo/download_de/news_termine/wirtschaftsforschung/insolvenzen-deutschland/analyse_UE-2018.pdf)
- Czerwick, E. (1990). Zur Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen. In U. Sarcinelli (Hrsg.), *Demokratische Streitkultur: Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern* (S. 177–193). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-92130-7\\_10](https://doi.org/10.1007/978-3-322-92130-7_10)
- Dahinden, U. (2006). *Framing: Eine integrative Theorie der Massenkommunikation*. UVK.
- Danner, H. (2006). *Methoden geisteswissenschaftlicher Pädagogik: Einführung in Hermeneutik, Phänomenologie und Dialektik; mit ausführlichen Textbeispielen* (5. Auflage). Reinhardt.
- De Vreese, C., & Boomgaarden, H. (2003). Valenced news frames and public support for the EU. *Communications*, 28(4). <https://doi.org/10.1515/comm.2003.024>
- Dearing, J. W., & Rogers, E. M. (1996). *Agenda-setting*. Sage.
- Decker, F. (2018a, Juli 16). *Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD*. Bundeszentrale für politische Bildung.  
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft>
- Decker, F. (2018b, Juli 16). *Wahlergebnisse und Wählerschaft der LINKEN. Parteien in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.  
<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/die-linke/42138/wahlergebnisse-und-waehlerschaft>
- Decker, O., & Brähler, E. (Hrsg.). (2018). *Flucht ins Autoritäre—Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Psychosozial Verlag.  
[https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger\\_autoritarismus-studie\\_2018\\_-\\_flucht\\_ins\\_autoritaere\\_.pdf?dimension1=ds\\_leipziger\\_studie](https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie)
- Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E. (Hrsg.). (2016a). *Die enthemmte Mitte Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016*. Psychosozial Verlag.  
[https://www.boell.de/sites/default/files/buch\\_mitte\\_studie\\_uni\\_leipzig\\_2016.pdf?dimension1=division\\_demo](https://www.boell.de/sites/default/files/buch_mitte_studie_uni_leipzig_2016.pdf?dimension1=division_demo)
- Decker, O., Kiess, J., Eggers, E., & Brähler, E. (2016b). Die »Mitte«-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016* (S. 23–66). Psychosozial Verlag.  
[https://www.boell.de/sites/default/files/buch\\_mitte\\_studie\\_uni\\_leipzig\\_2016.pdf?dimension1=division\\_demo](https://www.boell.de/sites/default/files/buch_mitte_studie_uni_leipzig_2016.pdf?dimension1=division_demo)

- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., & Brähler, E. (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre— Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 65–116). Psychosozial Verlag.  
[https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger\\_autoritarismus-studie\\_2018\\_-\\_flucht\\_ins\\_autoritaere\\_.pdf?dimension1=ds\\_leipziger\\_studie](https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie)
- Der Bundeswahlleiter. (2017a). *Bundestagswahl 2017. Ergebnisse Nordrhein-Westfalen*. Der Bundeswahlleiter.  
<https://bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-5.html>
- Der Bundeswahlleiter. (2017b). *Bundestagswahl 2017. Ergebnisse Sachsen*. Der Bundeswahlleiter.  
<https://bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-14.html>
- Der Bundeswahlleiter. (2017c). *Bundestagswahl 2017. Ergebnisse Sachsen-Anhalt*. Der Bundeswahlleiter.  
<https://bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-15.html>
- Der Bundeswahlleiter. (2017d). *Bundestagswahl 2017. Ergebnisse Thüringen*. Der Bundeswahlleiter.  
<https://bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-16.html>
- Der Westen. (2013, April 29). Shitstorm gegen „Brigitte“ nach Auslösung zum NSU-Prozess. *Der Westen*. <https://www.derwesten.de/politik/shitstorm-gegen-brigitte-nach-auslosung-zum-nsu-prozess-id7896347.html>
- Destatis [Statistisches Bundesamt], & WZB [Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung] (Hrsg.). (2018). *Datenreport 2018: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.  
<https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/>
- Deutscher Bundestag. (1994). Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ nach Artikel 44 des Grundgesetzes. *Drucksache, 12(8404)*.
- Die Presse. (2013, April 29). NSU-Prozess: Viele große Medien nicht im Saal. *Die Presse*. <https://www.diepresse.com/1395566/nsu-prozess-viele-grosse-medien-nicht-im-saal>
- DIHK [Deutscher Industrie- und Handelskammertag]. (2020). *Fachkräftesuche bleibt Herausforderung* (DIHK-Report Fachkräfte 2020).  
<https://www.dihk.de/resource/blob/17812/f1dc195354b02c9dab098fee4fbc137a/dihk-report-fachkraefte-2020-data.pdf>

- Döbler, T. (2012). Strukturelle Ungleichheit zwischen West- und Ostdeutschland – Eine Erklärung für Mediennutzungsunterschiede? In C. Stegbauer (Hrsg.), *Ungleichheit* (S. 73–100). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-94213-1\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-531-94213-1_5)
- Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG. (2020, Juli 22). *Unsere Standorte*. Abgerufen von <https://www.porsche.com/germany/aboutporsche/jobs/profile/locations/>
- Eichhorn, W. (1996). *Agenda-Setting-Prozesse: Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung*. Fischer.
- Einig, K. (2006). Folgen des demographischen Wandels in Nordrhein-Westfalen für die technische Infrastruktur: Eine qualitative Abschätzung der Anpassungskosten. In R. Danielzyk & K. Heiderose (Hrsg.), *Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens: Herausforderungen und Chancen für regionale Politik* (S. 98–119). Verlag der ARL.
- Entman, R. M. (1991). Symposium Framing U.S. Coverage of International News: Contrasts in Narratives of the KAL and Iran Air Incidents. *Journal of Communication*, 41(4), 6–27. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1991.tb02328.x>
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>
- Falter, J. W. (Hrsg.). (2006). *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich* (Orig.-Ausgabe). Beck.
- Faus, R., & Storcks, S. (2019). *Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration*. Otto-Brenner-Stiftung. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH96\\_Nachwendegeneration.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH96_Nachwendegeneration.pdf)
- Flack, J. (2016). Zwischen Anrufung und Subjektivierung: Diskursive und narrative Praxen ostdeutscher Identitätskonstruktionen nach 1989 am Beispiel der Wendegeneration. In A. Lettrari, C. Nestler, & N. Troi-Boeck (Hrsg.), *Die Generation der Wendekinder*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11480-0>
- Flade, F., & Mascolo, G. (2019, Oktober 29). *5G-Mobilfunknetz: Huawei - vertrauenswürdig oder nicht?* tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/huawei-5g-netzausbau-101.html>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (2013, Mai 2). NSU-Prozess: Mediengruppe Madsack überlässt einen Presseplatz der F.A.Z. *FAZ.NET*. <https://www.faz.net/1.2170318>
- Frey-Vohr, G., & Mohr, I. (2015). 25 Jahre Deutsche Einheit – Fernsehnutzung in Ost und West. *Media Perspektiven*, 10/2015, 453–469.

- Fröhlich, R., Scherer, H., & Scheufele, B. (2007). Kriegsberichterstattung in deutschen Qualitätszeitungen: Eine inhaltsanalytische Langzeitstudie zu Framingprozessen. *Publizistik*, 52(1), 11–32. <https://doi.org/10.1007/s11616-007-0003-4>
- Früh, W. (2017). *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis* (9. Auflage). UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Früh, W., Stiehler, H.-J., Früh, H., Böttcher, C., Stiehler, H.-J., & Böttcher, C. (2011). *Mediale Vereinigungsbilanzen: Ost- und Westdeutschland im Fernsehen: Event- und Alltagsberichterstattung: eine Untersuchung*. Vistas.
- Funke Mediengruppe. (2020, März 3). *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*. <https://www.funkemedien.de/de/geschaeftsfelder/print/portfolios/Westdeutsche-Allgemeine-Zeitung/>
- Gäbler, B. (2018). *AfD und Medien – Erfahrungen und Lehren für die Praxis* (OBS-Arbeitsheft 95; S. 124). Otto-Brenner-Stiftung. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH95\\_Gaebler\\_AfD\\_II.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH95_Gaebler_AfD_II.pdf)
- Gamson, W. A., & Modigliani, A. (1989). Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. *American Journal of Sociology*, 95(1), 1–37. <https://doi.org/10.1086/229213>
- Gerhards, J., & Neidhardt, F. (1990). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung), FS III 90–101.
- Gerhards, Jürgen. (1998a). Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In O. Jarren & F. Krotz (Hrsg.), *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen* (1. Auflage, S. 25–48). Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Gerhards, Jürgen. (1998b). Öffentlichkeit. In O. Jarren, U. Sarcinelli, & U. Saxer (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gerhards, Jürgen. (1994). Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretische Bestimmungsversuch. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 43–77). Westdeutscher Verlag.
- Geyer, J., & Steiner, V. (2010). *Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten* (Nr. 77; DIW Wochenbericht, S. 2–11). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.353479.de/10-11-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.353479.de/10-11-1.pdf)
- Glatzer, W., & Noll, H.-H. (Hrsg.). (1995). *Getrennt vereint: Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung*. Campus-Verlag.

- Gliwitzky, F. (2018, Juli 11). *Pressemitteilung 79/2018. Urteil im Strafverfahren gegen Beate Z. u. a. wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung u.a. (NSU)*. Oberlandesgericht München. <https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/oberlandesgerichte/muenchen/presse/2018/79.php>
- Goffman, E. (1974). *Frame analysis: An essay on the organization of experience*. Harvard University Press.
- Grabka, M. M., & Schröder, C. (2019). Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen. *DIW-Wochenbericht*, 86(14), 249–257.
- Gries, R. (2009). Perspektiven einer Historiographie deutsch-deutscher Kommunikationsräume. In T. Ahbe, R. Gries, & W. Schmale (Hrsg.), *Die Ostdeutschen in den Medien: Das Bild von den Anderen nach 1990* (S. 17–36). Leipziger Universitäts-Verlag.
- Gropp, R. E., & Heimpold, G. (2019). Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall: Erreichtes und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf. *Wirtschaftsdienst*, 99(7), 471–476. <https://doi.org/10.1007/s10273-019-2476-y>
- Grunert, J. (2018, August 28). Chemnitz: Der Abend, an dem der Rechtsstaat aufgab. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/chemnitz-rechte-demonstration-ausschreitungen-polizei>
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* (1. Auflage). Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* (1. Auflage). Suhrkamp.
- Hackett, R. A., & Gruneau, R. S. (2000). *The missing news: Filters and blind spots in Canada's press*. Canadian Centre for Policy Alternatives ; Garamond Press.
- Hafez, K. (2002a). *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung Bd. 1: Theoretische Grundlagen*. Nomos.
- Hafez, K. (2002b). *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung Bd. 2: Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse*. Nomos.
- Hagedorn, M., Hartmann, S., Heilert, D., Harter, C., Olschewski, I., Eckstein, L., Baum, M., Henzelmann, T., & Schlick, T. (2019). *Automobile Wertschöpfung 2030/2050*. IPE Institut für Politikevaluation GmbH, fka GmbH und Roland Berger GmbH. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/automobile-wertschoepfung-2030-2050.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=16](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/automobile-wertschoepfung-2030-2050.pdf?__blob=publicationFile&v=16)
- Haller, M. (Hrsg.). (1995). *Presse Ost - Presse West: Journalismus im vereinten Deutschland*. Vistas.



- Hanf, T., Liebscher, R., & Schmidtke, H. (2011). Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. In R. Kollmorgen, F. T. Koch, & H.-L. Dienel (Hrsg.), *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen* (1. Auflage, S. 249–300). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hans-Böckler-Stiftung. (2019, Oktober 1). *Beschäftigte im Osten verdienen bei gleicher Qualifikation 17 Prozent weniger als im Westen – geringe Tarifbindung wichtiger Grund*. <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-beschaeftigte-im-osten-verdienen-bei-gleicher-qualifikation-17-prozent-weniger-als-im-18622.htm>
- Hansen, A. (2015). *Journalistische Charakterisierung der Akteure im NSU-Prozess. Eine qualitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die ersten 150 Prozesstage*. [Universität Hamburg]. Otto-Brenner-Stiftung. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/02\\_Infoseiten/AH79/Masterarbeit\\_NSU-Gerichtsberichterstattung\\_Hansen\\_UHH\\_2015.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/02_Infoseiten/AH79/Masterarbeit_NSU-Gerichtsberichterstattung_Hansen_UHH_2015.pdf)
- Harcup, T., & O’Neill, D. (2017). What is News?: News values revisited (again). *Journalism Studies*, 18(12), 1470–1488. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2016.1150193>
- Hass, B. (2004). Desintegration und Reintegration im Mediensektor: Wie sich Geschäftsmodelle durch Digitalisierung verändern. In A. Zerdick, A. Picot, K. Schrape, J.-C. Burgelman, R. Silverstone, V. Feldmann, D. K. Heger, & C. Wolff (Hrsg.), *E-Merging Media* (S. 33–57). Springer Berlin Heidelberg. [https://doi.org/10.1007/978-3-642-18600-4\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-642-18600-4_3)
- Hellmann, K.-U. (2019). *Der Konsum der Gesellschaft: Studien zur Soziologie des Konsums*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22251-2>
- Hensel, J., & Engler, W. (2018). *Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein* (1. Auflage). Aufbau.
- Hepp, A., & Wessler, H. (2009). Politische Diskurskulturen—Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 57(2), 174–197.
- Herbst, S. (1993). The meaning of public opinion: Citizens’ constructions of political reality. *Media, Culture & Society*, 15(3), 437–454. <https://doi.org/10.1177/016344393015003007>
- Herkel, G. (2019). Desillusion der Wendezeit. *Medienpolitisches ver.di-Magazin, Juni 2019 Nr. 2*, 10–11.
- Hickethier, K. (2000). Öffentlichkeit im Wandel: Zur Einleitung. In W. Faulstich & K. Hickethier (Hrsg.), *Öffentlichkeit im Wandel: Neue Beiträge zur Begriffsklärung* (S. 7–14). Wissenschaftler-Verlag.

- Hirte, C. (2019). Gleichwertige Lebens-verhältnisse in Ost- und Westdeutschland schaffen. In J. Ragnitz, F. Rösel, & M. Thum, *Der Graben zwischen Ost und West—welche Politik hilft gegen Ungleichheit? Bd. 72 (16)* (S. 7–10). ifo Schnelldienst. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2019-16-ragnitz-roesel-thum-ost-west-ungleichheit-2019-08-22.pdf>
- Hoffmann, J. (2003). *Inszenierung und Interpenetration: Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus* (1. Auflage). Westdeutscher Verlag.
- Hohmann, M. (2019, Juli 23). *Kohle in Deutschland*. Statista. <https://de.statista.com/themen/732/kohle-in-deutschland/>
- Höke, S. (2007). *Sun vs. Bild: Boulevardpresse in Großbritannien und Deutschland*. VDM Verlag Dr. Müller.
- Hölscher, L. (1979). *Öffentlichkeit und Geheimnis: Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit*. Klett-Cotta.
- Hübscher, C. (2019, August 8). *Deutschland-Bilanz—Wie die Deutschen in Ost und West übereinander denken*. ZDF. <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/umfrage-zur-zdf-deutschland-bilanz-wie-die-deutschen-in-ost-und-west-uebereinander-denken-100.html>
- Hurrelmann, K., Quenzel, G., Schneekloth, U., Leven, I., Albert, M., Utzmann, H., & Wolfert, S. (2019). *Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie Eine Generation meldet sich zu Wort*. [https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/\\_jcr\\_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf](https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf)
- Imhof, K. (1996). Intersubjektivität und Moderne. In A. Honneth, H. Joas, & C. Offe (Hrsg.), *Die Diskontinuität der Moderne: Zur Theorie des sozialen Wandels* (S. 200–292). Campus.
- Imhof, K. (2011). *Die Krise der Öffentlichkeit: Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Campus Verlag.
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen. (2019). *Ausgaben der Sozialhilfe (Leistungen nach dem SGB XII) in Nordrhein-Westfalen*. <https://www.it.nrw/nrw-bruttoausgaben-fuer-sozialhilfe-im-jahr-2018-bei-66-milliarden-euro-96868>
- IVW [Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.]. (2019). *IVW-Auflagenstatistik—2. Quartal 2019*. [http://www.ivw.de/sites/default/files/pm\\_auflagenstatistik\\_20191.pdf](http://www.ivw.de/sites/default/files/pm_auflagenstatistik_20191.pdf)
- Jandura, O., & Kösters, R. (2018). Mediale Repräsentationslücken. In C. Meißelbach, J. Lempp, & S. Dreischer (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Beruf: Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft* (S. S. 111-119). Springer VS.

- Jandura, O., & Meyen, M. (2010). Warum sieht der Osten anders fern? Eine repräsentative Studie zum Zusammenhang zwischen sozialer Position und Mediennutzung. *Medien- und Kommunikationswissenschaft*, 58 (2), 208–226.
- Jansen, A., Kümmerling, A., & Lehndorff, S. (2009). Unterschiede in den Beschäftigungs- und Arbeitszeitstrukturen in Ost- und Westdeutschland. *Institution Arbeit und Qualifikation, IAQ-Forschung*, 2009–03. <https://doi.org/10.17185/DUEPUBLICO/45632>
- Jarren, O., & Donges, P. (2000). *Die Rolle von Politik und Medienvertretern in der Sozialpolitik*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Jarren, O., & Donges, P. (2011). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jarren, O., & Vogel, M. (2011). „Leitmedien“ als Qualitätsmedien. Theoretisches Konzept und Indikatoren. In R. Blum, H. Bonfadelli, K. Imhof, & O. Jarren (Hrsg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation* (S. 17–29). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-93084-8\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-531-93084-8_2)
- Jecker, C. (2014). *Entmans Framing-Ansatz: Theoretische Grundlegung und empirische Umsetzung*. UVK-Verlags-Gesellschaft.
- Jeschek, W. (2003). *Modellrechnungen zum Lehrerberuf an allgemeinbildenden Schulen bis 2020: Ergebnisse einer Neuberechnung* (Nr. 70; DIW Wochenbericht, S. 219–225). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/151216/1/03-15-2.pdf>
- Kaufers, R., & Lein, P. (2018). *Widerstand im Hambacher Forst: Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung*. [https://www.researchgate.net/publication/328932749\\_Widerstand\\_im\\_Hambacher\\_Forst\\_Analyse\\_einer\\_anarchistischen\\_Waldbesetzung](https://www.researchgate.net/publication/328932749_Widerstand_im_Hambacher_Forst_Analyse_einer_anarchistischen_Waldbesetzung)
- Kausmann, C., & Simonson, J. (2017). Freiwilliges Engagement in Ost- und Westdeutschland sowie den 16 Ländern. In J. Simonson, C. Tesch-Römer, & C. Vogel (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*. (S. 573–600). Springer VS. [https://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-658-12644-5\\_23](https://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-658-12644-5_23)
- Kepplinger, H. M. (2008). Effects of the News Media on public opinion. In W. Donsbach & M. W. Traugott (Hrsg.), *Handbook of public opinion research*. SAGE.
- Kepplinger, H. M., & Bastian, R. (2000). Der prognostische Gehalt der Nachrichtenwert-Theorie. *Publizistik*, 45(4), 462–475. <https://doi.org/10.1007/s11616-000-0143-2>
- Kepplinger, H. M., & Maurer, M. (2005). *Abschied vom rationalen Wähler: Warum Wahlen im Fernsehen entschieden werden*. Alber.

- Klein, A., & Heitmeyer, W. (2009). Ost-westdeutsche Integrationsbilanz. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28, 16–21.
- Kleinen-von Königslöw, K. (2010). *Die Arenen-Integration nationaler Öffentlichkeiten: Der Fall der wiedervereinten deutschen Öffentlichkeit* (1. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kleinsteuber, H. J. (2000). Öffentlichkeit und öffentlicher Raum. In W. Faulstich & K. Hickethier (Hrsg.), *Öffentlichkeit im Wandel: Neue Beiträge zur Begriffsklärung* (S. 34–48). Wissenschaftler-Verlag.
- Klemm, K. (2018). *Dringend gesucht: Berufsschullehrer: Die Entwicklung des Einstellungsbedarfs in den beruflichen Schulen in Deutschland zwischen 2016 und 2035*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). <https://doi.org/10.11586/2018042>
- Klemm, K., & Zorn, D. (2017). *Demographische Rendite adé: Aktuelle Bevölkerungsentwicklung und Folgen für die allgemeinbildenden Schulen*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27\\_In\\_Vielfalt\\_besser\\_lernen/Demographische\\_Rendite\\_ade\\_final.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27_In_Vielfalt_besser_lernen/Demographische_Rendite_ade_final.pdf)
- Klemm, K., & Zorn, D. (2019). *Steigende Schülerzahlen im Primarbereich: Lehrkräftemangel deutlich stärker als von der KMK erwartet*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/steigende-schuelerzahlen-im-primarbereich-lehrkraeftemangel-deutlich-staerker-als-von-der-kmk-erwartet>
- Kluge, J., & Weber, M. (2016). Was erklärt die Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland? *ifo Dresden berichtet*, 23(2), 3–9.
- Köcher, R., Sommer, M., & Hurrelmann, K. (2019). *Kinder der Einheit. Same but (still) different!*. McDonald's Deutschland LLC & Institution für Demoskopie Allensbach (Hrsg.). [https://karriere.mcdonalds.de/docroot/jobboerse-mcd-career-blossom/assets/documents/McD\\_Ausbildungsstudie\\_2019.pdf](https://karriere.mcdonalds.de/docroot/jobboerse-mcd-career-blossom/assets/documents/McD_Ausbildungsstudie_2019.pdf)
- Kohaut, S. (2019). Tarifbindung: Weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. *IAB-Forum*. <https://www.iab-forum.de/tarifbindung-weiterhin-deutliche-unterschiede-zwischen-ost-und-westdeutschland/>
- Kohring, M., & Matthes, J. (2002). The face(t)s of biotech in the nineties: How the German press framed modern biotechnology. *Public Understanding of Science*, 11(2), 143–154. <https://doi.org/10.1088/0963-6625/11/2/304>
- Koller, P. (2019, Januar 11). *Kohle: Braunkohle war 2018 auf dem Rückzug*. Energie und Management. <https://www.energie-und-management.de/nachrichten/strom/kohle/detail/braunkohle-war-2018-auf-dem-rueckzug-128765>

- Kollmann, D. T., Hensellek, D. S., Jung, B., & Kleine-Stegemann, L. (2019). *Deutscher Startup Monitor 2019. Mehr Mut, neue Wege*. Bundesverband Deutsche Startups e.V.
- Kollmorgen, R., & Hans, T. (2011). Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit. In R. Kollmorgen, F. T. Koch, & H.-L. Dienel (Hrsg.), *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen* (1. Auflage, S. 107–166). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kollmorgen, R., Koch, F. T., & Dienel, H.-L. (2011a). Diskurse der deutschen Einheit: Forschungsinteressen und Forschungsperspektiven des Bandes. In R. Kollmorgen, F. T. Koch, & H.-L. Dienel (Hrsg.), *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen* (1. Auflage, S. 7–26). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kollmorgen, R., Koch, F. T., & Dienel, H.-L. (Hrsg.). (2011b). *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen* (1. Auflage). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kolmer, C. (2009). Nachrichten aus einer Krisenregion. Das Bild Ostdeutschlands und der DDR in den Medien 1994-2007. In T. Ahbe, R. Gries, & W. Schmale (Hrsg.), *Die Ostdeutschen in den Medien: Das Bild von den Anderen nach 1990* (S. 181–214). Leipziger Universitäts-Verlag.
- Korte, F., Göll, E., & Behrendt, S. (2017). *Automobilität im Wandel. Transformationsfeldanalyse im Rahmen des Projekts Evolution2Green – Transformationspfade zu einer Green Economy*.  
[https://www.researchgate.net/publication/321875165\\_Automobilitat\\_im\\_Wandel\\_Transformationsfeldanalyse\\_im\\_Rahmen\\_des\\_Projekts\\_Evolution2Green\\_-\\_Transformationspfade\\_zu\\_einer\\_Green\\_Economy](https://www.researchgate.net/publication/321875165_Automobilitat_im_Wandel_Transformationsfeldanalyse_im_Rahmen_des_Projekts_Evolution2Green_-_Transformationspfade_zu_einer_Green_Economy)
- Krause, P. (2019). 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. DIW Wochenbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.  
[https://doi.org/10.18723/DIW\\_WB:2019-45-3](https://doi.org/10.18723/DIW_WB:2019-45-3)
- Krönert, V., & Hepp, A. (2015). Identität und Identifikation. In A. Hepp, F. Krotz, S. Lingenberg, & J. Wimmer (Hrsg.), *Handbuch Cultural Studies und Medienanalyse* (S. 265–272). Springer Fachmedien Wiesbaden.  
<https://doi.org/10.1007/978-3-531-19021-1>
- Krupp, M., & ARD-Werbung (Hrsg.). (2019). *Media Perspektiven Basisdaten. Daten zur Mediensituation in Deutschland 2018* (Bd. 2018).  
[https://www.ard-werbung.de/fileadmin/user\\_upload/media-perspektiven/Basisdaten/Basisdaten\\_2018\\_Internet\\_mit\\_Verknuepfung.pdf](https://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/Basisdaten/Basisdaten_2018_Internet_mit_Verknuepfung.pdf)
- Kühl, J., & Wahse, J. (1994). Die Rolle der Treuhandanstalt für die Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland. In H. M. Nickel, J. Kühl, & S. Schenk (Hrsg.), *Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch* (S. 121–146). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kujath, J. (2013). *Die Medienöffentlichkeit im „NSU- Prozess“*. Zur Vergabe von Medienplätzen im Strafprozess. 44 (4), 269–276. AFP - Zeitschrift für das gesamte Medienrecht: Archiv für Presserecht.
- Kurt, R., & Herbrink, R. (2019). Sozialwissenschaftliche Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (2. Auflage, S. 545–564). Springer VS.
- Kutzner, M. (2014). Das Wirtschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und die Medialisierung der Wirtschaftspolitik in den 1950er Jahren. *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 101(4), 488–499.
- Langenbacher, W. R., & Latzer, M. (Hrsg.). (2006). *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive* (1. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lehmbruch, G. (Hrsg.). (1995). *Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. 19. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93673-8>
- Lehmpful, K. (2020, Mai 6). *Umweltbewusstsein in Deutschland*. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/gesellschaft-erfolgreich-veraendern/umweltbewusstsein-in-deutschland>
- Lippmann, W. (2018). *Die öffentliche Meinung: Wie sie entsteht und manipuliert wird* (W. Ötsch & S. Graupe, Hrsg; 1. Auflage). Westend Verlag.
- Luhmann, N. (1990). *Die Wissenschaft der Gesellschaft* (1. Auflage). Suhrkamp.
- Maier, J. (2009). Was die Bürger über Politik (nicht) wissen—Und was die Massenmedien damit zu tun haben—Ein Forschungsüberblick. In F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie* (1. Auflage, S. 393–414). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marktforschung Axel Springer SE. (2020, Juli 22). *Ma 2020 Pressemedien II*. Axel Springer. <https://www.ma-reichweiten.de/index.php?fm=1&tt=1&mt=1&vs=3&m0=0&m1=-1&m2=-1&m3=-1&b2=0&vj=1&ms=46&mg=tz&bz=0&d0=0&rs=45&d1=65&vr=1&d2=67&sc=000&d3=-1>
- Matthes, J. (2007). *Framing-Effekte: Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten*. Nomos.
- Matthes, J. (2014). *Framing* (1. Auflage). Nomos.
- Matthes, J., & Kohring, M. (2004). Die empirische Erfassung von Medienframes. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52(1), 56–75.

- Maurer, M. (2010). *Agenda-Setting* (P. Rössler & H.-B. Brosius, Hrsg.; 1. Aufl., Bd. 1). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.  
<https://doi.org/10.5771/9783845260372>
- Mayring, P. (2007). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (9. Auflage). Beltz.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12., überarbeitete Auflage). Beltz.
- Mayring, P., & Hurst, A. (2017). Qualitative Inhaltsanalyse. In L. Mikos & C. Wegener (Hrsg.), *Qualitative Medienforschung: Ein Handbuch* (2. Auflage, S. 494–502). UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- McCombs, M. E., & Reynolds, A. (2009). How the News Shapes our Civic Agenda. In J. Bryant & M. B. Oliver (Hrsg.), *Media effects: Advances in theory and research* (S. 1–16). Routledge.
- McCombs, M. E., & Shaw, D. L. (1972). The Agenda-Setting Function of Mass Media. *The Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176–187.
- McCombs, M. E., Shaw, D. L., & Weaver, D. H. (1997). *Communication and Democracy: Exploring the intellectual Frontiers in Agenda-setting theory* (1. Auflage). Routledge.
- MDR [Mitteldeutscher Rundfunk]. (2018a, Juni 9). *Analyse zur TV-Doku „Wer braucht den Osten?“ Ostdeutschland in der Presse*.  
<https://www.mdr.de/zeitreise/wer-braucht-den-osten-datenanalyse-der-osten-in-den-medien-100.html>
- MDR [Mitteldeutscher Rundfunk]. (2018b, Oktober 1). *Chronologie: Die Ereignisse in Chemnitz*. <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/chronologie-ereignisse-chemnitz-104.html>
- MDR [Mitteldeutscher Rundfunk]. (2020a, März 2). *Einschaltquoten MDR-Fernsehen*. Abgerufen von <https://www.mdr.de/tv/quoten/quoten100.html>
- MDR [Mitteldeutscher Rundfunk]. (2020b, März 6). *Einschaltquoten MDR-Fernsehen*. Abgerufen von <https://www.mdr.de/tv/quoten/quoten100.html>
- Mercedes-Benz AG. (2020, Juli 22). *Impressum*. Abgerufen von <https://www.mercedes-benz-berlin.de/de/desktop/about-us/impressum.html>
- Möhring, W. (2015). *Lokaljournalismus im Fokus der Wissenschaft: Zum Forschungsstand Lokaljournalismus - unter besonderer Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen*. Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.

- Müller, S. (2019). *Vereintes Land—Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall = United country—Three decades after the Wall came down*. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.).
- NABU [Naturschutzbund Deutschland e.V.]. (2019, Dezember 2). *Wölfe in Deutschland—NABU*. Naturschutzbund Deutschland e.V. <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/wolf/deutschland/index.html>
- Naika, F., Kalter, F., Coşkun, C., & Simon, M. (2019). *Ost-Migrantische Analogien I - Konkurrenz um Anerkennung*. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (Hrsg.). [https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Projekte/Ost-Migrantische\\_Analogien/OstMig\\_Booklet\\_A4.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/OstMig_Booklet_A4.pdf)
- Neidhardt, F. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 7–41). Westdeutscher Verlag.
- Neuberger, C., Lobigs, F., Herbers, M. R., Karthaus, A., & Nuernbergk, C. (2010). *Die Bedeutung des Internets im Rahmen der Vielfaltssicherung: Gutachten im Auftrag der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK)*. Vistas.
- Newman, N., Fletcher, R., Kalogeropoulos, A., & Nielsen, R. K. (2019). *Reuters Institute—Digital News Report 2019*. Reuters Institute & University of Oxford, (Hrsg.). [https://ora.ox.ac.uk/objects/uuid:18c8f2eb-f616-481a-9dff-2a479b2801d0/download\\_file?file\\_format=pdf&safe\\_filename=reuters\\_institute\\_digital\\_news\\_report\\_2019.pdf&type\\_of\\_work=Report](https://ora.ox.ac.uk/objects/uuid:18c8f2eb-f616-481a-9dff-2a479b2801d0/download_file?file_format=pdf&safe_filename=reuters_institute_digital_news_report_2019.pdf&type_of_work=Report)
- Oberst, Christian, & Voigtländer, Michael. (2020). *Aufsteigerregionen in Deutschland—Go East! Eine empirische Analyse der Entwicklung deutscher Kreise PDF Logo* (IW-Report 20/2020). IW-Reports, Institut der deutschen Wirtschaft. [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report\\_2020\\_Aufsteigerregionen.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Aufsteigerregionen.pdf)
- Orth, M. (2018, August 24). *Industrieland Deutschland: Sechs starke Zahlen*. Deutschland.de. <https://www.deutschland.de/de/topic/wirtschaft/deutschlands-industrie-die-wichtigsten-zahlen-und-fakten>
- Pant, H. A., Stanat, P., Schroeders, U., Roppelt, A., Siegle, T., Pohlmann, C., & Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.). (2013). *IQB-Ländervergleich 2012: Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I*. Waxmann.
- Peters, B. (1994). Der Sinn von Öffentlichkeit. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 42–76). Westdeutscher Verlag.
- Peters, B. (2007). *Der Sinn von Öffentlichkeit* (H. Wessler, Hrsg.; 1. Auflage). Suhrkamp.



- Peters, B., & Wessler, H. (2006). Transnationale Öffentlichkeiten-analytische Dimensionen normative Standards, sozialkulturelle Produktionsstrukturen. In K. Imhof, R. Blum, H. Bonfadelli, & O. Jarren (Hrsg.), *Demokratie in der Mediengesellschaft* (S. 125–144). Springer.
- Pichl, M. (2020). McKinseyisierung des Asylverfahrens. In D. Kersting & M. Leuoth (Hrsg.), *Der Begriff des Flüchtlings: Rechtliche, Moralische und Politische Kontroversen* (S. 81–98). J.B. Metzler.  
<https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=2395537>
- Pickel, G. (2002). *Jugend und Politikverdrossenheit* (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-10438-4>
- Plaikner, A. (2013). *Lesernähe: Modell und Instrument für regionale Tageszeitungen* (1. Auflage). Nomos.
- Polownikow, A. (2017). *Transnationale Öffentlichkeit und ihre Qualitäten*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17946-5>
- Potthoff, M. (2012). *Medien-Frames und ihre Entstehung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19648-0>
- Potthoff, M., & Kohring, M. (2014). Die Berücksichtigung von Kohärenz in der empirischen Analyse textueller Frames. In F. Marcinkowski (Hrsg.), *Framing als politischer Prozess* (S. 29–45). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Preisendörfer, P. (1999). *Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland: Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998“* (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pürer, H. (2015). *Medien in Deutschland: Presse - Rundfunk - Online*. UVK Verlagsgesellschaft.
- Pürer, H., & Raabe, J. (2007). *Presse in Deutschland* (3. Auflage). UVK-Verlagsgesellschaft.
- Raabe, J. (2013b). Boulevardpresse. In G. Bentele, H.-B. Brosius, & O. Jarren (Hrsg.), *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft* (S. 33–34). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93431-0>
- Raabe, J. (2013a). Regionalpresse. In G. Bentele, H.-B. Brosius, & O. Jarren (Hrsg.), *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft* (S. 296). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93431-0>

- Ragnitz, J., Lehmann, R., & May, M. (2010). Bilanz – 20 Jahre Deutsche Einheit. *Texte zur Sozialen Marktwirtschaft*, 4. Initiative – Neue Soziale Marktwirtschaft. <https://www.insm.de/fileadmin/insm-dms/text/publikationen/print/texte-soziale-marktwirtschaft/texte-zur-sozialen-marktwirtschaft-band4.pdf>
- Ragnitz, J., & Thum, M. (2018). Ist die nachlassende Investitionstätigkeit in Ostdeutschland ein Problem? *ifo Dresden berichtet*, 25(01), 32–34. Ifo Institut. [https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD\\_18-01\\_32-34\\_Ragnitz.pdf](https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_18-01_32-34_Ragnitz.pdf)
- Rainer, H., Albrecht, C., Bauernschuster, S., Fichtl, A., & Ragnitz, J. (2018). *Deutschland 2017 - Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie*. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.
- Rammer, C., Gottschalk, S., & Trunschke, M. (2020). *Innovationstätigkeit der Unternehmen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung: Studie im Auftrag der Expertenkommission Forschung und Innovation* (Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 7–2020). Expertenkommission Forschung und Innovation. <https://econpapers.repec.org/paper/zbwefisdi/72020.htm>
- Reinhardt, J., & Jäckel, M. (2002). Zurechnungsmodelle und Themenrepertoires. Gedanken zur Integrationsleistung von Massenmedien in der Moderne. In K. Imhof, O. Jarren, & R. Blum (Hrsg.), *Integration und Medien* (1. Auflage, S. 77–92). Westdeutscher Verlag.
- Reinke de Buitrago, S. (2003). *Innerdeutsche Streitigkeiten: Warum das Verständnis zwischen Ost- und Westdeutschen noch immer fehlt* (1. Auflage). Logos-Verlag.
- Reporter ohne Grenzen. (2019). *Rangliste der Pressefreiheit 2019—Nahaufnahme Deutschland* (S. 14). Reporter ohne Grenzen. [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2019/190417\\_Nahaufnahme2019\\_FINAL.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2019/190417_Nahaufnahme2019_FINAL.pdf)
- Rheinische Post. (2017). *Allgemeines Titelprofil Rheinische Post (GA)*. [https://rp-media.de/data/file/default/1/1630\\_3b25f263e8e438601b69ce0ff355d8f2.pdf](https://rp-media.de/data/file/default/1/1630_3b25f263e8e438601b69ce0ff355d8f2.pdf)
- Roessing, T. (2013). Öffentliche Meinung. In A. Fahr & W. Schweiger (Hrsg.), *Handbuch Medienwirkungsforschung* (S. 481–494). Springer VS.
- Rohrschneider, R., Schmitt-Beck, R., & Jung, F. (2013). Vereint, doch immer noch verschieden: Ost- und westdeutsche Wähler bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich. In H. Schoen, B. Weßels, & O. W. Gabriel (Hrsg.), *Wahlen und Wähler* (1. Aufl.). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- ROLAND, & IfD Allensbach [Institut für Demoskopie Allensbach] (Hrsg.). (2020). *Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung. Einstellung der Bevölkerung zum wachsenden Nationalismus in Europa*. Institut für Demoskopie Allensbach. [https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige\\_pdfs/ROLAND\\_Rechtsreport\\_2020.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/ROLAND_Rechtsreport_2020.pdf)

- Röper, H. (2018). Zeitungsmarkt 2018: Pressekonzentration steigt rasant. *Media Perspektiven*, 5/2018, 216–234.
- Rössler, P. (1997). *Agenda-Setting*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rössler, P. (2000). Vielzahl = Vielfalt = Fragmentierung? Empirische Anhaltspunkte zur Differenzierung von Medienangeboten auf der Mikroebene. In O. Jarren, K. Imhof, & R. Blum (Hrsg.), *Zerfall der Öffentlichkeit?* (1. Auflage, S. 168–188). Westdeutscher Verlag.
- Rössler, P. (2006). Zur Logik der Agenda-Setting-Forschung. In W. Wirth, A. Fahr, & E. Lauf (Hrsg.), *Anwendungsfelder in der Kommunikationswissenschaft* (S. 139–167). Halem.
- Rössler, P. (2010). *Inhaltsanalyse* (2. Auflage). UVK-Verlagsgesellschaft.
- Rössler, P. (2017). *Inhaltsanalyse* (3. Auflage). UVK Verlagsgesellschaft mbH mit UVK/Lucius.
- Schäfer-Hock, C. (2018). *Journalistische Darstellungsformen im Wandel: Eine Untersuchung deutscher Tageszeitungen von 1992 bis 2012*. Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schenk, M., & Mangold, F. (2011). Entscheider, Meinungsführer und Qualitätsmedien – Die Bedeutung der Qualitätspresse für Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft. In R. Blum, H. Bonfadelli, K. Imhof, & O. Jarren (Hrsg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation: Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien* (S. 239–254). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scherer, H., Fröhlich, R., Scheufele, B., Dammert, S., & Thomas, N. (2005). Bundeswehr, Bündnispolitik und Auslandseinsätze. Die Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1989 bis 2000. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 53(2–3), 277–297.
- Scheufele, B. (2003). *Frames - Framing - Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion* (1. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, B. (2004). Nach der Medienwende in der DDR - Folgen einer Entwicklung zwischen Wandel und Beharrung. *Die Politische Meinung*, 411/2004, 17–22.
- Schoeber, P., & Stahl, J. (2014). Trends in der Kinderbetreuung: Sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West. *DIW Wochenbericht*, 81(40), 986–994. [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.483782.de/14-40-7.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.483782.de/14-40-7.pdf)
- Schrag, W. (2007). *Medienlandschaft Deutschland*. UVK Verlagsgesellschaft.

- Schranz, M., Eisenegger, M., & Gisler, A. (2017). Informationsmedien im Umbruch: Veränderung des Medienangebots durch die Digitalisierung. In W. A. Meier (Hrsg.), *Abbruch—Umbruch—Aufbruch* (S. 69–90). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Schulz, W. (1976). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien: Eine Analyse der aktuellen Berichterstattung* (1. Auflage). Alber.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder. (2013). *Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland Modellrechnung 2012 – 2025* (Nr. 201; Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz).
- Semetko, H. A., & Valkenburg, P. M. V. (2000). Framing European politics: A Content Analysis of Press and Television News. *Journal of Communication*, 50(2), 93–109.
- Sielschott, S. (2011). Über Terroristen und Spitzensportler: Eine Framing-Analyse stereotyper Bewertungen von Muslimen in ostdeutschen Regionalzeitungen als Beitrag zur Theorien- und Methodendiskussion. *Publizistik*, 56(2), 157–180.
- Sreberny-Mohammadi, A., Nordenstreng, K., Stevenson, R., & Ugboajah, F. (1985). *Foreign news in the media: International reporting in 29 countries: final report of the „Foreign Images“ study*. United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2020a). *Regionalatlas Deutschland Indikatoren des Themenbereichs „Bevölkerung“*. <https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/AI002-2.xml&CONTEXT=REGATLAS01>
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2020c). *Regionalatlas Deutschland Indikatoren des Themenbereichs „Bundestagswahl“*. <https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/AI005.xml&CONTEXT=REGATLAS01>
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2019, Juli 17). *Ausländische Bevölkerung*. Statistische Ämter des Bundes und der Länder | Gemeinsames Statistikportal. <http://www.statistikportal.de/de/bevoelkerung/auslaendische-bevoelkerung>
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. (2019). *Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe—Sachsen.de*. Sachsen.de. <https://www.statistik.sachsen.de/html/sozialhilfe-ausgaben-einnahmen.html>
- Statistisches Bundesamt. (2020). *Demografischer Wandel*. Statistisches Bundesamt. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html)

- Stiehler, H.-J. (2012). Mediennutzung 1995 bis 2005 in West- und Ostdeutschland— Ein Test der These von der Populationsheterogenität am Beispiel von Fernsehen und Tageszeitungen. In J. Hagenah & H. Meulemann (Hrsg.), *Mediatisierung der Gesellschaft?* (S. 119–141). LIT Verlag Münster.
- Terbach, M. (2005). *Erfolgsfaktor regionaler Akteur – Zwei Fallstudien zur Standortpolitik in Ostdeutschland* [Ruhr-Universität Bochum]. <https://dnb.info/980762871/34>
- Tiefensee, W. (2019). Innovation fördern, Tarif Bindung stärken und Renten sichern! Wege zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik. In J. Ragnitz, F. Rösel, & M. Thum, *Der Graben zwischen Ost und West – welche Politik hilft gegen Ungleichheit?* (72 (16), S. 10–12). ifo Schnelldienst.
- Titscher, S., Meyer, M., Wodak, R., & Vetter, E. (2000). *Methods of Text and Discourse Analysis: In Search of Meaning*. SAGE.
- Tobler, S. (2006). Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen. Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit. In W. R. Langenbucher & M. Latzer (Hrsg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive* (1. Auflage, S. 107–131). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tobler, S. (2010). *Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit: Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa* (1. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Trebbe, J., Beier, A., & Wagner, M. (2015). *Information oder Unterhaltung? Eine Programmanalyse von WDR und MDR*. Otto Brenner Stiftung (Hrsg.). [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AP17\\_WDR\\_MDR\\_Trebbe.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP17_WDR_MDR_Trebbe.pdf)
- TÜV Rheinland. (2018). *Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland Stand Mitte 2018*. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. [https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/DG/breitbandverfuegbarkeit-mitte-2018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/DG/breitbandverfuegbarkeit-mitte-2018.pdf?__blob=publicationFile)
- Ulrich, D.-C. (2016). *Die Chimäre einer globalen Öffentlichkeit: Internationale Medienberichterstattung und die Legitimationskrise der Vereinten Nationen* (Bd. 29). Transcript Verlag.
- Uske, H. (2017). Regionales Konzeptmanagement am Beispiel der Region Emscher-Lippe. In Verbundprojekt Prokom 4.0 (Hrsg.), *Facharbeit und Digitalisierung— Ergebnisse aus dem BMBF-Verbundprojekt „Kompetenzmanagement für die Facharbeit in der High-Tech-Industrie“ (Prokom 4.0) 2015-2017* (S. 73–78). Rhein-Ruhr- Institution für Sozialforschung und Politikberatung e.V. [http://risp-duisburg.de/media/facharbeit\\_und\\_digitalisierung.pdf#page=73](http://risp-duisburg.de/media/facharbeit_und_digitalisierung.pdf#page=73)

- Van Gorp, B. (2007). The Constructionist Approach to Framing: Bringing Culture Back. *Journal of communication: An official journal of the International Communication Association; Cary, NC : Oxford University Press, Vol. 57, No. 1*, 60–78.
- Virchow, F., Thomas, T., Grittmann, E., & Otto-Brenner-Stiftung. (2015). „Das Unwort erklärt die Untat“ *Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik* (OBS-Arbeitsheft 79). Otto-Brenner- Stiftung. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH79\\_NSUMorde\\_Grittmann\\_2015\\_01\\_10.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH79_NSUMorde_Grittmann_2015_01_10.pdf)
- Vogelgesang, J., & Scharkow, M. (2011). Messung der Publikumsagenda mittels Nutzungsstatistiken von Suchmaschinenanfragen. In O. Jandura, T. Quandt, & J. Vogelgesang (Hrsg.), *Methoden der Journalismusforschung* (1. Auflage, S. 299–314). VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Volkswagen AG. (2020a, Juli 22). *Impressum*. Abgerufen von <https://www.volkswagenag.com/de/meta/provider-identification.html#>
- Volkswagen Sachsen GmbH. (2020, Juli 22). *Die Standorte der Volkswagen Sachsen GmbH*. Die Standorte der Volkswagen Sachsen GmbH. Abgerufen von <https://www.volkswagen-sachsen.de/de/standorte.html>
- Volkswagen Sachsen GmbH. (2018, April). *Die Volkswagen Sachsen GmbH. Tradition, Transformation, e-Motion an den drei sächsischen Standorten Zwickau, Chemnitz und Dresden*. [https://www.volkswagen-sachsen.de/content/dam/companies/de\\_vw\\_sachsen/dokumente/unternehmen/die-volkswagen-sachsen-gmbh.pdf](https://www.volkswagen-sachsen.de/content/dam/companies/de_vw_sachsen/dokumente/unternehmen/die-volkswagen-sachsen-gmbh.pdf)
- Von Eynern, G. (1968). Wirtschaftliche Grundlagen politischer Entscheidungen (Die Umsetzung wirtschaftlicher Macht in politische). In G. von Eynern (Hrsg.), *Grundriß der Politischen Wirtschaftslehre* (S. 123–190). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Voss, G. (1990). *Die Herausforderungen—Informationen zur politischen Bildung „Umwelt“* (Bd. 219). Bundeszentrale für Politische Bildung.
- WDR [Westdeutscher Rundfunk]. (2020, März 5). *WDR-Fernsehen Einschaltquoten vom 05. März*. Abgerufen von <https://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/serviceangebot/medienforschung/quoten-tv-wdr-100.html>
- Weaver, D. (1991). Issue Saliency and Public Opinion: Are there consequences of Agenda-Setting? *International Journal of Public Opinion Research*, 3(1), 53–68. <https://doi.org/10.1093/ijpor/3.1.53>
- Weber, H. (2016). Mehr Zuwanderer, mehr Fremdenangst? Ein Überblick über den Forschungsstand und ein Erklärungsversuch aktueller Entwicklungen in Deutschland. *Berliner Journal für Soziologie*, 25(4), 397–428. <https://doi.org/10.1007/s11609-016-0300-8>

- Wegener, B., & Liebig, S. (2010). Gerechtigkeitsvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Wandel: Sozialisation, Interessen, Lebenslauf. In P. Krause & I. Ostner (Hrsg.), *Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit* (S. 83–102). Campus Verlag.
- Wenzel, S. (2010). Konvergenz oder Divergenz? Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 2(3), 59–76.
- Wessler, H. (2002). Multiple Differenzierung und kommunikative Integration: Symbolische Gemeinschaften und Medien. In K. Imhof, O. Jarren, & R. Blum (Hrsg.), *Integration und Medien* (1. Auflage, S. 56-76). Westdeutscher Verlag.
- White, D. M. (1950). The “Gate Keeper”: A Case Study in the Selection of News. *Journalism Quarterly*, 27(4), 383–390.  
<https://doi.org/10.1177/107769905002700403>
- Wilke, S. (2019, Juli 10). *Waldbrände*. Umweltbundesamt.  
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/waldbraende>
- Williams, H., Benthin, R., & Gellrich, A. (2019). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2018—Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Hrsg.).  
[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018\\_-\\_m\\_3.3\\_basisdatenbroschuere\\_barrierefrei-02\\_cps\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3.3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf)
- Wimmer, J. (2007). *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft: Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses* (1. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wolling, J. (2001). Skandalberichterstattung in den Medien und die Folgen für die Demokratie. - Die Bedeutung von Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung für die Einstellung zur Legitimität des politischen Systems. *Publizistik, Heft 1*, 20–36.
- Wuschig, I. (2005). *Anspruch ohne Wirklichkeit: 15 Jahre Medien in Ostdeutschland*. LIT Verlag.
- Yagade, A., & Dozier, D. M. (1990). The Media Agenda-Setting Effect of Concrete versus Abstract Issues. *Journalism Quarterly*, 67(1), 3–10.  
<https://doi.org/10.1177/107769909006700102>
- Zeitungsgruppe Neue Westfälische. (2018). *Preisliste Nr. 53*.  
[https://www.nw.de/\\_em\\_daten/\\_nw/2017/12/18/171218\\_1718\\_preisliste\\_nw.pdf](https://www.nw.de/_em_daten/_nw/2017/12/18/171218_1718_preisliste_nw.pdf)
- Zick, A., Küpper, B., & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte - feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (F. Schröter & Friedrich Ebert Stiftung, Hrsg.). J.H.W. Dietz.

- ZMG [Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen mbH]. (2019). *Zeitungsqualitäten*. [https://www.die-zeitungen.de/fileadmin/files/documents/02\\_die-zeitungen.de\\_ab\\_Mai\\_2016/3\\_Argumente/Zeitungsqualitaeten\\_2019\\_Infografiken.pdf](https://www.die-zeitungen.de/fileadmin/files/documents/02_die-zeitungen.de_ab_Mai_2016/3_Argumente/Zeitungsqualitaeten_2019_Infografiken.pdf)
- ZMG [Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen mbH], & BDVZ [Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger]. (2019). *Reichweite der Zeitungen*. [https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzbv\\_hauptseite/aktuell/pressemitteilungen/2019/assets/Reichweite\\_der\\_Zeitungen\\_b4p\\_2019\\_I.pdf](https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzbv_hauptseite/aktuell/pressemitteilungen/2019/assets/Reichweite_der_Zeitungen_b4p_2019_I.pdf)
- ZMG [Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen mbH], & BDVZ [Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger] (Hrsg.). (2020). *Information und Orientierung in der Coronakrise—Lesebefragung in regionalen Tageszeitungen*. [https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzbv\\_hauptseite/aktuell/pressemitteilungen/2020/Assets/ZMG-Studie\\_zur\\_TZ-Corona-Berichterstattung\\_download\\_BDZV\\_final.pdf](https://www.bdzv.de/fileadmin/bdzbv_hauptseite/aktuell/pressemitteilungen/2020/Assets/ZMG-Studie_zur_TZ-Corona-Berichterstattung_download_BDZV_final.pdf)
- Zubayr, C., & Gerhard, H. (2019). Tendenzen im Zuschauerverhalten. *Media Perspektiven*, 3, 90–106.



## **Anhang**

- A     Auswertungsergebnisse der Themenfrequenzanalyse
- B     Artikel der Frame-Analyse
- C     Codebücher (siehe DVD)
  - I     Codebuch Themenfrequenzanalyse
  - II    Codebuch Frame-Analyse
- D     Codebögen der Frame-Analyse (siehe DVD)

## Anhang A: Auswertungsergebnisse der Themenfrequenzanalyse

Thema	NATIONAL N = 1.201			WEST N = 1.400			OST N = 1.333		
	Rang	Anzahl	%	Rang	Anzahl	%	Rang	Anzahl	%
Unternehmen/ Unternehmensbelange	1	177	14,7%	1	272	19,4%	1	185	13,9%
MigrantInnen	2	118	9,8%	7	82	5,9%	6	92	6,9%
Arbeitswelt	3	107	8,9%	4	110	7,9%	2	146	11,0%
Justiz	4	90	7,5%	3	127	9,1%	4	97	7,3%
Wirtschafts-/ Finanzpolitik	5	78	6,5%	13	58	4,1%	10	66	5,0%
Parteien auf Bundesebene	6	77	6,4%	10	70	5,0%	13	58	4,4%
Umwelt	7	75	6,2%	2	133	9,5%	3	98	7,4%
Wissenschaft/ Innovation	8	73	6,1%	12	60	4,3%	3	98	7,4%
Sozialpolitik	8	73	6,1%	23	34	2,4%	26	29	2,2%
Politische Personalde- batten	9	69	5,7%	9	71	5,1%	24	34	2,6%
Sonstige Wirtschafts- zweige	10	63	5,2%	11	68	4,9%	8	78	5,9%
Medien/ Journalismus	10	63	5,2%	17	45	3,2%	16	51	3,8%
Gesellschaft	11	60	5,0%	8	78	5,6%	5	95	7,1%
Globalisierung	12	58	4,8%	28	22	1,6%	25	31	2,3%
Technische Infrastruktur	13	54	4,5%	5	98	7,0%	11	64	4,8%
Individuelle Straftaten	14	53	4,4%	3	127	9,1%	7	82	6,2%
Verbrechens- bekämpfung	15	49	4,1%	6	90	6,4%	14	54	4,1%
Wirtschaftslage/ Standortpolitik	16	48	4,0%	17	45	3,2%	17	48	3,6%
Gesetzes- verhandlungen	17	44	3,7%	15	51	3,6%	18	46	3,5%
Personaldebatten in Unternehmen	18	43	3,6%	16	49	3,5%	26	29	2,2%
Automobilbranche	19	42	3,5%	24	31	2,2%	13	58	4,4%
Haushalt/Finanzen/ Schulden	20	40	3,3%	21	37	2,6%	21	39	2,9%
Politische Affären	21	39	3,2%	28	23	1,6%	20	40	3,0%
Organisierte Verbrechen/ Krieg	22	37	3,1%	27	24	1,7%	24	34	2,6%
Human Interest	23	36	3,0%	15	50	3,6%	22	37	2,8%
Banken	23	36	3,0%	37	11	0,8%	33	13	1,0%
Kultur/ Veranstaltungen	24	34	2,8%	15	51	3,6%	13	59	4,4%
Parteien auf Landesebene	25	33	2,7%	14	54	3,9%	15	53	4,0%
Kirche/Religion	26	31	2,6%	19	39	2,8%	21	38	2,9%
Wahlen	27	30	2,5%	28	23	1,6%	12	60	4,5%

## Fortsetzung Anhang A

	NATIONAL N = 1.201			WEST N = 1.400			OST N = 1.333		
Bildungspolitik	27	30	2,5%	6	89	6,4%	16	51	3,8%
Koalitionsvertrag	27	30	2,5%	29	21	1,5%	28	21	1,6%
Geschichte	27	30	2,5%	35	8	0,6%	28	21	1,6%
Gedenk-/Aktionstage	28	29	2,4%	33	15	1,1%	30	19	1,4%
Gesundheit	29	27	2,2%	18	41	2,9%	9	69	5,2%
Innenpolitik	29	27	2,2%	42	4	0,3%	27	27	2,0%
Gesundheitspolitik/ Krankenversicherung	30	23	1,9%	24	31	2,2%	29	20	1,5%
Börse/Aktien/ Anleihen	30	23	1,9%	30	19	1,4%	38	5	0,4%
Rechtsextremismus	31	22	1,8%	26	26	1,9%	19	45	3,4%
Soziale Infrastruktur	32	21	1,7%	20	38	2,7%	18	46	3,5%
Immobilienwirtschaft	33	17	1,4%	33	15	1,1%	31	17	1,3%
Staatsbesuche	33	17	1,4%	33	15	1,1%	32	15	1,1%
Demonstrationen	34	14	1,2%	39	9	0,6%	32	15	1,1%
Bundesministerien	34	15	1,2%	33	16	1,1%	33	13	1,0%
Bundestagskoalition	34	15	1,2%	22	35	2,5%	34	12	0,9%
BundesministerInnen	34	14	1,2%	37	11	0,8%	34	12	0,9%
Pflegenotstand	34	15	1,2%	25	28	2,0%	36	9	0,7%
Reaktion auf Unglücke	35	12	1,0%	10	70	5,0%	23	36	2,7%
Innere Sicherheit	35	12	1,0%	38	10	0,7%	37	7	0,5%
Bürgerinitiativen/ Soziale Bewegungen	36	11	0,9%	32	17	1,2%	24	35	2,6%
Krieg/Konflikt (-lösungen)	37	10	0,8%	31	18	1,3%	35	10	0,8%
Gipfeltreffen	37	10	0,8%	41	6	0,4%	39	4	0,3%
Ernährungsindustrie/ Landwirtschaft	38	8	0,7%	34	12	0,9%	25	31	2,3%
Geteiltes Deutschland	38	9	0,7%	41	5	0,4%	29	20	1,5%
Bundeswehr/Soldaten	38	9	0,7%	39	9	0,6%	32	14	1,1%
Lebensmittel	39	7	0,6%	38	10	0,7%	30	18	1,4%
Religiös motivierter Extremismus	40	6	0,5%	39	8	0,6%	40	2	0,2%
Frieden/ Friedenssicherung	41	4	0,3%	36	12	0,9%	35	11	0,8%
Lobbyismus und Ein- flussnahme	41	4	0,3%	44	1	0,1%	35	11	0,8%
Untersuchungs-aus- schüsse/ Kommissionen	41	4	0,3%	39	8	0,6%	38	5	0,4%
Parteivorsitzende	41	4	0,3%	39	9	0,6%	41	1	0,1%
Handel	42	3	0,2%	30	19	1,4%	33	13	1,0%
Grün-blaue Infra- struktur	42	3	0,2%	40	7	0,5%	33	13	1,0%
Hilfsorganisationen	42	3	0,2%	45	0	0,0%	40	3	0,2%

---

**Fortsetzung Anhang A**

	NATIONAL N = 1.201			WEST N = 1.400			OST N = 1.333		
Humanitäre Hilfe	42	2	0,2%	45	0	0,0%	40	3	0,2%
Linksextremismus	42	2	0,2%	44	2	0,1%	41	1	0,1%
Jugendorganisationen	42	2	0,2%	44	1	0,1%	42	0	0,0%
Fraktionen und deren Vorsitzende/ StellvertreterIn im Bundestag/Landtag	43	1	0,1%	38	10	0,7%	37	6	0,5%
Wirtschaft (gewerblich)	43	1	0,1%	43	3	0,2%	38	5	0,4%
Reisen	43	1	0,1%	44	2	0,1%	39	4	0,3%
Bundestagsopposition	43	1	0,1%	44	2	0,1%	41	1	0,1%

## Anhang B: Artikel der Frame-Analyse

### Fallbeispiel I: NSU-Prozess

Datum	Zeitung	Artikelüberschrift
26.04.2018	FAZ	Wie ein Familienmitglied, nicht wie eine Komplizin
04.07.2018	FAZ	Nichts gesehen, nichts gewusst
19.07.2018	FAZ	Nach dem Gefängnis ist vor dem Gefängnis
04.12.2018	FAZ	Blendgranaten entschärft
04.07.2018	SZ	Donnerhall und Tränen
19.07.2018	SZ	Auf Vorbehalt frei
04.07.2018	WAZ	„Ich bin ein mitfühlender Mensch“
26.04.2018	NW	NSU-Prozess: Anwälte weisen Vorwürfe zurück
04.07.2018	NW	Zschäpes Bitte um Gnade kommt zu spät- vermutlich zu spät
19.07.2018	NW	NSU-Helfer Wohlleben aus Haft entlassen
26.04.2018	RP	NSU-Anwälte attackieren Anklage
04.07.2018	RP	Zschäpe: „Ich bin ein mitfühlender Mensch“
04.07.2018	MZ	Finale im Mammutprozess
04.07.2018	MZ	Der Rechtsfrieden wird warten müssen
19.07.2018	MZ	NSU-Helfer Wohlleben kommt frei
19.07.2018	MZ	Neue Heimat für NSU-Helfer
26.04.2018	SäZ	Verteidiger weisen weitere Anklagevorwürfe gegen Zschäpe zurück
04.07.2018	SäZ	Zschäpe distanziert sich von NSU-Verbrechen <sup>19</sup>
19.07.2018	SäZ	Ganz weit rechts draußen
11.04.2018	TA	„Destruktive Verwirrung“
26.04.2018	TA	„So ein Schmarrn“
04.07.2018	TA	Die Unschuld Jena
19.07.2018	TA	NSU-Waffenbeschaffer Wohlleben frei

### Fallbeispiel II: Chemnitz

Datum	Zeitung	Artikelüberschrift
27.08.2018	NW	Krawall nach Messerstecherei in Chemnitz
11.09.2018	NW	Verantwortung
11.09.2018	NW	Erzkonservativ und Merkel-Gegner
11.09.2018	RP	Hetzjagden: Maaßen legt Bericht vor
27.08.2018	MZ	Toter nach Messerstecherei
11.09.2018	MZ	Chef-Spion im Zwielficht
11.09.2018	SäZ	Schwierige Lektüre für Seehofer
11.09.2018	TA	Seehofer prüft Bericht von Maaßen
11.09.2018	FAZ	Der Herr der Zweifel
11.09.2018	FAZ	Rückzugsgefechte
27.08.2018	SäZ	Ein Toter nach Streit beim Stadtfest

### Fallbeispiel III: Dieselskandal

Datum	Zeitung	Artikelüberschrift
01.02.2018	FAZ	Daimler stellt Mitarbeiter wegen Tierversuch frei
16.02.2018	FAZ	Der Klammer dumme Klammer ehrliche
16.02.2018	FAZ	Diesel Krise bringt Autohändler in Not
03.03.2018	FAZ	Herr Li fährt auf Diesel ab?
03.03.2018	FAZ	Schlechte Karten für Dieselfahrer
11.05.2018	FAZ	Justizministerin Musterklage hilft zwei Millionen Dieselfahrern
19.06.2018	FAZ	Audi Vorstandsvorsitzender Stadler verhaftet
19.06.2018	FAZ	im Sog der diesle Betrüger von VW
19.06.2018	FAZ	Stadlers Sturz erschüttert Audi
19.06.2018	FAZ	Automanager hinter Gittern nun sind es fünf
26.09.2018	FAZ	Scheuer: "Keine Selbstbeteiligung der Diesel Besitzer"
19.11.2018	FAZ	Abgasmessung mit falscher Gültigkeit
04.12.2018	FAZ	Fahrverbot für Wohnmobile
19.12.2018	FAZ	Sinnlose Gängelung
01.02.2018	SZ	Audi Techniker geben Manipulation zu
01.02.2018	SZ	Dieser USB-Stick hat es in sich
16.02.2018	SZ	Der Staat soll für sauber Diesel Autos zahlen
03.03.2018	SZ	Machs gut Diesel
12.03.2018	SZ	ersticktes vertrauen
12.03.2018	SZ	Leute mit dickem Geldbeutel dürfen nicht bevorzugt werden
26.04.2018	SZ	Das heilversprechen von Stuttgart
11.05.2018	SZ	Audi Aktionäre ärgern sich über Dieselskandal
26.05.2018	SZ	im Märchenwald
19.06.2018	SZ	Audi Chef Stadler in Haft
19.06.2018	SZ	Gockelhaft
03.08.2018	SZ	Selbsterkenntnisse
27.08.2018	SZ	Justiz prüft Erziehungshaft gegen Politiker
27.08.2018	SZ	verhängnisvolle Seiten
11.09.2018	SZ	sind sie bereit
11.09.2018	SZ	Audi Profitiert Mercedes nicht
26.09.2018	SZ	Eine Farce
11.10.2018	SZ	VW Chef droht massivem Stellenabbau
11.10.2018	SZ	"So eine Industrie kann schneller abstürzen als viele glauben"
10.11.2018	SZ	Gipfel der Show
03.03.2018	WAZ	Deutsche verschmähen Dieselaautos
12.03.2018	WAZ	Abgas tricks kosten Fiskus Millionen
04.07.2018	WAZ	Autoindustrie kämpft um Vertrauen
11.09.2018	WAZ	Richter Warnt vor Verjährung in VW Prozess
26.09.2018	WAZ	Ringeln um eine Diesellösung
10.11.2018	WAZ	200000 Dieselfahrer müssen zittern
10.11.2018	WAZ	Laschet in der Diesel Defensive
19.12.2018	WAZ	Vertrauen in Innovation
19.06.2018	WAZ	Autobranche im Zwielicht
18.05.2018	NW	Autokonzerne in die Pflicht nehmen
18.05.2018	NW	EU bringt Klageverbote für Diesel näher

**Fortsetzung Anhang B: Artikel der Frame-Analyse**  
**Fallbeispiel III: Dieselskandal**

19.06.2018	NW	Manager hat sich verzockt
11.09.2018	NW	Dieselskandal vor Gericht Musterverfahren gegen VW
26.09.2018	NW	Kanzlerin zieht Diesel Frage an sich
11.10.2018	NW	Echte Herausforderung
19.07.2018	RP	Miese Bilanz bei Diesel Umrüstung
11.09.2018	RP	Richter zweifelt an Forderung für VW Klage
26.09.2018	RP	Diesel Rückkauf mit 20 Prozent Abschlag
10.11.2018	RP	Ich fahre Diesel was kann ich Tun
12.03.2018	MZ	Abgastricks drücken KFZ-Steuer
19.06.2018	MZ	Klänglich versagt
11.09.2018	MZ	VW auf der Anklagebank
26.09.2018	MZ	Regierung ist nun doch für Nachrüstung
04.12.2018	MZ	Milliarde vom Bund gegen Dieselabgase
12.03.2018	SäZ	Dem Fiskus entgehen Milliarden wegen Falscher CO2 Werte
11.04.2018	SäZ	VW Chef Müller vor dem Aus
11.04.2018	SäZ	Der nächste VW Chef steht schon bereit
11.04.2018	SäZ	Alle warten auf ein klares Wort aus Meseberg
26.04.2018	SäZ	Verwerflich sittenwidrig und gegen das Grundgesetz
26.04.2018	SäZ	Porsche will nach Diesel Razzia Sichtung der Unterlagen verhindern
26.05.2018	SäZ	Daimler droht Massenrückruf
19.06.2018	SäZ	Audi Chef Stadler in Untersuchungshaft
19.06.2018	SäZ	Verdunkelungsgefahr
26.09.2018	SäZ	Dieselfahrer sollen nichts fürs Nachrüsten Zahlen
04.12.2018	SäZ	Eine Milliarde mehr für bessere Luft
03.03.2018	TA	Absatz von Diesel PKW sinkt
26.05.2018	TA	Wie tief steckt Daimler im Dieselskandal
19.06.2018	TA	Was weiß Rupert Stadler vom Dieselskandal
18.08.2018	TA	Mitarbeitern droht Entlassung
27.08.2018	TA	Mitarbeiter beschuldigt VW Chef
11.09.2018	TA	Dämpfer für Kläger beim Prozessauftritt gegen VW
26.09.2018	TA	Ringeln um eine Diesel Lösung
04.12.2018	TA	Mehr Geld für bessere Luft